



Politische Berichte

In dieser Ausgabe: Rumänien: Umsturz nach langem Druck von außen * Puerto Rico: Kampf gegen die US-Kolonialherrschaft * Landesarbeitsgericht: Belegschaft soll 70 000 DM zahlen * Jugend: Reaktionäre schaffen Abhängigkeiten

Nummer 1 / 11. Jahrgang

5. Januar 1990

G 7756 D Preis 1,50 DM

Propaganda gegen IG-Metall-Forderungen

Stellungnahmen von Arbeitgeberverbänden und Bundesregierung

Die Aufstellung der Forderungen im Dezember 1989 durch die regionalen Tarifkommissionen der IG Metall hat bei den Kapitalistenverbänden und der bürgerlichen Presse Bestürzung hervorgerufen. Lohn- und Gehaltsforderungen zwischen 8,5 und 9% verbunden mit Mindestforderungen

zwischen 180 und 200 DM, 35-Stunden-Woche und Festlegung der Regelarbeitszeit auf die Werktage von Montag bis Freitag bilden ein Forderungspaket, das laut Kapitalistenverbänden die Konjunktur abwürgen und viel zu hohe Erwartungen und Ansprüche wecke.

Insbesondere die Mindestforderungen beunruhigen die Kapitalisten. Gesamtmetall bezeichnet die starke Bewegung für existenzsichernden Lohn als „Überbleibsel marxistischen Denkens in der IG Metall“.

In der Tat hat sich, wie ein IG Metall Sprecher es ausdrückte, in den Tarifkommissionen eine Mehrheit gebildet, die für die Interessen der von hohen Lebenshaltungskosten und Mieten besonders stark betroffenen Arbeitnehmer eintritt. Darüber hinaus stellt sich das praktische Problem, wann sonst, wenn nicht jetzt, soll der Anlauf zur Sicherung der Existenz der unteren Einkommen erfolgreich genommen werden?

Vor Wochen schon wurde Franz Steinkühler gefragt, was die IG Metall denn von Januar bis April machen wolle, wenn zwar verhandelt wird, aber aufgrund der Friedenspflicht noch nicht gestreikt werden kann. Der IG-Metall-Vorsitzende entgegnete damals, man werde die Zeit nutzen zur Überzeugung der Arbeitgebervertreter. Müssen die Belegschaften in der Metallindustrie nun zusehen, wenn über die bürgerlichen Medien ihre Forderungen über vier Monate hinweg einfach zerredet werden?

Die Forderungsaufstellungen ermöglichen die Mobilisierung der Belegschaften. Die Motivation stimmt. Das

Problem ist die lange Verhandlungsspanne von Januar bis April. In Nordwürttemberg/Nordbaden sind bereits zehn Verhandlungstermine bis in den April hinein vereinbart. Während dieser Zeit gilt noch der Tarifvertrag, also die Friedenspflicht, ist also kein Tarifstreik möglich. Während dieser Zeit ist mit einem Trommelfeuer gegen die IG Metall zu rechnen. Und es hat schon angefangen.

Auf der Jahresversammlung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände erläuterte ein Professor Schneider die Zukunftsrechnungen des Sachverständigenrates. Danach wäre bereits eine Lohnerhöhung von 5,5% fatal. Die zu erwartende Beschleunigung des Preisauftriebs werde vor allem die Rentnerhaushalte treffen und den Staat massiv begünstigen. Die Arbeitnehmer könnten sich weniger Waren und Dienstleistungen kaufen, Unternehmen würden Investitions- und Beschäftigungspläne nach unten korrigieren. Spätestens in der zweiten Hälfte 1991 sei eine Stabilisierungskrise wahrscheinlich. Auf der gleichen Veranstaltung drohte der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, den Gewerkschaften mit den Worten, „daß die staatliche Wirtschaftspolitik nicht tatenlos zusehen könne und später für die Beschäfti-

gungsfolgen von Fehlentscheidungen in der Tarifpolitik in die Verantwortung genommen werde.“ Rentner und Arbeitslose sollen gegen die IG Metall mobilisiert werden, aber damit nicht genug. Der Bundeskanzler stellte in seiner Rede heraus, daß der „Standort Bundesrepublik Deutschland auch im Jahre 2000 unverändert zu den ersten Adressen in der Welt gehören soll.“ Und er fügte an: „Hierzu müssen natürlich genauso die Tarifparteien beitragen. Sie müssen sich in einer Zeit, in der Grenzen fallen und alte Strukturen weichen, neuen Ideen öffnen und überholtes Denken ablegen.“ Wie schon einige Kapitalistenvertreter, die gemeint haben, die IG Metall gefährde mit ihren Forderungen den „Wiederaufbau“ in der DDR, will auch der Kanzler mit Plänen für ein neues Deutsches Reich die sozialen Kämpfe in der BRD erstickern.

Bislang halten die Gewerkschaften dem nationalen Taumel der bürgerlichen Parteien erstaunlich stand. Auch vom Schulterschuß mit der SPD ist angesichts der deutschnationalen Ausrichtung dieser Partei nicht mehr die Rede. Die IG Metall braucht in den nächsten Monaten die Unterstützung aller, die für die Seite der Lohnarbeit und gegen das Kapital eintreten. — (br)



Eine Untersuchung des Gewerbeaufsichtsamtes in Münster hat ein hohes Maß an illegaler Kinderarbeit ergeben. Bei einer Fragebogenaktion unter 14- bis 17-jährigen Haupt-, Real- und Gymnasialschülern hatten 40% angegeben, gelegentlich zu arbeiten. Die Hälfte davon sei „verbotene Kinderarbeit“ gewesen. Das hat Bundesarbeitsminister Blum in einer Antwort auf eine Anfrage der Grünen (Drs. 11/6082) eingeräumt. Die Zahl der Ausnahmegenehmigungen für Kinderarbeit stieg nach Blums Angaben von 1984: 2806 auf 1988: 4809.

Überfall der USA auf Panama

USA wollen Kontrolle über Staat und Kanal

Mehrere Tausend Tote in der Zivilbevölkerung sowie Tausende verletzte Zivilisten hat nach Angaben panamaischer Ärzte und des Internationalen Roten Kreuzes bislang die US-Intervention in Panama gekostet. Mit einem Aufgebot von 24 000 Soldaten, das die militärische Überlegenheit der USA auf jeden Fall sicherstellen sollte, und bedenkenloser Bombardierung von Stadtvierteln mitten in der Nacht fielen die USA in Panama ein. Von offener Unterstützung durch Großbritannien über geäußertes Verständnis durch die Bundesregierung bis zu neutralem Achselzucken reichte das Verhalten der europäischen Staaten. Außer wenigen lateinamerikanischen Staaten — Cuba, Nicaragua, Peru und Venezuela — protestierte zunächst niemand. Die UdSSR wurde erst eine Woche nach Beginn der US-Intervention bei der UNO vorstellig, um den Abzug der US-Truppen zu fordern.

Dem Militäriberfall ging eine Reihe von Interventionen voraus. Sie reichten von der Verhängung eines Wirtschaftsboykotts und der Beschlagnahme von panamaischem Staatsguthaben in den USA über die Einmischung in Wahlen bis zur Unterstützung von Putschversuchen in Panama. Sowohl die Begründung für den Überfall wie auch das Verhalten der USA beweisen, daß Ziel der Intervention ist, Panama als US-amerikanische Kolonie zu erobern. Allein schon die Begründung, Hauptziel sei die Gefangennahme des Generals Noriega gewesen, um ihn in den USA wegen Drogenhandels verurteilen zu können, geht davon aus, daß im Verkehr mit anderen Regierungen statt Völkerrecht US-Recht gelte. Die Durchsuchung der nicaraguanischen Botschaft in Panama, die Ausgabe von US-Dollar und die Beschlagnahme von Waffen in Panama durch US-Soldaten bedeuten die Errichtung eines Besatzungsregimes, das den USA die Kontrolle über das Land und den Kanal sichern soll.

Nach dem 1977 abgeschlossenen, seit 1978 wirksamen Vertrag soll die Verwaltung des Kanals bis 1992 vollständig in panamaischer Kontrolle sein. Panama sollte die vollständige Neutralität des Kanals garantieren, weshalb sich die USA seit 1978 am Aufbau und der Ausbildung der panamaischen Armee beteiligten. Den USA drohte der Verlust der Kontrolle über diese Armee, Anfang 1990 wird nach Inhalt des Vertrages ein panamaischer Direktor der Kanalgesellschaft. Die durch die US-Intervention abgesetzte Regierung Rodriguez hatte dafür den Kandidaten der Präsidentschaftswahlen im Mai, Carlos Duque, vorgesehen. Duque gehört der Partido Revolucionario Democrático (PRD) an, die sich als Bündnis linker Kräfte mit Landbesitzern versteht. Die PRD ist seit Jahren gegen das im jetzt gültigen Vertrag vorgesehene Interventionsrecht der USA aufgetreten, wonach die USA das Recht haben, ihre Truppen einzusetzen, wenn die Neutralität des Kanals bedroht sei.

Quellenhinweis: Time v. 1.1.90; Neue Zürcher Zeitung v. 30.12.89; Fischer Welt-Almanach 1990 — (uld)

Protest gegen Kirche und § 218



In vielen Städten demonstrierten am 28. Dezember Frauengruppen, Gewerkschaftsgruppen, Grüne Frauen, Arbeitsgruppen gegen den § 218. (Bild: Köln) Sie prote-

stierten gegen das von der Katholischen Bischofskonferenz angesetzte Mahnleuten zum „Tag des unschuldigen Kindes“ für den „Schutz des ungeborenen Lebens“ — (uld)

Wohnungsnot: Fast eine Million Obdachlose

Fast eine Million Menschen sind in der BRD obdachlos, in Sozialhäusern, Billighotels, Übergangsheimen und sonstigen Notunterkünften bis hin zu Baracken untergebracht oder ganz ohne Wohnraum. Darauf hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband in einem „Armutsbericht“ hingewiesen. Die genaue Zahl der Wohnungslosen ist nicht bekannt. Vor allem in den Großstädten melden die Wohnungsämter steil ansteigende Zahlen bei Zwangsräumungen und Wohnungssuchenden. In Köln beispielsweise wurden 1988 2 900 Haushalte zwangsräumt. Bei weiteren 11 000 Haushalten verhinderte nur eine vorübergehende Übernahme von Mietschulden, Renovierungskosten oder Kautionen durch das Wohnungsamt die Zwangsräumung und darauf folgende Obdachlosigkeit. — (rül)

Geschäft mit der Leiharbeit blüht

Einen Boom verzeichnen derzeit die Leiharbeitsunternehmen. Der Bundesverband Zeitarbeit gibt für 1989 einen Umsatzzuwachs von knapp 10 Prozent

an. Die Gesamtzahl der Firmen stieg von 1 554 in 1980 auf über 4 100 in diesem Jahr. Obgleich die Zahl der Leiharbeiter mit offiziell 100 000 nicht hoch erscheint, wirken die Leiharbeitsunternehmen erheblich als Lohndrücker und bei der Durchsetzung untertarifärer Arbeitsbedingungen. Der Lohn für Elektriker liegt durchschnittlich um 41 Prozent, für Schweißer um 27 Prozent, für Buchhalter um 33 Prozent unter den durchschnittlichen Löhnen für die übrigen Lohnabhängigen. Viele Unternehmen gewähren nur 18 Tage Jahresurlaub, Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld und andere Lohnbestandteile wie vermögenswirksame Leistungen, Essen- und Fahrkostenzuschüsse werden nicht gezahlt. Der DGB verlangt das gesetzliche Verbot der Leiharbeit. — (uld)

Gewerbesteuer: BDI begrüßt Kommission

Bundesfinanzminister Waigel hat eine Sachverständigenkommission zur Vorbereitung der Unternehmenssteuerreform eingesetzt. Sogleich bot der Kapitalistenverband BDI der Kommission seine Unterstützung an. Nach den marktwirtschaftlichen Einbrüchen in Osteuropa wirft der BDI nun auch die

staatliche Förderung der weiteren Ostexpansion der BRD-Konzerne als Argument für neue Steuersenkungsforderungen zugunsten der Kapitalisten auf: Die „deutschland- und ostpolitische Entwicklung gebe besonderen Anlaß, die deutschen Unternehmen auf Dauer fit zu halten und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen zu steigern“, behauptet der BDI. Die SPD hat die Zusammensetzung der Kommission kritisiert. — (rül)

DGB: Keine Kindergärten für Ausländerkinder?

Der DGB hat kritisiert, daß die Bundesregierung Kindern von Ausländern in der BRD mit den neuen Ausländer- und Kinder- und Jugendhilfegesetzen auch den Anspruch auf einen Kindergartenplatz nehmen will. Diese sollen „nach Plänen der Bundesregierung zukünftig nur im Rahmen einer Ermessensentscheidung Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, z.B. den Besuch eines Kindergartens, erhalten können“. (DGB-ND 327/89). DGB-Vorstandsmitglied Richter forderte, allen ausländischen Kindern und Jugendlichen Anspruch auf Leistungen nach dem Kinder- und Jugendhilferecht zu geben. — (rül)

Provokation gegen die DKP

Unter der Überschrift „Schüsse am Scharmützelsee“ berichtet der „Spiegel“ 1/90 über eine angebliche Militärische Organisation (MO), die aus Mitgliedern der DKP bestehen soll und in der BRD für bewaffnete Anschläge ausgebildet worden sei. Parallelen zu der neuen rechtlichen Konstruktion „terroristische Vereinigung“ in einer Organisation (z.B. PKK) sind auffallend. Der „Spiegel“ sagt klar, worum es geht: „Politiker, die der Partei endgültig den Garaus machen wollen, könnten darin eine Handhabe sehen, wie 1951 gegen die alte KPD, beim Bundesverfassungsgericht einen Verbandsantrag zu stellen.“ Der DKP-Vorstand erklärte zu den Verleumdungen: „Die Fragen des ‚Spiegel‘-Redakteurs . . . , ob es in der DKP eine geheime Gruppierung gibt oder gab, die als ‚Militärorganisation‘ firmierte und ob es eine Verbindung dieser mit dem Ordnungsdienst der DKP gibt, lassen auf eine politische Provokation gegen die DKP schließen. Eine geheime Gruppierung in der DKP, die als ‚Militärorganisation‘ firmiert sei, gab und gibt es ebensowenig wie einen angeblichen ‚Militärrat‘.“ — (jöd)

Postvertriebsstück G 7756 D

Kohl versucht für Großdeutschland zu mobilisieren

Zahlreiche Demonstrationen in der DDR gegen eine „Wiedervereinigung“

Bundeskanzler Kohl reiste am 19. und 20. Dezember in die DDR. Bundespräsident von Weizsäcker hatte am 13. Dezember vor dem DDR-Fernsehen Grundsatzpositionen der westdeutschen Bourgeoisie in den Blickpunkt gerückt: „Ich sehe keinen Unterschied zwischen meinem in Berlin schlagenden Herz und meinem Deutsch-Sein. Und als Deutscher und Berliner spreche ich zu diesen Dingen.“

Im Vorfeld der Kohl-Reise stellte Richard von Weizsäcker weitere Richtlinien auf: „Außerdem ist die Schicht der Menschen, die man nun braucht für den Aufbau der Demokratie, ja nicht groß. Man muß behutsam umgehen mit den Menschen, die da sind. Und man braucht auch Menschen, die vielleicht in der Vergangenheit einmal einen Fehler gemacht haben.“ Kanzler Kohl ist dann auch konsequent auf dieser Route marschiert. Er erklärte, daß die Erfassungsstelle Salzgitter aufgelöst werden kann, wenn die Voraussetzungen für ihre Tätigkeit im Zuge der Reformen in der DDR entfallen sind, Drohgebärden, die von dem Vorsitzenden des Minister-rats der DDR Hans Modrow teilweise zurückgewiesen wurden. Modrow erklärte, daß es zwei souveräne deutsche Staaten gibt, deren Existenz, so wie sie nach 1945 entstanden sind, im Interesse des europäischen Friedens auch erhalten bleiben sollte. Beide Staaten müßten ihre eigenständige Entwicklung fortset-

zen. Der Bundeskanzler habe eine andere Vision von der Entwicklung. Kohl lehnte einen Reparationsausgleich rigoros ab. Er operiere nicht mit Begriffen wie Schuld und Schulden, sondern gehe vom Gedanken der Solidarität aus. Modrow hob hervor, daß ihm Papiere mit den Reparationsrechnungen aus der BRD zugeschickt worden sind. Die Größenordnungen hätten ihn überrascht. Der Kanzler werde verstehen, daß er, Modrow, eine andere Sicht der Dinge habe. Er gehe davon aus, daß Begriffe wie Solidarität auch eine andere Seite hätten.

Im folgenden einige Passagen der Kohl-Rede vom 19.12. in Leipzig: „... Wir lassen unsere Landsleute in der DDR nicht im Stich ... Und dann ist der Zeitpunkt gekommen (nach ‚freien Wahlen‘, die Red.) für das, was ich ‚konföderative Strukturen‘ genannt habe — das heißt: gemeinsame Regierungsausschüsse, gemeinsame Parlamentsausschüsse —, damit wir mit

möglichst viel Gemeinsamkeit in Deutschland leben können. Und auch das lassen sie Sie mich hier auf diesem traditionsreichen Platz sagen: Mein Ziel bleibt — wenn die geschichtliche Stunde es zuläßt — die Einheit unserer Nation ... Gerade in diesen Tagen empfinden wir uns in Deutschland wieder als eine deutsche Familie. Wir alle haben das empfunden in diesen Wochen und Tagen ... Jetzt kommt es darauf an, daß wir diesen Weg in der Zeit, die vor uns liegt, friedlich, mit Geduld, mit Augenmaß und mit unseren Nachbarn weitergehen ... Gott segne unser deutsches Vaterland!“

Vor dem Bundeskabinett erstattete Kohl am 21.12. Bericht, worüber gemeldet wurde: „Nach Einschätzung des Bundesaußenministers hat der Besuch das Anliegen der Deutschen ein großes Stück weitergebracht, bei uns, in der DDR und im Ausland.“

Quellenhinweis: Bulletin der Bundesregierung, 15.12., 20.12., 22.12. — (mal)

Chemie: Gewinnboom in 1989

IG Farben-Nachfolger stehen vor „achtem fetten Jahr“

Die drei westdeutschen Chemiekonzerne BASF, Bayer und Hoechst haben 1989 die bereits erreichten hohen Rekordprofite auch im siebten Jahr in Folge nochmals steigern können. Erwartet wird bei einem Gesamtumsatz von über 137 Milliarden DM (BASF 47,7 Mrd. DM/+ 9 %; Bayer 44,1/+ 9 %; Hoechst 45,7/+ 11 %) ein Gewinn vor Steuern von 12 bis 13 Milliarden DM. Bereits in den ersten neun Monaten 1989 verbesserte sich der Gesamtgewinn der Konzerne gegenüber 1988 um 13 % auf 9,7 Milliarden DM, so daß die Umsatzrendite (Gewinn vor Steuern in Prozent des Umsatzes) auf durchschnittlich 9,4 (9,2) Prozent stieg. Diese Tendenz dürfte auch für das ganze Jahr 1989 angehalten haben. 1986 und 1987 hatte die Umsatzrendite noch bei 7,5 bzw. 7,9 % gelegen.

Dabei konnten die drei Konzerne ihren „Personalaufwand“ weiter senken. Bei BASF macht er nur noch knapp 20 % des Umsatzes aus, bei Bayer und Hoechst zwischen 27 und 29 %. Die Kapazitätsauslastung konnte nochmals gesteigert werden, was auf längere Betriebsnutzungsdauer schließen läßt.

Mindestens wollen die Vorstände den im Frühjahr stattfindenden Hauptversammlungen wieder die Zahlung der Vorjahresdividende in Höhe von 12

DM je 50-DM-Aktie vorschlagen. Allgemein wird jedoch davon ausgegangen, daß die Aktionäre mit 13 DM „bedient“ werden (oder „sich bedienen“), wobei die BASF wohl noch einen Bonus von 1 DM anlässlich des 125jährigen Bestehens in 1990 draufzahlen wird. Das wären dann 26 bzw. 28 Prozent Dividende auf den Aktiennennwert und immer noch ca. 9 Prozent auf den Kurswert.

Der IG-Chemie-Vorsitzende Hermann Rappe hat sich Anfang November zu den Tarifverhandlungen 1990 in der chemischen Industrie geäußert. Da der Manteltarifvertrag samt Arbeitszeit noch bis Ende 1991 läuft, soll ausschließlich Geld gefordert werden. „Die Ertragslage der Unternehmen ist gut. Wir wollen herausholen, was herauszuholen ist.“ Als Laufzeit für den Abschluß dieses Entgelttarifvertrages soll ein Jahr abgestrebt werden. Im Februar 1990 will der Hauptvorstand seine Forderungsempfehlung an die 13 Bezirke beschließen. Erste Verhandlungen seien für Anfang Mai zu erwarten. Grund genug, die verbleibende Zeit zu nutzen, um nach den für die Mehrheit fühlbaren Einkommensenkungen der letzten drei Jahre (1989 nur plus 2 % brutto) eine hohe Forderung zu bekräftigen. — (mio)

SPD-Parteitag beschließt Deutschlanderklärung

Eine Partei nimmt sich in die nationale Pflicht

Ursprünglich sollte der Parteitag der SPD vom 18. bis 21. Dezember in Bremen stattfinden und sich hauptsächlich mit der Diskussion und Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms zur Ablösung des bisher geltenden Godesberger Programms beschäftigen. Mit der vom Parteivorstand beschlossenen Umlenkung des „Bremer Parteitags“ nach Westberlin symbolisierte die SPD Bereitschaft, Zeitzeichen zu deuten; dies geschah dann durch eine auf diesem Bundesparteitag verabschiedete „Berliner Erklärung der SPD“, die zu dem Thema „Die Deutschen in Europa“ beschlossen wurde. Die sozialdemokratische Partei zeigt darin Flagge für Deutschland und setzt Gegnern der Wiedervereinigung einen Schuß vor den Bug.

Deutscher Boden

„Auf deutschem Boden ist eine demokratische Revolution im Gange. Friedfertig und gewaltlos erkämpfen die Menschen in der DDR ihr Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung. Friedfertig und gewaltlos haben sie die Mauer überwunden, die Öffnung der Grenze erzwungen und die unnatürliche Trennung der Menschen beendet.“

Der deutsche Boden ist ein politischer Begriff, den vorsichtig verwendet, wer zu großdeutschen Vorhaben Abstand halten will. So ließe sich schon sagen, daß auf deutschem Boden verschiedene

Staaten, Gesellschaften, Systeme usw. bestünden. Die SPD aber, die von der unnatürlichen Trennung der Menschen spricht, streicht eine umfassende, alldeutsche Gemeinsamkeit heraus. Aus dem natürlichen Zusammenhang der Deutschen ergibt sich dann konsequent die inzwischen überall verbreitete Losung: „Jetzt wächst zusammen, was zusammengehört. In Deutschland und in Europa!“. Die naturhaften, biologistischen Begriffe brandmarken als naturwidriges Übel den geschichtlichen Tatbestand, daß der deutsche Sprachkreis auf verschiedene Staaten und auch Gesellschaften verteilt ist. Die geschichtlichen Ursachen? Nebensachen! Was gehört zusammen? Das deutsche. Wieso? Weil es deutsch ist. Warum wächst es zusammen? Weil es zusammengehört. Diese Schlaumeierei entrückt die Frage, wer zusammen eine Gesellschaft oder einen Staat bildet, dem politischen Willen. Die viel beschworene Selbstbestimmung wird bloßes Mittel zum längst feststehenden Zweck.

Deutsches Volk

„Wir wollen, daß die Deutschen im Herzen Europas in Frieden und gesicherter Freiheit leben können — unter gesellschaftlichen Bedingungen, in denen das Volk den Gang der Entwicklung bestimmt und die allen Deutschen ein Leben in Würde, Gerechtigkeit und Wohlstand und in einer gesunden Umwelt ermöglichen.“

Das politische System der BRD unterscheidet streng zwischen dem deutschen Staatsvolk und anderen Leuten. Schon in der DDR war die Parole „Wir sind das Volk“ mißklingend, denn sie sagt was über alle anderen aus. Aber immerhin haben sie dort nicht eine Ausländerfrage im Millionenmaßstab zu beantworten. Die Übernahme des Spruchs auf die BRD und durch die SPD enthält jedoch im Nebenbei die Auskunft: Die Ausländer sind uninteressant geworden, man kennt nur noch Deutsche.

Deutsches Interesse

„Die Einigung Europas und die Einigung der Deutschen sind miteinander eng verbunden. Das eine ist nicht auf Kosten des anderen zu erlangen. Wer von der Wiederherstellung des Reiches in den Grenzen von 1937 redet, wer einen deutschen Sonderweg befürwortet, der blockiert die Einheit Europas und die Einheit Deutschlands. Europäisches wie deutsches Interesse verlangt die Anerkennung der polnischen Westgrenze ohne Wenn und Aber.“

Obwohl das Argument sich zunächst einmal und zum Glück gegen Expansionsziele richtet, hat es einen Pferdefuß. Es wird nämlich nicht gesagt, warum die Anerkennung der Westgrenze Polens unterstützenswert sei, sondern nur, warum es opportun wäre, sie in Kauf zu nehmen. Würde z.B. gesagt,

die Anerkennung der Westgrenze Polens zieht einen Trennungsstrich zur jahrhundertelangen Ostkolonisationspolitik der Deutschen, wäre das was anderes. Das Argument aus der Opportunität (wegen der deutschen Einheit) unterstreicht auf eine subtile Weise, daß eigentlich diese Westgrenze schon zur Debatte steht.

Vereinigung ist Bürgerpflicht

„Die Deutschen in der DDR können sich auf unsere Solidarität verlassen. Sie entscheiden, mit welchem Ziel und auf welchem Wege sie ihr Selbstbestimmungsrecht ausüben. Wie immer ihre Entscheidung ausfällt, wir werden sie respektieren.“

Die SPD, so lesen wir das, wird zu verhindern suchen, daß in der BRD Argumente gegen die Wiedervereinigung zur Sprache kommen. Die Grundgesetzprämisse bietet den Wiedervereinigern die Möglichkeit, Vereinigungsgegner oder -kritiker in der BRD zu verfolgen. Die SPD bereitet hierfür den Boden. Willy Brandt, der dabei seine Finger im Spiele hat, gab als Bundeskanzler das Startsignal für die Berufsverbote. Die Partei war erst überrascht und zog dann mit und zeigte schließlich Reue. Sie sollte gewarnt sein und was unternehmen.

Quelle: Die Deutschen in Europa, Berliner Erklärung der SPD — (maf)

Politische Berichte
Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten — erscheint vierzehntäglich
Herausgeber Bundesdelegiertenkonferenz des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
Tel. 0221/21 64 42
Herausgeber für die Bundesdelegiertenkonferenz des BWK: Christoph Cordes, Jörg Delyen, Martin Fochler, Christiane Schneider
Sie erscheint im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 5000 Köln 1, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Konten Postgiroamt Köln, BLZ 370 100 50, Kto. Nr. 104 19 507 und Bank für Gemeinwirtschaft, BLZ 370 101 11, Kto. Nr. 11 44 39 36 00

Bezugsbedingungen Einzelpreis 1,50 DM Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 26,- DM ein Jahresabonnement Politische Berichte 52,- DM
Bestellungen bitte an die auf S. 12 angegebenen regionalen Versandstellen richten

Verantwortliche Redakteure für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Ulrike Delyen, für Auslandsberichterstattung: Rudger Lotzer, für Aus Verbands und Parteien: Martin Lopp, für Reportagen und Berichte regional: Gunter Baumann, für Aus Kultur und Wissenschaft: Diskussionsbeiträge: Angela Lux, für Sozialstatistik, Spezialberichte: Alfred Kustler
Quellenhinweis: Artikel und Nachrichten der AG Stahl- und Metallindustrie, AG der AG Medien in der Volksfront, AGMe des NH Chemische Industrie, AGCH, der AG für Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe, AGD der AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik, AGG, der AG Jugend, Militär und Gefangene in der Volksfront, AGJ, der AGs für antiaufwärtische Bildungspolitik und für revolutionäre Hochschulpolitik, AGB der AG für Kommunalpolitik, AGH der Antifaschistischen Nachrichten der Volksfront, VF
Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 4300 Essen 1 — Beilagenhinweis: Vierteljährlich Beilage, Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Aktuell in Bonn

Ostrenten streichen?

Der Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Rentenversicherungsträger, Kolb, hat eine Revision des „Fremdrentenrechts“ gefordert. Zwei Ziele verfolgt der VDR damit: Erstens soll verhindert werden, daß die im Durchschnitt eher jüngeren Aus- und Übersiedler aus dem Osten Oma und Opa nachholen und diese dann hier BRD-Renten beanspruchen — was sie aber als „Deutsche“ dürfen. Zweitens strebt der VDR an, die jetzt aus dem Osten zuströmenden Arbeitskräfte wie z.B. Türken nach Verbrauch, d.h. im Alter, zurückzuschicken. Kolb wörtlich: „Wenn alle die Deutschen aus der DDR und den östlichen Nachbarstaaten, die jetzt im Westen arbeiten, Freizügigkeit erhalten, dann müssen wir ihnen doch auch die Möglichkeit einräumen, in ihre Heimat zurückzukehren“. Nach geltendem Recht erhalte aber, wer nach Halle oder Leipzig zurückkehre, keine Rente aus der BRD — „Feindstaat“! Eine solche Rückkehr würde der BRD erlauben, die in der BRD erworbenen Rentenansprüche wie bei der „Rückkehrhilfe“ für Ausländer zu senken, evtl. ganz einzu-

kassieren, auf jeden Fall die Gesundheitsversorgung der Alten zu „sparen“. Das Problem, an das der VDR mit diesen Absichten stößt, ist die großdeutsche Staatsbürgerschaft. Sollten die VDR-Absichten verwirklicht werden, müßten Blüms Experten zweierlei „Deutsche“ im Rentenrecht einführen.

Bevölkerungstotalstatistik

In einem Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums für ein neues „Bevölkerungstotalstatistikgesetz“ sind umfangreiche Auskunftspflichten vorgesehen. So soll künftig in der Geburtenstatistik u.a. auch die Religion der Eltern, die Erwerbstätigkeit der Mutter und das Datum der Eheschließung der Eltern erfaßt werden. Bei der Erfassung der Heiraten wird auch der bisherige Familienstand der Eheschließenden, die Zahl der gemeinsamen Kinder und die der nicht gemeinsamen, in den ehelichen Haushalt aufgenommenen minderjährigen Kinder erhoben. Schließlich sollen bei Sterbefällen Art und Dauer der Krankheiten, die zum Tode geführt haben, erfragt werden. Daneben wird die Anschrift des zuständigen Gesundheitsamtes erfaßt (Abgleich mit Registern meldepflichtiger Krankheiten, u.a. Aids-Register).

Südwestlerhilfe

Bundeskanzler Kohl hat den „Deutsch-Südwestlern“ in Namibia zur Jahreswende 1989/90 eine Grußbotschaft geschickt, in der er ihnen weitere Unterstützung der Bundesregierung und damit weitere Einmischung der BRD in innere Angelegenheiten Namibias zusichert. „Unser Interesse und unsere Anteilnahme an den dramatischen Entwicklungen in Deutschland und in Osteuropa werden unser Engagement für die Bedürfnisse und Sorgen Namibia nicht verringern“, heißt es in der über die „Namibia-Nachrichten“ und vom Bundespresseamt verbreiteten Botschaft. „Die Bundesrepublik Deutschland fühlt sich Namibia in besonderer Weise verbunden ... Die Bundesregierung ist bereit, den deutschsprachigen Bürgern Namibias zu helfen, ihre kulturelle Identität zu wahren“.

Zweiter Bildungsgipfel

Am 21.12. fand in Bonn im Beisein von Kohl und Möllemann, der Regierungschefs der Länder und der Länderkultusminister der „2. Bildungsgipfel“ statt. Bis Frühjahr 1990 soll eine Arbeitsgruppe Vorschläge zur Studienzeitverkürzung vorlegen. Mehr Mittel für die

Max-Planck-Gesellschaft und die DFG sollen die Forschung für Konzernexpansion verstärken. Unterzeichnet wurde eine Vereinbarung zur gemeinsamen Förderung von Graduiertenkollegs als neue Eliteförderung sowie über Finanzhilfen des Bundes zum Wohnheimbau für Studenten.

Polenhilfe

Die Bundesregierung hat das von der polnischen Regierung vor Weihnachten vorgelegte Wirtschaftsprogramm offiziell begrüßt. Es enthält schwere Lohnsenkungen (offiziell um 20 %). Preiserhöhungen, Privatisierungen und Betriebsabschließungen. „Mit der Unterzeichnung der Absichtserklärung durch die polnische Regierung und den IWF wird der Weg für umfangreiche Finanzhilfen an Polen geöffnet“, behauptet sie. Tatsächlich soll Polen zahlen. 3 Mrd. DM polnische Kreditrückzahlungen und Zinsen an die BRD seien überfällig.

Drogengipfel

Im Juni will die Bundesregierung eine „Nationale Drogenkonferenz“ durchführen. Das vereinbarten Kohl und die Länderregierungschefs am 21.12. Am 20.12. hatte das Kabinett einen Gesetz-

entwurf gebilligt, der erlaubt, vermeintliche „Drogengelder“ schon dann zu kassieren, „wenn die Umstände die Annahme rechtfertigten“, das Geld sei aus dem Drogenhandel. Bislang können nur nachgewiesene Drogengewinne beschlagnahmt werden. Der Gesetzentwurf schöpfe „die Grenzen des Verfassungsrechts aus“, erläuterte Justizminister Engelhard. So sollen wegen Drogenvergehen Verurteilte nachweisen, woher sie ihr Geld haben. Die Rechtsnorm, daß der Ankläger die Schuld, nicht aber der Beschuldigte seine Unschuld beweisen muß, wird beseitigt.

Was kommt demnächst?

Auf seiner ersten Kabinettsitzung Anfang Januar will das Bundeskabinett u.a. über Folgerungen aus Kohls DDR-Reise und über den von Finanzminister Waigel angekündigten Nachtragshaushalt 1990 („DDR-Hilfen“) beraten. Am 10.1. beginnen für Hamburg Schleswig-Holstein die Metall-Tarifverhandlungen. NRW und Bayern folgen am 15.1. Nordwürttemberg, Nordbaden am 16.1. Am 12./13.1. führt die CSU erstmals eine Tagung in Leipzig durch. Am 15.1. beginnen die Sitzungen des Bundestags wieder. Am 28.1. sind im Saarland Landtagswahlen

Nach langem Druck von außen: Umsturz in Rumänien

Imperialistische Strategien heizen die Gegensätze in und zwischen den Balkanstaaten weiter an

Der Sturz der Regierung Ceausescu, die Hinrichtung Ceausescus und seiner Frau in einem geheimen militärischen Schnellverfahren sowie die standrechtliche Verfolgung wirklicher und vermeintlicher Ceausescu-Anhänger scheinen in West und Ost auf einhellige Zustimmung zu stoßen. Bei aller Vorsicht im

Urteil über die Politik der Regierung Ceausescu scheint eines unbestreitbar: Sie war gegen imperialistische Vorherrschaft über Rumänien und gegen jede Einbindung des Landes in Großraumwirtschaftspläne gerichtet. Diese Strategien treten insbesondere in der BRD jetzt deutlicher zutage. — (huh, maf, rül)

Stationen eines Embargos

Am 26. Februar 1989 teilte das US-Außenministerium mit: Rumänien habe auf die Meistbegünstigungsklausel im Handel mit den USA „freiwillig verzichtet“. Tatsächlich hatte die US-Regierung das am 2.4.1975 geschlossene Abkommen nachträglich und einseitig mit politischen Auflagen zu versehen versucht, die bei der jährlich vorzunehmenden Verlängerung der Meistbegünstigung regelmäßig vorgebracht wurden. Als wiederholte rumänische Proteste gegen diese ständigen Einmischungsversuche nichts fruchteten, erklärte die rumänische Regierung, unter diesen Umständen habe sie kein Interesse an der Fortgeltung dieser Meistbegünstigung. Daraufhin setzte die USA sie außer Kraft. (Archiv der Gegenwart, 27.2.89)

„Am 24. April tagten die EG-Außenminister in Luxemburg, wobei sie ihre tiefe Besorgnis darüber äußerten, daß die rumänische Regierung ihren Verpflichtungen im Rahmen des Helsinki-Prozesses, insbesondere im Bereich der Menschenrechte, weiter nicht nachkomme. Daher wurde vereinbart, die Verhandlungen zwischen der Gemeinschaft und Rumänien über ein Abkommen über Handel sowie handelspolitische und wirtschaftliche Zusammenarbeit auszusetzen. Ferner wurde vereinbart, die Angelegenheit weiter zu verfolgen und zusätzliche Maßnahmen in Betracht zu ziehen, falls sich die Lage in Rumänien und die Beziehungen der EG und ihrer Mitgliedstaaten zu der rumänischen Regierung weiter verschlechtern.“ (Archiv der Gegenwart, 25.4.1989)

Hetze gegen Autarkie

„Nicolae Ceausescu war 1965 in einer Zeit an die Spitze der rumänischen KP aufgerückt, als Rumänien unter seinem Vorgänger Gheorghiu-Dej gerade begonnen hatte, sich in Moskau entworfenen Plänen für eine vertiefte wirtschaftliche Integration des Ostblocks zu widersetzen. Er verweigerte die seinem Land zugedachte Rolle eines Agrarstaates und gewann mit seinem Eintreten für die Gleichberechtigung aller kommunistischen Parteien und für einen eigenen Weg zur Industrialisierung verbreitete Sympathien und Kredithilfen des Westens.“ (NZZ, 24.12.89)

„Im Sommer 1965 hielt Ceausescu seinen ersten Parteitag. Die Bevölkerung glaubte, es würde nun durch die moderne, auf die Weltwirtschaft ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die Gheorghiu-Dej eingeleitet hatte, binnen kurzem in Rumänien Milch und Honig fließen. Aber mit der inneren Liberalisierung wurde es nichts, die Auslandskontakte wurden beschnitten und statt ausländische Lizenzen zu kaufen, wie es Gheorghiu-Dej getan hatte, mußte alles, wie seinerzeit in der Sowjetunion unter Stalin, in Rumänien selber nochmals „erfunden“ werden. Statt harmonischer Wirtschaftsentwicklung gab es überhöhte Investitionsraten von über 30%, übersteigerte Industrialisierung, Auslaugung der Landwirtschaft.“ (FAZ, 23.12.89)

... und neue Pläne

„Mehrere verhängnisvoll sich verstärkende Trends haben im Fall Rumäniens zu einem immer rascheren Abdriften ins ökonomische Abseits geführt. Importrestriktionen, forcierte Exporte ... sollten der „Sicherung der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit im Jahre 2000“ dienen. Die Auslandsverschuldung, die Anfang der achtziger Jahre noch bei 11 Mrd. Dollar gelegen hatte, wurde drastisch zurückgefahren, ein Verbot der Kreditaufnahme vom Parlament beschlossen. Der Westen ist jetzt vor allem ökonomisch gefordert. Gemessen an der Pro-Kopf-Verschuldung und an der Schuldendienstquote steht Rumänien ... von allen RGW-Ländern am besten da. Hier ist Spielraum vorhanden. Vor allem aber wird Know-how gebraucht. Die Bundesrepublik Deutschland ist der größte westliche Handelspartner des Landes. Die Europäische Gemeinschaft

hatte ihre Verhandlungen über engere Handels- und Wirtschaftsbeziehungen ausgesetzt. Die Bundesregierung hatte ebenfalls die alljährliche Tagung der Gemischten Kommission Anfang des Jahres wegen der Menschenrechtsverletzungen des Regimes storniert. Ein neues Datum sollte festgesetzt werden, sobald es die Stabilisierung der Lage erlaubt. Mit neuen Projekten, versteht sich.“ (Handelsblatt, 27.12.89)

Interventionsvorbereitungen: BRD, Österreich, Ungarn u.a.

„Kohl wie Nemeth wurden an der Pressekonzferenz (aus Anlaß des Kohl-Besuchs in Ungarn, Anm. d. Red.) um einen Kommentar zu den schweren Zusammenstößen in Temesvar gebeten. Der Bundeskanzler erklärte, er begrüße grundsätzlich überall die Erweiterung der Menschenrechte und hoffe auf eine Besserung der Lage sowohl des rumänischen Volkes als auch der deutschen und ungarischen Minderheit. Nemeth sagte, daß das gemeinsame Haus Europa ein anachronistisches System, wie es im östlichen Nachbarland bestehe und das auch die Interessen der rumänischen Bevölkerung mißachte, ausschließen müsse.“ (NZZ, 19.12.89)

„Österreich wird wegen des Massakers in Rumänien den UN-Sicherheitsrat einschalten. Außerdem sollten alle 35 Unterzeichnerstaaten der Schlußakte von Helsinki zu einer Konferenz über Rumänien einberufen werden, schlug Ministerpräsident Franz Vranitzky vor.“ (FR, 21.12.89)

„Die Bundesregierung hat nach Absprache mit den westlichen Bündnispartnern und Ungarn bei den Vereinten Nationen eine Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zu den Vorfällen in Rumänien beantragt.“ (FAZ, 22.12.89)

Unter der Überschrift „Intervention erwogen“ berichtet die FAZ am 27.12.: „Am vergangenen Samstag hat sich erstmals in der Nachkriegsgeschichte die Möglichkeit einer gemeinsamen ost-westlichen Militärintervention in einem

europäischen Land abgezeichnet. Alarmiert durch Berichte über angebliche arabische Söldner, die in Rumänien auf Seiten der Securitate gegen die rumänische Armee und gegen die Bevölkerung kämpften, verlangte der ungarische Außenminister Horn für den Sonntag eine Zusammenkunft des Warschauer Paktes auf hoher Ebene. Die Intervention der Söldner, deutete er an, „internationalisiere“ die rumänische Frage und verlange entsprechende Reaktionen. Die Bereitschaft Gorbatschows zur „Hilfe“, die zuerst freilich nur für „humanitäre Hilfe“ gelten sollte, bekam zusätzliche Aspekte, als bekannt wurde, daß westliche Länder wie Frankreich und Holland auch militärische Hilfe in Aussicht stellten für den Fall, daß tatsächlich in Rumänien ausländische Kräfte den Sturz der Diktatur zu verhindern suchten.“

Am gleichen Tag meldete die Zeitung die Arbeit eines „Krisenstabes“ im Bonner AA, dessen Zusammensetzung Parallelen zur faschistischen „Volksdeutschen Mittelstelle“ aufweist: „Am Mittwoch beriet das Auswärtige Amt und die Ressorts Verteidigung, Verkehr

und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Kanzleramt, sieben Hilfsorganisationen und Vertretern der Banater Schwaben und Siebenbürger Sachsen. Dabei wurde beschlossen, vorerst keine Flugzeuge mit Hilfsgütern zu entsenden. Zunächst müsse die Sicherheitslage geklärt werden.“

Am nächsten Tag meldete dann „Bild“ stattdessen andere Flüge: „In der Nacht ist ein Sonderflugzeug des Bundesgrenzschutzes gelandet. An Bord: Panzerfahrzeuge und ein Trupp GSG 9. Sie sollen die deutsche Botschaft schützen.“ (Bild, 28.12.89)

Eine Erklärung Ceausescus

„Aus den Daten, über die wir jetzt verfügen, zeigte unser Partei- und Staatschef in seiner Rede auf, kann mit voller Gewißheit erklärt werden, daß diese Aktionen mit terroristischem Charakter in enger Verbindung mit reaktionären und imperialistischen, irredentistischen und chauvinistischen Spionagediensten aus verschiedenen Ländern organisiert und ausgelöst wurde.“ (Erklärung von Radio Bukarest, zit. nach Frankfurter Rundschau, 22.12.89)



Mitglieder des Bürgerkomitees in Arad

Für nationale Selbständigkeit und Unabhängigkeit

Zu den Voraussetzungen der rumänischen Politik von 1965 bis 1989

Die reichsdeutschen Konzerne haben bereits in den zwanziger Jahren die wirtschaftliche und politische Anbindung der südosteuropäischen Staaten an ein mitteleuropäisches Großdeutsches Reich zum wesentlichen Expansionsziel erklärt. Durch eine entsprechende Handelsvertragspolitik der NS-Regierung war „die Bildung eines deutsch-südöstlichen Großwirtschaftsraums“ 1936 „in seinen Grundzügen Wirklichkeit geworden“. Ähnlich wie die anderen Balkanstaaten hatte Rumänien die Funktion einer überwiegend agrarisch bestimmten Ergänzungswirtschaft zum Reich übernommen.

Die reichsdeutschen Konzerne haben diese „Arbeitsteilung“ zwischen den Volkswirtschaften jenes „deutsch-südöstlichen Großwirtschaftsraums“ nur mittels der Kollaborationsbereitschaft bestimmter Klassenkräfte innerhalb dieser Balkanstaaten durchsetzen können. In Rumänien handelte es sich hierbei insbesondere um Großgrundbesitzer und Angehörige der akademischen Mittelklasse, die entweder monarchistisch oder faschistisch orientiert waren.

Auf diesen Abhängigkeitsverhältnissen konnte der ab 1940 verfolgte reichsdeutsche Kurs der vollständigen Inbesitznahme der rumänischen Ölförderung, „um Mineralölpolitik in Europa treiben zu können“ aufbauen. Daran konnte auch die NS-Politik der Ausnutzung des Gegensatzes (aufgrund von Gebietsansprüchen) zwischen Ungarn und Rumänien einerseits und Rumänien und der UdSSR andererseits anknüpfen. All dies hat dazu geführt, daß sich Rumänien zunehmend in eine direkte Reserve der großdeutschen Europa-Expansion (1941 bis 1944) verwandelt hat.

1944-1947: Der Widerstand gegen das monarchistisch-faschistische Regime in Rumänien entwickelte sich

im Verlaufe des Partisanenkampfes im Jahre 1944 zum bewaffneten Aufstand am 23. August 1944. Einen Tag später erklärte Rumänien dem Deutschen Reich den Krieg und wurde zum Unterstützungsfaktor der Anti-Hitler-Koalition. Dieser Tatbestand ist in der Präambel des Friedensvertrags mit Rumänien (10.2.1947) ausdrücklich gewürdigt worden. Dieser Vertrag diktierte dem antifaschistischen Rumänien u.a. die immerwährende Verpflichtung, sich nicht wieder in eine auswärtige Reserve deutscher Aggressions- und Expansionspolitik verwandeln zu lassen.

1948-1965: Am 30.12.1947 kam es zur Abdankung des Königs Michael und zur Ausrufung der Volksrepublik Rumänien. Zu diesem Zeitpunkt war bereits eine Bodenreform erfolgt, die sämtlichen Grundbesitz über 50 Hektar enteignete und an Kleinbauern bzw. landlose Neusiedler verteilte. In der ersten Hälfte der 50er Jahre wurde die Produktion von Landmaschinen und bäuerlichem Werkzeug erhöht. Von 1949 bis 1962 wurde die schrittweise Kollektivierung der Landwirtschaft durchgeführt, die sowohl die Fähigkeit zur Selbstversorgung sicherstellte, wie auch den Export von Überschüssen ermöglichte.

In der Mitte der 50er Jahre wurde der Entwicklung der Schwerindustrie der Vorrang gegeben. Diesem Schritt lag das Interesse an einer möglichst allseitigen und ausgeglichenen Entwicklung der rumänischen Volkswirtschaft zugrunde. Von daher wurde zunehmend Widerstand gegen die seitens der UdSSR im RGW erzwungene ökonomische „Arbeitsteilung“ geleistet. Nach rumänischer Auffassung barg sie „die Gefahr, ... weiterhin auf unabsehbare Zeit ein industriell unterentwickeltes Land (bleiben zu müssen)“, dessen Beitrag zu dieser „Arbeitsteilung“

aus kaum mehr als der Lieferung von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Erzeugnissen bestünde.“

Insofern trat die KP Rumäniens auch innerhalb der kommunistischen Weltbewegung für den stufenweisen Abbau der Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsniveau der UdSSR und der übrigen Volksrepubliken ein: „Der Aufbau des Kommunismus im Weltmaßstab ist nicht vorstellbar unter Beibehaltung der Aufteilung der Länder in Industrie- und Agrarstaaten, in entwickelte und nicht entwickelte Länder.“

Für den Zeitraum der ersten Hälfte der 60er Jahre lassen sich innerhalb der KP Rumäniens vor diesem Hintergrund zwei Interessensströmungen ausmachen. Zum einen wurde das Experiment der Volkskommunen in der VR China als ein wichtiger Beitrag im Dienste jener Emanzipationsanstrengungen der überwiegend landwirtschaftlichen Volkswirtschaften begriffen. Zum anderen verband sich mit den verschiedenen Bemühungen um die Aufrichtung einer eigenen Industriebasis zunehmend auch das Bedürfnis, auf dem Weltmarkt zu operieren. Mehrere ehemalige Mitglieder der KP Rumäniens in dem jetzt in Bukarest die Regierungsgeschäfte ausübenden „Komitee für das Wohl des Vaterlandes“ gehörten bereits in den 60er Jahren dieser Strömung innerhalb der rumänischen KP an.

Quellen: ¹ R. Busch-Zantner, Deutschland und Südosteuropa 1936 — ein wirtschaftspolitischer Rückblick, in: Deutscher Lebensraum, Nr. 4, 1937, S. 137f.; ² dokumentiert in: G. Hallgarten u. J. Radkau, Deutsche Industrie und Politik von Bismarck bis heute, Ffm.-Köln 1974, S. 359-417; ³ Die Friedensverträge von 1947 mit Italien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien und Finnland, Verlag Europa-Archiv, Oberursel 1948, S. 179ff.; ⁴ Europa-Archiv, Jgg. 1963, S. 815; ⁵ Europa-Archiv 1963, S. 816.

Die rumänische Krise

Das gestürzte Regime Ceausescu läßt sich als eine Entwicklungsdiktatur verstehen, deren Ziel die Umwandlung der rückständigen, vom hergekommenen Großgrundbesitz geprägten Wirtschafts- und Sozialstruktur war und die ein modernes, industrialisiertes Rumänien wollte. Zunächst glaubte man, daß die Rohstoffbasis Öl alles sehr erleichtern würde. Die auf das Öl abgestützten Entwicklungspläne kamen jedoch ins Wanken, als der Ölpreis nachgab und auch noch die Ergiebigkeit der Quellen sank. Die kommunistische Partei antwortete mit einem harten Konsumverzicht- und Sparprogramm. Es ermöglichte Rumänien, seine Auslandsverschuldung abzubauen, andererseits wurden die berechtigten sozialen Anliegen der Bevölkerung zum politischen Risiko. Sie wurden mit Mitteln staatlicher Gewalt unterdrückt.

Bei aller gebotenen Vorsicht sieht es aus der Entfernung auch so aus, als hätte das Regime die Opferbereitschaft der Bevölkerung, die für eine selbständige Entwicklung Rumäniens vorhanden gewesen ist, überspannt, als hauptstädtische Prunkobjekte in Angriff genommen wurden, deren Nutzen für die Landesentwicklung nicht zu sehen ist. Die pomphafte Entwicklung der Hauptstadt wird wohl in den Provinzen erheblichen Unmut ausgelöst haben. Die Landreform, die vielgenannte „Systematisierung“, war jedenfalls nicht mit einer breiten politischen Mobilisierung der Landbevölkerung verbunden, diese wurde damit — mag sie es teils begrüßt haben, teils nicht — zwangsweise konfrontiert. Gegen Ende vorigen Jahres überschritten sich dann die verschiedenen Krisenmomente. Zum gewaltsamen Ausbruch kam es im Banat, wo sich soziale und Nationalitätenprobleme vermengten. Mochten die Massen gefürchtet haben, wegen der zentralistischen Politik der KP als heruntergewirtschaftete Opfer am Rande der Entwicklung liegen zu bleiben, mochten sie hoffen, bei einer auf ausländische Kredite gestützten Entwicklung besondere Vorteile zu haben, mochten sie einfach Brot wollen und bessere politische Möglichkeiten, ihr Schicksal mitzugestalten, sie gingen auf die Straße.

Aus der Geschichte Rumäniens muß man schon vermuten, daß sich Konterrevolutionäre auf jede Weise, auch bewaffnet, in die Bewegung mischten. Das Regime war unfähig, den Inhalt der Proteste differenziert wahrzunehmen. Ceausescu erklärte sie zur proimperialistischen Verschwörung. Die Organe des Staates schlugen brutal zu. Die Anhänger des Regimes zogen ihre Legitimation aus der abschabaren Gefährdung des halbentwickelten Rumäniens bei Anbindung an den Weltmarkt. Sie bekämpften Bevölkerungsteile als proimperialistische Hilfstruppen. Sie irrten, und das zeigte sich. Mit der Breite der Bewegung und der Berechtigung vieler Anliegen konfrontiert, spalteten sich Partei, Behörden, Armee. Das Regime verlor das politische Mandat, weil es Kritik und Konterrevolution nicht zu unterscheiden vermochte.

Bei den Siegern leistete dies Vorgängen Vorschub, an denen Rumänien noch jahrzehntelang tragen muß. Die Umstürzler verzichteten völlig darauf, den Anhängern des Regimes einen politischen Ausweg zu lassen. Sie verurteilten sie zum Kampf bis zum letzten Funken Hoffnung. Die vielen Leuten, die auf der Seite des Regimes standen, wurde so zum Feind des Landes gestempelt.

Der Krieg wurde so grausam, letzten Endes, weil Rumänien seine Modernisierung, seine Verwandlung in ein modernes Industrieland noch nicht erledigt hat. Es ist immer noch auf weite Strecken ein rückständiges Agrarland, für dessen Modernisierung es auf der ganzen Welt kein anderes erfolgreiches Modell gibt als das der sozialistischen Planwirtschaft. Ein vom Imperialismus abhängiges Rumänien könnte sich sicher nicht entwickeln. Nicht einmal die viel größere Türkei kann das. Solche Tatbestände gaben dem Regime Ceausescu den Rückhalt. Bei den Siegern wird man diese Probleme auch kennen, wie denn nicht. Gegenwärtig befinden sich in diesem Lager Leute, denen es um die Entwicklung Rumäniens geht, zusammengekettert durch gemeinschaftliche Waffen- und Henkerstaten mit anderen, die auch mit einer Funktion als Sachwalter imperialistischer Interessen zufrieden wären. Wir dürfen nicht die Augen davor verschließen, daß die BRD mit ihrer Politik solche Kräfte weckt und stärkt.

Internationale Umschau



Eine Kältewelle hat in den USA erneut zahlreiche Todesopfer gefordert. Mehrere Landesteile meldeten neue Kälterekorde. Nach Angaben von US-Behörden waren bis 26.12. mindestens 84 Menschen der Kältewelle zum Opfer gefallen. Insbesondere in den großen Städten erfrieren in jedem Winter erneut zahlreiche obdachlose Arme. Allein aus New York wurden zwölf solcher „Kältetoten“ gemeldet, die in Wirklichkeit an ihrer bitteren Armut und der fehlenden warmen Wohnung gestorben sind, aus Chicago zehn. Die Polizei in New York erhielt Anweisung, Obdachlose notfalls gewaltsam in städtische Asylheime zu bringen. Bild: Obdachlosenunterkunft in der Hauptstadt Washington. — (rül)

Belgien: Regierung plant Privatisierungen

Die belgische Regierung plant umfangreiche Privatisierungen von Staatsbetrieben. Die Minister für den öffentlichen Dienst und für Verkehr wurden angewiesen, bis Januar einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen. Als erster Schritt der bis zum Inkrafttreten des EG-Binnenmarktes vorgesehenen Maßnahmen ist eine Umstellung der vier größten Staatsbetriebe (Schiffahrtsgesellschaft, Bahn, Post und Fernmeldewesen). Diese sollen im ersten Schritt rechtlich „selbständiger“ werden, um insbesondere hinderliche Tarif- und Arbeitsbestimmungen „selbständig“ Zug um Zug abzubauen. Gleichzeitig will die Regierung grünes Licht geben für private Beteiligungen an diesen Unternehmen. Die Gewerkschaften fürchten Massenentlassungen. — (rül)

Spanien: Streik der Zugführer für mehr Lohn

Die Zugführer der spanischen staatlichen Eisenbahn Renfe haben während der Weihnachtstage ihre Forderung nach Lohnerhöhungen durch einen mehrtägigen landesweiten Streik unterstrichen. Am Freitag vor Weihnachten begannen sie ihre Aktion, die bis Montag nach Weihnachten befristet war und den Eisenbahnverkehr während der Weihnachtstage weitgehend lahmlegte. Die Eisenbahngesellschaft versuchte, den Streik durch Dienstankweisungen zu brechen: Die Zugführer wurden angewiesen, mindestens 75% des normalen Zugbetriebes zu gewährleisten. — (rül)

Portugal: Wahlerfolge von Sozialisten und Kommunisten

Die mit absoluter Mehrheit im portugiesischen Parlament regierende liberale PSD mußte bei den Kommunalwahlen Mitte Dezember eine schwere Niederlage hinnehmen. In der Industriestadt Amadora und den beiden Distrikthauptstädten Beja und Évora aus der Landarbeiterregion Alentejo gewann die Kommunistische Partei Portugals (PCP) die Mehrheit der Sitze. Landesweit hielt die KP ihren Stimmanteil, sie gewann erneut ca. 12% aller Stimmen und blieb damit drittstärkste Partei. In der Hauptstadt Lissabon gewann erstmals ein Wahlbündnis, dem u.a. Sozialisten und PCP angehören. Bürgermeister Lissabons wird jetzt der Generalsekretär der Sozialistischen Partei, Sampaio, der auch zugleich Kandidat der Sozialistischen Partei für das Amt des Premierministers bei den nächsten Parlamentswahlen ist. Auch in den anderen großen Städten des Landes gewannen die Sozialisten entweder allein oder im Bündnis mit anderen Parteien die Mehrheit. In Lissabon feierten noch in der Wahlnacht Tausende von Anhängern den Wahlsieg des Linksbündnisses von Sozialisten und KP. Die christdemokratische Partei CDS wurde nach der Sozialistischen Partei, der liberalen PSD und den Kommunisten viertstärkste Partei. — (rül)

Zimbabwe: Vereinigung von ZANU und ZAPU

Die beiden großen zimbabweschen Befreiungsbewegungen, ZANU und ZAPU, haben sich zwei Jahre nach einem zwischen beiden Parteien geschlossenen Einheitsabkommen zu einer Partei zusammengeschlossen. Das Einheitsabkommen war am 22. Dezember 1987 geschlossen worden. Am 22.12. endete in der Hauptstadt Harare ein viertägiger „Nationaler Volkskongreß“, mit dem die beiden Parteien ihre Vereinigung vollzogen. Die alten Parteien ZANU und ZAPU wurden formell aufgelöst. Die neue Partei trägt den Namen der alten ZANU (PF): Zimbabwe African National Union (Patriotic Front). Vorsitzender der Partei ist der bisherige ZANU-Vorsitzende Robert Mugabe. Joshua Nkomo, der bisherige Vorsitzende der ZAPU, ist zusammen mit Simon Muzenda von der alten ZANU (PF) Vizevorsitzender. Die neue Partei bleibt wie bisher schon die ZANU in ihren Statuten dem Ziel des Aufbaus des Sozialismus in Zimbabwe verpflichtet. Nach der Erringung der Unabhängigkeit und dem Sturz des Kolonialregimes unter Ian Smith hatten die Imperialisten und das südafrikanische Regime versucht, die Widersprüche zwischen ZANU und ZAPU, die in der „Patriotischen Front“ gemeinsam gegen das Kolonialregime gekämpft hatten, zu schüren. Zahlreiche Terroranschläge vor allem im Süden des Landes, hinter denen zumeist südafrikanische oder von Südafrika aus gesteuerte Terrorkommandos standen, kosteten mehrere tausend Menschen das Leben. Das 1987 zwischen beiden Parteien erreichte Einheitsabkommen hatte den Bestrebungen, mit solchen Terrorakten das Land in einen Bürgerkrieg zu treiben, eine klare Abfuhr erteilt. Seitdem mußten auch die imperialistischen Beobachter feststellen, daß diese Terrorakte weitgehend aufhörten. — (rül)



Der niederländische Gewerkschaftsbund FNV hat beschlossen, die bisher außerhalb des FNV agierende Soldatengewerkschaft VVDM (Vereinigung der wehrpflichtigen Soldaten) aufzunehmen. Die VVDM war Anfang der 70er Jahre entstanden und organisiert inzwischen mehrere tausend wehrpflichtige Soldaten. Sie setzt sich seit Jahren für Dienstzeitverkürzungen, eine Erhöhung des Wehrsoldes der Wehrpflichtigen und andere tarifliche Belange ein. Der FNV-Vorstand beschloß nun, dem Gewerkschaftsrat zu empfehlen, den Aufnahmeantrag der VVDM anzunehmen. Die endgültige Beschlussfassung ist für den 26. März 1990 geplant. Der FNV verspricht sich von der Aufnahme des VVDM nach seinen eigenen Worten „Zugang zu einem großen Potential jugendlicher künftiger Arbeitnehmer“. — (rül)

Jugoslawien: Streiks gegen Sparprogramm

Das jugoslawische Parlament hat jetzt die Wirtschaftspläne der Regierung Marcovic gebilligt. Diese sehen für ungefähr 70% der Löhne im November eine Lohnerhöhung von 20% vor. Danach tritt für ein halbes Jahr ein allgemeiner Lohnstopp in Kraft. Verbunden ist der Lohnstopp mit einer Freigabe der Preise, wobei die Preise für Strom, Post, Bahn und Medikamenten davon ausgenommen sind. Dieser Preisstopp ist aber reine Augenwischerei, weil gerade im November die Preise für Strom um 78%, für die Bahn um 90% und für die Post um 69% angehoben worden sind. Nach einer Schätzung beträgt die Inflationsrate zum Jahresende 2600%. Kernstück des Wirtschaftsprogramms ist die Einführung eines frei konvertiblen Dinars, dessen Kurs nun an die Entwicklung der D-Mark gebunden ist. Damit haben sich die BRD-Kapitale eine sichere Möglichkeit weitgehender Manipulationen der jugoslawischen Wirtschaft gesichert. Als der jugoslawische Staatspräsident Drnovsek Ende November in der BRD war, wurden die letzten Weichen für das neue Wirtschaftsprogramm gestellt. Die BRD ist jetzt schon der wichtigste Handelspartner Jugoslawiens unter den OECD-Ländern und beutet an die 600.000 jugoslawische Arbeitskräfte aus, auf deren Devisen die jugoslawische Wirtschaft angewiesen ist. Es war daher ein leichtes, Drnovsek klar zu machen, wohin der Gang der jugoslawischen Politik nach Auffassung der BRD zu gehen hat. Der Visumzwang für jugoslawische Arbeitskräfte in der BRD hat hier schon seine entsprechende Wirkung getan und die Ausarbeitung des Wirtschaftsprogramms beschleunigt. Die Pläne der Regierung stoßen nun auf zunehmenden Widerstand. Schon vor der Beratung im Parlament haben die Gewerkschaften Streiks angekündigt, die jetzt sofort folgten. Trotz Lohnstopp konnten sie in einigen Städten Lohnerhöhungen durchsetzen. So setzten die 4.600 Arbeiter des Lebensmittelkonzerns Centrolavia eine Lohnerhöhung von 60% durch, die 5.000 Arbeiter des Automobilwerks Rote Fahne eine um 100%. Aus anderen Städten wird ebenfalls von Streiks berichtet. Die Teilrepublik Serbien hat die Einführung des Lohnstopps mit Hinweis auf die Freigabe der Preise abgelehnt. — (hav)

Brasilien: Wahlsieg der Reaktion

Bei den brasilianischen Präsidentschaftswahlen hat der Kandidat der Reaktion, der „sehr reiche Unternehmer“ (NZZ, 20.12.89) Collor de Mello gewonnen. Er erhielt 33 Millionen Stimmen, während auf den früheren Gewerkschaftsvorsitzenden von São Paulo, Lula, der als Kandidat eines linken Bündnisses antrat, 31 Mio. Stimmen entfielen. Während Lula in den meisten Großstädten klar gewann, entfielen auf Collor de Mello die meisten Stimmen in den agrarischen Gebieten, von denen viele noch immer von Großgrundbesitzern und ihren bewaffneten Banden beherrscht und terrorisiert werden. — (rül)

Türkei sperrt Syrien das Wasser

Euphrat-Wasserzufuhr für einen Monat unterbrochen

Die türkische Regierung hat damit begonnen, den wirtschaftlichen Druck auf Syrien zu verstärken. Anfang Dezember gab ein Sprecher der Regierung in Ankara bekannt, die Türkei werde in der Zeit vom 13. Januar 1990 bis zum 13. Februar einen Monat lang den Wasserfluß des Euphrat praktisch zum Versiegen bringen. Offizieller Vorwand ist die Auffüllung des Stausees am Atatürk-Staudamm. Der Atatürk-Staudamm ist einer der ersten der im Rahmen des kolonialistischen „GAP“-Programms in den besetzten kurdischen Gebieten fertiggestellten Staudämme, mit denen imperialistische Konzerne in der Türkei und türkische Kapitalisten mit billigem Strom versorgt und große Agrarmonokulturen (Baumwolle u.a.) in den kurdischen Gebieten möglich gemacht werden sollen.

Die Wassersperre trifft Syrien in einer wirtschaftlich angespannten Lage und soll diese weiter erschweren. Die „Neue Zürcher Zeitung“ schreibt: „Der Euphrat ... ist der größte Wasserspeicher für Nordsyrien, welches auf Grund der mangelnden Regenfälle in diesem Jahr ohnehin mit Problemen konfrontiert ist. Der niedrige Wasserstand hat zu einer Drosselung der Stromproduktion am Assad-Staudamm geführt. Ferner soll die Bewässerung stark betroffen sein.“ (NZZ, 13.12.89) Die angekündigte Wassersperre wird

diese Probleme drastisch verstärken. 70% der syrischen Stromversorgung wird aus Euphrat-Staudämmen gewonnen. Auch die irakische Regierung befürchtet schwere Schäden und eine „ernste Wasserkrise“ infolge der Stauung.

Die syrische Regierung hat gegen die angekündigte Stauung bereits interveniert. Sie beharrt darauf, daß die türkische Regierung nach international geltenden Regeln und Abkommen kein Recht hat, den Wasserfluß des Euphrat in dem angekündigten Ausmaß zu drosseln. Außerdem habe der türkische Ministerpräsident Özal bei seinem Besuch in Syrien 1987 zugesichert, seine Regierung werde keine Maßnahme ergreifen, die den Wasserfluß des Euphrat unter 500 Kubikmeter pro Sekunde senkt. Genau das soll aber jetzt geschehen.

Über die Gründe für die türkische Entscheidung äußert sich die NZZ unverhüllt: Anfang Oktober habe Özal vier Forderungen gegenüber Syrien erhoben: „... den Führern der PKK, deren Vorsitzenden Abdullah Özal angeschlossen, keinen Unterschlupf mehr zu gewähren, die Aktivitäten der PKK in der Bekaa-Ebene zu kontrollieren und die türkisch-syrische Grenze besser zu bewachen, um die Infiltration von kurdischen Partisanen zu unterbinden ... Andernfalls drohte er, das Wasser des Euphrat abzuschneiden.“ — (rül)

Faschisten wieder im Parlament

Frankreich: Front National gewinnt bei Teilwahlen einen Sitz

Am 3.12.1989 fanden in einigen Gemeinden bzw. Bezirken Teilwahlen zum Parlament statt. Dabei lag das Interesse der Öffentlichkeit vor allem auf dem Wahlausgang in der kleinen Stadt Dreux (ca. 80 km westlich von Paris), wo die Front National (FN) schon 1983 16,7% der Stimmen bekommen hatte. Bei den jetzigen Wahlen erreichte die FN hier im ersten Wahlgang den höchsten Stimmenanteil, allerdings bei niedriger Wahlbeteiligung (55,95%). Im einzelnen erhielten FN: 42,49%, RPR (Gaullisten): 24,56%, PS (Sozialisten): 18,13%, Ecologistes: 4,88%, MRG: 4,22%, PCF (Kommunisten): 3,90%, RPR diss.: 1,83%.

Im zweiten Wahlgang wurde die Kandidatin der FN, Marie-France Stirbois, mit 61,43% der Stimmen gewählt. Dadurch ist die FN wieder in der Nationalversammlung vertreten.

Bereits im Vorfeld der Wahlen wurde sowohl der Person Le Pen wie auch seinem faschistischen Gedankengut, insbesondere gegenüber Ausländern, breiter Raum in den Medien eingeräumt. Alle großen französischen Zeitungen und Nachrichtenmagazine hatten Titelgeschichten zu den ausländischen Arbeitern. Die rechte Zeitung „Le Figaro“

druckte überdies lange Interviews mit Le Pen, staatliche und private Radio- und Fernsehsender luden Le Pen reihenweise zu Interview- und Diskussionssendungen mit hoher Einschaltquote ein.

Vor dem zweiten Wahlgang organisierten allein PCF und CGT eine Demonstration gegen Le Pen, nachdem die PS, die Menschenrechtsliga und SOS-Racisme es abgelehnt hatten, sich an der Demonstration zu beteiligen. Die PCF verbreitete außerdem einen Appell, in dem die Wähler dazu aufgerufen wurden, mit ihrer Stimmabgabe die FN zu bekämpfen, in dem außerdem die Politik von PS und RPR kritisiert wird, deren Positionen den Rassismus förderten. Im Europaparlament fand gerade eine Abstimmung zur Aufhebung der Immunität Le Pens statt, der in Frankreich wegen faschistischer Beleidigung eines Ministers vor Gericht gestellt werden soll. Die Mehrheit sprach sich für die Aufhebung aus. Die französischen und westdeutschen Grünen enthielten sich: ein Abgeordneter müsse jederzeit alles sagen können.

Quellenhinweis: L'Humanité, Dezember-Ausgaben 1989; J. Charlot, Les partis politiques en France, 1986 — (sur)

Lohnabschlüsse in Kanada

Starke Schwankungen in der Höhe

Die Lohnabschlüsse in den letzten Monaten zeigen, wie zäh die gewerkschaftlich Organisierten in Kanada um ihr Lohnniveau kämpfen und wie schwer sie es haben, es zu verteidigen. Große Unterschiede zeigen sich in Höhe, Struktur und Laufzeit. Die Inflationsrate lag in den letzten Jahren bei etwa 4%. Zusätzlich zum Lohn wurden vielfältige Fragen geregelt.

Zwei Eisenbahnergewerkschaften schlossen für zusammen 6.000 Beschäftigte mit CP Rail einen Dreijahresvertrag; er bringt 4,5% ab 1.1.89, 4,0% ab '90 und 4,5% ab '91, also Erhöhungen etwa im Rahmen der bisherigen Inflationsrate, aber mit starker zeitlicher Verzögerung.

Für 1.100 Arbeiter im Kohlebergwerk Tumbler Ridge (in British Columbia an der kanadischen Westküste) schloß die Gewerkschaft United Steelworkers of America einen 34-Monate-Vertrag bis März 1992 mit 5,0% — 3,5% — 3,0% jeweils am 1. Juni. Ein Vertrag über freiwilliges Rentensparen wurde geschlossen, wonach die Firma bis zu 5% der Bruttolohnsumme zu Sparleistungen der Beschäftigten zuschießt.

Die Gewerkschaft der Elektrizitätsarbeiter hat in Nova Scotia im kanadischen Osten einen Dreijahresvertrag für

1.300 Beschäftigte in den Kraftwerken abgeschlossen. Jeweils am 1. April 1989, 1990 und 1991 steigen die Löhne um 5,0%. Zusätzlich erhalten Fachkräfte 24 Cent je Stunde mehr, Ungelernte 10 Cent. Wenn die offizielle Inflationsrate 1991 über 5% liegt, wird die Lohnerhöhung entsprechend nach oben korrigiert.

Die Gewerkschaft United Fishermen and Allied Workers Union in British Columbia hat nach Streiks von zwei bis zweieinhalb Wochen Tarifverträge für die Fischverarbeitungsindustrie abgeschlossen, die für 2.000 Fischer und 5.000 Lotsen und Hafenarbeiter gelten. Die Laufzeit der Verträge ist drei Jahre: für die Fischer wurden je nach Lachsart Erhöhungen von 3 bis 8 Cent pro Pfund Lachs über drei Jahre abgeschlossen; für Lotsen +5,4% und für Hafenarbeiter +3,2%. Die Arbeitgeber wollen die tariflichen Eingangslöhne für Aushilfen senken; hierüber und über andere strittige Fragen wird eine Schiedskommission entscheiden.

Noch schlechter sind zwei Abschlüsse im Hotelgewerbe und Einzelhandel in British Columbia und Alberta, die nur zwischen 1,3% und 3,8% bringen.

Quelle: Collective Bargaining Review, Sept 1989 — (mfr)

Zwei Organisationen des puertoricanischen Befreiungskampfes legen der UNO einen Dekolonisierungsplan vor

Die USA halten Puerto Rico als Kolonie. Sie bestimmen die Wirtschafts- und Währungspolitik, die Außenpolitik und weitgehend auch die Innenpolitik. Die Einwohner Puerto Ricos gelten rechtlich als Bürger der USA, ohne daß sie jedoch Wahlrecht bei den US-amerikanischen Wahlen oder andere Bürgerrechte in den USA haben. Gegen diesen Kolonialzustand kämpfen puertoricanische Organisationen in den USA und in Puerto Rico. Wir dokumentieren einen Bericht, den zwei Organisationen des bewaffneten Befreiungskampfes im August letzten Jahres dem Dekolonisierungs-komitee der UNO vorgelegt haben. — (uld)

Erklärung von Macheteros und FALN

Die puertoricanische Volksarmee (Macheteros) und die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiung (FALN) sind Untergrundorganisationen, die den bewaffneten Kampf gegen den Kolonialismus und für die nationale Unabhängigkeit Puerto Ricos führen. Die erstere operiert innerhalb des Nationalgebietes Puerto Ricos, die letztere in den Vereinigten Staaten von Amerika. Wir legen diese gemeinsame Botschaft schriftlich vor, weil wir nicht vor diesem ehrenvollen Komitee erscheinen können.

Seit beinahe 500 Jahren ist Puerto Rico ein Opfer des Kolonialismus. In den letzten 90 Jahren war es eine Kolonie der Vereinigten Staaten. Seit der militärischen Invasion in unser Land im Jahre 1898 versuchte die US-Regierung, ihre imperialistische Intervention mit allen Mitteln zu rechtfertigen und zu legitimieren. 1900 wurden dem Land Wahlen aufgedrängt, um die Illusion zu schaffen, daß das puertoricanische Volk Selbstbestimmung ausübe. In Wirklichkeit kontrollierte die US-Regierung alle Aspekte des wirtschaftlichen, militärischen und politischen Lebens — und sie kontrolliert noch immer.

1917 drängte die US-Regierung dem puertoricanischen Volk die US-Staatsangehörigkeit auf. Jeder, der sich der Aufdrängung der Staatsangehörigkeit widersetzt, wurde aller politischen Rechte entblößt und als Fremder in seinem eigenen Land angesehen.

Die US-Regierung vollstreckte in den 30er, 40er und 50er Jahren eine brutale Repressionskampagne. Das waren: die Rio-Pedras- und Ponce-Massaker; die Ermordung vieler Patrioten; die Einkerkierung der Führung der Nationalisten-

Partei, einschließlich Don Pedro Albizu Campos und der nachfolgenden Führer der Nationalisten-Partei; das „Maulkorbgesetz“, das die Unabhängigkeitsbewegung illegalisierte und 1950, vor der Verwirklichung des „Freien Assoziierten Staates“, in massiven Verhaftungen gipfelte.

1952 gestattete die US-Regierung in Komplizenschaft mit der „Demokratischen Volkspartei“ Puerto Ricos den sogenannten „Freien Assoziierten Staat“ als Versuch, ihren Kolonialismus zu legitimieren. Diese imperialistischen Machenschaften waren während der vergangenen 37 Jahre eine Karikatur von Autonomie. Auch wenn die



Demonstration in San Jose für die Unabhängigkeit im August 1987

Puertoricaner „frei“ sind, eine Marionettenregierung zu wählen, behalten die USA alle hoheitlichen Vollmachten: Bürgerrecht, Währung, Handel, Ein- und Ausbürgerung, Militärdienst, Postwesen, Außenbeziehungen, Telekommunikation usw. Puerto Rico hat seine eigenen Gerichte und Gesetze, aber US-Gerichte und Gesetze können sie überstimmen.

Mit der Institutionalisierung des „Freien Assoziierten Staates“ entband die UNO 1953 die US-Regierung von der Verpflichtung, dem Dekolonisierungs-komitee der UNO jährliche Berichte über Puerto Rico zu überreichen. Auf diese Weise konnte die US-Regie-

rung die UNO dorthin manövrieren, den „Freien Assoziierten Staat“ als das Ende kolonialer Herrschaft anzusehen. Während jener Periode ging die Repression gegen die patriotische Bewegung weiter, sie umfaßt heutzutage neue Methoden: Spionage und elektronische Überwachung; Entführung und erzwungenes Exil von Patrioten in Gefängnissen in den USA; geistige und körperliche Folter gegen puertoricanische Kriegsgefangene, „Präventivhaft“ ohne Verfahren und das Recht auf Kautions; die Nutzung von „Grand Juries“, um Aktivisten ohne Verfahren einzuknastern; und anderes mehr. Gerade in diesem Augenblick gestaltet die US-Regierung ein neues Repressionsmodell: Vorladungen en masse von Unabhängigkeitsaktivisten, um sie zu zwingen, vor einem US-Gericht als Zeugen auszusagen. Weigern sie sich, droht ihnen ohne Verhandlung, und ohne daß sie sich verteidigen können, die Verurteilung zu fünf Jahren Gefängnis.

1978, nach einem intensiven Kampf unseres Volkes, gab das Dekolonisierungs-komitee endlich seine Unterstützung des „Freien Assoziierten Staates“ auf und gab von da an jährliche Resolutionen heraus, die den Kolonialismus anprangern und die für Puerto Rico die Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit fordern.

Entsprechend dieser neuen Entwicklung hat die US-Regierung in den letzten Jahren nach einer neuen politischen Formel zur „Dekolonialisierung“ Puerto Ricos gesucht. Wieder haben die USA in Komplizenschaft mit der „Demokratischen Volkspartei“ ein Schema entworfen, der sogenannte „Höhepunkt des Freien Assoziierten Staates“, das als ein Dekolonisierungsmodell erscheint, aber in Wirklichkeit alle Strukturen kolonialer Herrschaft intakt läßt. Die USA versuchen, ihr Täuschungsmanöver von 1952 zu wiederholen und ebenso die internationale Öffentlichkeit zu täuschen. Angesichts dieser politischen Situation ... unterbreiten die Puertoricanische Volksarmee (Macheteros) und die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiung (FALN) den folgenden Plan für die Dekolonialisierung Puerto Ricos:

1. Die Vereinigten Staaten müssen sofort den kolonialen Status Puerto

Ricos und sein unveräußerliches Recht auf Unabhängigkeit anerkennen. Folglich müssen sie jede Repression gegen die patriotische Bewegung in Puerto Rico und in den USA einstellen.

2. Die Vereinigten Staaten müssen sofort alle politischen Gefangenen und Kriegsgefangenen sowie alle nicht-puertoricanischen politischen Gefangenen, die wegen Handlungen in Solidarität mit unserem Kampf für Unabhängigkeit eingekerkert sind, freilassen.

3. Alle US-Militärkräfte müssen abgezogen und alle Militärbasen und Installationen niedrigerissen werden.

4. Die Kolonialregierung und all ihre repressiven Kräfte (Polizei, Nationalgarde usw.) werden aufgelöst und ihre Waffen der örtlichen Miliz und Nationalarmee übergeben, die für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und die Verteidigung unserer nationalen Souveränität verantwortlich sein werden.

5. Die USA müssen all die Hoheitsrechte, die sie in den letzten 90 Jahren an sich gerissen haben, dem Volk von Puerto Rico übertragen, das durch eine konstituierende Versammlung der Republik repräsentiert wird.

6. Unter der Aufsicht der Vereinten Nationen wird eine konstituierende Versammlung der Republik frei gewählt, welche dann eine provisorische Regierung eines freien, souveränen und demokratischen Puerto Rico wählen wird. Alle Personen, die für Komplizen des Kolonialismus gehalten werden und die in der Kolonialverwaltung eine Vertrauensstellung in der Exekutive, Legislative, Justiz, in den Streitkräften oder in der Polizei innehatten, können der neuen Staatsverwaltung nicht angehören.

7. Dem Volk von Puerto Rico muß für alle Ausbeutung und die Schäden, die es während der 90 Jahre US-amerikanischer Kolonialherrschaft erlitten hat, Wiedergutmachung geleistet werden.

8. Dieser Dekolonisierungsprozeß muß mit der sofortigen Verwirklichung der Punkte 1 und 2 im Januar 1989 beginnen und sollte am 23. September 1992 abgeschlossen sein.

Diese acht Punkte halten wir für den Minimalplan einer wirklichen Dekolonialisierung Puerto Ricos. Basierend auf diesem Dekolonisierungsplan,

erklären die Puertoricanische Volksarmee (Macheteros) und die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiung (FALN) das folgende:

1. Die illegale und die öffentliche Unabhängigkeitsbewegung werden keinen falschen Dekolonisierungsprozeß erlauben, der als sogenanntes „Ende des Freien Assoziierten Staates“ etabliert wird und nur dazu dienen würde, die Kolonialherrschaft zu verdecken.

2. Wir fordern, daß die US-amerikanische Regierung vor der Weltöffentlichkeit handelt und diesen Dekolonisierungsplan durchführt, zur Vermeidung eines langen, aber unzweifelhaft siegreichen Befreiungskrieges sowohl in Puerto Rico als auch auf ihrem eigenen Territorium.

3. Wir rufen die Länder der Welt auf, ihre Aufmerksamkeit auf die politische Situation unseres Heimatlands zu konzentrieren und den Kräften, die gegen den Kolonialismus in Puerto Rico kämpfen, die notwendige Solidarität zu leisten.

Die Puertoricanische Volksarmee (Macheteros) und die Bewaffneten Kräfte der Nationalen Befreiung (FALN) erklären hiermit feierlich, daß wir unsere Waffen nicht niederlegen werden, ehe Puerto Rico eine wirklich freie Nation ist und unser Volk eine Zukunft in Frieden und Gerechtigkeit aufbauen kann.

UN-Dekolonisierungs-komitee unterstützt die Unabhängigkeit

Die folgende Resolution wurden vom Dekolonisierungs-komitee der Vereinten Nationen in seinen Beratungen am 15., 16. und 17. August über die Kolonialangelegenheit Puerto Ricos gutgeheißen ...

1. Versichern wir nochmals das unveräußerliche Recht des Volkes von Puerto Rico auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit, in Bekräftigung der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung, und die volle Anwendbarkeit der fundamentalen Prinzipien jener Resolution hinsichtlich Puerto Ricos.

2. Drücken wir unsere Hoffnung und diejenige der internationalen Gemeinschaft aus, daß das Volk von Puerto Rico sein Recht auf Selbstbestimmung ohne Behinderung ausüben darf, mit der ausdrücklichen Anerkennung der Souveränität und vollen politischen Gleichheit des Volkes, in Übereinstimmung mit Paragraph 5 der Resolution 1514 (XV) der Generalversammlung ...

Quelle: Libertad

Italien: Schärfere Ausländergesetze

Gesetzesdekret der Regierung folgt Konzernwünschen u.a. von Fiat

Auf eine Million schätzte die italienische Regierung im Dezember die Zahl der aus Nicht-EG-Ländern nach Italien zugezogenen Menschen. Mit einem Gesetzesdekret, das am 22.12.1989 der Presse vorgestellt wurde, will sie die Rechtslage dieser häufig illegal lebenden Leute und die Bedingungen der Einreise neu regeln. Das Dekret gilt ein halbes Jahr und müßte für eine Umwandlung zum Gesetz in diesem Zeitraum im Parlament beschlossen werden. Es folgt weitgehend den Wünschen italienischer Konzerne, wie sie z.B. Fiat erst kürzlich vorgetragen hatte.

Das Gesetz gliedert sich in folgende vier Abschnitte.

Politisches Asyl. Der Status des politisch Verfolgten soll nunmehr von Flüchtlingen jeden Herkunftslandes reklamiert werden können. Damit fällt die bisherige „geographische Beschränkung“, die Italien bei der Unterzeichnung der Genfer Konvention getroffen und damit politisches Asyl nur für Bürger osteuropäischer Länder zugelassen hat — im Gegensatz zur italienischen Verfassung.

Einreise und Aufenthalt von Nicht-EG-Bürgern. Die Einreise soll nur noch mit einem Visum möglich sein: höchstens drei Monate für Touristen, ein Jahr fürs Studium, zwei Jahre für Arbeit. Neu eingeführt wird eine „Planung“ des Zuzugs: Ein Ausschuß der Außen-, Innen-, Haushalts- und Arbeitsminister soll jährlich über den Umfang der zulässigen Einreise neu entscheiden. „Mittellose“ Ausländer werden zurückgewiesen; in den Worten des stellvertretenden Ratsvorsitzenden Martelli: „Man verlangt nicht den Besitz von Geld, aber den Bezug zu Pri-

vatpersonen, Einrichtungen, Vereinigungen oder Firmen, die bereit sind, die Verantwortung für den Unterhalt zu übernehmen“.

Für die Erteilung, Verlängerung oder Erneuerung der Aufenthaltsberechtigung für rechtmäßig Eingereiste sollen die Polizeipräsidien der Provinzen zuständig sein, die polizeiliche Verbindungsorgane der Zentralgewalt gegenüber den dezentralen Körperschaften darstellen. Die Aufenthaltsberechtigung ist Voraussetzung für Genehmigungen, Anmeldungen, Personalausweis, Eintragungen in öffentliche Register.

Straffreiheitsregelung. Alle nicht rechtmäßig Eingereisten müssen sich innerhalb eines halben Jahres, egal ob sie arbeitslos sind, abhängig beschäftigt oder als fliegende Händler „selbständig“ arbeiten oder studieren, dieser Prozedur unterziehen. Mit Gewährung einer Aufenthaltsberechtigung sollen sie die Möglichkeit erhalten, sich in die Stellenlisten eintragen zu lassen, die für italienische Arbeiter vorgesehen sind, einen Arbeitsvertrag abzuschließen oder als „Selbstständige“ Genossenschaften zu bilden. Vergangene oder noch bestehende Rechtsverstöße von Eingewanderten und italienischen Bürgern sollen nicht bestraft werden. In zwei Informationskampagnen in verschiedenen Sprachen soll über diese Regelungen informiert werden.

Gesundheitswesen. Den eingewanderten Nicht-EG-Bürgern wird der Zutritt zum Nationalen Gesundheitsdienst gewährt und damit die Möglichkeit, sich in öffentlichen Einrichtungen behandeln zu lassen.

Die Motive der Regierung mit dem Gesetzesdekret hat De Michelis, der

Außenminister, so beschrieben: Es sei „ein erster positiver Schritt Italiens zur Definition einer modernen Einwanderungspolitik. Der Text, der von der Regierung verabschiedet wurde, verfolgt die Absicht, den wachsenden Schub von Auswanderern aus den ärmeren Ländern mit höherer Arbeitslosigkeit in Richtung reicherer und entwickelterer Wirtschaften zu mildern unter Berücksichtigung des Rahmens der Gemeinschaft und der Regeln, die andere Länder schon vor uns auf diesem Gebiet zur Anwendung gebracht haben, und mit der Notwendigkeit, den Zuzug von Arbeitern und ihren Familien zu planen entsprechend den realen Bedürfnissen unserer Wirtschaft und ihrer effektiven sozialen, wohnungsmäßigen und kulturellen Eingliederung.“

Was die „realen Bedürfnisse unserer Wirtschaft“ sind, läßt besonders der Fiat-Konzern ausführlich erörtern und öffentlich mitteilen. Die Agnelli-Stiftung hat unlängst eine Veranstaltung „Einwanderungspolitik in den europäischen Ländern, den USA, Kanada, Australien“ durchgeführt und dabei auch die Ergebnisse einer Studie „Futura Italia“ vorgestellt.² Darin heißt es zur Zuwanderung: „Es scheint angebracht zu unterstreichen, daß man für Italien aus den Schwierigkeiten des Generationenwechsels und aus dem objektiven demographischen Rückgang nicht die Notwendigkeit folgern kann, mangelnde Arbeitskraft aus dem Ausland ins Inland zu ziehen, weil die aktuellen sozio-kulturellen Tendenzen klar ein Anwachsen des italienischen Arbeitsangebots anzeigen.“ Der Präsident der Agnelli-Stiftung, Pacini, riet in diesem Sinn ab von „einer Linie, die die Pro-



Viele Eingewanderte müssen zusammengepfercht in überbelegten Wohnungen leben. Oft bleiben auch nur verfallene Autos als Unterkunft. Polizeirazzien machen das Leben noch weiter unerträglich. Gegen Diskriminierungen und Rassismus richtete sich eine nationale Demonstration im Oktober 1989 in Rom.

bleme des Arbeitsmarktes mittels einer Verallgemeinerung der Anwendung von eingewanderten Arbeitskräften angehen will“.

Die Agnelli-Stiftung will den Arbeitsmarkt nicht mit mehr, sondern mit weniger Arbeitskräften nichtitalienischer Nationalität ausgestattet sehen, vermutlich um ein wichtiges Element des Widerstands gegen die weit ausgreifende Politik der italienischen Konzerne zu schwächen. Das Gesetzesdekret der Regierung macht den Eindruck, daß es — neben einigen unumgänglichen Anpassungen — vor allem die engere Anbindung der Zuzugsmöglichkeit von Nicht-EG-Ausländern an die Interessen und Forderungen der Konzerne zum Ziel hat. Der Republikanischen Partei PRI, die an der Regierung beteiligt ist, gehen dabei die restriktiven Regelungen

gegen den Zuzug nicht weit genug.

In der Auseinandersetzung schwing ständig die besonders restriktive Ausländerpolitik Frankreichs und der BRI mit. Den christdemokratischen Befürwortern des Dekrets dient sie als Begründung der angeblichen eigenen Humanität, den liberalen Kritikern als Hinweis für noch härteres Durchgreifen.

Kritik kam in den ersten Stellungnahmen von der PCI, die ihr Senatsmitglied Rino Serri zitierte: Er befürwortete die Beseitigung der „geographischen Einschränkung“ beim Asylrecht, kritisierte aber die jährliche „Planung“ des Zuzugs durch einen Ministerausschuß als „Numerus clausus“ ebenso wie die Möglichkeit, „offenkundig mittellose Ausländer zurückzuweisen.“

Quellenhinweis: ¹ L'Unità, 23.12.1989 ² Europa 48/89 — (rok)

Kampf der Roma für ein Bleiberecht — eine Chronologie

Gegen die Bevormundungs- und Abschiebepolitik des Hamburger Senats

Hamburg. Der Kampf um das Bleiberecht der in Hamburg lebenden Roma und Sinti ist nicht die erste harte Konfrontation zwischen diesen Menschen, ihrer Interessenver-

tretung, der Rom und Cinti Union (RCU), einerseits und dem Senat andererseits. Jahrelang schon wehrt sich die RCU gegen Bevormundungs- und Abschiebungspolitik.

1982 griff die RCU mit einer Dokumentation „Zur Lage der Sinti und Roma in Hamburg“ die ständige Vertreibungs- und Verelendungspolitik des Senats gegen „Zigeuner“ an. 1983 erzwangen Sinti und Roma nach einem mehrwöchigen Hungerstreik Einsicht in die seit 1970 per Europaratbeschluss verbotenen und dennoch bis 1980 bei der Hamburger Polizei geführten sogenannten Landfahrerakten. 1986 störte die RCU mit einer ganztägigen Aktion vor dem Rathaus den Neujahrsempfang des Senats. Anlaß: die Abschiebung eines jugendlichen Roma nach Polen war verfügt, obwohl für Polen generell Abschiebestopp bestand und seine Familie sich hier aufhielt. Ebenfalls 1986 im Herbst gelang es der RCU nach Organisation einer massiven Öffentlichkeitskampagne, ein 15jähriges Rom-Mädchen aus 25tägiger Untersuchungshaft zu holen, an der Richter wegen angeblichen Betteldiebstahls und trotz Abschaffung der geschlossenen Unterbrin-

gung für straffällige Jugendliche in Hamburg ein Exempel statuieren wollten. Immer wieder mußte die RCU sich mit Ausländerbehörde, Polizei und Sozialbehörde rumschlagen, um Roma und Sinti vor Schikanen und Verfolgung zu schützen. Immer wieder auch stieß sie gerade dort auf alte Vorurteile, verdeckten oder offenen Rassismus, auf die „Kontinuität der Verfolgung“.

Jetzt, nach über einem Jahr Kampf für das Bleiberecht, haben die Roma und Sinti, die RCU und die Solidaritätsbewegung zumindest erreicht, daß kein von der RCU betreuter Roma abgeschoben werden konnte, obwohl viele seit Monaten wieder illegal und versteckt leben müssen. Stationen dieses Kampfes waren:

Am 7. November 1988 lehnte der Petitionsausschuß eine Eingabe zweier Familien, deren Asylanträge endgültig abgelehnt worden waren, ab. Die Familien waren illegal, kamen zunächst in der Hafenstraße, später in einer Kirche

unter. Anfang Januar fand eine Protestveranstaltung mit 700 Menschen statt und eine Aktion vor der Ausländerbehörde. Ein verzweifelter Familienvater kündigte seine Selbstverbrennung an. Die Ausländerbehörde verlängerte die Duldung um einen weiteren Monat für die eine, um mehrere Monate für die andere Familie. Die RCU wandte sich Ende Januar mit einem Schreiben an die Ministerpräsidenten der umliegenden EG-Staaten: „Es ist leider wieder so weit, daß wir Sie bitten müssen, unsere Menschen vor den deutschen Behörden zu schützen und aufzunehmen.“

Am 18. Februar 1989 begannen etwa 25 Roma im Dokumentenhaus der KZ-Gedenkstätte Neuengamme einen Hungerstreik, weil mittlerweile klar war, daß der Senat von seiner starren Haltung nicht abrücken würde und dadurch Hunderte Roma auf der Abschiebeliste standen. Diese Aktion fand eine breiter werdende Unterstützung in so ziemlich allen Kreisen der Gesellschaft über Leserbriefe in den Tageszeitungen, Anzeigenkampagnen sogenannter Prominenter, Protestschreiben von Schulen, vor allem auch Unterstützung von Verfolgten des Nationalsozialismus aus dem In- und Ausland. Beinahe täglich versuchten Roma, begleitet von bis zu hundert Menschen, eine Petition der Hungerstreikenden im Rathaus abzugeben, immer wurden sie abgewiesen. Schließlich mußte der Senat nachgeben: Am 7. März nahm Innensenator Hackmann die Petition entgegen, sprach einen halbjährlichen Abschiebestopp aus, blieb aber dabei, daß Hamburg die Roma nicht alle aufnehmen werde.

Nachgegeben hat der Senat auch, weil er glauben konnte, in den Vertretern der evangelischen Kirche in Hamburg einen Partner für ein Täuschungsmanöver gefunden zu haben. Dort wurde an einem Partnerschaftsmodell ähnlich dem sogenannten „Kölner Modell“ gearbeitet. Kurz vor Auslaufen des Abschiebestopp lag dann das Modell des Diakonischen Werks auf dem Tisch. Im Kern beinhaltet es zweierlei: Einmal ist es zugeschnitten auf nur die beiden seit November kämpfenden Familien, dem Rest bleibt nur Abschiebung oder Flucht davor. Für die zum Bleiben ausgewählten Personen aber ist ein ausgeklügeltes Betreuungs- und Überwachungssystem vorbereitet. Aufenthaltserlaubnis soll es erst geben, wenn fünf Jahre lang Anpassung trainiert und bewiesen worden ist. „Bewährungshel-



Statt sich nach der Räumung in Neuengamme in bereitstehende Polizeiwagen verfrachten zu lassen, zogen die Roma am 3.10.1989 in einem achtstündigen Marsch zum Rathaus.

fer“ und „Weißer-Mann“-Projekt wird es von der RCU kritisiert. Die Betreuungsarbeit soll von sogenannten Partnern übernommen werden, die auch seit Monaten bereitstehen, die Behörden wären aus dem Schneider.

Die RCU wies dieses Modell auf einer Pressekonferenz zurück, stellte stattdessen ein eigenes Modell vor, dessen Grundlage das Bleiberecht für alle ist und dessen Inhalt der Aufbau einer eigenständigen Lebensweise. Unter den selbsternannten Partnern herrschte zunächst Verwirrung, dann traten sie aber zum Teil öffentlich gegen den Plan der Diakonie auf.

Die Roma beschlossen, wieder nach Neuengamme zu gehen. Sie errichteten ein Flüchtlingscamp, um sich gemeinsam vor Abschiebungen zu schützen. Das Camp konnte ausschließlich über Spenden mehrere Wochen gehalten werden, die Unterstützung wurde breiter. Als die Roma aber beschlossen, ein leerstehendes Gebäude zu besetzen, ließ der Senat am 3. Oktober 1989 räumen. In einer Presseerklärung rechtfertigte er die Räumung mit Unverschämtheiten: Er denunzierte die monatelange Aktion als PR-Gag der RCU und ernannte sich zum Beschützer einer antifaschistischen Gedenkstätte, als handele es sich in Neuengamme um einen Friedhof. Jetzt hagelte es internationale Proteste, die eine ganze Zeitung füllen würden. Am 7.10. demonstrierten 1500 Menschen durch die Innenstadt. Vor Botschaften der BRD in verschiedenen europäischen Städten fanden Kundgebungen statt. Ein dreister Abschiebeversuch der Ausländerbehörde am 17. Oktober scheiterte an der Wachsamkeit der Solidaritätsbewegung. Die RCU rief für den 9.

November zu einem Treck nach Neuengamme auf. Bis zu 2000 Menschen schlossen sich dem Korso an und hielten bis in die Nachtstunden eine Kundgebung im Klinkergebäude ab. Der Bischof der Evangelischen Kirche, Krusche, mußte sich am gleichen Tag öffentlich für das Bleiberecht einsetzen, er erklärte das Diakonie-Konzept für gescheitert. Jetzt hielt der Senat — seiner Partner vorerst ledig — still. Die Aktionen dieses Jahres haben alle beteiligten Roma und die RCU enorme physische und psychische Kräfte gekostet. Sie fanden in der letzten Phase praktisch ohne jegliche Öffentlichkeit in der bürgerlichen Presse statt, die in diesem „deutschen Herbst“ nur ein Thema kannte, und sie fanden gegen eine Regierung statt, die sich öffentlich rühmt, die höchste Abschieberate der BRD zu haben.

Die Roma der BRD haben am 19. Dezember 1989 mit Delegierten aus Düsseldorf, Duisburg, Paderborn, Gummersbach, Mönchen-Gladbach, Dormagen, Krefeld und Hamburg einen Roma-Flüchtlingsrat für die BRD gegründet zur Durchsetzung des Bleiberechts in der BRD. „Dieser Schritt ist nötig geworden, nachdem unter anderem das nordrhein-westfälische Kabinett einen zuvor vom nordrhein-westfälischen Innenministerium erlassenen Abschiebestopp kurzfristig aufgehoben hatte. Durch dieses Vorgehen hat die NRW-Landesregierung die größte systematische Massenvertreibung in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik beschlossen. Der Roma-Flüchtlingsrat wird dieses Vorgehen der Bundesregierung nicht tatenlos hinnehmen.“ — (mek)



Seit dem 29.8.1989 hatten etwa 400 Roma und Sinti auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme kampiert. Durch diese Aktion sollte verhindert werden, daß nach Auslaufen des Abschiebestopp Anfang September die Menschen einzeln aus Wohnungen, Lagern oder von der Straße abgegriffen und abgeschoben würden. Der Senat setzte zunächst auf Zeit und Ausweichungen: Da keine einzige karitative Organisation das Flüchtlingslager versorgte — alle kannten sie nur noch Deutsche — herrschten bald katastrophale Verhältnisse, wurden die Kinder und Alte krank. Als die Roma dann zum Schutz gegen beginnende Kälte und Nässe in einen leeren Klinkerbau zogen (Bild), ließ der Senat sofort am nächsten Morgen räumen und Polizei beschlagnahmte oder zerstörte die gesamte Habe — größtenteils Spenden der Solidaritätsbewegung. Dieser Polizeieinsatz auf dem Gelände einer antifaschistischen Gedenkstätte trug dem Senat weltweite Proteste ein — vor zahlreichen Botschaften der BRD in Europa kam es zu Protestdemonstrationen.

Ein seit langem schwelender Streit zwischen der RCU und den in der Initiative Bleiberecht zusammengeschlossenen Unterstützern (im wesentlichen GAL und kirchliche Kreise) wird inzwischen öffentlich über Leserbriefe ausgetragen. Grundlage ist ein Kritikpapier der RCU an der Initiative vom November 1989, das wir nachfolgend — wegen Platzmangels nur auszugsweise — abdrucken. Der darin skizzierte Umgang der Initiative mit der RCU als Vertreterin einer ethnischen Minderheit in der BRD ist bevormundend bis diskreditierend. Die am Schluß aufgeworfenen Bedingungen der Zusammenarbeit sollten eine Selbstverständlichkeit sein.

... Während Entscheidungen der am Streik beteiligten Roma und deren Interessenvertretung als „unsolidarisch“ den Unterstützern gegenüber bezeichnet werden, befassen sich wieder einmal Kreise innerhalb der Unterstützerguppen mit Konzepten und Strategien, ohne die Betroffenen darüber in Kenntnis zu setzen ... Es war die Initiative Bleiberecht selbst, die im Frühjahr im Anschluß an den Hungerstreik der Roma in Neuengamme zum ersten Mal den Vorschlag machte, das „Kölner Modell“ auf Hamburg zu übertragen. Auf mehreren gemeinsamen Sitzungen wurden sie von den Betroffenen aufgefordert, das Entwerfen von Konzepten für eine „Zentrale Beratungsstelle“ zu unterlassen. Trotzdem wurden solche Papiere nicht nur verfaßt, sondern auch an die Sozialbehörde weitergegeben. Dem Angebot der RCU zur Mitarbeit am eigenen Projekt „Bleiberecht, Arbeiten und Wohnen“ kamen dagegen die Initiative-Mitglieder nicht nach. Als im Juni 1989 das Diakonische Werk zum

„Wir brauchen Freunde, keine Schiedsrichter“

ersten Mal als Träger für das „Betreuungsprojekt“ und Konkurrent für das RCU-Projekt genannt wurde, stand die RCU allein in den Versuchen, über die eigentliche Rolle des Modells aufzuklären: Das Konzept für ein RCU-Projekt sowie die Hintergrundmaterialien über die zweifelhafte „Roma-Arbeit“ des Diakonischen Werks wurden u.a. auch vom taz-Reporter O.N. unterschlagen ... An dieser Haltung hatten auch die massiven Proteste der RCU gegen das Modell nichts ändern können.

Erst als die skandalöse Vorgehensweise des Diakonischen Werkes in der Vergangenheit, bis hin zur Beihilfe zu Abschiebungen, öffentlich bekannt wurde und die Proteste der RCU gegen die Übertragung des Modells auf Hamburg an öffentlicher Unterstützung gewannen, distanzierten sich die Ini Bleiberecht sowie die selbsternannten „Partner“ von dem Modell. Doch die Legitimation für dieses Abschiebemodell war damit für den Senat und die Kirche schon gegeben. Nicht umsonst wird als Mitinitiatorin des Modells in der entsprechenden Senatsvorlage auch die Initiative Bleiberecht erwähnt.

Über Monate hinweg duldete die Initiative geheime Verhandlungen mit der Sozialbehörde sowie mit der Kirche, die hinter dem Rücken der Betroffenen geführt wurden. Diese Gespräche sowie direkte Kontakte zu Mitarbeitern des „Kölner Modells“ wurden von Pastor Klaus Jähn geführt, der auf mehreren Sitzungen der Ini Bleiberecht selbst während des Streiks in Neuengamme immer wieder in Schutz genommen wurde.

Den Auseinandersetzungen um das Modell des Diakonischen Werks folgte eine äußerst distanzierte Haltung gegenüber dem Streik der Roma in seiner ersten Phase, insbesondere gegen die Auftaktveranstaltung am 29. August ... Erst als das öffentliche Interesse und das Echo in den Medien die Entschlossenheit der Roma „bestätigten“, schloß sich auch die Initiative Bleiberecht unterstützend der Aktion an.

Am 6. Oktober, kaum vier Tage, nachdem die Roma in der Friedenskirche Aufnahme fanden, arrangierte der taz-Reporter O.N. ein geheimes Gespräch zwischen Pastor Christian Arndt und dem für die Räumung verantwortlichen Bürgermeister Ingo von Münch ... Mehrere Mitglieder der Initiative Bleiberecht war bekannt, so stellt sich im Nachhinein heraus, daß ein solches Gespräch stattfand. Den Roma und den Mitarbeitern der RCU gegenüber wurde es wochenlang jedoch verschwiegen.

... Der Versuch zur politischen Instrumentalisierung der Roma wurde immer wieder durch Versuche begleitet, die RCU von Verhandlungen und Planungen auszuschließen und zu diskreditieren. So bei dem Gespräch Arndt-Neß-von Münch, so bei zahlreichen Gesprächen und Kontakten zunächst des GAL-Vorstandes, dann von Christina Kukiela mit der Evangelischen Bischofskanzlei. Es ging dabei stets um das Schicksal von Leuten, die sich durch die RCU vertreten fühlen und die die RCU selbst bilden.

War in den vergangenen Wochen bereits der Verdacht entstanden, daß Informationen über ge-

plante Aktionen weitergetragen wurden, so ist der Artikel von Oliver Neß in der taz vom 11. November dem Versuch einer gezielten Sabotage gleichzusetzen. In diesem Artikel behauptet Oliver Neß, die RCU hätte mit dem Senat heimlich über ein Bleiberecht mehrerer Roma in Hamburg verhandelt. Der RCU wird merkwürdigerweise zum Vorwurf gemacht, angeblich den Versuch gemacht zu haben, mit dem Senat, der bisher Gespräche strikt ablehnte, in Verhandlungen zu treten. Hätte es darüber hinaus wirklich solche Gespräche gegeben, so hätte sie jede Veröffentlichung dieser Art selbstverständlich gefährdet.

Doch noch gravierender ist der Tenor der Artikel, der die RCU beschuldigt, die eigenen Leute heimlich an den Senat verkauft zu haben. Der Vorsitzende der RCU, Rudko Kawczyński, wird in dem Artikel als Lügner dargestellt, der auch Gespräche mit der Kirche dementiert haben soll.

... Die Bürgerrechtsbewegung der Roma braucht Eure Unterstützung, wir können und dürfen in diesem Moment auf keine Freunde verzichten. Dabei muß jedoch eine Selbstverständlichkeit bleiben, daß Verhandlungen über eine politische Regelung nur von den Roma selbst geführt werden und daß jedes Modell, das zur Verbesserung der Lage der Roma eingesetzt wird, von den Roma selbst entwickelt, durchgeführt und geleitet werden muß. Ausgehend von diesen Prämissen, rufen wir all unsere Freunde zur Zusammenarbeit auf. Unser politischer Kampf um ein gesichertes Bleiberecht hat begonnen, er ist noch keineswegs abgeschlossen. Die Roma sind unter diesen Bedingungen zu einer Zusammenarbeit bereit, sind es die Unterstützer auch?

RCU, November 1989

Panzerwald: Rodung gestoppt

Kommunen und Initiativen verhindern militärische Nutzung

Mannheim. Einen wichtigen Zwischen-erfolg hat die Bewegung gegen den „Panzerwald“ in Lampertheim/Viernheim (Hessen) und Mannheim (Baden-Württemberg) errungen: Die hessische Landesregierung hat die Anordnung für die Abholzung von 6000 Bäumen, d.h. die Vernichtung von 80000 m² Erholungs- und Jagdwald, ausgesetzt. Die Panzerwaldgegner hatten bereits eine Telefonkette vorbereitet, die den „persönlichen“ Schutz der abzuholenden Bäume organisieren sollte.

Der Viernheimer/Lampertheimer Wald (VLW) stellt mit ca. 46 km² ein unentbehrliches Naherholungs- und Wasserschutzgebiet des Ballungszentrums Mannheim dar. Trotzdem befindet sich inmitten des Waldes ein Standortübungsplatz für Panzer der US-Streitkräfte von 21 km² Ausdehnung, einschließlich eines 20 ha großen Panzerschießplatzes. Drei km² unterliegen „intensiver Nutzung“; sie sind mittlerweile eine zerrufte Sandwüste.

Von dem gesamten Übungsgelände sind ca. 10 % umzäuntes Sperrgebiet, innerhalb dessen sich auch eines der zwei Lager für chemische Kampfstoffe der USA in der BRD befindet. Der Rest ist bisher für Erholungssuchende frei zugänglich, außer bei Manövern.

Wegen der Panzer ist das Grundwasser derart verseucht, daß die Stadt Mannheim für ihr am Südrand des Waldes befindliches Wasserversorgungs-Käferl eine Kohlefilteranlage für 1,6 Mio. DM in Betrieb nehmen mußte.

Seit 1979 planen US- und Bundesregierung die Ausweitung der Panzerübungsflächen mit intensiver Nutzung auf 10 km², dazu die Rodung bzw. Auslichtung von 200-250 ha Waldfläche.

Damals zwang die Empörung der Bevölkerung, die sich u.a. in 40000 Unterschriften niederschlug, Vertreter und Parlamentarier aller Parteien zum Protest und zu Verhandlungen über Alternativen. Weitere nicht offengelegte Pläne kamen zum Vorschein:

- Bau eines „Übungsdorfes“ mit unterkellerten und mehrgeschossigen Beton- und Holzbauten.

- Ein zentraler Schießstand von 70 ha (Gesamtfläche aller derzeit im VLW gelegenen großen und kleinen Schießstände: 30-35 ha).

- In einer Generalklausel sollte im übrigen garantiert werden, daß bei Vorliegen militärischer Gründe das gesamte Areal der intensiven Nutzung unterzogen werden dürfte.

US- und Bundesregierung kamen 1979 mit diesen Plänen nicht durch und drängen nun erneut auf Durchsetzung. Bewegung kam wieder in die Auseinandersetzung um den Panzerwald, als Mitte der 80er Jahre die damalige hessische SPD-Landesregierung sich anschickte, das Gelände im VLW den US-Streitkräften endgültig über

einen „Gestattungsvertrag“ zu überlassen. Die Regierung verpflichtete sich aufgrund des öffentlichen Drucks, den betroffenen Gebietskörperschaften den Vertrag zur Zustimmung vorzulegen.

Mit dem Gestattungsvertrag soll letztlich die Nutzung des Waldes durch die US-Truppen nach deutschem Recht geregelt werden — eine Aufgabe, der die westdeutschen Seite aufgrund des Deutschlandvertrages in Verbindung mit dem Truppenvertrag (1955) und des Zusatzabkommens zum NATO-Truppenstatut eigentlich schon bis 1963 hätte nachkommen müssen. Ersatzweise fand bisher jährlich eine „vorzeitige Besitzeinweisung“ im Vorgriff auf den Gestattungsvertrag statt.

Die SPD-geführte Stadtverwaltung von Viernheim holte 1986 ein Rechtsgutachten ein über die Eingriffs- und Mitspracherechte von Kommunen bei der Beschaffung und Nutzung militärischer Liegenschaften. Das Gutachten von Deiseroth stellte ein erzwingbares Anhörungsrecht der Gebietskörperschaften und eine Unterordnung neuer militärischer Nutzungen unter das Naturschutz- und Raumordnungsrecht fest, sobald von über das betreffende Gelände hinausgehenden Wirkungen ausgegangen werden muß. Dies ist allein schon wegen der Auswirkungen auf das Grundwasser oder der Lärmemissionen gegeben.

Einen ersten Entwurf für den Gestattungsvertrag lehnten die betroffenen Gebietskörperschaften daraufhin ab, weil die Forsthoheit für den Wald von der Stadt Lampertheim an den Bund übergehen, der Vertrag praktisch unkündbar sein und der Bund das Recht zur Weitergabe an „Dritte“ bekommen sollte. Die neue CDU-Regierung in Hessen, die sich an die Zusage der Vorgängerin nicht gebunden sah, mußte nun — wie die Suspendierung des Rodungsauftrags zeigt — die Mitsprache der Kommunen anerkennen.

Eine große Stütze für die Bewegung gegen den Panzerwald ist die Stadtverwaltung von Viernheim: Der Bürgermeister konnte der Landesregierung 48500 von der Stadtverwaltung gesammelte Unterschriften gegen die geplante Erweiterung der Schießanlagen und die Abholzung der 6000 Bäume vorlegen.

Im Januar finden erneut Gespräche zwischen den Kommunen und der Landesregierung statt. Die Gegner des Panzerwaldes planen für den 25. Januar ein regionales Treffen aller engagierten Gruppen. Der Ostermarsch 1990 soll mitten in den Panzerwald führen.

Die Aktionsgemeinschaft Viernheimer Wald schreibt in ihrer „Waldzeitung“: „Wir fordern: Entmilitarisierung des VLW! Beseitigung aller militärischen Anlagen! Der Wald muß ein echtes Naherholungsgebiet für die Bevölkerung werden!“ — (tht)

Gegen Wiedervereinigung Demonstration in Frankfurt

Frankfurt. Aus Anlaß des Kohl-Besuchs in Dresden hatte der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD zu einer Demonstration: „Nein zur Wiedervereinigung, nie wieder Deutsches Reich! Kein 4. Reich! Die BRD gefährdet den Frieden in Europa!“ in Frankfurt aufgerufen. Gewerkschaftsfunktionäre, Friedens- und Erwerbsloseninitiativen sowie revolutionäre Organisationen unterstützten Aufruf und Demonstration. Ca. 500 Menschen nahmen teil. Peter Gingold, VVN-Landesvorsitzender, leitete die Gegnerschaft gegen die Wiedervereinigung aus der Erfahrung zweier vom deutschen Reich angezettelter Weltkriege her. Der Sprecher des letzten Beitrags wandte sich gegen den Anspruch des Grundgesetzes auf die Grenzen von 1937 und kritisierte die Eigentumsansprüche von BRD-Konzernen auf DDR-Gebiet, z.B. Dresdner Bank und IG-Farben. — (udi)

Schikanen gegen B. Perausstoßen auf Protest

Essen. In einem Brief, den bisher das Antifa-Forum Essen, GAL Essen, MLPD Kreis Essen, Volksfront, Arbeitsgruppe und Männergruppe/Stadteilladen Frohnhausen und Devrimci Isci unterstützen, wird das OLG Düsseldorf aufgefordert, der Gefangenen B. Peraus (JVA Essen) ein Weihnachtspaket nicht zu verweigern. Das OLG hatte dies am 29.11. beschlossen, „... weil die notwendige Untersuchung auf verborgene Gegenstände zwangsläufig zu einer Substanzverletzung führen würde.“ Aus dem Brief: „Wir protestieren gegen diese Verletzung der Menschenwürde. Wir fordern Sie auf, zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen: — Auf welcher rechtlichen Grundlage wird der Gefangenen der Erhalt von Lebensmittelpaketen verweigert? — Auf welcher rechtlichen Grundlage werden Paketkontrollen veranlaßt, die den Inhalt der Pakete ungenehmigen machen?“ — (Quelle: „Lokalberichte Essen-Gelsenkirchen“, il./syb)

Antifaschisten müssen Revanchismus kritisieren

München. Am 19. Dezember 1989 fand die Veranstaltung „Wider die Vereinigung — Nie wieder Großdeutschland — Gegen die deutschnationale Wiedervereinigungskoalition“ mit über 120 Leuten statt. Die Initiative hierzu ging von einer Aktionseinheit aus, die von Mitgliedern der Autonomen Sozialistischen Jugend (ASJ), des BWK, der DKP, der MLPD, der Volksfront, der VSP und Unorganisierten unterstützt wird. Für den Mitte Januar stattfindenden „Antifaschistischen Ratschlag“ ist ein Diskussionsergebnis von großer Bedeutung. Antifaschistischer Kampf muß die Kritik am westdeutschen Revanchismus führen. — (dil)



Stuttgart. Am 20.12.1989 konstituierte sich der Ausländerausschuß. Die ausländischen Mitglieder erklärten, daß sie den Ausschuß für die Durchsetzung der rechtlichen und sozialen Gleichstellung der Ausländer nutzen wollen. Auf Plakaten forderten Zuhörer das Wahlrecht und protestierten lautstark gegen die Äußerungen des REP-Vertreters über „Volksbrei“. — (rac)

Protestaktionen gegen Bundesparteitag der REP

München. Am 13./14. Januar findet in Rosenheim der Bundesparteitag der Republikaner statt, der u.a. ein überarbeitetes Parteiprogramm verabschiedet soll. Von einem örtlichen Aktionsbündnis und einer landesweiten Vorbereitungsgruppe werden zu einer Demonstration am 13.1. in Rosenheim aufgerufen. Unter den Losungen „Nie wieder Faschismus“ und „Gegen Nationalismus, Rassismus und Sexismus“ soll gegen die faschistische Partei protestiert werden. Die Unterstützung von Forderungen wie nach Streichung der Präambel des Grundgesetzes, Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und Kommunalwahlrecht für alle wird jetzt immer deutlicher auf die Tagesordnung gesetzt. Im Mittelpunkt des neuen REP-Parteiprogramms soll die „Wiedervereinigung Deutschlands“ stehen, an zweiter Stelle die „Innere Sicherheit“. Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz von Schönhuber und Jean-Marie Le Pen, dem Vorsitzenden der französischen „Front National“, wurde der gemeinsame Schulterschuß der Antikommunisten gefeiert: „Die europäische Neuordnung beginnt. Sie geht über die deutsche Wiedervereinigung hinaus. Sie wird auch auf das Gebiet der Sowjetunion überspringen ... Ostpreußen gehört historisch zu Deutschland, ebenso das Memelland. Hier sind Verhandlungen mit der Sowjetunion anzustreben. Selbstverständlich ist der Gedanke an jede Gewaltanwendung auszuschließen ...“ Die „europäische Neuordnung“ verläuft heute schon nicht friedlich. Der westdeutsche Imperialismus rüstet weiter auf und versucht seine Truppen auszurichten. — (dil)

Demonstration zum 30.1. „Nie wieder Großdeutschland“

Stuttgart. Für Samstag, den 3. Februar wird anläßlich des 57. Jahrestages der Machtergreifung der Faschisten am 30. Januar eine Demonstration gegen die großdeutschen Wiedervereinigungsbestrebungen vorbereitet. Am ersten Treffen nahmen knapp 40 Leute teil, vertreten waren u.a. ALL, Arbeitskreis Reaktoren und Raketen, Antifa-AK, BWK, DIDF, DKP, KPD, MG, MLPD, Palästina-Komitee, Volksfront, VSP. Bestandteil eines noch zu beschließenden gemeinsamen Aufrufs sollen folgende Forderungen sein: „Volle Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR, Streichung des Wiedervereinigungsgebots aus dem Grundgesetz! Endgültige Anerkennung der Grenzen Polens und der UdSSR durch die BRD! Nie wieder Großdeutschland! Nie wieder Faschismus und Krieg!“ — (evc)

RHV-Zeitung an der Universität Freiburg

Freiburg. Im Dezember erschien an der Universität erstmals die Zeitung „Der Freiburger“, herausgegeben vom „I. Akademischen Denk- und Pressverein“. Dahinter verbirgt sich die Burschenschaft Danubia, aus der im Mai 1989 der „Republikanische Hochschulverband“ hervorging. Zu lesen ist da z.B. zum Thema Wohnungsnot von Studenten u.a.: „Angesichts einer absehbar weiter steigenden Zahl von Asylanten, Aus- und Übersiedlern, die den vorhandenen Wohnungsmarkt weiter einengen werden, werden die Freiburger Studenten wohl auf Jahre hinaus mit einer angespannten, allenfalls unbefriedigenden Wohnungssituation rechnen müssen.“ — (ulb)

Lebensschützer unterliegen vor Gericht

„Juristenvereinigung Lebensrecht“ darf als rechtsradikal bezeichnet werden

Freiburg. Das Landgericht Freiburg hat am 29.12.1989 den Antrag der „Juristenvereinigung Lebensrecht e.V.“ auf Erlaß einer einstweiligen Verfügung gegen die Stadträtinnen Emilie Meyer (Grüne), Angelika Wehinger (SPD)

und Margot Queitsch (SPD) zurückgewiesen, mit dem diese zur Unterlassung der Behauptung verurteilt werden sollten, es handle sich bei der „Juristenvereinigung“ um eine rechte bis rechtsradikale Gruppierung.

In einer gemeinsamen Erklärung vom 14.11.89 hatten die genannten Stadträtinnen sowie Ute Guzzoni, Stadträtin der Linken Liste/Friedensliste, die Gemeinderatsfraktion der Grünen, die Frauenbeauftragten der Stadt, der DGB-Frauenausschuß sowie die Linke Liste/Friedensliste gegen Aktionstage der „Aktion Lebensrecht für Alle“ und der „Juristenvereinigung Lebensrecht“ und insbesondere gegen die Vergabe städtischer Räume an diese Organisationen protestiert. „Wir protestieren gegen die frauenfeindliche Vorstellung, Frauen würden die Möglichkeit zu legalen Schwangerschaftsabbrüchen „mißbrauchen“ oder Frauen müßten vor Abtreibungen geschützt werden. Frauen, die abtreiben, entscheiden sich in ihrer eigenen Verantwortlichkeit dafür und haben ihre Gründe“, heißt es in der Erklärung gegen die Propaganda der Lebensschützer. „Wir protestieren dagegen, daß die Stadt sich mit dem Problem von Schwangerschaftsabbrüchen nur unzureichend auseinandersetzt. Wir fordern alle Frauen auf, die sich wie wir betroffen fühlen von den Kampagnen, die letztlich auf eine Verschärfung des

§218 hinauslaufen, Stellung zu beziehen.“ Die „Juristenvereinigung“, u.a. auch konfrontiert mit heftigen Protesten während ihrer Veranstaltungen zwischen dem 15. und 17.11., stellte daraufhin Antrag auf einstweilige Anordnung — allerdings nicht gegen die Frauenbeauftragten der Stadt. Denen bot sie ein „Gespräch“ an, was diese unter Hinweis auf den Eilantrag dankend ablehnten.

Offensichtlich sind beide Vereinigungen ein Sammelbecken für rechte bis faschistische Kräfte. Mitglied der Juristenvereinigung ist z.B. Eike von Hippel, Professor am Max-Planck-Institut in Hamburg, der im Juli 1988 in der Zeitschrift MUT einen Artikel unter dem Titel „Besserer Schutz des ungeborenen Kindes. Abtreibung: Wenn die Ausnahme zur Regel wird, hat der Staat seine Pflicht versäumt“ plazierte. In einer Schrift unter dem Titel „Ist die Todesstrafe wirklich abgeschafft?“ aus dem Jahr 1977, die von der „Aktion Lebensrecht“ verbreitet wird, wird der Schwangerschaftsabbruch auf eine Stufe mit der Todesstrafe gestellt und dem

Leser nahegelegt, Frauen, die abtreiben, wirkten hierdurch an der Ausübung der Todesstrafe mit. Mitglied der „Juristenvereinigung“ ist auch Dr. Siegfried Ernst, der 1986 in der Zeitschrift „Medizin und Ideologie“ der „Europäischen Ärzteaktion“ unter dem Titel „Adolf-Anti-Hitler, Leitbild für alle Ewigkeit?“ u.a. schrieb: „Weil Hitler die Rassenreinheit zum Götz machte, darum hält man heute jede Bastardisierung für richtig ... Weil Hitler die Todesstrafe schwer mißbrauchte, darum muß heute jedem Massenmörder sein Lebensrecht garantiert werden und nur den unschuldigen Ungeborenen aberkannt werden.“

Die schriftliche Begründung für die Ablehnung des Antrags liegt noch nicht vor. In der Verhandlung wies der Vorsitzende Richter darauf hin, daß es dem Gericht nicht anstehe, politische Meinungsäußerungen zu beurteilen, außer wenn es sich um Schmähkritik handle. Es bedeute aber keine Rechtsverletzung, wenn jemand über einen anderen die Meinung äußere, daß dieser rechtsradikal sei. — (ulb)

129 a-Prozeß gegen Th. Kilpper

Einstellung des Verfahrens wegen RAF-Mitgliedschaft!

Köln. Seit dem 25. November findet vor dem 6. Strafsenat des Oberlandesgerichts Düsseldorf das 129 a-Verfahren gegen Thomas Kilpper statt. Der 6. Strafsenat ist ein neugebildeter politischer Strafsenat, nachdem sich der berichtigte 5. Strafsenat für „überlastet“ erklärt hat. Das Verfahren wird unter fast militärischen Bedingungen durchgeführt. Der Gerichtssaal ist ein fensterloser Raum in der Mitte eines Polizeiareals, er ist mit Natodraht abgesperrt, nur durch Drehkreuze und fernbediente Panzertüren zu erreichen. Die Anklage der Bundesanwaltschaft gegen Thomas Kilpper lautet auf Mitgliedschaft in der Roten Armee Fraktion. Er soll führendes Mitglied in einer „kämpfenden Einheit“ der RAF gewesen sein, die seit 1986 in Düsseldorf existiere. Bisher sind bereits vier Leute — Christian Kluth, Luitgard Hornstein, Andrea Sievering und Enrico Prauss — wegen Mitgliedschaft in dieser angeblichen Einheit verurteilt worden. Mit Thomas Kilpper sind jetzt fünf ehemalige Bewohner der besetzten Häuser in der Kiefernstraße in Düsseldorf als Mitglieder einer „terroristischen Vereinigung“ angeklagt.

Als Beweis führt die Bundesanwaltschaft vor allem den „Diskussionszusammenhang“ an, indem sich Thomas befunden haben soll. Das Verfahren

zielt darauf ab, eine langjährige Haftstrafe allein für Mitgliedschaft in der RAF ohne konkreten Tatvorwurf durchzusetzen. Wenn der Bundesanwaltschaft dies gelingt, werden weitere Verfahren gegen Bewohner und ehemalige Bewohner der Kiefernstraße folgen, den das Konstrukt der Bundesanwaltschaft geht davon aus, daß die „kämpfende Einheit“ in Düsseldorf auch nach der Verhaftung von sechs Leuten — der inzwischen freigelassene Rolf Hartung gehörte auch dazu — weiter existiert. In der Anklageschrift gegen Thomas Kilpper werden erste weitere Namen genannt.

In Düsseldorf hat sich eine Prozeßgruppe gebildet, die regelmäßige Infos über das Verfahren herausgibt. Sie kämpft für die Einstellung des RAF-Mitgliedschaftsverfahrens gegen Thomas und gegen den § 129 a. Sie kann Solidaritätsveranstaltungen in anderen Orten unterstützen. Der Prozeß findet voraussichtlich jeden Donnerstag und Freitag, 9.30 Uhr, im OLG Düsseldorf, Tannenstraße, statt.

Quellenhinweis: Info 1-3 zum Prozeß gegen Thomas. Zu beziehen über: Prozeßgruppe, c/o infoladen, Kiefernstraße 15, 4000 Düsseldorf. Rechtshilfekonto: Stichwort: Die Fünf oder Prozeßarbeit; Konto-Nr.: 960 007 4706; Wüstenrot Bank AG Düsseldorf, BLZ 604 200 00 — (uld)

Belegschaft soll 70 000 DM zahlen

Landesarbeitsgericht: Schadensersatz für Streik

Köln. Das Landesarbeitsgericht Düsseldorf hat die Belegschaft der Rheinisch-Bergischen Druckerei bei Düsseldorf verurteilt, 70 000 DM Schadensersatz an die Inhaber der Druckerei zu zahlen. Gegen das Urteil ist keine Berufung mehr möglich. Die Druckerei der „Rheinischen Post“ hatte auf insgesamt 137 000 DM Schadensersatz wegen Produktionsausfällen, entgangenen Anzeigen und Kosten für die Auslagerung von Aufträgen geklagt, nachdem 300 Beschäftigte der Druckerei im März 1983 ein mehrstündigen Warnstreik gegen die von der Geschäftsleitung angekündigte Entlassung des Betriebsrats und damaligen Vorsitzenden des Ortsvereins Düsseldorf der IG Druck und Papier Klaus Dohne durchgeführt hatten. Klaus Dohne hatte auf einer Betriebsversammlung über die Pläne der Geschäftsleitung, insgesamt 72 Beschäftigte von ca. 300 zu entlassen informiert. Die Betriebsversammlung wurde daraufhin spontan über die vorher vereinbarte Zeit hinaus verlängert. Von den 300 Beschäftigten sollen jetzt 87 zur Zahlung des Schadensersatzes herangezogen werden.

Die Geschäftsleitung hatte Klaus Dohne mit der Kündigung gedroht, nachdem er auf einer Betriebsversammlung und in der Öffentlichkeit auf die Entlassungspläne der Firma aufmerk-

sam gemacht hatte. Die Rheinisch-Bergische Druckerei wollte insgesamt 72 Beschäftigte entlassen, nachdem der Druck des „Handelsblatts“ nach Frankfurt verlagert werden sollte. Gegen diese Entlassungen gab es zahlreiche Proteste und von Seiten der Geschäftsleitung ebenso zahlreiche Versuche, den vermeintlichen Drahtzieher dieser Proteste, Klaus Dohne, zu entlassen. Diese gerichtlich vorgetragenen Versuche scheiterten teilweise, Klaus Dohne mußte jedoch eine Abmahnung hinnehmen.

Daß Gericht begründete sein Urteil damit, daß der Streik „wild“ gewesen sei, d.h. nicht im Rahmen von Tarifauseinandersetzungen stattfand, obgleich alle Aktionen der Belegschaft und des Ortsvereins die Unterstützung des Hauptvorstands der IG Druck und Papier hatten. Mit dem Urteil sind alle Protestaktionen in Betrieben, die den Gang der Geschäfte stören, durch Schadensersatzforderungen der Kapitalisten bedroht. Das Landesarbeitsgericht begründete den Schadensersatzanspruch der Kapitalisten vor allem mit der geschäftsschädigenden Wirkung der Aktion und nicht allein mit der Betriebsverfassung und dem Tarifvertragsrecht, die die Belegschaft zur Einhaltung des Betriebsfriedens verpflichteten.

Aktenzeichen: 5 Sa 927/85 — (uld)

Streik bei der Merchants Bank

Forderungen nach Übernahme des Tarifabschlusses und gegen Sonntagsarbeit

Frankfurt. Seit dem 18. Dezember 1989 steht die Belegschaft der Hauptverwaltung sowie verschiedener Niederlassungen der Merchants Bank mit Unterbrechungen im Streik. Zwischen 85 und 90% der Beschäftigten hatten in

Urabstimmungen dafür gestimmt. Gestreikt wird für die Übernahme des Tarifabschlusses des privaten Bankgewerbes (4,6%) und gegen die Forderung des Managements, Sonntagsarbeit tariflich anzuerkennen.



Übernahme des Banktarifs gefordert

len, will aber jedes zweite Berufsjahr streichen. Dadurch würde sich die Verweilzeit in einer Tarifgruppe verdoppeln. Ein Kassierer in TG 6 verlöre so in einem Zeitraum von 10 Jahren ca. 11 000 DM. Ein „Teller“ (Kassengehil-

fe), der als amerikanischer Staatsbürger bei der Bank für z.B. vier Jahre beschäftigt ist, verlöre ca. 1 570 US-\$. Etwas die Hälfte der Belegschaft besteht aus US-Bürgern, zumeist Frauen von Soldaten, die in der Regel befristet beschäftigt sind. Außerdem besteht die Geschäftsleitung weiterhin auf der Einführung der Sonntagsarbeit. Am 22.12. hat die Gewerkschaft für einen Tag den Streik unterbrochen, um dem Betriebsrat Gelegenheit für eine Betriebsversammlung zu geben und um der Belegschaft die Lohnfortzahlung über die Feiertage zu sichern. Die Bank hat Manager und einzelne Beschäftigte aus den Filialen in der Hauptverwaltung als Streikbrecher eingesetzt. Es besteht anscheinend eine Vereinbarung mit dem US-Verteidigungsministerium, daß derartige Verluste, die auf höhere Gewalt zurückzuführen sind, voll aus dem US-Rüstungshaushalt abgedeckt werden. Offenbar stärken auch Kreise des amerikanischen und westdeutschen Verteidigungsministeriums dem Management den Rücken, anders kann man sich dessen Zähigkeit nicht erklären. — (gst. rub. AGD)



Essen. Ab 1.4.1990 sollen 1 200 Beschäftigte des Opel-Werkes Bochum in Dauernachtschicht arbeiten. Einer entsprechenden Vereinbarung hat der Betriebsrat mit 23 zu 13 Stimmen zugestimmt, obwohl sich bei einer Betriebsversammlung am 15.12. die meisten Redner dagegen aussprachen. VW hat prompt einen ähnlichen Vorstoß angekündigt. — (wof)

Sozialplan bei HAN abgeschlossen

Hamburg. Nach über einjähriger Verhandlung ist mit dem Springer-Konzern ein Sozialplan für die „Harburger Anzeigen und Nachrichten“ abgeschlossen. 51 Beschäftigte werden entlassen. Die Abfindungssummen für ältere Kollegen ab 56 Jahren sind etwas niedriger angesetzt worden, da Springer ab 58 Jahren das Arbeitslosengeld bis zur Rente zahlen muß. Deswegen hat Springer viele ältere Kollegen behalten und jüngere entlassen. Unklar ist noch, ob sich die Drucker nach Bergedorf (dem künftigen Druckort der Zeitung) umsetzen lassen, da sie dann nur 75% der Abfindungssumme erhalten sollen. Von den Entlassungen sind vor allem die Bereiche Weiterverarbeitung, Vertrieb, Versand und in geringem Maß Korrektur, Repro und Handwerker betroffen. — (pea, AGMe)

Betriebsversammlungen bei Nixdorf

Paderborn. Auf den Betriebsversammlungen am 19.12. kritisierte der Betriebsrat Entlassungen und überlegte Umstrukturierungen. 174 Stellen (10%) sollen abgebaut werden. Bis zum Jahresende waren bereits 2 000 Stellen abgebaut. Die Übernahme durch Mannesmann sei nicht mehr aktuell. Der Vorstand kündigte bessere Informationen, weltweite Straffung des Vertriebs, Zusammenfassung von Geschäftsstellen sowie eventuell Kurzarbeit in der Produktion an. Bis Ende Januar soll das neue Konzept vorliegen. Der Lohnabschluß soll sich streng am Tarif orientieren. Eine Beschäftigungsgarantie bis zur Klärung der Umstrukturierungen lehnte der Vorstand ab. — (luf)

Aktives Wahlrecht zum Personalrat für alle

München. Die Novellierung des Bayerischen Personalvertretungsgesetzes soll nach Auskünften der Staatsregierung noch rechtzeitig vor den Neuwahlen zu den Personalvertretungen im Frühjahr 1990 stattfinden. Das Gesetzgebungsverfahren dauert nun schon über ein Jahr an. Der ersten Lesung im Oktober 1988 folgte die Überweisung an verschiedene Landtagsausschüsse. Der Bayerische Senat und die SPD-Fraktion haben u.a. zum passiven Wahlrecht ausländischer Beschäftigter in den Personalrat Gesetzentwürfe vorgelegt. Das Bayerische Personalvertretungsgesetz ist das einzige in der BRD, das den ausländischen Kolleginnen und Kollegen kein Recht einräumt, in den Personalrat gewählt zu werden. Bislang ist das passive Wahlrecht an das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag gekoppelt. Durch Initiativen der ÖTV und des DGB bei der EG-Kommission und dem Europäischen Gerichtshof konnte ein Beschluß erreicht werden, wonach diese Gesetzeslage gegen EG-Recht verstoße. Die CSU-Staatsregierung reagierte auf diese Kritik mit einer Novellierung des Gesetzes. Dem EG-Recht solle nun dadurch entsprochen werden, daß auch den aus EG-Staaten kommenden ausländischen Beschäftigten das aktive Wahlrecht zum Personalrat eingeräumt wird. Diese Einschränkung wird von den Gewerkschaften weiter kritisiert. Es gebe keinen Grund, z.B. jugoslawische oder türkische Kollegen und Kolleginnen vom Wahlrecht zum Personalrat auszuschließen. Der Bayerische Senat hat diese Position übernommen und tritt für eine Gleichbehandlung aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein. — (rul)

VW bildet GmbH mit dem VEB IFA-Kombinat der DDR

Hannover. Mit je 50% Anteil haben der VW-Konzern und das IFA-Kombinat PKW die Volkswagen IFA-PKW GmbH mit einem Stammkapital von 0,4 Millionen DM gegründet. Geplant ist die Entwicklung eines in Wolfsburg konstruierten Fahrzeugs, das „die Leute in der DDR sich leisten können“, so VW-Vorstandsvorsitzender Hahn. Tatsächlich soll es ein Milliarden-Coup für VW werden. VW zielt auf eine Tagesproduktion von 1 000 Fahrzeugen, die dann weltweit verkauft werden sollen. Unterhalb dieser Marge sei die Produktion unwirtschaftlich. Der Firmensitz der zunächst 80 Personen umfassenden Planungsgruppe ist in Wolfsburg angesiedelt. Später wird er nach Karl-Marx-Stadt verlagert. Die Einbindung der DDR in den Weltmarkt nimmt zu, der Einfluß des VW-Konzerns auf die DDR-Wirtschaft auch. — (mal)

Streik um Kita-Tarifvertrag wird fortgesetzt

Westberlin. In der Woche vom 15. bis 19. Januar wird der Streik der Beschäftigten in den bezirklichen Kindertagesstätten fortgesetzt. In der ersten Streikwoche vom 11.-15.12. haben sich 4 700 von 5 000 streikfähigen Beschäftigten beteiligt, mehr als in den beiden Gewerkschaften organisiert sind. Ein Gespräch zwischen ÖTV/GEW und der Familiensensorin Klein (AL) am Ende der ersten Streikwoche brachte keinerlei Ergebnis. Stattdessen konnte man anderntags in einer großen Senatsanzeige die Position der SPD, die gegen Tarifverhandlungen ist, nachlesen. Gegen diese Instinktilosigkeit haben sich die drei AL-Senatorinnen verwahrt. Am 9. Januar sollen die Gespräche mit der Familiensensorin fortgesetzt werden. Von Seiten der Gewerkschaften wird jedoch betont, daß ihre Gesprächsbereitschaft nur dem Ziel diene, die Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen zu erreichen. Ohne Tarifvertrag könne es keine Einigung geben. — (har)

GEW hebt Unvereinbarkeitsbeschlüsse auf

Stuttgart. Der 21. Gewerkschaftstag der GEW, der vom 18. bis 22. November 1989 in Osnabrück stattfand, hat bei nur einer Enthaltung den in der Satzung formulierten Ausschlußgrund „Verstoß gegen Unvereinbarkeitsbeschlüsse des DGB“ gestrichen und damit die in der Tradition der Gesinnungsjustiz stehenden Unvereinbarkeitsbeschlüsse aufgehoben. Zuvor hatten die Studenten in der GEW beantragt, die Mitglieder der REP unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu stellen. Dies wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Republikaner und deren Positionen will die GEW im Aktionsbündnis des DGB in öffentlicher Auseinandersetzung argumentativ angehen. — (zem)

Gegen Lärm, Hitze und Staub

Auseinandersetzung in einem Maschinenbaubetrieb

Hannover. Troester, Hersteller von Maschinen und kompletten Anlagen für die Gummi und Kunststoff verarbeitende Industrie, ist bis 1985 ausschließlich als Anbieter von Einzelmaschinen — Extruder, Walzwerke und UHF-Strecken — am Markt aufgetreten. Ab 1985 wurden Folgeaggregate und die gesamte Fördertechnik bis hin zu kompletten Fertigungslinien in das Programm aufgenommen. Der Umsatz schnellte in die Höhe, ebenso die Beschäftigtenzahl; 1984 ca. 280 Beschäftigte, 1990 ca. 400 Beschäftigte.

Massive Platzprobleme tauchten auf. 1987 wurde ein neues Verwaltungsgebäude für die ca. 200 Angestellten errichtet; 1988 wurden Um- und Erweiterungsbauten in und an der Montagehalle durchgeführt; 1990 soll ein weiterer Neubau für die Entwicklungsabteilung gebaut werden.

Trotz dieser doch recht umfangreichen Bautätigkeit sind die Platzprobleme nicht vollständig ausgeräumt. So zum Beispiel in der Elektro-Werkstatt und dem angegliederten Elektro-Lager.

Planungsphase?

Bereits im Sommer 1988 war von der Fertigungsleitung zu hören, sie beabsichtige, die neben dem Elt-Bereich liegende Schweißerei zu verlagern, um so mehr Raum für den Elt-Bereich zu erhalten, jedoch ohne einen Hinweis auf den künftigen Standort der Schweißerei zu machen. Erst Ende 1988 teilte der Gesamtfertigungsleiter dem Betriebsrat mit, Schweißerei und Blechschlosserei sollen in der Blechschlosserei zusammengelegt werden.

Diskussionen des Betriebsrats mit allen Beteiligten ergaben ausnahmslos die Einschätzung, daß die beabsichtigte Maßnahme zu erheblichen Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen aller führt. Insbesondere die Belastungen aus Umgebungseinflüssen wie Verschmutzung, Staub, Temperatur, Lärm, Blendung, Erkältungsgefahr sowie erhöhte Unfallgefahr infolge räumlicher Enge würden zunehmen.

Die umfangreiche und auch heftig vorgetragene Kritik sowie die zunächst etwas hilflos wirkende Reaktion der Fertigungsleitung ließen beim Betriebsrat und den Beschäftigten die Hoffnung keimen, die Sache sei abgewendet. Weit gefehlt!

Im Juli 1989 wurde dem Betriebsrat die Bauzeichnung der nach den Vorstellungen der Fertigungsleitung neuangeordneten Schweißerei/Blechschlosserei übergeben. Mitte September 1989 sollte der Umzug abgeschlossen sein.

Nach dieser Bauzeichnung war vorgesehen, den für die Schweißerei notwendigen Glühofen in der für die Blechschlosserei vorgesehenen Ecke aufzustellen. Die Entfernung des Ofens zu

den Blechschlosserarbeiten hätte zwischen drei und fünf Metern betragen. Der bis zu 700 Grad Celsius aufgeheizte und gerade geöffnete Ofen hätte die Raumluft unerträglich aufgeheizt. Zu erwarten war, daß dies drei- bis viermal in der Woche vorgekommen wäre. Darüber hinaus bedeutete die Maßnahme auch, daß zwei bisher getrennte Lärmbereiche zusammengelegt werden.

Die geringe Deckenhöhe (drei Meter) der Blechschlosserei ließ bezüglich der Raumluft (Rauche, Gase und Stäube) Schlimmes befürchten. Zu den Hauptauseinandersetzungspunkten wurden die Bereiche: Platz, Raumluft, Raumtemperatur und Lärm.

Ergebnisse

Erreicht wurde, daß von den ursprünglich sieben geplanten Arbeitsplätzen nur noch sechs eingerichtet und der Glühofen in einem separaten Raum aufgestellt wurde. Die Forderung nach einer zentralen Schweißrauch-Absauganlage wurde erhoben und auch durchgesetzt. Eine Hochvakuumanlage (geringe Luftmengen; hohe Luftgeschwindigkeit) mit Ringleitungssystem für ca. 70 000 DM ist gekauft worden.

In den Schlauchpaketen der MIG/MAG-Schweißgeräte sind Absaugleitungen integriert. Nach Anfangsschwierigkeiten scheint sich die Absauganlage zu bewähren.

Die Aufstellung des Glühofens in dem separaten, unmittelbar neben der Schweißerei liegenden Raum stellt nur eine räumliche Verlagerung des Problems hoher Raumtemperaturen dar. Außer dem Glühofen befinden sich zwei Walzen, eine Richtplatte, eine Biegevorrichtung sowie ein Schleifplatz in diesem Raum. Hier muß also körperliche Arbeit bei schon gemessenen 44 Grad Celsius verrichtet werden. Bei der ersten Begehung durch den Sicherheitsingenieur und den Betriebsarzt wurde als erste Maßnahme festgelegt, eine Meßreihe über die zu allen Tageszeiten anfallenden Raumtemperaturen durchzuführen.

Mit der Zusammenlegung beider Bereiche — Schweißerei und Blechschlosserei waren bisher schon ausgewiesene Lärmbereiche — verschärft sich auch das Lärmproblem. Für die Blechschlosserei galt bisher ein Beurteilungspegel von 92 dB(A). Die Beschäftigten und der Betriebsrat drängen auf Abhilfe. Die Fertigungsleitung sagte zu, bis Ende Januar sowohl die Temperaturen als auch den Lärm durch technische Lösungen auf ein erträgliches Maß zu reduzieren. Mit der fünfprozentigen Belastungszulage für alle in der Schweißerei/Blechschlosserei Beschäftigten ist jedenfalls nicht abgegolten. — (gms)



Hamburg. 5000 beteiligten sich am 16.12. an einer Demonstration gegen die Wohnungsnot in Hamburg und die Politik des Senats, die mit dazu geführt hat. Die Demonstrationsroute durch die Innenstadt konnte gerichtlich durchgesetzt werden, nachdem die Polizei versucht hatte, dies wegen angeblich zu erwartender Gewalttätigkeit eines Teils der Demonstranten zu untersagen. — (ulj)

Westberlin: Senatskrise vertagt

AL billigt neue Stromtrasse durch die DDR

Westberlin. „Wir können doch in dieser historischen Stunde nicht riskieren, die Regierung zu verlieren.“ So ließ sich das Fraktionsbüro der SPD am 20.12. vernehmen. An diesem Tag beriet der Senat in Sondersitzung über den Bau der Stromtrasse aus der BRD durch die DDR nach Westberlin, über die Errichtung des Deutschen Historischen Museums (DHM) im Spreebogen und über den Kitastreik. Tatsächlich ist es schwer, andere als das von der SPD-Fraktionsstelle in Umlauf gebrachte Argument, daß es mit der CDU doch alles viel schlimmer wäre, für die Fortsetzung der noch nicht einmal ein Jahr alten Koalition zwischen SPD und AL zu finden. Auf ihrer Vollversammlung am 17.12. hatte die AL bereits den Bruch der Koalition angekündigt, falls ihre Senatorinnen wieder überstimmt werden sollten. Es kam anders. Die drei AL-Senatorinnen stimmten am 20.12. dem Stromtrassenbau zu. Umweltsenatorin Schreyer stellte damit ihre Einwände, die Stromtrasse bedeute eine erhebliche Umweltzerstörung, zumal sie durch Waldgebiete führen soll, außerdem benötige Westberlin, wenn der Senat die Energieeinsparung fördern wolle, nicht noch zusätzliche Stromlieferungen, zurück. Beim DHM, für das Momper wie für die Stromtrasse Kanzler Kohl Zusagen gemacht hatte anlässlich des großen Aussöhnungsgesprächs (Momper begrüßte Kohls Zehnunkteplan und erhielt finanzielle Zusagen für den Ausgleich der besonderen aktuellen Belastungen Westberlins), rettete sich die Koalition knapp über die Runden mit einem Brief von

Stefan Hermlin und anderen aus der DDR. Darin wurde gebeten, das Projekt zurückzustellen, um zu prüfen, ob man nicht ein gemeinsames deutsch-deutsches Museum auf die Beine stellen kann. Das soll jetzt noch mal mit Kohl besprochen werden. Die Koalition ist aber auch auf anderen Tätigkeitsfeldern zerstritten: Der AL-Mehrheit behagt es nicht, daß sie durch Mompers Übernahme des Zehnpunkteplans, die großberliner Vorstöße in gemeinsamen Treffen mit Berlins Oberbürgermeister und durch direkte Einmischung in die DDR mit Aufrufen an die Bevölkerung zur Besonnenheit jetzt im großen Boot der nationalen Wiedervereiniger mit drin sitzt. Auf der Mitgliederversammlung wurde ein Antrag beschlossen, der die Zweistaatlichkeit bekräftigt. Aber es gab eine starke Minderheit, die sich für eine „fortschrittliche Wiedervereinigung“ im Sinne eines dritten Weges einsetzte. Zuguterletzt wurde in den Beschluß aufgenommen, daß die AL das Ergebnis eines Volksentscheids in der DDR zur Grundlage ihrer weiteren Politik machen will. Weiter will die SPD eine neue Stadtplanung, bringt sogar eine Nord-Süd-Autobahn ins Gespräch. Besonders erbittert sind fortschrittliche AL-Mitglieder, daß es in der Ausländerpolitik jetzt rückwärts geht. Der Erlaß des Innensenators vom 20. Juli, in dem einigen Ausländergruppen ein Bleiberecht zugestanden wurde, ist von Pätzold so überarbeitet worden. Z.B. Palästinenser kommen dadurch in eine unsicherere Lage, straffällige Ausländer sollen jetzt bis auf wenige Ausnahmen abgeschoben werden. — (chk)

Verkehrschao nach Eröffnung im Jahre 1992?

Flughafen München II: Große Folgelasten für die Kommunen

München. 1992 soll der Flughafen München II im Münchner Norden eröffnet werden. 40 Kilometer außerhalb des Stadtzentrums von München, und den bisherigen stadtnahen Flughafen München-Riem ersetzen. Um den Flughafen München II gab es ein jahrelanges politisches Tauziehen, viele Bürgerinitiativen kämpften gegen das Großprojekt. Der Flughafen München II wurde mit den ständig steigenden Flugbewegungen begründet, außerdem mit der Stadtnähe von München-Riem und den Belastungen für die Anwohner. Der Staatsregierung gelang es, den Gegnern Befürworter entgegenzustellen und so den Widerstand zu neutralisieren.

Löst München II Probleme?

München II soll Kapazitätsprobleme lösen und gleichzeitig möglichst wenig Bürger die mit dem Flugverkehr verbundenen Belastungen spüren lassen. Bisher gab es allerdings Probleme durch ständige Kostensteigerungen und durch den Umstand, daß der Flughafen durch die lange Bauzeit bei der Eröffnung bereits teilweise veraltet sein wird. Daß ein Flughafen im Nebelgebiet Erdinger Moos auch bei modernen technischen Ausstattungen für Null-Sicht-Flug ein erhöhtes Risiko bedeutet, ist eigentlich jedem Laien klar. Auf der Autobahn München-Nürnberg, die am Erdinger Moos vorbeiführt, ereignen sich genau in dieser Gegend ständig schwere Unfälle.

Kein Gesamtverkehrskonzept

Die Bayerische Staatsregierung hat zudem für den Münchner Norden das Verkehrschao geradezu vorprogrammiert. Immerhin gab selbst der bayerische Ministerpräsident Streibl zu, daß der Flughafen München II ohne Fernbahnananschluß „falsch geplant“ sei. Der SPD-Verkehrssprecher Naumann sagte dazu u.a.: „Denn ein Interkontinental-Flughafen ohne Fernbahnananschluß, das ist Hochtechnologie des 21. Jahrhunderts, aber staatliche Planungsprovinzialität des 19. Jahrhunderts.“ Jedenfalls kann von München problemlos mit dem Intercity bis zum unterirdischen Flughafenbahnhof Frankfurt/Main gefahren werden, zum eigenen Flughafen muß aber mit dem Eilzug vorlieb genommen werden. Abhilfe wird schwer sein, da die Bahnsteiglänge der im Bau befindlichen S-Bahnstation für Reisezüge zu kurz geraten ist. Dabei gehen Prognosen davon aus, daß 40 % der Fluggäste mit der Bahn kommen werden. Stoiber übt jetzt Druck auf die Stadt München aus, damit die A 92 (Deggendorf-München) direkt zum mittleren Ring durchgebrochen wird. So wird aber nur ein Sündenbock für die Profilierungssucht,

Planungsschlampe und Koordinierungsunfähigkeit der zuständigen CSU-Minister gesucht.

Der S-Bahnanschluß wird selbst bei einem 10-Minuten-Takt nicht genügen, in Stoßzeiten gleichen die S-Bahnen in und um München sowieso schon Sardinienbüchsen für Menschen, und da sollen jetzt auch noch täglich Tausende von Fluggästen samt Gepäck dazugesteckt werden. Ein wesentlicher Faktor für das steigende Verkehrsaufkommen werden die vielen Pendler sein, auch dies scheint bei den bisherigen Planungen einfach übersehen worden zu sein.

Steigende Grundstückspreise

Der Flughafen München II bringt noch andere Nachteile mit sich. So werden in Erding bereits Grundstücke zu einem Preis von 1500 DM pro Quadratmeter gehandelt. In der Bevölkerung wächst die Unruhe, weil steigende Mieten befürchtet werden. Preiswerte Wohnungen werden in jedem Fall fehlen.

In der kleinen 4400-Einwohner-Gemeinde Hallbergmoos steigen ebenfalls die Baulandpreise und die Mieten, so daß örtliche Betriebe bereits ihre Mitarbeiter verlieren. Die Gemeinde muß wegen der vielen Zuzügler zusätzliche Schulen, Kindergärten und andere Einrichtungen bauen. Der Jahreshaushalt stieg von 10 auf fast 50 Millionen Mark. Mehr Gewerbesteuererinnahmen gibt es aber nicht, das große Geld mit dem Flughafenprojekt machen andere: die Kommunen werden zur Kasse gebeten werden, um Spekulationsgewinne zu ermöglichen.



In der Gemeinde Hallbergmoos, nahe dem in Bau befindlichen Flughafen München II, haben sich die Mieten in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Der Preis von 300 DM pro Quadratmeter Bauland stieg auf etwa 1000 DM. Einheimische können sich kaum mehr das Wohnen oder Bauen in ihrer Gemeinde leisten. Die Gemeinde soll die nötige Infrastruktur bezahlen.

Aus Ländern und Gemeinden

Neuwahlen, weil Reps Unterschriften fälschten

Kreis Recklinghausen. Der Wahlprüfungsausschuß des Kreises Recklinghausen fordert einstimmig vom Kreistag eine „sofortige Vollziehung der Wiederholungswahl“ in den Kreiswahlbezirken Gladbeck, Datteln und Castrop-Rauxel. Anlaß war die Fälschung von 21 Unterstützungsunterschriften für die Reps. Häufig waren es Aussiedler, der deutschen Sprache noch nicht ganz mächtig, von denen sich die Reps Unterschriften „erschlichen“ oder fälschten. Häufig gaben sie sich als Bedienstete des Kreises oder einer anderen Behörde aus, um kein Mißtrauen aufkommen zu lassen. Bei Neuwahlen hätten die Reps bei notwendiger Nichtberücksichtigung der drei Wahlbezirke kaum eine Chance, erneut in den Kreistag zu gelangen. — (scm)

SPD-Linke unter starkem Druck

Göttingen. Die Stellungnahmen von H. Hartwig, Stadtverbandsvorsitzende der SPD in Göttingen und Landtagskandidatin, zu den Ausschreitungen während der Demonstration am 25.11. sind der Reaktion hinderlich und stören sie bei der „Gewaltdebatte“, der Isolierung der Autonomen und der beabsichtigten Schließung des Juzis. Vor allem CDU, FDP und die Presse fordern ihren Kopf. Es gibt Überlegungen, Frau Hartwig als Landtagskandidatin zu ersetzen, Jusos,

die einen Artikel von ihr in einer Broschüre veröffentlicht haben, droht ein Parteiausschlußverfahren. Frau Hartwig hatte erstens bedauert, daß die Ausschreitungen die Medien beherrschen, zweitens Angriffe aus dem Demonstrationszug auf Sachen und Menschen verurteilt, drittens daran festgehalten, daß die Gruppen im Juzi einen disziplinierten Demonstrationsablauf geplant hatten und auch durchführen wollten, viertens die Befürchtung geäußert, daß „die Polizeiführung durch Fehler, die noch aufzuklären sind, zu einer Eskalation beigetragen oder sie sogar herbeigeführt hat.“ — (kek)

Engholms Perspektiven: Nordstaat mit DDR-Teil

Kiel. Einen Schritt weiter in der Diskussion um die Einführung des kapitalistischen Modells BRD und die Einverleibung der DDR unter die Knechtschaft der BRD-Konzerne ist der SPD-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein. Er plant die Aufteilung der DDR: Mecklenburg als Teil eines Nordstaates. Von daher müsse über eine radikale Änderung in der norddeutschen Strukturpolitik nachgedacht werden: Elbquerung und Großflughafen östlich von Hamburg sowie die Bildung einer Konföderation aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg. Durch eine neue Autobahn zwischen Lübeck und Rostock entstünde eine neue Wirtschaftsachse, und sinnvoll wäre der Bau eines Großflughafens im westlichen

Mecklenburg an der BAB Hamburg-Berlin. Schnelle Hilfen zum Aufbau „gesunder Strukturen“ in der DDR sollen gewährt werden, damit man von Entwicklungen im anderen deutschen Staat nicht überrascht werde und alles in der Hand hält, um die Einverleibung der DDR voranzutreiben. — (sip)

Landesregierung NRW will Roma abschieben

Düsseldorf. Mitte Dezember hob die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen den bestehenden Abschiebestopp für de-facto-Flüchtlinge auf. Abgelehnte asylsuchende Roma sollen künftig sofort ausgewiesen werden. Hinzu kommt, daß sie nach Einrichtung der Landeszentrale für Asylbewerber ihren Asylantrag im Regierungsbezirk Düsseldorf stellen müssen und dort auch wohnen müssen. In mehreren Städten fanden dagegen am 19. Dezember Aktionen statt. In Essen besetzten rund 50 Roma die Geschäftsstelle des SPD-Unterbezirks, in Düsseldorf und Köln ebenfalls. — (uld, wof)

IG-Medien: „Generelles Wahlrecht für Ausländer/innen“

Stuttgart. „Generelles Wahlrecht für Ausländer/innen“ beschloß einstimmig die erste Landesdelegiertenkonferenz der IG Medien Baden-Württemberg. Im Antrag heißt es: „Die IG Medien und der DGB werden aufgefordert, sich verstärkt für das generelle, aktive und passive Wahlrecht für die ausländischen Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen.“

Es ist nicht einzusehen, daß die 4,7 Millionen Ausländer, darunter alle unsere Kolleginnen und Kollegen, ... keinerlei politische Mitspracherechte haben sollen. Gerade die letzten Ergebnisse der Kommunal- und Landtagswahlen mit dem Emporkommen rechtsextremistischer Parteien wie der Republikaner zeigen, daß unsere ausländischen Kolleginnen und Kollegen sich auch selbst für ihre Interessen in der Bundesrepublik einsetzen können müssen. Die IG Medien wird ... aufgefordert, im DGB-Bundesvorstand eine Kampagne mit den Schwerpunkten ‚Wahlrecht für Ausländer — Internationale Solidarität/Verbot der Nazis — Keine Nazis in die Parlamente‘ durchzuführen.“ — (ulk)

20./21. Januar: Antifa-Konferenz in Niedersachsen

Antifaschistische Organisationen und Initiativen, Parteien und Jugendorganisationen rufen zu einer Konferenz am 20./21.1.90 in Hannover auf. Diese soll die Kritik an faschistischer Politik vertiefen, die Zusammenarbeit verbessern und einen Handlungsrahmen zum Eingreifen antifaschistischer Kräfte zu den niedersächsischen Landtagswahlen im Mai 1990 ermöglichen. Im Aufruf zur Konferenz heißt es u.a.: „In Niedersachsen werden neofaschistische Parteien vor allem in Gestalt der Republikaner, der NPD und womöglich der FAP zu den Landtagswahlen kandidieren. Nach den Stimmenergebnissen für die Republikaner und die DVU-Liste D bei den EG-Wahlen 1989 bedarf es großer Kraftanstrengungen der antifaschi-

Verkehrsvermeidungskonzepte nötig

Statt Großprojekte zur angeblichen Verkehrsbewältigung müssen Verkehrsvermeidungskonzepte Vorrang haben, z.B. durch Dezentalisierungsmaßnahmen in der Wirtschaft. Stattdessen vereinigen die wenigen großen Konzerne immer mehr Kapitalmacht.

Großprojekte verursachen in der Regel mehr Probleme, als sie angeblich lösen. Da München II weniger für den Bedarf der Region konzipiert ist, sondern als ein Prestigeobjekt in Konkurrenz zu den Flughäfen Frankfurt, Stuttgart und Nürnberg, ist es kein Wunder, daß die Flugbewegungen erst recht steigen werden. Das für Frachturnschlag und Flugzeugwartung vorgesehene Bauland ist inzwischen viermal so groß ausgewiesen wie bei der Planungsfeststellung vor vier Jahren.

Mit dem Geld, das für München II verschleudert wird und das noch für Folgekosten verschleudert werden wird, hätten die fortschreitenden Schließungen von Bahnhöfen in Bayern verhindert werden können, könnte das S-Bahnnetz erweitert werden und könnten die nationalen und internationalen Bahnverbindungen verbessert werden. Dringend nötig sind in der jetzigen prekären Lage auch staatliche Finanzhilfen für die von den Folgekosten betroffenen Städte und Gemeinden.

Quellenhinweis: Industrie und Handel 11/89, Sozialdemokratische Presse-Korrespondenz Nr. 71/89 und Nr. 74/89, verschiedene Ausgaben der Abendzeitung Nov./Dez. 1989 — (chl)

stischen Bewegung, um die Gefahr einer parlamentarischen Vertretung neofaschistischer Parteien im Niedersächsischen Landtag abzuwehren.“ Der Aufruf wird u.a. unterstützt von: Anti-Apartheid-Gruppe Leer; Antifa-Initiative Soltau-Fallingb. (Visselhövede); Antifa-Referat des ASIA der FH Lüneburg; Antifasch. AK Lüneburg; Antifasch. Plenum Goslar; Asyl e.V. Hildesheim; BWK Nds./HB; DKP Nds.; Die Grünen, LV Nds.; Flüchtlingsrat Nds.; Gruppe „Kulturbanausen“ Walsrode-Visselhövede; Solidaritätsverein mit dem Kampf der iranischen Völker, Hannover; LAG der Grünen ImmigrantInnen und Flüchtlinge; Junge Presse Nds.; JungdemokratInnen Nds.; Jusos Bezirk Hannover; Naturfreundejugend Nds.; Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg Nds.; VVN/BdA Nds. — (gec)

Stoibers Ministerium lehnt ein Müll-Volksbegehren ab

Augsburg. Das bayerische Innenministerium lehnte Ende Dezember die Zulassung des Volksbegehrens für ein neues bayerisches Abfallgesetz ab. Den Antrag dazu hatten 52 Initiativen verfaßt. Ihr Gesetzentwurf erschwert die von der Staatsregierung forcierte Müllverbrennung und räumt den Kommunen mehr Rechte in der Müllpolitik ein. 33.463 Unterschriften konnten sie dafür am 13.11. dem Ministerium übergeben. Dieses wies den Antrag zurück mit der Begründung, die gesetzlichen Vorgaben seien nicht erfüllt. Nun muß der Bayerische Verfassungsgerichtshof bis März darüber entscheiden. — (baf)

Politik der Reaktionäre gegenüber der Jugend schafft Abhängigkeiten

Bericht der Arbeitsgruppe der Delegiertenkonferenz des BWK, Teil I: Revolutionäre Jugendpolitik vor schwierigen Problemen

Wir legen hier den ersten Teil der Untersuchungsergebnisse der von der letzten Delegiertenkonferenz des BWK eingerichteten Arbeitsgruppe revolutionäre Jugendpolitik vor, in denen wir Probleme der Jugendpolitik darstellen und ansatzweise analysieren wollen. Als erstes schien uns ein Überblick über die reaktio-

näre Politik der letzten Jahre gegenüber der Jugend nötig. Weiter stellen wir Betrachtungen über die bürgerlich-moralische Vereinnahmung der Jugend an. In einer der nächsten Ausgaben folgen dann Darstellungen und Untersuchungen zu heutigen Bedingungen und Ansätzen revolutionärer Jugendpolitik sowie

zur Sichtweise von „Klassikern“ zu diesem Komplex. Die gesamte Veröffentlichung ist, sowohl von der bislang erfolgten Untersuchungsarbeit als auch von den spezifischen Erfahrungen der Autoren her, wahrscheinlich in jeder Hinsicht ziemlich unvollständig und bedarf dringend inhaltlicher Weiterentwicklung.

Zweifelloso formieren sich Elemente des Widerstands gegen viele Erscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft auch unter der Jugend zunehmend im antifaschistischen Kampf. Es wird jedoch einer deutlich stärkeren politischen Betonung der sozialen Lage und der Kämpfe darum bedürfen, um in solidarischer Auseinandersetzung und im Zusammenwirken mit den traditionellen antifaschistischen Kräften in der BRD den Kampf besser entwickeln zu können. Wahrscheinlich werden letztere Kräfte zum Beispiel in kommunalen Auseinandersetzungen stärker Bezug nehmen müssen auf die von Jugendlichen an vielen Orten formulierten Interessen an unabhängigen Zentren, Infoläden u.ä., um das Miteinander auf Grundlage der Selbständigkeit zu fördern.

Unser Eindruck ist, daß die derzeit unter revolutionären Sozialisten vorhandenen Konzepte, die alle auf die Schaffung eines zentralen linksradikalen oder kommunistischen Jugendverbandes von „oben“ (nämlich von denen, die wissen, was gut ist für die Jugend) nach „unten“ (zu denen, die „unverständlicherweise“ all das Gute nicht einsehen wollen) hinauslaufen, für den Kampf um die Interessen der Jugend

nicht viel taugen. Wir wollen Material zur Auseinandersetzung mit diesen Konzepten und zur Diskussion darüber liefern, wie der vielfältig vorhandene Widerstand Jugendlicher gefördert werden kann, und worin die Aufgaben revolutionärer Sozialisten zum Beispiel in örtlichen Bündnissen, in denen solcher Widerstand zum Ausdruck kommt, liegen könnten. Weiter wird zukünftig die Frage befaßt werden müssen, wie in revolutionär-sozialistischen Organisationen Ausbildung und politische Tätigkeit junger Mitglieder gefördert werden müssen. Jedenfalls wird sich alle Politik in diesem Bereich daran messen lassen müssen, in welchem Grad sie tatsächlich die Entfaltung der von den Jugendlichen selbst formulierten Interessen fördert, daß sie sich z.B. ohne Gängelung durch Eltern oder staatliche Angestellte treffen wollen, daß sie im Meinungskampf an den Schulen fortschrittliche Positionen in Argumentationen vertreten und ggf. dem Lehrer begründet widersprechen können und vieles mehr. Wir sind bei unseren Überlegungen dazu noch nicht allzuweit gekommen, hoffen aber, daß wir Material für eine breitere Diskussion liefern können. — (clm, dpe, lir, tja, uga)



Kapital und Staat spalten die Werktätigen

Die reaktionäre Jugendpolitik zerstört wichtige Fortschritte

Die Reaktion betreibt gegenüber der Jugend eine erhebliche Differenzierung der Ausbildung und gegen ihre große Mehrheit eine weitgehende Einschränkung der Selbständigkeit, z.B. der Möglichkeit, mit Antritt einer Lehre zu Hause auszuweichen. In den Schulen liefern biologische Erklärungsmuster sozialer Ungleichheit und reaktionäre Kampagnen, z.B. gegen frühzeitige sexuelle Mündigkeit, den ideologischen Hintergrund. In den Kommunen werden erkämpfte Freiräume, z.B. in Jugendzentren, oft zurückgenommen, „Jugendarbeit“ wird wieder stärker den Kirchen zugeschanzt.

Die Perspektive eines existenzdeckenden Einkommens wird infolge des Zwangs der geschürten Konkurrenzverhältnisse gerade unter jüngeren Leuten in der Hauptsache in weiterqualifizierenden Lehrgängen, Spezialisierung oder Umschulung und somit als Produkt „persönlichen Einsatzes“ gesehen, individuell also, im Gegensatz zum scheinbaren Luxus gemeinsamen gewerkschaftlichen Kampfes. Wer sich im Fortgang seiner Sozialisation nicht allem unterwirft, was die Herrschenden an Leistungsbegriffen und Ideologie vorgeben, scheint die Aussicht auf ein nach üblichen Maßstäben angenehmes Leben im „Erwachsenenalter“ nahezu verwirkt zu haben. Dies wirkt in Arbeiter- und Mittelklassehaushalten durchaus unterschiedlich. Aber auch unter der Intelligenz beschert von sich aus eine „allzeit vorhandene Leistungsbereitschaft“ (viel Vorabselektusbildung am Computer und bloß kein Aufhalten mit kritischen Tätigkeiten in Schülervertretungen) noch lange keinen Segen auf dem Arbeitsmarkt.

Die Bourgeoisie herrscht heute so weitgehend in Verhältnisse der Werktätigenhaushalte hinein wie wohl seit dem Faschismus nicht mehr, vielleicht zum Teil noch weiter. Das findet statt, ob man sich dem Vermieter, dem direkten Ausbeuter oder der alltäglichen Spitzelung und Denunziation als Resultat des Konkurrenzdrucks gegenüber sieht, und dies schüchtert spontanes Widerstandsverhalten der Jugend ein. Die in jeder Hinsicht den Wünschen der Bourgeoisie „erfolgreich“ nacheifernde Person müßte fast durch ein Computerprogramm gesteuert werden. Die „Unzulänglichkeiten“, die sich im Nichterreichen der erwarteten Sprosse der Hierarchie auszudrücken scheinen, auf anderes abzuwälzen als die Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ist Programm der Faschisten und ein Punkt, an dem sie auf diesem Nährboden heute auch beängstigende Erfolge ihrer Propaganda unter der Jugend,

vor allem jener aus „besseren“ Haushalten, verzeichnen können.

Grundlage: Abhängigkeiten

Zu den Grundfesten bürgerlicher Jugendpolitik gehört zweifellos die Behauptung, daß, wer seine Arbeitskraft noch nicht verkaufen kann oder darf, einer besonderen Bevormundung bedürfe und kein wirklich eigenständiges Existenzrecht besitzen könne. Dies beginnt mit der — weil vom Kindeswillen unabhängigen und nicht prüfbaren — Abrechnung des Kindergeldes, das eher eine Belohnung des Elternwillens, Kinder auf die Welt zu setzen, darstellt als einen einklagbaren Mindestanspruch auf gesellschaftliche Unterstützung der allseitigen Entfaltung der Fähigkeiten.

Die zwanghafte Eingliederung in unterdrückende Verhältnisse setzt sich mit dem entwürdigenden Taschengeldgebaren fort, das vor allem in Arbeiterhaushalten ja ohnehin nur sehr knapp sein kann, was gutsituierte Eltern geradezu als die besser sorgenden Eltern erscheinen läßt. Doch — von der geldlichen Seite her — ändert sich dieses Almosendasein im Großteil der Fälle nicht einmal mit dem weitgehenden Einstieg in die Produktion, der meist mit der Lehre beginnt. Die politischen Ereignisse der Zeiten (vor ca. 15-20 Jahren), in denen es kampfkraftigere Verbände der Studenten und der Arbeiterbewegung gab, und während denen ein erhöhter Fachkräftebedarf der Kapitalisten so einige Verbesserungen des allgemeinen Ausbildungsstandards auch für diese wünschenswert werden ließ, solange nur keine auf Dauer bleibenden Ansprüche daraus resultierten, haben nichts daran ändern können, daß es keinen Anspruch auf ein existenzdeckendes Mindesteinkommen gibt. Auf solche Forderungen aber kommt es an, das zeigt sich deutlicher als damals jetzt, zu Zeiten des allseitigen reaktionären Vormarsches gegen die soziale Lage der Werktätigen.

Ganztägige Staatsaufsicht?

Ende 1987 kam erstmals unter Politikern der reaktionären Parteien der Plan ins Gespräch, mehr Ganztagschulen einzurichten. Sie betonten, daß, „was früher als Ausgeburd des Sozialismus galt, heute ein Ausweg für Mütter sein (könnte), die ihren Beruf trotz kleiner Kinder weiter ausüben wollen“. Die FDP-Generalsekretärin Schmalz-Jacobsen äußerte sich deutlich gegen die Einrichtung von Ganztagsgesamtschulen, befürwortete aber eine Ganztagsunterbringung an allen Schultypen. Bildungsminister Möllemann bereicherte die neuen Pläne mit der Vorstellung,

dann evtl. die Schulzeit an Gymnasien endlich von neun auf acht Jahre verkürzen zu können.

Ganztägige Unterrichtung und Unterbringung der Kinder und Jugendlichen ist eine alte Forderung der Arbeiterbewegung und sehr gut geeignet, der klassenspezifischen familiären Sozialisation ein Stück Macht zu entreißen und stattdessen beiden Eltern Berufsausübung und den Kindern ein verstärkt kollektives Lernen und Leben zu ermöglichen. Jedoch geben die bürgerlichen Politiker, die das Thema nun in die Diskussion gebracht haben, damit keinesfalls fortschrittlichen pädagogischen oder gesellschaftlichen Ideen nach. In pädagogischer Hinsicht wird dies deutlich an Äußerungen z.B. von Frau Schmalz-Jacobsen, daß man sich bei solchen Schulen an den Vorbildern England und Frankreich zu orientieren habe. Die Verwirklichung der Ganztagschule wird für sich genommen den sozialen und Lerninteressen der Schüler nichts nützen, wenn in der öffentlichen Meinung, in der Folge den Lehrplänen und im Schulsystem insgesamt gegenüber der großen Mehrheit weiter die Unterdrückung des Lernvermögens und die Indoktrination mit reaktionären Inhalten im Mittelpunkt stehen und der bestimmende Einfluß auf Art und Weise der Ausbildung nicht z.B. von Gewerkschaften oder den Eltern und Schülern direkt ausgeübt wird. Das niedersächsische (CDU-)Ganztagsbetreuungsmodell zeigt zudem deutlich, daß von der Reaktion eine Begriffsverwirrung betrieben wird, indem eine Ganztagsverwahrung unter Staatsaufsicht zur Ganztagschule umgelogen wird.

Kommt das Soziale Pflichtjahr?

Die Vorhaben staatlichen Zwangs reichen aber noch weiter. Verschiedene Anzeichen deuten daraufhin, daß die Bonner Koalition in absehbarer Zukunft Schritt für Schritt eine differenzierte Form des Arbeitszwangs gegen Jugendliche einführen will. Ausgelöst hatte die reaktionäre Debatte darüber Ende April 1988 Lothar Späth, als er Kürzungen der Sozialleistungen für den Fall verlangte, daß Jugendliche wiederholt Stellen- oder Ausbildungsplatzangebote ausschlagen. Im Juni 1988 sammelte dann auf dem CDU-Bundesparteitag das Bundesvorstandsmitglied Renate Hellwig Unterschriften für einen Antrag, der fordert: „Kein junger Mensch bis zum 25. Lebensjahr sollte auch nur einen Tag Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ohne dafür wenigstens halbtags zu arbeiten oder sich weiterzubilden.“ Frau Hellwig erklärte zu der Aktion, daß sie die Nähe der Initia-

tive zum Reichsarbeitsdienst nicht störe, denn der sei „von einer demokratischen Regierung vor der Machtergreifung der Nazis eingeführt worden.“

Die Bonner Koalition wartete nicht lange mit Maßnahmen, derlei Terror gegen Jugendliche zu fördern. So wurden im Haushalt 1989 die Arbeitslosengeldansprüche von Jugendlichen verringert, um diese in eine Lage zu drängen, jede ihnen von Kapitalisten zugemutete Arbeit anzunehmen.

Zu alledem wird von Reaktionären schon länger ein Soziales Pflichtjahr für Frauen gefordert, für das durch die Ausweitung des sog. „freiwilligen Sozialen Jahres“ propagandistisch der Boden bereitet wurde. Im „freiwilligen Sozialen Jahr“ arbeiteten 1987 13000 Helfer, zumeist Frauen zwischen 17 und 25 Jahren, ein Jahr lang in 40-Stunden-Woche, inklusive Überstunden und Schichtdienst, für monatlich 180 DM Taschengeld. Bereits 1985 hatte Bundeswehrverbandsvorsitzender Volland einen Pflichtdienst für junge Frauen bei einem Tagessold von 7,50 DM gefordert. Der Bundesvorsitzende der Jungen Union, Böhr, schlug 1988 vor, daß junge Frauen die Wahl haben sollten zwischen einem freiwilligen Dienst in der Bundeswehr und dem „Sozialen Pflichtjahr“. CDU-MdB Todenhöfer brachte die Forderung nach dem Pflichtjahr 1989 unter dem Vorwand des „Pflegenotstands“ nochmal ins Gespräch.

Azubis: Tendenz Freiwild

Besonders drastisch auf die soziale Lage eines großen Teils der Jugend hat sich bereits jetzt die reaktionäre Politik gegenüber den Auszubildenden ausgewirkt. Anfang 1984 hatte die Bundesregierung das Jugendarbeitsschutzgesetz von 1976 novelliert, wodurch weitgehende erkämpfte Rechte zunichte gemacht wurden. Nicht nur wurde die normale tägliche Arbeitszeit aus ihren Grenzen verschiebbar gemacht, auch durfte sie von den Kapitalisten verlängert werden. Arbeit im Betrieb wurde auch an Berufsschultagen möglich, das Verbot der Samstagsarbeit wurde vollständig beseitigt und vieles mehr. Ergebnis dieser Verschlechterung der Arbeitsbedingungen war, daß sich das Handwerk immer mehr um Lehrlinge riß, so billig war so vollständige Verwertung von Arbeitskraft lange nicht mehr gewesen. Es reicht den Kapitalisten jedoch nicht, daß die angebotenen Ausbildungsplätze schlechter sind. „Mobilität“ wurde das Schlagwort. Hatten die Reaktionäre doch schon immer Wert darauf gelegt, allen „Willigen“ eine Lehrstelle zu garantieren. Die Jugendlichen, die all dem nicht einfach so folgen, die deshalb Probleme haben, einen Ausbildungsplatz zu bekommen, oder deren Erstausbildung eben so miserabel war, daß sie kein

Kapitalist gewinnbringend vernutzen zu können meint, werden dann demagogisch „benachteiligt“ genannt. Die Reaktion will diese „Benachteiligungen“ verfestigen, zur maximierten Ausbeutung nützen. So auch im „Benachteiligtenprogramm“, das es seit 1981 gibt. Nur etwa die Hälfte der Teilnehmer an entsprechenden Maßnahmen erhält hinterher auch eine Anstellung, noch weniger „auch noch“ eine im erlernten Beruf. Kapitalisten lassen sich zunächst einen erheblichen Teil der Ausbildung ihres Lehrlings aus öffentlichen Mitteln bestreiten und können außerdem die Löhne drücken mit dem Argument eines Berufsabschlusses „zweiter Güte“. Das Programm wurde alljährlich erheblich ausgedehnt. So stiegen die Teilnehmerzahlen von 560 im Jahre 1981 auf derzeit 36000. Gerade bei den nicht wenigen teilnehmenden ausländischen Jugendlichen (ca. ein Drittel) wird der Reaktion der Aspekt wichtig sein, daß es sich um einen „sozialpädagogisch orientierten Berufsbildungsansatz“ handelt, der also Erziehung, Mahnung, Bestrafung beinhaltet und nicht in erster Linie kompetente Ausbildung. Eine „Benachteiligtenausbildung“ sozusagen als das mindeste, was der kapitalistische Staat an „Lernerfolg“ und „Willen“ von seinen Untergebenen verlangen kann, insofern sie den Anspruch auf „Integration“, sprich Teilhabe am Arbeitsmarkt stellen.

Als Krönung dieser erfolgreichen Bilanz plant Möllemann eine allgemeine Spaltung der Berufsausbildungen in „hochqualifizierende“, „normale“ und „benachteiligte“ mittels der offiziellen Benennung dreier verschiedener Ausbildungswege. Er wolle damit „besonders Leistungsfähigen“ bessere Qualifikationsmöglichkeiten bieten und „von den Leistungsschwächeren Druck nehmen“. Überdies soll ein „Begabtenförderungswerk für Lehrlinge“ eingerichtet werden. Mit derlei Maßnahmen soll ein Spaltkeil zwecks weiterer Verschlechterung der Lage vor allem der Arbeiterjugend angesetzt werden. Der Widerstand dagegen in Gewerkschaftsjugend und Arbeiterbewegung insgesamt ist bedrohlich schwach.

Stärkere Zentralgewalt über das Schulwesen „für Europa“

Ein Vorhaben der Reaktion ist es, den Bundeseinfluß auf die Bildungspolitik zu erhöhen. So etwa in der Auseinandersetzung um die „Abi-Deform“ und die „einheitlichen Prüfungsanforderungen“ fürs Abitur; so bei der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes Ende 1989/Anfang 1990; so vor allem auch in der Berufsbildung, in der durch Maßnahmen des Bundes die Differenzierung erheblich verstärkt wird. Der rote Faden, der sich durch diese Vorhaben zieht, ist das Bestreben, die Ausbildungszeiten zu verkürzen. Das Alter, in

dem die meisten Menschen anfangen, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, ist den Kapitalisten zu hoch geworden. Bundesbildungsminister Möllemann argumentiert für Schulzeitverkürzung vor allem mit der „notwendigen Harmonisierung der europäischen Bildungssysteme“ im Vorfeld des EG-Binnenmarktes und will darüber den großen Konzernen noch direktere Eingriffsmöglichkeiten verschaffen. Er will vor allem unter Gymnasiasten eine Meute heranbilden, die die Ausbreitung alles „Deutschen“ (Kultur, Sprache, Geld ...) in ihren Kassen klingeln zu hören meint und Ansprüche der besonders Unterdrückten im Bildungsapparat lediglich als Störfaktor wahrnimmt. Es wäre dringend nötig, daß Schüler- und Lehrerververtretungen den Bruch der grundgesetzlich fixierten Ländersouveränität über die Bildungspolitik zurückweisen und stattdessen Modelle entwickeln, wie im Gegenteil der Einfluß der im Bildungswesen direkt Beteiligten erhöht werden kann.

Bafög fördert zunehmend Kapitalinteressen

Das Bafög (Bundesausbildungsförderungsgesetz) war 1971 verabschiedet worden, um den sogenannten „Bildungsnotstand“ zu verhindern. Um einem erwarteten Mangel an akademischen Arbeitskräften vorzubeugen, entschloß man sich, universitäre Bildungsbestrebungen von Kindern der unteren sozialen Schichten finanziell zu unterstützen. Eingeführt wurde ein vom Staat gezahlter Zuschuß, der sich in seiner Höhe am elterlichen Einkommen orientierte. 1972 nahmen 44,6 % aller Studenten diesen Zuschuß in Anspruch. Das Ziel, eine „Bildungsreserve“ aufzubauen, wurde „allzusehr“ erreicht — die Zahl der Studenten stieg stärker als erwartet. Schon 1974 war es mit dem Zuschuß vorbei. Das „Grunddarlehen“ wurde eingeführt und machte aus dem Zuschuß einen Teilkredit. Ein bestimmter Anteil des vom Staat gezahlten Geldes mußte nun zinslos zurückgezahlt



Jobber bei McDonalds

werden. Bis 1980 wurde dieser Anteil ständig erhöht, bis er schließlich, bei einer durchschnittlichen Förderung von 480 DM, 34 % betrug. Das Schüler-Bafög wurde in der Folge von der „Wende“-regierung praktisch abgeschafft. Es steht nur noch den Schülern zu, die von zu Hause ausziehen müssen, weil sie die entsprechende Schule von dort aus nicht erreichen können. Wer von zu Hause auszieht, weil er sich mit seinen Eltern nicht versteht, hat grundsätzlich keinen Anspruch auf Bafög. Eine Gesetzesänderung, die viele direkt von einer höheren schulischen Bildung ausschließt. Der Zufluß der geburtsstarken Jahrgänge zu den Universitäten sollte so eingedämmt werden. Gleichzeitig wollte man einen zusätzlichen starken Hebel schaffen, die Anforderungen des Arbeitsmarktes an die Hochschulen mengenmäßig durchzusetzen. Aus dem ehemaligen Zuschuß für Studenten wurde ein sogenanntes „Voll-darlehen“ — ein zinsloser Kredit. Für den mit dem Höchstsatz geförderten Studenten bedeutet das, während der „Regelstudienzeit“ 40- bis 50000 DM

Schulden machen zu müssen — wahrlich kein Pappenstiel und allemal Grund genug, sich das mit dem Studium nochmal reiflich zu überlegen, zumal die „Regelstudienzeit“ in den meisten Fächern drei bis vier Semester unter der durchschnittlichen Studienzeit liegt. Wer sich trotzdem zum Studieren entschließt, gerät unter schweren Druck zur Leistung und zur Wahl eines Faches, für das die beruflichen Aussichten als gesichert gelten. Damit ein solches Fach gefunden wird, steht häufig schon auf der Schule Material zur Verfügung. So liegt an vielen Schulen die jährliche Sondernummer der „Wirtschaftswoche“ zur Berufswahl aus, die versehen mit dem Flair der Insider-Information Lücken des akademischen Arbeitsmarktes aufzeigt und auf solche Berufe hinweist, für die man die jahrelangen Entbehrungen des Studiums und den Schuldenberg nicht auf sich nehmen muß. Sich nicht nach solchen Wegweisern des Kapitals zu richten, sondern bei der Wahl des Studienfaches von seinen Interessen auszugehen, wird nur von wenigen als Möglichkeit aufgefaßt. Den Schuldenberg und die Akademiker-Arbeitslosigkeit in vielen Bereichen vor Augen, sollen gerade die Bafög-bedürftigen zur willigen Manövriermasse des Kapitals gemacht werden. Diese Situation ist so weit gediehen, daß die Reform '90, gerade verabschiedet, es großzügig vorsieht, das Bafög für Studenten wieder zur Hälfte als Zuschuß zu zahlen. Schließlich kommen die geburtschwachen Jahrgänge, und auf die Konkurrenzbedingungen hoffnungslos überfüllter Fakultäten will man ja auch nicht verzichten müssen.

Abi-Deform erschwert Zugang zum Abitur

Im April 1987 wurden Pläne der Kultusministerkonferenz (KMK) bekannt, den Zugang zum Abitur zu erschweren und die Zahl der Wahlpflichtfächer zu erhöhen. Es kam daraufhin im gesamten Bundesgebiet zu unerwartet großen Demonstrationen, an denen sich bis zu

25000 Schüler beteiligten. Während der folgenden Sitzung der KMK am 11./12.6. fand der erste bundesweite Schulstreik statt, an dem insgesamt 300000 Schüler teilnahmen. Trotz der starken Proteste wurden die Änderungen im Dezember beschlossen.

Ziel war es, im Sinne einer auf Grundlage der Begabungstheorie propagierten Elitebildung den veränderten Qualifikationsanforderungen des Arbeitsmarktes Rechnung zu tragen. Hatten Mikroelektronik und Datenverarbeitung anfangs zusätzlich Arbeitsplätze mit hohen Qualifikationsanforderungen geschaffen, so verkehrte sich diese Tendenz in der Arbeitskräftenachfrage in dem Maße, wie die neue Technologie entwickelt wurde. Es wurden relativ mehr bezahlte Tätigkeiten vereinfacht als komplizierte hinzukamen. Im Resultat nahm also auch die Zahl der benötigten Akademiker ab, während gleichzeitig die Expansion des westdeutschen Kapitals auf dem Weltmarkt mehr leistungsfähige Führungskräfte braucht und immer bessere Ingenieure, die die Entwicklung der Produktionstechnik schnell vorantreiben.

Bildungspolitische Konsequenz dieser Entwicklung war es, die Verringerung der Zahl der Abiturienten durch einen höheren, qualitativ veränderten Bildungsanspruch anzustreben. Konkret sah das so aus, daß drei Fächer durchgängig bis zum Abitur Pflicht wurden, nämlich Deutsch, Mathematik und eine Fremdsprache. Von diesen drei Fächern müssen zwei im Abitur geprüft werden. Außerdem hob man die Gewichtung der Grundkurse gegenüber den Leistungskursen in der Abiturnote von 1:3 auf 1:2 an und erhöhte die Zahl der in die Abiturnote einzubringenden Grundkurse um zwei auf 22, was im 13. Jahrgang sechs Schulstunden pro Woche mehr bedeutet und den Zugang zu den Abiturprüfungen erheblich erschwert.

Für die Kapitalisten ist durch diese Änderung erreicht, daß die, die es auch weiterhin bis zu den Abiturprüfungen

und durch sie hindurch schaffen, besser und breiter ausgebildet sind und mit einem höheren Standard ins Studium gehen. Für die ausgesiebten Schüler bedeutet es die Unterdrückung von universitären Bildungsinteressen. Das hat die Abi-Deform-Bewegung vermitteln können. Das bürgerliche Schulsystem, das das Leistungsprinzip zur Aufspaltung der Bildungsrechte der Kinder und Jugendlichen benützt, wurde nur vereinzelt angegriffen. Im wesentlichen blieb die Bewegung im Widerstand gegen die eher unbedeutende Änderung der gymnasialen Leistungsanforderungen befängen und vererbte mit ihrer Durchsetzung.

★

All die Politik der reaktionären Bonner Koalition hat verschiedentlich ansetzen können an bereits eingeleiteten Verschlechterungen unter der SPD/FDP-Regierung. Der Einbruch in die Lebenslagen und die Tyrranisierung der Sozialisation vieler Jugendlicher hat jedoch ein erheblich höheres Ausmaß angenommen. Die Folgen, die der „Spiegel“ beinahe fortschrittlich verbrämt („die Jungen müssen für das Neue gegen die Alten kämpfen“), die Regierung schlicht bourgeois („derzeit bedarfsgerechte Ausbildungslage“) und die polizeiliche Statistik gefühllos (wachsende Zahl von Drogenopfern; steigende Jugendkriminalität, hier vor allem mehr Diebstähle) beschreibt und ausdeutet, drohen lange nachzuwirken. Revolutionäre Arbeiterjugendpolitik scheint da doch Sisyphearbeit; das hat Auswirkungen auf das Bewußtsein weiter Teile der Jugend, denen sich die revolutionären Sozialisten stellen müssen, und auf die wir im zweiten Teil des Spezialberichts in einer der nächsten Ausgaben eingehen werden.

Quellenhinweis: Spiegel, 31/89; Innere Sicherheit, 4/87, 2/88, 1/89; div. Schul-/Jugendinfo Schleswig; div. Schleswiger Nachrichten; div. Politische Berichte; div. Informationen Bildung und Wissenschaft; Konkret, 8/85; Rote Fahne, 33/88; Welt, 10.8.1988; taz, 14.6.1988.

Gegen den Zusammenschluß der Generationen und der Jugendlichen untereinander

In einer Gesellschaft, in der die herrschende Klasse die Machtverhältnisse nur durch Verschleiern der Klassenunterschiede aufrechterhalten kann, ist es nicht verwunderlich, daß sich Spaltungslinien kreuz und quer durch die Gesellschaft ziehen (jung/alt, gesund/krank, Inländer/Ausländer, männlich/weiblich). Zu diesem Zwecke werden Propagandalügen zu „Allgemeinwissen“ gemacht, z.B.: Alte Menschen sind verkalkt und nur noch als Kostenfaktor relevant! Arbeitslose, Kranke und Obdachlose sind an ihrem Elend selbst schuld! Jugendliche haben kein Recht auf eine eigene Meinung, solange sie die Füße unter Vaters Tisch stellen! Da aus solchen Bestandteilen eine „Moral“ gebastelt wird, ist es nicht weiter verwunderlich, wenn sich Heranwachsende gegen Eltern, Erzieher oder Erwachsene allgemein auflehnen, wenn ihnen diese eine Lebenssichtweise einimpfen wollen, die weder ihren Wahrnehmungen entspricht, noch ihren Bedürfnissen entgegenkommt.

Bürgerliche Moralbegriffe sind keinesfalls nur in großbürgerlichen Familien bestimmend, denn durch die Eingriffsmöglichkeiten der christlichen Kirchen in die Erziehung und die reformistische Bildungspolitik der bundesdeutschen Sozialdemokratie, die sich an beidem orientiert, sind auch Arbeiterkinder ihnen unterworfen. Der Zweck der Schule wurde von dem Bildungspolitiker Rudolf Maerker in den sechziger Jahren so definiert: „Die Schule kann ... in keiner Gesellschaft völlig neutral sein. In der demokratischen Ordnung hat sie Partei zu ergreifen für die Demokratie ... Die Parteinahme für die Demokratie orientiert den jungen Menschen auf die pluralistische Gesellschaft, die die ihr innewohnenden Widersprüche auf der Grundlage von Toleranz durch Kompromisse zu lösen sucht“ (Jugend im anderen Teil Deutschlands. Juventa-Verlag, München).

Pluralismus und Toleranz also als taktische Begriffe gegen den Klassenkampf! Und dies gekoppelt mit der christlichen Sittenlehre, die dem Heranwachsenden vermitteln soll, daß „Verzicht“ und „Nächstenliebe“ (statt Bedürfnisbefriedigung und Solidarität) anzustrebende Eigenschaften sind, die

da sie Klassenharmonie fördern, für alle nützlich seien.

Dazu gehört ebenso die kirchliche Störpropaganda gegen eine selbstbestimmte Sexualität, da aus christlicher Sicht die körperliche Liebe den Eheleuten vorbehalten sein soll, um dem Zwecke der Kinderzeugung zu dienen, und nicht dem der Lust. Aids als Strafe für Amoralität paßt nur zu gut in dieses Konzept.

Seit dem Antritt der „Wende“-regierung wird von den Eltern nachdrücklicher gefordert, die Sprößlinge zu mehr Leistung, in Hinblick auf die Karriere, anzuspornen. „Leistung muß sich wieder lohnen“. Das Motto also: Jeder gegen jeden — und ansonsten schön angepaßt verhalten!

In diesem Lande wird vorgegeben, die Erziehung sei Privatsache der Eltern, in die sich der Staat nur in Notlagen einmische. Erziehung tritt nicht als gesellschaftliche Aufgabe in Erscheinung. So werden dann täglich aller Frust, alle Ängste, alle Ausweglosigkeit und alle Unsicherheiten komprimiert auf die zu Erziehenden losgelassen ebenso wie auch alle Illusionen und Hoffnungen der Erziehenden. Eine schier unlösbare Aufgabe für alle Beteiligten: Die Eltern, die den Staatsorganen und der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig sind über das Produkt ihrer Erziehung; die Kinder, die per Gesetz zur Abhängigkeit verdammt sind und die von Anfang an lernen sollen, ihren eigenen Wahrnehmungen nicht zu trauen.

Der Franzose Philippe Meyer schreibt in seinem Buch „Das Kind und die Staatsräson“: „Über die Kodifizierung der Rechte des Kindes, das mittlerweile zum wesentlichen Teil, zur kostbaren Last der Familie geworden ist, werden die Kulturen der Bevölkerung ... ausgeschaltet und durch ein offizielles savoir vivre ersetzt. Diese Rechte des Kindes werden ... gegen die Vagabondage und die regellose Ausübung der elterlichen Autorität, als das Repertoire der familiären Pflichten definiert ... Die elterliche Autorität ist ein vom Staat vergebenes Werkzeug, das der Staat folglich auch wieder an sich nehmen kann. Die Einbehaltung des Kindes oder die Drohung mit seiner Einbehaltung dient denjenigen, die die

Familienordnung überprüfen, als absolute Waffe.“

In der BRD sind die Rechte und Pflichten des Kindes und seiner Eltern durch das Bürgerliche Gesetzbuch geregelt: Es umfaßt unter anderem die Pflicht zu Beistand und Rücksichtnahme, die Dienstleistungspflicht der hausangehörigen Kinder, das elterliche Sorgerecht und die Pflicht der Sorge für die Person und das Vermögen des Kindes sowie die gesetzliche Vertretung des Kindes durch die Eltern.

Ferner besteht für die Eltern die gesetzliche Unterhaltspflicht. Weitere Gesetze, die auf das Eltern-Kind-Verhältnis einwirken, finden wir im Jugendschutzgesetz. So das „Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit“, welches den Aufenthalt in Gaststätten, Kinos, Diskos und Kabarets und den Genuß von Glücksspielen, Tabak und Alkohol reglementiert. Das „Gesetz für Jugendwohlfahrt“ besagt im Abschnitt 1: „Jedes deutsche Kind hat ein Recht auf Erziehung zur leiblichen, seelischen und gesellschaftlichen Tüchtigkeit. Das Recht und die Pflicht der Eltern werden durch dieses Gesetz nicht berührt. Gegen den Willen des Erziehungsberechtigten ist ein Eingreifen nur zulässig, wenn ein Gesetz es erlaubt. Insoweit der Anspruch des Kindes auf Erziehung von der Familie nicht erfüllt wird, tritt ... die öffentliche Jugendhilfe ein.“

Man sieht also, unter welchem Druck Eltern stehen, wenn sich ihre Kinder „unangepaßt“ oder „auffällig“ verhalten.

So entzündeten sich auf dieser Basis die Auseinandersetzungen im häuslichen Bereich oft an „Außerlichkeiten“ wie Kleidung, Freizeitverhalten, Taschengeld ... , selten aber kommen bei diesen Kämpfen die wirklichen Streithintergründe auf den Tisch: Daß das Kind kein eigenes Einkommen hat, daß die Wohnung zu klein und hellhörig ist, daß das Geld hinten und vorne nicht reicht, daß die Nerven der Eltern und Kinder durch ständige Überanstrengung in Beruf und Schule verschlissen sind ... Es ist hierzulande nicht unbedingt Sitte, über so etwas mit seinen Kindern zu sprechen. Im Gegenteil, es gibt jede Menge Tendenzen bei bürgerlichen Pädagogen und Autoren zu fördern, die



Bürgerliches Kleinfamilienidyll der fünfziger Jahre, wie es die Regierung sieht. Aus: „Informationen zur politischen Bildung“, Die Familie in der BRD.

Kinder von Existenzsorgen und Widersprüchen fernzuhalten, um ihnen „eine glückliche Kindheit“ zu beschern, d.h. sie abzulenken von der sie umgebenden Wirklichkeit (so gesehen bei: Astrid Lindgren, Vorschulpädagogik, „Sesamstraße“, Michael Endes nicht endenden Geschichten, dem „Deutschen Kinderschutzbund“ und vielen anderen mehr). Auf diese Weise wird den Kindern, noch zusätzlich zu ihrer Abhängigkeit und der Unterdrückung ihrer Bedürfnisse, jede Möglichkeit genommen, an den alltäglichen Problemen der ihnen Nahestehenden teilzuhaben, Einblicke in die Produktion zu bekommen, Solidarität zu lernen und so was wie einen Klassenstandpunkt zu entwickeln.

Auch die Eltern werden durch diese Verfahrensweise unterdrückt, da sie einem Ideal entsprechen müssen, das dem Druck der Wirklichkeit nicht standhalten kann. Daß nämlich zwei Menschen (Eltern) überhaupt nicht in der Lage sein können, alle Bedürfnisse (emotionaler, intellektueller, konfliktlösender, politischer Art) eines Heranwachsenden zu erfüllen, wird von den meisten Erziehungswissenschaftlern einfach geleugnet — eine „intakte Familie“ muß dazu in der Lage sein!

Auch die Tatsache, daß immer noch Mädchen und Jungs unterschiedlich aufgezogen werden, sollte man bei der

Untersuchung der bürgerlichen Erzieherei nicht unterschätzen. Zumal jetzt gerade wieder Anläufe gemacht werden, die ohnehin schon schwachbrüstige Koedukation einzuschränken, indem für Mädchen Extrakurse in Naturwissenschaften und Datenverarbeitung eingeführt werden.

Am Ende steht dann nach 18 Jahren Genuß von „Erziehung“ (d.h. Lernen von Verzicht, Anpassung, Meinungslosigkeit und Konkurrenz, bei stetiger „Hochleistung“) ein junger Mensch da, der kaum je erfahren durfte, was es heißt, kollektiv etwas zu erreichen, kollektiv die Widersprüche in der Gesellschaft anzugehen. Es ist die Aufgabe der Kommunisten, solche Spaltungslinien zu beseitigen, damit die Erfahrungen der arbeitenden, kämpfenden und ausgebeuteten Klassen nicht verloren gehen.

Lesehinweis: Engels, Der Ursprung der Familie ...; Alice Miller, Am Anfang war Erziehung; Manez Sperber, Individuum und Gemeinschaft; Katja Leyrer, Rabennutter — na und?; DDR, Geschichte der Erziehung; Liebknecht, Wissen ist Macht; und einige sehr interessante Kinderbücher: Klaus Kordon, Brüder wie Freunde, Einer wie Frank, Die roten Matrosen, Ein Trümmersommer; Max v. d. Gruen, Die Vorstadtkrokodile; Anna Jürgens, Blauvogel; Peter Härtling, Ben liebt Anna; Carl-Anders Norrild, Jakov.

Empfehlenswerte Bücher zum Gefängnisystem

Dokumentierte Folter

Ursprünglich als Diplomarbeit vorgelegt, die jedoch als „politisches Pamphlet“ abgelehnt wurde, untersuchen die Autoren Hansen und Peinecke in ihrem Buch die Wirkungen und Praktiken von Isolationshaft in der BRD.

Isolationshaft ist eine von der UNO verurteilte Form der psychischen Folter. Gleichwohl wird sie auch in der BRD seit nahezu zwanzig Jahren angewendet, und auch heute sind insbesondere die politischen Gefangenen diesen Haftbedingungen unterworfen. In der Untersuchung von Hansen und Peinecke wird aufgezeigt, auf welchen Methoden und Mechanismen diese Form der Folter basiert, was mit ihr beabsichtigt ist. Das Buch, das auch Betroffene zu Wort kommen läßt, beschreibt gut gegliedert, schlüssig und interessant den Versuch, aus Menschen angepaßte Roboter zu machen — und die Bemühung dieser Menschen, dem zu widerstehen, ihre Identität zu wahren. Es bietet, ohne wissenschaftlich überfrachtet zu wirken, einen Überblick über die Thematik, der durch ausführliche Literaturhinweise ergänzt wird. Und es ist zugleich ein sehr politisches Buch im doppelten Sinn; einerseits zeigt es, wozu Herrschende auch hier bereit sind, wenn es um Machterhaltung, um die Vernichtung des

politischen Widerstandes geht. Andererseits zeigt dies auch persönlich wirkende Buch aber auch, daß Wissenschaft nicht neutral ist, daß es die objektive, unpolitische Wissenschaft nicht gibt.

Hartwig Hansen/Horst Peinecke, Reizentzug und Gehirnwäsche in der BRD, Libertäre Assoziation, 13,80 DM — (jes)

Der französische Hochsicherheitstrakt

Roger Knobelspiess' Buch, das mit einem Vorwort von Michel Foucault eingeleitet wird, ist mehr als nur ein autobiographischer Bericht über die Erfahrungen in den QHS, den französischen Hochsicherheitstrakten, der unter die Haut geht. Es ist Teil des Kampfes gegen diesen lange gesuchten Ersatz für die Todesstrafe: Umerziehung/Zerstörung der Persönlichkeit oder schlechtere tägliche Vernichtung.

Knobelspiess wurde 1972 wegen Raubes zu 15 Jahren Knast verurteilt, von denen er mehr als acht Jahre vollkommen isoliert und zwei Jahre im QHS war, weil er gegen die herrschenden menschenunwürdigen Haftbedingungen ankämpfte. Er beschreibt die Auswirkungen der totalen Isolation, zeigt aber auch, daß es möglich ist, dem zu widerstehen, Mensch zu sein. **Roger Knobelspiess, QHS — Der langsame Tod, Rhizom-Commune, 1984 — (jeh)**

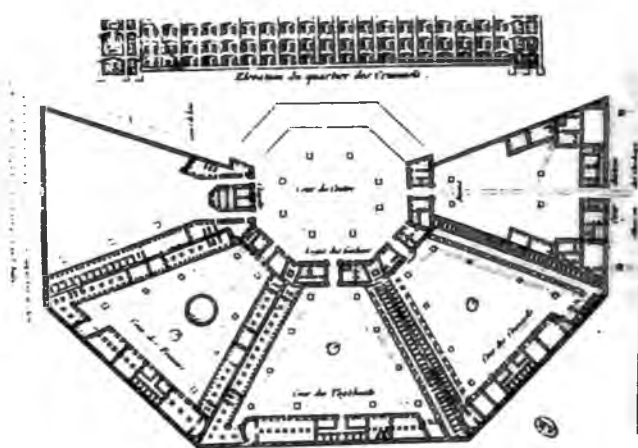
Wasser, Brot und Blaue Bohnen

Gustav Regler schrieb zu seinem 1932 erschienenen Roman: „Ich wollte mehr wissen ... wollte die Ängste dessen kennen lernen, der gezwungen ist, sich jede Nacht in der gleichen Zelle zur Ruhe zu legen, wollte für ihn werben ...“ Der Arbeiter Naumann, der Muttermörder Martens und der Sozialist Rotter sind Insassen eines Gefängnisses. Jeder versucht auf seine Weise mit der repressiven und anonymen, entpersönlichenden Gewalt einer Strafanstalt fertig zu werden. Die Gefängniswelt wird zum Spiegel der bürgerlichen Gesellschaft: der Anstaltsbeamte gleicht dem Feldwebel, der seine Rekruten schleift, um aus ihnen „bessere“ Menschen zu machen, der Geistliche repräsentiert das einfältige Schuld- und Sühne-Denken. Der Sozialist Rotter entwickelt das Modell einer humanen Resozialisierung, das mit einer Aktion durchgesetzt werden soll. Die Meuterei vollzieht sich, wie sie sich nicht anders vollziehen konnte: Militär greift ein und schlägt den Aufstand nieder. Die Gefängniswand wird zum Symbol der Inhumanität, das Zehntausende Menschen von der Gesellschaft trennt. Regler beendet seinen — durch Gedichte und Lieder aufgelockerten — zeitkritischen, dennoch aktuellen Roman mit folgenden Sätzen: „Wer reißt die stinkenden

Verließe ein und legt ab die Verachtung für den Schwachen? Wer sagt es offen, daß auch dieser Strafvollzug nur der Ausdruck der brutalen Gewalt ist? Wer beginnt damit? Einer muß beginnen! Kann einer beginnen? Es müssen viele sein ...“ **Gustav Regler, Wasser, Brot und Blaue Bohnen, Büchergilde Gutenberg, 1980 — (mal)**

Entstehung des Gefängnisystems

Der französische Wissenschaftler Michel Foucault lehrte in Paris bis zu seinem Tode 1984 Geschichte der Denksysteme. In seinem Buch „Überwachen und Strafen“ befaßt er sich damit, wie das Gefängniswesen den Zwecken der zur Herrschaft gelangenden Bourgeoisie angepaßt wurde und wieso die Inhaftierung zur Hauptform der Bestrafung werden konnte. Foucaults Untersuchung Frankreichs, wie weit seine Ergebnisse auf andere Länder zutreffen, müßte geprüft werden. Er legt dar, daß das gerichtliche Untersuchungsverfahren eine Leistung der mittelalterlichen Gesellschaft ist, die die Verfahren der Inquisition umformte in Methoden zur Herausfindung der Wahrheit, die dann von den neuzeitlichen Naturwissenschaften von ihrem kirchlichen und feudalen Zweck losgelöst wurden. Foucault zeigt weiter, wie der Zweck der Bestrafung sich änderte mit den anderen Klasseninteressen der Bourgeoisie. Nicht mehr die Rache des Fürsten, der alleinige Quelle des Rechts ist, gilt es durchzuführen und den Verbrecher in einem öffentlichen Schauspiel der Macht zu vernichten, sondern die Schädigung der Gesellschaft wiedergutzumachen und den Verbrecher in die Normen der Gesellschaft zurückzuführen. Nützlich soll er werden in dem Sinne, daß er sich ihrer Disziplin unterwirft und die Fähigkeiten und Kräfte seines Körpers möglichst kostensparend auszunutzen läßt. In den Disziplinen, die darauf abzielen, nicht nur aus den einzelnen Menschen, sondern auch aus ihrer richtigen Platzierung und Kombination den größten Nutzen zu ziehen, sieht Foucault die charakteristischen Herrschaftstechniken der herrschenden Bourgeoisie. Damit erklärt er die Gleichförmigkeit der Abrichtungs-, Umformungs- und Unterwerfungsverfahren, die in Schulen, Kasernen, Spitälern, Fabriken und Gefängnissen angewendet werden. **M. Foucault, Überwachen und Strafen, stw 184 — (anl)**



Plan für das Zuchthaus in Gent, 1773 (aus M. Foucault)

Die neuen Psychoknäste

Auch der „Normalknast“ ist letztlich nichts anderes als ein insgesamt ausgeklügeltes Programm zur Disziplinierung und Konditionierung der Gefangenen.

Die Broschüre der Bunten Hilfe Darmstadt (in zweiter erweiterter Auflage) zeigt am Beispiel der neuen Knäste Plötzensee (Westberlin), Weiterstadt und Zweibrücken auf, wie ein solches Programm angelegt ist, daß hierzu von Architektur bis Zusammensetzung der „Wohngruppen“ nichts dem Zufall überlassen wird. Gestützt auf die Versuche insbesondere US-amerikanischer Wissenschaftler und auch auf die Erfahrungen in den Hochsicherheitstrakten entsteht so eine neue Generation von Knästen, die nicht mehr durch den Zuchthauscharakter, sondern durch subtile, psychologisch durchgestylte Unmenschlichkeit erschrecken.

Diese Knäste, mit denen sich in der Broschüre beschäftigt wird, stehen dabei nur als Beispiele, und Parallelen zur Welt außerhalb der Knastmauern lassen sich durchaus herstellen. Sie sind, wie anhand der Broschüre deutlich wird, weder zufällig noch unbeabsichtigt. Sie sind vielmehr in ihrer Vielfalt Teil unseres Alltags, und hier wird das einmal mehr deutlich.

Bunte Hilfe Darmstadt, Die neuen High-Tech-KZs — Gehirnwäsche und Isolationshaft als Normalvollzug: Weiterstadt und Plötzensee plus Knastneubau Zweibrücken, 2. (erweiterte) Auflage. — (jes)

Alltag im Knast — Berichte

Obwohl bereits 1984 veröffentlicht, haben die Berichte von Gefangenen über den ganz alltäglichen Wahnsinn der Justizbürokratie nichts von ihrer Aktualität verloren — was für sich spricht. Ob „Transport“, Sonderbedingungen, „Arbeit“ im Knast oder das tägliche Erleben des stumpfen Einerlei hinter den Mauern, geben hier Betroffene einen Einblick in einen Mikrokosmos, der für die meisten unendlich weit weg scheint. Subjektiv und jeweils in ihrer Sprache, aber auffällig ohne Bitterkeit schildern die Gefangenen ihr Erleben des Knastalltags. Leicht lesbar und durchaus witzig auch, wird oft erst auf den zweiten Blick bewußt, daß hinter den geschilderten Erlebnissen eine Institution steht, deren Anachronismus nur noch von der organisierten Unmenschlichkeit übertroffen wird. Trotzdem: Ein Buch ohne erhobenen Zeigefinger, allein überzeugend durch die Schilderungen der betroffenen Menschen.

Helmut Orner (Hrsg.), Eingesperrt — Innenansichten aus dem Gefängnis, Ein Lesebuch, Büchergilde Gutenberg, 1984. — (jes)



Frühjahr 1989: Konzert vor dem Gefängnis Moabit (Quelle: Umbruch Bildarchiv)

Kampf gegen faschistische Unterwerfung

Ingrid Strobl: Frauen im bewaffneten Widerstand

Die Journalistin Ingrid Strobl ist wegen Unterstützung der „Revolutionären Zellen“ in einem §-129a-Verfahren zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt worden, das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Während ihrer seit Ende 1986 andauernden Untersuchungshaft hat sie in Isolation ihr Buch über bewaffneten Widerstand gegen den deutschen Faschismus beendet, für das sie bereits vor ihrer Verhaftung umfangreiche Recherchen durchgeführt hatte.

Ingrid Strobl setzt mit ihren Berichten über den Widerstand gegen die Faschisten in den von Nazideutschland besetzten Gebieten eindrucksvolle Tatsachen gegen eine westdeutsche Geschichtsschreibung, die allenfalls den Widerstand der 20. Juni-Gruppe noch akzeptiert, viele andere Aktionen, vor allem in den besetzten Gebieten, aber unterdrückt.

Sie berichtet über den antifaschistischen Partisanenkampf in Kärnten, in Spanien, in Frankreich und in den Niederlanden. Im zweiten Teil befaßt sie sich besonders mit dem bewaffneten Widerstand der Juden in den besetzten Teilen Polens und der Sowjetunion und dokumentiert, daß sich die jüdische Bevölke-

rung des besetzten Osteuropas keineswegs wie Schafe hat in die Vernichtungslager treiben lassen, sondern auch militärischen Widerstand leistete. Die aus verschiedener Literatur zusammengetragenen, zum Teil mit eigenen Interviews belegten Beiträge dokumentieren eindrucksvoll, daß die Faschisten in keinem der Länder haben ungestört schalten und walten können, sondern auf erbitterten und zerstörend wirkenden Widerstand gestoßen sind.

Ingrid Strobl will aber nicht nur über den Widerstand gegen den deutschen Faschismus aufklären. Das Buch soll auch Argumente liefern gegen Theorien, die von der christlichen Religion, bürgerlichen Philosophen und Teilen der Frauenbewegung gepflegt und verbreitet werden: Daß die Frau von Natur besonders friedvoll, bewahrend, hilfsbereit sei. Dagegen setzt die Autorin die These, daß insbesondere die Benutzung von Gewehr, Pistole, Handgranate oder anderen Waffen durch Frauen der Beweis sei, daß sie sich in dieser Hinsicht nicht vom Rest der Menschheit unterscheiden und ebenso zu Gewalttätigkeit, Haß und auch Rache fähig sind wie Männer. Vor allem aber führt

sie an diesen Beispielen vor, daß Frauen zu militärischer Kriegsführung fähig sind.

Diese zweite Absicht des Berichts führt dazu, daß die Autorin den bewaffneten Widerstand aus einem beschränkten Gesichtskreis betrachtet. Die Bedeutung der Beschaffung von Lebensmitteln und Waffen für den Kampf, die Unterstützung des Kampfes durch politische Propaganda — die in allen Widerstandskämpfen wichtig war — finden kaum Berücksichtigung. Wenn sie den bewaffneten Widerstand allgemeiner untersucht hätte, hätte sie gemerkt, daß oft nicht nur Frauen und Männer, sondern auch zahlreiche Kinder beteiligt waren. Sie alle wußten, was sie taten. Schade ist, daß Ingrid Strobl sich nur mit Partisanenkämpfen befaßt. So geht unter, daß nicht nur in der jugoslawischen Partisanenarmee viele Frauen gekämpft haben: Auch die Rote Armee hat über einige Frauenbataillone, die aus Freiwilligen bestanden, verfügt.

Ingrid Strobl, Sag nie, du gehst den letzten Weg — Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung, Fischer-Taschenbuch, 16,80 DM — (uld)

Anzeige



Erschienen im November 1989. 52 Seiten, Preis: 5,00 DM.

Ebenfalls weiter lieferbar:
Freie politische Kommunikation und Information durchsetzen! Dokumentation Offener Briefe an Gefangene und Antworten. Erschienen im Oktober 1989. 2., unveränd. Auflage. 44 Seiten, Preis: 4,00 DM.
Bestellungen an: GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7, 5000 Köln 1.

Im GNN-Verlag erscheinen vierzehntäglich:

Nachrichtenhefte, hrsg. von AG Stahl- und Metallindustrie 8 S., 1,20 DM
AG Medien in der Volkswirtschaft 4 S., 0,50 DM
Herausgeberkreis Nachrichten Chemosche Industrie 4 S., 0,50 DM
AG Beschäftigte im Dienstleistungsgewerbe 6 S. 0,80 M
AG gegen reaktionäre Gesundheitspolitik 8 S., 1,20 DM
AG Jugend, Militär, Gefängnisse 8 S., 1,20 DM
AG für antifaschistische Bildungspolitik und AG für Revolutionäre Hochschulpolitik 8 S., 1,20 DM
AG für Kommunalpolitik 8 S., 1,20 DM

Antifaschistische Nachrichten, hrsg. Volkswirtschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. 16 S. 1,20 DM

Bezugsbedingungen Ein Halbjahr bzw. ein Jahresabonnement kostet Einzelpreis plus 1 DM Porto; neu schale mal Anzahl der Lieferungen

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft
Politische Berichte m.b.H.
5000 Köln 1, Zulpicher Straße 7, Postfach 260 226
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg
Guntherstr. 6a 2000 Hamburg 76
GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Czeminskistr. 5 1000 Westberlin 62
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen
Große Duwelstr. 55 3000 Hannover 1
GNN Nordrhein-Westfalen
Zulpicher Straße 7 5000 Köln 1
GNN Verlag Hessen
Postfach 11 08 22 6000 Frankfurt 11
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
Gutenbergstr. 48 7000 Stuttgart 1
GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Holzstr. 2 8000 München 5

Kurdistan-Rundbrief, Hrsg. Kurdistan-Komitee n der BRD Feyka Kurdistan und versch. Solidaritätsgruppen 4 S. 0,80 DM Jahresabo 30 DM

Angehörigen-Info, Hrsg. Angehörige der deutschen Gefangenen in der BRD 8 S. 0,80 DM Halbjahresabo 26 DM

Bestellungen für diese beiden Zeitschriften an GNN-Verlag, Zulpicher Str. 7 5000 Köln 1

Gesammelte Beiträge aus der Diskussion der Linken

Für die Beilage werden Beiträge aus dem Widerstand gegen den Imperialismus und die Herrschaft des Kapitals gesammelt. Sie ist aus dem Bedürfnis entstanden, unterschiedliche Ansätze und Positionen der Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft über die Grenzen der einzelnen Organisationen und Arbeitszusammenhänge hinaus zugänglich zu machen und zur wissenschaftlichen Klärung beizutragen. Die Beilage will damit auch die Zusammenarbeit erleichtern.

An dieser Ausgabe wirkten mit:

VSP: Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“ und unseren Aufgaben	Seite 1
GJA/R: Faschistisches Gedankengut unter Jugendlichen und die Erklärungen bürgerlicher Soziologen	Seite 6
BWK: REP-Anhänger: eher festgefügtes reaktionäres Weltbild als protestbewegte Wechselwähler	Seite 8
BWK: Verschärfung des § 218 in Bayern	Seite 9
Volksfront: Vor der 4. Auflage des Schmücker-Verfahrens: Geheimdienste-Manipulationen ohne Ende? (Interview)	Seite 10
VSP: So nicht und nie wieder!	Seite 11
Zuschrift: Stalin — ein Kind des Leninismus	Seite 12
Volksfront: Schwerpunkte, Zielsetzungen, Vorschläge der Volksfront	Seite 14
Entschließung des Volksfront-Bundeskongresses	

Sie liegt folgenden Zeitungen bei:
Aufsätze zur Diskussion (Kommunistische Gruppen)
Politische Berichte (BWK)
Sozialistische Zeitung (VSP)

Thesen zur politischen Lage nach der DDR-„Novemberrevolution“ und unseren Aufgaben

I.

Die Entwicklung in der DDR und in der CSSR im Oktober und November 1989 stellen eine qualitative Veränderung der Situation im RGW-Bereich, für die DDR und für die BRD dar. Die wichtigsten verbliebenen Bollwerke bürokratischer Diktatur sind gefallen — in erster Linie unter dem Ansturm der Massenmobilisierungen. Der Prozeß einer revolutionären Umwälzung hin zu einer Gesellschaft, die sozialistisch und demokratisch ist, ist konkret vorstellbar. Umgekehrt droht aber auch ein „Ausverkauf“ und eine beschleunigte Entwicklung des Prozesses, der bisher in Polen und Ungarn am weitesten entwickelt war und an dessen Ende ein qualitativ ausgedehntes Aktionsfeld des Kapitalismus und Imperialismus stehen könnte.

Da ist zum einen der unbestreitbar positive Prozeß: Das Gespenst Kommunismus, das längst als Schreckgespenst erklärt werden konnte, indem es gleichgesetzt wurde mit den Einparteiendiktaturen der nichtkapitalistischen Gesellschaften, hatte mit Glasnost bereits deutlich an Wirkung verloren. Doch das der BRD-Bevölkerung geographisch und vor allem hinsichtlich der Geschichte und vieler verwandtschaftlicher und freundschaftlicher Bande am nächsten stehende Modell, die DDR, hatte sich ausdrücklich von dieser Erneuerung ausgenommen, blieb weiter hinter Mauer und Stacheldraht verschanz. Mit den jüngsten Entwicklungen verliert die DDR nicht allein ihren abschreckenden Charakter als ein Land, das sich kommunistisch/sozialistisch bezeichnet und mit Diktatur und Fehlen elementarer demokratischer Rechte gleichgesetzt wird. Sie gewinnt in einem sehr entscheidenden Punkt Vorbildcharakter: In der DDR wurde der die politischen Verhältnisse umwälzende Prozeß von unten in Gang gesetzt. Die Ereignisse in der DDR sind Beispiel für die Kraft, die Menschen dann entwickeln können, wenn sie ihre Interessen selbst formulieren, wenn sie sich hierfür mobilisieren, wenn sie beginnen, ihre eigene Geschichte zu schreiben. Auf der anderen Seite ist die Gefahr eines Ausverkaufs real. Der Jubel der Bourgeoisie, der in den ersten Tagen der Massendemonstrationen in der DDR und der Öffnung der Grenzen einige Dissonanzen enthielt und innere Widersprüche zum Ausdruck brachte, ist inzwischen — von Washington bis Bonn, seitens der EG und Nato, von CSU, CDU, FDP und SPD, von Vertriebenenverbänden bis zu Präsident Weizsäcker — einhellig. Der Grund hierfür ist vor allem in der relativen politischen und ökonomischen Stärke des Imperialismus in der aktuellen Situation, in der politischen Schwäche der Massenbewegungen in der DDR und CSSR und in der gewaltigen Hypothek zu sehen, die vier Jahrzehnte politbürokratische Diktatur darstellen, die sich derart als „real-existierend-sozialistisch“ etikettieren konnte, daß diese Fälschung des Jahrhunderts selbst in den Sprachgebrauch der radikalen Linken übernommen wurde.

II.

Die Situation in der SED, der herrschenden kommunistischen Partei in der DDR, stellt sich widersprüchlich dar. Einerseits hat diese Partei in gewissem Sinn einen politischen Bankrott erlebt. Andererseits scheint sie unerwartete Reserven der Selbstreformierung zu haben, die zeitweilig — so am Wochenende 9.-12.11.1989 — so stark waren, daß sie politisch eine Avantgarde-rolle in der Reform der DDR-Gesellschaft übernahm und die oppositionellen antibürokratischen Gruppen überspielte. Sie tat dies durchaus in Verfolgung eigener Interessen, die nicht identisch sind mit denen der DDR-Bevölkerung und der DDR-Arbeiterklasse.

Politischen Bankrott hat diese SED zunächst historisch erlebt. Dafür mögen drei Daten als Stichworte dienen: 1953, 1961 und 1987-89 (Oktober). 1953, als sie mit sowjetischer Hilfe einen Massenaufstand, in dem die DDR-Arbeiterklasse eine zentrale Rolle spielte, gewaltsam ersticken ließ. 1961, als sie sich nur durch eine militärisch gesicherte Grenze (Mauerbau in Berlin u.a.) vor einer kontinuierlichen Massenflucht ihrer Bevölkerung in die BRD zu schützen wußte und diesen Akt in Verdrehung jeder Realität mit der absurden Bezeichnung „Bau eines antifaschistischen Schutzwalls“ etikettierte. 1987-1989, indem sie sich einer Reform von oben, wie in der UdSSR praktiziert, verschloß und eine Politik der „splendid isolation“ betrieb. (Dies betrifft ihre politische, nicht ihre ökonomische Ausrichtung.)

Zentrales Ereignis dieser Periode waren die Kommunalwahlen 1989, die in gewohnter Manier mit einem 99,8-Prozent-Ergebnis pro SED endeten, aber eben in einer Zeit durchgeführt wurden, als in der UdSSR bereits ein Oberster Sowjet existierte mit einer ernsthaften autonomen Opposition und einer wachsenden Aufweichung der Ein-Parteiendiktatur. Verantwortlicher für diese Kommunalwahlen war (und ist) Egon Krenz.

Als derselbe Egon Krenz — damals bereits designierter Nachfolger Erich Honeckers — nach dem Massaker zu Peking eine Reise durch die VR China absolvierte und in diesem Zusammenhang die Repression in der VR China indirekt zustimmend kommentierte, also auch der DDR-Bevölkerung mit der „chinesischen Karte“ drohte, schien dieser politische Bankrott komplett zu sein.

Doch die gesellschaftliche Realität erwies sich wieder einmal als widersprüchlich. Bei den konkreten Ereignissen im Oktober und November 1989, also angesichts einer demokratischen und antibürokratischen Massenbewegung, erwies sich die SED-Führung als überraschend flexibel: Der schnelle Wechsel von Honecker zu Krenz, die Öffnung der Grenzen, die Wahl Modrows zum neuen Ministerpräsidenten, die offene Diskussion in der entsprechenden Volkskammer-Debatte bei überraschender Nicht-Wahl des LDPD-Vorsitzenden Gerlach (des obersten Wendehalses der „Blockflöten“), der Beschluß, umgehend SED-Partei-

konferenz und dann sogar einen SED-Parteitag abzuhalten, und damit das in Aussicht gestellte Auswechseln des größten Teils der Führungsmannschaft der SED (ZK), die Ankündigung freier und geheimer Wahlen, die de-facto-Legalisierung der antibürokratischen Opposition — all dies kennzeichnet diese Flexibilität, auch als Reformfreudigkeit verkauft. Genauer: Es kennzeichnet die Bereitschaft zum Verzicht auf Repression und das Ja zu massiven Konzessionen unter den konkreten Bedingungen der Massenmobilisierungen.

Entscheidend wird unter diesen Bedingungen sein, inwieweit es über diese „Flexibilität“ hinaus auch zu grundlegenden Veränderungen in der SED selbst kommt. Mit ihren 2 Millionen Mitgliedern ist diese relativ verankert in Gesellschaft und Betrieben. Insbesondere im Bereich ihrer mittleren und unteren Kader gibt es zehn-, wenn nicht

einige hunderttausend Menschen, die sich weiterhin als ehrliche Sozialistinnen und Sozialisten verstehen. Von dieser Schicht ging bereits entscheidender Druck aus, bei den Konzessionen nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben — so als einige zehntausend SED-Mitglieder während der letzten ZK-Sitzung für eine grundlegende Reformierung der SED und gegen „Wendehäse“ demonstrierten. Doch bisher hat sich dieser Druck von unten mit dem durch und durch opportunistischen Charakter von Egon Krenz und seiner engsten Umgebung vereinbaren lassen, ja ergänzt. Krenz & Co. gehen, nachdem sie sich einmal gegen die „chinesische Karte“ entschieden hatten (und sie wären persönlich absolut in der Lage gewesen, mit massiven Repressionen vorzugehen), ihren Weg der Konzession solange „konsequent“ weiter, wie die Massenmobilisierungen anhalten. Sie ver-

folgen dabei das klare Ziel, auf diese Weise so viel wie möglich von dem Machtmonopol der SED und von ihrer persönlichen Macht verteidigen zu können. Daß sie dabei an einem Punkt angelangen können, an welchem sie nur noch getrieben werden und selbst nicht mehr Subjekte der Entwicklung sind, steht auf einem anderen Blatt.

Unter diesen Bedingungen hat auch die frühe Terminierung des SED-Parteitags auf Dezember ihre Schattenseiten: Damit droht für die Herausbildung einer innerparteilichen Opposition zu wenig Zeit zu bleiben — eine vergleichbare Situation wie im Fall der nicht in der SED befindlichen DDR-Linken. Unter solchen Bedingungen droht der SED dasselbe Schicksal wie der polnischen PVAP, bei der sich 1980/81 nur noch vorübergehend eine innerparteiliche Linke aufbäumen konnte („Toruner horizontale Strukturen“), die dann je-



Protestaktionen gegen die westdeutsche Ostexpansion, Westberlin am 9.12., Hamburg am 18.12.

doch zur bloßen Machterhaltstruppe der Bürokratie degenerierte.

Die 200000 Menschen, die 1989 bereits die SED verließen, deuten in letztere Richtung; im Fall der polnischen PZP verließen 1980/81 auch vor allem die Arbeiter massenhaft die Partei (1980: 100000) und dünnten somit den potentiellen antibürokratisch-sozialistischen Widerstand aus.

Die dramatischen Ereignisse am ersten Dezember-Weekend — Rücktritt von ZK und PB der SED — unterstreichen, daß die Entwicklung noch im Fluß ist und es möglicherweise auf dem Parteitag selbst zur völligen inneren Revolutionierung der SED kommt (anzumerken sei, daß dies — wie manches andere — ein historisches Novum wäre).

III.

Die Wertung der gegenwärtigen Entwicklung in der DDR und ihrer Perspektiven erfordern eine Analyse der oppositionellen antibürokratischen Gruppen. Offensichtlich ist diese Opposition nicht das Produkt der Bewegung des Sommers 1989; es handelt sich um einen längeren Prozeß, in welchem sich diese Opposition herausbildete. Rund eineinhalb Jahrzehnte nach dem Mauerbau, in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre, begann es in der DDR erneut oppositionell zu gären. Die Vorschußlorbeeren Honeckers waren geerntet, erste Ernüchterung kehrte ein. Die „neuen Bewegungen“ aus Westeuropa und vor allem aus der BRD wirkten in die DDR hinein: Umwelt, Frieden; spektakuläre Fälle erklärten Widerstandes oder antibürokratischer Kritik — Rudolf Bahros Buchveröffentlichung „Die Alternative“ (1977) und die Ausbürgerung Wolf Biermanns (1978) und die Solidarisierung mit Biermann in den Monaten danach — waren Stationen dieser Entwicklung.

Zwischen den siebziger und achtziger Jahren gibt es einen wichtigen Unterschied: Während in den siebziger Jahren das Aufbegehren eher individuell und beschränkt auf Schriftsteller, Künstler, Intellektuelle erfolgte, transformierte sich die Opposition in den achtziger Jahren allmählich in eine kollektive, in starkem Maß in der Jugend verankerte. Dies trifft insbesondere für die friedens- und umweltpolitischen Engagements zu.

In dieser Zeit gab es Parallelen zwischen der Entwicklung der BRD-Linken bzw. den hier entstehenden „sozialen Bewegungen“ und der DDR-Linken: ökologische und friedenspolitische Themen spielten eine wichtige Rolle in der BRD wie der DDR. Die Existenz der Grünen Partei in der BRD wirkte in dieser Periode befruchtend. Die relative Stärke der evangelischen Kirche spielte bei dieser Herausbildung der antibürokratischen Opposition in der DDR eine wichtige Rolle. Sie bot ausreichenden Schutz(räume) für erste Artikulationen. Daraus ergibt sich allerdings auch ein „ideologisch-religiöser“ Einfluß auf diese Bewegung, auch wenn dieser nicht so negativ zu bewerten ist wie in Polen. So wird heute ein nicht unwichtiger Teil von Aktivisten einiger Oppositionsgruppen — dabei in besonderem Maß die in diesem Spektrum rechts angesiedelte Gruppe „Demokratischer Aufbruch“ — von „Kirchenpersonal“, von Priestern gestellt. Innerhalb der antibürokratischen Opposition ihrerseits entwickelte sich allerdings auch ein Verständnis für die Kirche als spezifischer Befriedungsfaktor; in ihren entwickeltsten Teilen wurde vor Jahren bereits (u.a. anlässlich der Zwangsausbürgerung Roland Jahns) eine entsprechende Kritik entwickelt.

Die DDR-Führung hat ein Jahrzehnt lang, zwischen Biermann-Ausweisung und 1989, versucht, die sich entwickelnde Opposition auszudünnen, indem sie deren führende Personen durch Repression und Abschiebung in die BRD — letzteres oft erst ermöglicht durch das erstere — auszuschalten versuchte. Der enorme Exodus der intellektuellen Kritikerinnen und Kritiker, der im Gefolge der Biermann-Ausweisung stattfand, schien dieser Taktik Erfolg zu verheißten. (Zu untersuchen wäre hier auch die Funktion des regelmäßigen Gefangenenaufkaufs, den die Bonner Regierung seit vielen Jahren betreibt; Funktion? Welche Art Gefangene?)

Unzweifelhaft erfolgte hierdurch eine enorme Schwächung der antibürokratischen Opposition vor allem hinsichtlich ihres politischen Gehalts. Dies dürfte bis heute ganz wesentlich Schwächen

dieser Opposition erklären. Die homogene Herausbildung einer ausdrücklich sozialistischen (breiteren) Linken war unter diesen Bedingungen besonders schwierig. Viele potentielle Vertreter einer solchen Orientierung waren massiver Repression ausgesetzt und sind heute nicht mehr unter den Lebenden (Havemann), wurden weitgehend für die DDR-Öffentlichkeit mundtot gemacht (Heym), wurden durch Abschieben, Ins-Exil-Drängen und Zwangsausbürgerung in die BRD ausgeschaltet (Biermann, Jahn, Fuchs, Bahro).

Unter diesen Bedingungen muß die DDR-Opposition überwiegend als „demokratische Opposition“ charakterisiert werden. Das Einklagen elementarer demokratischer Forderungen ist ein durchgängiges Moment, das die mei-

Stimmung in den Betrieben, möglichen stattgefunden habenden Aktionen oder möglichen zu erwartenden Reaktionen dort.

Gesichert zu sein scheinen zwei Dinge:

Anfang Oktober, als sich die Fluchtbewegung ebenso wie die repressive Antwort der SED-Führung bzw. deren Sicherheitsorgane zuspitzte, war aus einer Reihe von Betrieben Unruhe und Streikbereitschaft gemeldet worden. Dies hat wesentlich zur Entscheidung der SED beigetragen, die Repression nicht weiter zu eskalieren und letzten Endes den Sturz Honeckers zu vollziehen.

Bekannt ist auch, daß seit November vor allem in den Betrieben eine Bewegung gegen die betrieblichen SED-Ver-

Orientierung richtig ist, ob diese nicht eine allzu schematische Übertragung der Situation aus 1979/80 in Polen darstellt. Dort allerdings waren die offiziellen Staatsgewerkschaften aufgrund der vorausgegangenen Streikbewegungen (1956, 1970 und 1976), in denen die Arbeiter in ihren ökonomischen Kämpfen (gegen die Preiserhöhungen) alleingelassen worden waren, bedeutend diskreditierter, als es heute der FDGB in der DDR ist. Dazu kam die wichtige „Vorarbeit“ für eine solche Entwicklung durch das 1976 gebildete Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und Komitees für unabhängige Gewerkschaften, die in den Jahren 1978/79 entstanden waren. Eine umfassende Analyse des FDGB und seiner betrieblichen Verankerung, einschließlich der Möglichkeiten einer innergewerkschaftlichen „Reformierung“ (oder auch: Unmöglichkeit eines solchen Prozesses) wäre erforderlich.

V.

Die Entwicklung in der DDR kann nicht unabhängig von der Existenz der BRD und der *raison d'être*, der Seinsbestimmung dieses westdeutschen kapitalistischen Staates, gesehen und diskutiert werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist nach den Vereinigten Staaten von Amerika das zweitmächtigste imperialistische Land. Das trifft zu hinsichtlich ihrer Wirtschaftsmacht und hinsichtlich einer Kombination von Wirtschafts- und militärischer Macht.

Die Teilung Deutschlands war ein Ergebnis des vom Deutschen Reich ein zweites Mal vom Zaun gebrochenen Weltkriegs, den damit verbundenen Kriegsverbrechen und dem Völkermord am jüdischen Volk. Der Westen und die westdeutsche Bourgeoisie hatten als erstes die Schritte zur endgültigen Spaltung Deutschlands ergriffen (einseitige Währungsreform und Wirtschaftsrat 1948; BRD-Gründung 1949, Westintegration der BRD durch Europäische Verteidigungsunion, EWG- und Nato-Beitritt). Trotz alledem verstand sich die Bundesrepublik und alle ihre bisherigen Regierungen von vornherein als „revanchistisch“. Dieser westliche Teilstaat erklärte per Verfassung, dem Grundgesetz, er sei Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches, spreche und handle für alle Deutschen. Vor allem erklären Präambel, Artikel 116 des Grundgesetzes und verschiedene Urteile des Bundesverfassungsgerichts, es sei Auftrag der Bundesrepublik bzw. deren Regierung, die Wiedervereinigung Deutschlands — bei der die „Vereinigung“ BRD/DDR nur als erster Schritt gesehen und ausdrücklich die Grenzen von 1937 genannt werden — zu betreiben. Durch mehrfache negative Reaktionen auf Wiedervereinigungsangebote seitens der Sowjetunion in den fünfziger Jahren, die ein neutrales und zu einem neuen Angriffskrieg nicht fähiges Deutschland vorsahen, verdeutlichten die Bundesregierungen, daß eine solche „Wiedervereinigung“ — ähnlich wie bereits die Gründung des militanten Weststaats — als ein aggressiver Akt, als ein erster Schritt eines neu erstarkenden Vierten Deutschen Reichs zu verstehen sei.

Die Rechtsauffassungen der Bundesrepublik Deutschland als Nachfolgerin des Deutschen Reiches und Betreiberin einer Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 sind keine abstrakte, nostalgische Angelegenheit. Daraus resultieren ausgesprochen handfeste Forderungen und Schlußfolgerungen.

Zunächst einmal wird festgestellt: Alle DDR-Deutschen sind „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes“. Das mündet in der Praxis, allen DDR-Bürgerinnen und Bürgern in irgendeiner BRD-Botschaft auf der Welt einen westdeutschen Paß auszuhändigen. Darüber hinaus definiert das darauf aufbauende Bundesvertriebenengesetz (BVFG) als „Ausiedler“ all diejenigen „deutschen Staatsangehörigen oder deutsche Volksangehörige, die ihren Wohnsitz in den Aussiedlungsgebieten nach Abschluß der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen aufgegeben haben“. Alle diese Menschen sind „Deutsche im Sinne des Grundgesetzes (Artikel 116)“.

Das Recht bildet hier ein weiteres Mal den Überbau einer Basis, die durch die revanchistische Politik bestimmt wird, die jedoch ihrerseits aus der alles entscheidenden Ökonomie resultiert: der des Kapitalismus, der der ausschließlichen Orientierung an der Profitmaximierung und der historischen

Orientierung des deutschen Kapitalismus als Kolonialmacht „zu spät“ kam und seither bestrebt ist, sich anstelle des entgangenen Kolonialprofit im „Süden“ durch Expansion, Weltkriege und Revanchismus im Osten zu bedienen.

VI.

Ein entscheidender Auslöser für das Aufbrechen der Krise des DDR-Regimes war nun bereits zweimal die Fluchtbewegung aus der DDR und in die BRD. Dies war 1961 der Fall, als allein bis zum Zeitpunkt des Mauerbaus und der Errichtung weitgehend undurchlässiger Grenzen über 200000 Menschen das Land verlassen hatten (damals lag die auf das Jahr hochgerechnete Rate also nochmals höher als 1989). Dies war der Fall 1989, mit dem scheinbaren Paradox, daß nunmehr der Befreiungsschlag der DDR-Führung das Gegenteil, die Öffnung aller Grenzen, war. Nun ist unbestritten, daß der wesentliche Grund für die Fluchtbewegung im Charakter des DDR-Regimes selbst, dem Fehlen elementarer demokratischer Freiheiten, der Militarisierung der Gesellschaft, der Repression gegen jede Form von Opposition und seiner (wachsenden) Unfähigkeit, den erwarteten wirtschaftlichen Wohlstand und eine gesicherte Versorgung zu gewährleisten, gesehen werden muß. Es gibt aber auch eine Reihe ernstzunehmender Gründe, die mitverantwortlich dafür waren und sind, daß zwischen der DDR und der BRD ein erhebliches Einkommens- und Wohlstandsgefälle existierte und existiert. Die gesamte DDR-Geschichte durchziehende Fluchtbewegung von Ost nach West auf einen „Systemvergleich Sozialismus — Soziale Marktwirtschaft“ zurückzuführen, ist in zweifacher Hinsicht unhaltbar: zum einen, weil das in der Sowjetisch Besetzten Zone (SBZ) nach dem Zweiten Weltkrieg errichtete System nachweisbar nichts zu tun hat mit einer „freien Assoziation der Produzentinnen und Produzenten“, mit einer gemeinwirtschaftlich-sozialistischen Art des Lebens und Wirtschaftens. Wirtschaftlich handelt es sich vielmehr um eine — zumal von außen importierte — zentrale Kommandowirtschaft auf nichtkapitalistischer Grundlage. Politisch handelt es sich um eine Einparteiendiktatur, bei der die sowjetische Militärmacht zusätzlich die entscheidende letzte Garantie für den Machterhalt der SED-Parteidiktatur abgab — was im Juni 1953 auch konkret so exekutiert wurde.

Zum anderen, weil natürlich diejenigen Recht hatten, die die *extrem unterschiedlichen materiellen Ausgangsbedingungen von SBZ/DDR und Westzonen/BRD* unterstrichen: die gegenüber den Westzonen stärkeren Kriegszerstörungen in der SBZ (bewußte Zerstörung ganzer Städte — wie Dresden — und großer industrieller Komplexe durch die Westalliierten, nachdem die spätere Aufteilung eines besiegten Deutschlands beschlossen war); die Demontagepolitik in der SBZ durch die Siegermacht UdSSR und das weitgehende



sten Gruppen verbindet und worauf sie sich im wesentlichen beschränken (Ausnahme: Vereinigte Linke auf der Linken und „Demokratischer Aufbruch“ und SDP auf der Rechten dieser Opposition). Das erklärt auch den hohen Anteil von Intellektuellen, Künstlern und Priestern in dieser Opposition.

Dabei standen beim Sturz des Honecker-Regimes solche demokratischen Forderungen durchaus zurecht im Vordergrund. Es handelte sich um einen Prozeß, der sich als „demokratische Revolution“ charakterisieren läßt. Die Probleme treten nach dem großen Erfolg der Bewegung, dem Sturz des Honecker-Regimes auf.

Bleibt die Bewegung bei bei solchen demokratischen Forderungen stehen, dann sind diese ebenso vereinbar mit einer „aufgeklärten“ Form bürokratischer Herrschaft („Modell runder Tisch“) wie mit einer „technokratischen Deform“, der allmählich verstärkten Durchdringung mit Marktmechanismen, die in eine Situation der „Marktdiktatur“ und der Preisgabe des Landes und seiner Ökonomie an den Imperialismus münden.

Betrachtet man die personelle Stärke der antibürokratischen Opposition in der DDR, dann scheint auch aus diesem Blickwinkel entsprechende Vorsicht am Platz. Die 200000 Menschen, die als „Mitglieder“ des „Neuen Forums“ gehandelt werden, sind lediglich Menschen, die sich irgendwann, meist als formaler Akt der Solidarität, mit dem Neuen Forum und ihrer Kritik an der SED, in entsprechende Unterschriftenlisten eintrugen. Die reale Zahl der Aktivistinnen und Aktivisten dürfte 1000 kaum übersteigen. Da die Plattform des „Neuen Forums“ ausgesprochen vage ist, kann überhaupt von Mitgliedschaft im Sinne Mitgliedschaft in einer Partei (was die Mehrheit des Neuen Forums nicht — noch nicht? — sein will) kaum die Rede sein. Hinzu kommen enorme Unterschiede von Ort zu Ort und Region zu Region.

IV.

Nur minimale Nachrichten liegen uns vor hinsichtlich der Diskussionen, der

treter läuft, die in vielen Fällen zu Rücktritten, Abwahl und ähnlichem führte. Die SED wird also in den Betrieben durchaus weiterhin als Bezugspunkt der Proteste angesehen (anders als etwa in Polen). Und die SED ist „fähig“, darauf zu reagieren, genauer: Ihr bleibt nichts übrig als eine grundlegende „Runderneuerung“ dort, wo massiver Protest sich entwickelt.

Innerhalb des FDGB scheint jedoch bisher keine größere Bewegung stattgefunden zu haben. Die Ablösung des FDGB-Vorsitzenden Tisch durch Annelis Kimmel, eine kaum weniger „verdiente“ Kollegin der alten FDGB-Spitze, kann nur als Kosmetik verstanden werden. Eine tiefgehende Mobilisierung in der Arbeiterklasse und in den Betrieben dürfte unter den gegebenen Bedingungen diese staatliche Einheitsgewerkschaft kaum unberührt lassen. Noch sind faktisch 100 Prozent der DDR-Arbeiterschaft im FDGB organisiert (die Statistik nennt 9,6 Millionen FDGB-Mitglieder bei 8,6 Millionen Erwerbstätigen; die Differenz dürfte sich aus Rentnerinnen und Rentnern errechnen). Die zentrale Bedeutung des FDGB vor allem hinsichtlich der Sozialversicherungssysteme (die Verwaltung und Aufsicht über die Sozialversicherungen ist Angelegenheit des FDGB) und hinsichtlich der Ferien- und Freizeitgestaltung ist auf absehbare Zeit kaum zu erschüttern. Mitte Oktober wurde eine erste Initiative zur Bildung einer unabhängigen Gewerkschaft bekannt. Und am 4. November verlas der Schriftsteller Heiner Müller einen Aufruf zur (DDR-weiten?) Bildung solcher Initiativen für eine unabhängige Gewerkschaft. Inzwischen scheint festzustehen, daß entsprechende Nachrichten, die eine ernsthafte Bewegung für solche unabhängige Gewerkschaften ausmachte (oder wenigstens eine breitere Debatte hierüber) einer ernsthaften Grundlage entbehren; das Projekt „unabhängige Gewerkschaften“ kennt zumindest bis zum Zeitpunkt Ende November 1989 keine Massenbasis in der DDR.

Darüber hinaus kann bezweifelt werden (zusammen mit Positionen in der Vereinigten Linken), ob eine solche

Beilage 4/89
28. Dezember 1989 6. Jahrgang

An dieser Ausgabe wirkten mit:

Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK), Zülpicher Str. 7. 5000 Köln 1, Tel. 0221/21 6442

Gruppe Junger Anarchisten/Rätekommunisten (GJA/R), Thadenstr. 130a. 2000 Hamburg 50

Vereinigte Sozialistische Partei (VSP), Aquinostr. 7-II. 5000 Köln 1, Tel. 0221/730365

Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg, Zülpicher Str. 7. 5000 Köln 1, Tel. 0221 730365

Geschäftsführung und Redaktionsadresse: Christiane Schneider, Redaktion „Beilage“, c/o GNN, Güntherstr. 6a. 2000 Hamburg 76. Tel. 040 2204278. Verantwortlicher Redakteur dieser Ausgabe: Christiane Schneider. Die Beilage erscheint vierteljährlich. Ihr Preis ist im Verkaufspreis der Publikationen, denen sie beiliegt, enthalten. Preis bei gesondertem Bezug: 0,50 DM. Druck: Verlag Neuer Weg, Esse. Auflage 4000

Ausbleiben von vollzogenen Demontagen in den Westzonen: der US-Marschall-Plan, der sich auf die Westzonen und Westeuropa konzentrierte; die in den Westzonen bedeutend günstigere industrielle Struktur. (Die neueste Ausgabe der „Wirtschaftswoche“ argumentiert in dem Leitartikel ihres Herausgebers Engels in diesem Punkt exakt entgegengesetzt: ich werde mich noch mit entsprechendem statistischem Material aus der Zeit 1945-1950 eindecken).

Beides zusammen — die für den Westen objektiv bedeutend günstigeren Ausgangsbedingungen plus die Tatsache, daß der „Gegenspieler“ zum neu auf Touren gebrachten West-(BRD-) Kapitalismus in der DDR nicht ein freiheitlich-demokratischer Sozialismus, sondern eine spezifische nichtkapitalistische diktatorisch bestimmte Produktionsweise war, die eigene spezifische Formen von Wirtschaftskrisen produzierte — resultierte in einem fortwährenden Konsumgefälle. Im Durchschnitt liegt der in einem Warenkorb gemessene Lebensstandard einer BRD-Arbeitnehmerfamilie um 50 bis 100 Prozent über demjenigen einer DDR-Arbeitnehmerfamilie. Natürlich sind hier Fragen wie soziale Sicherheit, neue Armut in der BRD und die Arbeitslosigkeit, zumal diejenigen knapp eine Million Arbeitslosen, die nur Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe erhalten, ausgeklammert. Bereits dieses Gefälle reicht gewöhnlich anderswo in der Welt dazu aus, eine Sogwirkung zu erzielen, die in eine massenhafte Flucht, wenn nicht Völkerwanderung münden kann. So ist hat es Methode, daß aus der DDR abwandernde Menschen sich nicht in Ländern wie Österreich, Luxemburg oder der Schweiz niederlassen könnten; bestünde diese Möglichkeit, so wäre auch in dieser Richtung eine Migrationsbewegung festzustellen. Unter den spezifisch deutsch-deutschen Bedingungen kombiniert sich das bestehende Einkommensgefälle noch mit der Tatsache, daß die entsprechende Fluchtbewegung die von einem deutschen Staat zum anderen ist, sprachliche Barrieren nicht vorhanden sind, millionenfache verwandtschaftliche und freundschaftliche Strukturen usw. bestehen.

Schließlich kommt die Politik aller BRD-Regierungen seit Gründung des deutschen Weststaats hinzu. Diese verfolgten und verfolgen eine Verstärkung der beschriebenen materiellen Ungleichheit und der Flucht von einem deutschen Staat in den anderen durch zusätzliche, bewußt eingesetzte materielle Anreize. Die gültigen Regelungen, welche soziale Unterstützungen „Umsiedler“ und „Aussiedler“ erhalten, sind solche gezielten Instrumente zur Beschleunigung dieser Fluchtbewegungen. Sie sind, wohlgeordnet, nicht als solche zu verurteilen. Sie sind wohl aber zu brandmarken als eine nationalstische, revanchistische und bewußt die Gesellschaft und die Arbeiterklasse spaltende Politik in dem Maß, wie sie ausschließlich für so definierte „Deutsche“ gelten, in dem Maß, wie sie in krassstem Gegensatz zur Behandlung aller anderer Flüchtlinge stehen, und in dem Maß, wie sie Teile der derart als „deutsch“ definierten Bevölkerung bevorzugen und andere benachteiligen.

VII.

Die marxistische Analyse der politischen Ökonomie kennt drei diesbezüglich zentrale Aussagen:

(1) Alle Waren und der Mehrwert — der sich letzten Endes als Profit darstellt — sind Produkt menschlicher Arbeit, werden im Kapitalismus durch Lohnarbeit erstellt.

(2) Der Wert menschlicher Lohnarbeit, zu dem diese im Durchschnitt entlohnt wird, bestimmt sich aus den Kosten, die zur Reproduktion (Wiederherstellung) dieser menschlichen Arbeitskraft bzw. der lohnabhängigen Klasse erforderlich sind. Hochqualifizierte menschliche Lohnarbeit realisiert einen um das Maß höheren Marktpreis (Lohn/Einkommen), wie in diese Arbeitskraft überdurchschnittliche Ausbildungskosten eingehen. Ihr Einsatz schafft ein entsprechendes Vielfaches an Wert und Mehrwert.

(3) Als Gegengewicht zu einem kollektiven Zusammenschluß der Lohnabhängigen in Gewerkschaften und zu den hierdurch ermöglichten Einkommensverbesserungen fungiert im Kapitalismus eine industrielle Reservearmee, eine mehr oder weniger große Zahl von arbeitslosen Menschen, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft anzubieten. Die

se Konkurrenz unbeschäftigter potentieller Lohnabhängiger mit den Beschäftigten übt einen ständigen Druck auf die Einkommen der noch-beschäftigten Lohnabhängigen aus.

Wenn diese drei Aussagen in ihrer Substanz anerkannt werden, dann resultiert aus diesen ein klares Urteil:

Die „Umsiedler“ (also die Flüchtlinge aus der DDR) und „Aussiedler“ (die übrigen als deutsch oder deutscher Abstammung erklärten Flüchtlinge) und die Länder, aus denen sie kamen — allen voran die DDR und die VR Polen —, leisteten einen ganz entscheidenden Beitrag zum sogenannten westdeutschen Wirtschaftswunder; die relative Stabilität der BRD-Ökonomie dürfte bis heute zu einem wesentlichen Umfang dem kontinuierlichen Flüchtlingsstrom aus der DDR, der VR Polen, Rumänien, der UdSSR geschuldet sein. Diese Fluchtbewegung war und ist keine Belastung für die BRD-Ökonomie. Ganz im Gegenteil: Sie ist ein Geschäft, und sie ist in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht besonders profitabel für die in der BRD Herrschenden. Auf dem Gebiet der Bundesrepublik sind seit Kriegsende rund 14 Millionen Flüchtlinge — „Heimatvertriebene“, „Umsiedler“, „Aussiedler“ — aufgenommen worden. Rund ein Viertel (!) der westdeutschen Bevölkerung besteht heute aus solchen ehemaligen Flüchtlingen. Bei den lohnabhängig Beschäftigten dürfte dieser Anteil bei 30 Prozent liegen.

Seit 1950, also nach Gründung der BRD und DDR und nach dem Ende der Fluchtbewegung, die unmittelbar auf das Ende des Zweiten Weltkriegs folgte, sind rund 2 Millionen Aussiedler aus den osteuropäischen Staaten und etwa 3,5 Millionen „Übersiedler“ aus der DDR in die BRD gekommen. Die Aussiedler stammten zu drei Fünftel aus Polen (14 Prozent aus Rumänien, 10 Prozent aus der UdSSR). 1988/89 hat sich diese Entwicklung nochmals beschleunigt. 1988 kamen 250 000 „Aus- und Umsiedler“; 1989 dürften es am Jahresende 600 000 gewesen sein.

Nun stellt auch ein Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ fest:

„Bundesregierung und Wirtschaft sind sich einig: Die kurzfristig unvermeidbaren Belastungen (aus der Flüchtlingsbewegung 1989; W.W.) vor allem für die öffentlichen Haushalte sind auf Sicht eine Investition.“ (10.11.1989).

Diese Aussage läßt sich gut mit den angeführten zentralen Aussagen des Wertgesetzes und der Funktion der industriellen Reservearmee belegen:

(1) Unter den „Um-“ und „Aussiedlern“ ist der Anteil derjenigen, die ausgebildet und am Beginn ihrer erwerbstätigen lohnabhängigen Tätigkeit stehen, seit Jahrzehnten überproportional, während umgekehrt ältere Menschen und nicht mehr erwerbstätige Menschen im Vergleich zur bestehenden BRD-Gesellschaft stark unterrepräsentiert sind. Das heißt, unter den „Um-“ und „Aussiedlern“ liegt der Anteil derjenigen, die in vollem Umfang für die Wert- und Mehrwertproduktion der Gesellschaft zur Verfügung stehen, überproportional hoch.

(2) Über die überproportionalen Beiträge zur Steigerung der Wert- und Profitmasse führt dies zu einer verbesserten Situation aller über den Staat vermittelten Einnahmen und Sicherungssysteme: die Steuereinnahmen wachsen überproportional, die Beiträge zur Renten-, Arbeitslosen- und Krankenversicherung steigen ebenso überdurchschnittlich. Entsprechend werden die (u.a. durch die Krisentendenzen) aufgerissenen Defizite wieder teilweise zugedeckt.

(3) Die „Aus-“, vor allem aber die „Umsiedler“ sind zumindest in den achtziger Jahren dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil von höher und hoch qualifizierten Berufen deutlich größer ist als in der durchschnittlichen Gesellschaft. So berichtete der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Heinrich Franke, Anfang November 1989, daß unter den Übersiedlern die „technischen Berufe“ und die „Berufe im Gesundheitssektor, die sozial-, erziehungs- und geisteswissenschaftlichen Berufe“ „stark überproportional“ vertreten seien (verglichen mit dem Durchschnitt der BRD-Bevölkerung). („FAZ“ vom 7.11.1989).

Das heißt jedoch, daß vor allem Menschen „aus- & umsiedeln“, deren Ausbildungskosten von der Gesellschaft, aus welcher sie fliehen, getragen wurden, während diese dann in ihrer neuen

Heimat, der BRD, von vornherein in der Wert- und Mehrwertproduktion fungieren und dabei — entsprechend der höheren investierten Ausbildungskosten — ein Mehrfaches an Wert- und Mehrwert (Profit-)Produktion realisieren.

(4) Da niemals alle aus den RGW-Staaten in die BRD flüchtenden Menschen Arbeit finden (oder zumindest eine solche nicht sofort finden), sind zunächst oder auf längere Sicht viele arbeitslos. Beispielsweise waren im Oktober 1989 61 700 „Übersiedler“ und 115 100 „Aussiedler“ als arbeitslos gemeldet. Das „kostet“ natürlich auch einiges (vor allem die von allen Lohnabhängigen unterhaltene Bundesanstalt für Arbeit in Nürnberg). In erster Linie jedoch stellt dies eine fortwährende Auffrischung der industriellen Reservearmee dar. Der dadurch ausgeübte Druck auf die Noch-Beschäftigten und deren Einkommen bzw. Arbeitsbedingungen wächst. Er wächst nochmals verstärkt in einer Situation, in welcher zumindest ein Teil der neu und aus dem Osten auf den Arbeitsmarkt drängenden Menschen — aus nachvollziehbaren Gründen — bereit sind, weit unterhalb des erreichten sozialen und materiellen Niveaus Lohn-Arbeit anzunehmen.

All diese Aussagen müssen in einen Zusammenhang gebracht werden mit der jeweiligen allgemeinen Konjunktur: Bis zum Mauerbau 1961 saugte die gute Konjunktur mit ihren hohen Wachstumsraten die industrielle Reservearmee schnell auf; diese Beschäftigungslosen wurden in den Produktionsprozeß integriert. Durch den hohen Zustrom von Flüchtlingen wurde dieser Prozeß jedoch erheblich verlangsamt (und damit verhindert, daß allzu schnell die Arbeiterklasse aus einer neuen Position der Stärke heraus höhere Reallöhne und bessere Arbeitsbedingungen erkämpfte).

Die offiziell ausgewiesene Arbeitslosenzahl sank von knapp 2 Millionen 1950 bis auf 200 000 1961. Exakt mit dem Jahr des Mauerbaus — also mit dem Ende dieser Möglichkeit, die industrielle Reservearmee mit als deutsch-arisch definiertem Blut aufrechtzuerhalten — schnellte die Zahl der ausländischen Beschäftigten nach oben, das heißt, die bisher geltenden Restriktionen für eine entsprechende Freizügigkeit wurden abgeschafft. 1961 waren es erst rund 250 000 ausländische Beschäftigte; 1966 bereits 1,3 Millionen. Hier war dann von Vorteil, daß in Rezessionszeiten das „Ausländer raus“ seine ökonomische Funktion erhielt; allein in der Rezession 1966/67 wurde die Zahl ausländischer Beschäftigter kurzzeitig um 300 000 abgebaut; die dennoch registrierte Arbeitslosenzahl schnellte um 500 000 hoch.

In den siebziger und bis Anfang der achtziger Jahre handelte es sich um Zeiten abnehmender Wachstumsraten mit ausgeprägten Krisentendenzen (1974/75 und 1980-82). Die industrielle Reservearmee wurde auf „natürliche“ Weise rekonstruiert — von einigen wenigen hunderttausend Menschen Anfang der siebziger Jahre auf die dauerhaft 2 Millionen im Jahresdurchschnitt Ende der achtziger Jahre. Die Zuwanderung von „Umsiedlern“ bewegte sich im Jahresdurchschnitt bei wenigen zehntausenden, obwohl durch die „neue Ostpolitik“, durch einzelne Vertragswerke („Grundlagenvertrag“ 1973; Erleichterung der „Familienzusammenführung“ 1983) gelegentliche Beschleunigungen erreicht wurden (1985 beispielsweise wurden 41 000 „Umsiedler“ registriert). Zusammen mit den „Aussiedlern“ wurde ein jährlicher Zustrom von jeweils rund 100 000 erreicht.

Die neue Welle tritt just in der neuen Hochkonjunktur des gegenwärtigen Zyklus ein: 1988/89, also auch zu dem Zeitpunkt, wo der normale Gang der Konjunktur die gewaltige industrielle Reservearmee abbauen würde und auf diese Art zur Stärkung der Arbeiterklasse beitragen würde: 1988 schnellte die Zahl der „Aus-“ und „Übersiedler“ auf 300 000 hoch; 1989 werden gar 600 000 erreicht werden.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist diese Auffrischung der beschäftigten und unbeschäftigten Menschen in Westdeutschland besonders vorteilhaft: Während in der vorausgegangenen Zeit Facharbeiter freigesetzt wurden, während die Ausbildung entsprechenden Nachwuchses vernachlässigt und die diesbezüglichen Kosten eingespart wurden, strömen jetzt in Zeiten relativer

Knappheit bei solchen Arbeitskräften und in einer boomenden Konjunktur just solche Arbeitskräfte auf den Markt. Sie werden angezogen besonders von den industriellen Zentren, die weniger von hohen Arbeitslosenquoten betroffen sind, in denen diese Knappheit den Boom einzuengen drohte (zum Beispiel Bayern, Baden-Württemberg). In einigen Bereichen bedrohte der Mangel sogar ganze Unternehmen — und wie durch ein Wunder ward Abhilfe aus dem Osten geschafft: so im Fall fehlender Lokführer der Bundesbahn — die Reichsbahn hat, wider Willen, „ausgeholfen“ ...

Andere positive Effekte seien hier nur angedeutet: Der Wohnungsbedarf steigt, ein neuer Bauboom wird in Gang gesetzt (staatlicherseits durch neue verbilligte Kredite begünstigt). Die Bodenspekulation bringt Extraprofite, ebenso die steigenden Mieten. Und schließlich wirkt der neue Zustrom von Flüchtlingen auf den untersten Rängen der Gesellschaft — und zur Gaudi ihrer oberen — ausgesprochen spalterisch und zersetzend: Kampf um Arbeitsplätze, um preiswerte Wohnungen; westdeutsche gegen ostdeutsche Bewerber, gesamtdeutsche gegen sich deutsch nennende aus Polen; und alle miteinander gegen solche, denen jedes arische Etikett verwehrt blieb oder die ein solches zu tragen nicht wünschen. Das mündet dann darin, daß ein CSU-Streik, immerhin bayerischer Ministerpräsident, sagen kann: Nicht die „Um-“ und „Aussiedler“ seien das Problem, sondern: „Die Asylanten verursachen die Engpässe“ („FAZ“ v. 9.11.89).

Daß die hier vorgetragene Argumentation, die Fluchtwelle sei ein Geschäft für die BRD-Industrie (die gesamtgesellschaftlichen Kosten mögen sich etwas anders rechnen) zutrifft, wird von beiden Seiten, der BRD-Industrie und DDR-Ökonomen, bestätigt. Das Institut der Deutschen Wirtschaft (BDI-nah) legte im September 1989 eine entsprechende Modellrechnung vor. Ein regelmäßiger Zustrom von Aussiedlern (noch ohne die „günstigeren“ „Umsiedler“) wie 1989 würde demnach netto (zusätzliche Steuereinnahmen abzüglich der Eingliederungskosten) bis zum Jahr 2000 mindestens 100 Milliarden Mehreinnahmen mit sich bringen — zusätzlich zur Entlastung der Kranken- und Sozialversicherungssysteme. Das Bruttosozialprodukt würde dabei — in der „pessimistischen Variante“ — im Jahr 2000 um 84 Milliarden Mark höher ausfallen als ohne diese Flüchtlinge. An dieser Rechnung mag viel problematisch ein (weswegen hier nur die „pessimistische“ Variante angeführt wird); die Grundtendenz ist jedoch zutreffend. („FAZ“ vom 23.9.1989)

Umgekehrt — was des einen Gewinn, ist der anderen Verlust. Allein in dem Jahrzehnt 1951 bis 1961, dem Jahr des Mauerbaus, sind der DDR nach vorsichtigen Schätzungen durch die Flucht Kosten in Höhe von 130 Milliarden Mark entstanden. Auch die „Süddeutsche Zeitung“ konstatiert: „Tatsache bleibt, daß der wirtschaftliche Aufbau (der DDR) durch die offene Grenze schweren Schaden nahm.“ (7.10.1989) Die aktuelle Fluchtbewegung betreffend argumentieren DDR-Ökonomen — hier die Rechnung des Dekans der Martin-Luther-Universität zu Halle-Wittenberg, Peter Thal —, pro abgewanderte zehntausend DDR-Beschäftigte in die BRD sei mit einem Verlust von „rund einer Drittmilliard Ost-Mark an Nationaleinkommen zu rechnen“. Für 1989 kam diese Rechnung auf einen Verlust von 10 Milliarden Mark — Stand Oktober 1989. („FR“ vom 16.10.1989). Schlußfolgerungen:

— Die Fluchtbewegung Ost-West war und ist ein wichtiger Faktor für die BRD-Ökonomie. Sie wirkt in ihrer Gesamtbilanz ebenso positiv auf die BRD-Ökonomie, wie sie negativ auf die DDR-Ökonomie und die polnische Volkswirtschaft wirkt.

— Wenn diese Fluchtbewegung nun Ende der achtziger Jahre sich erneut beschleunigt, so erfolgt dies in einer konjunkturell für die BRD günstigen Situation. Dies hat zumindest auch die Bonner Politik zu einer entsprechenden Offensive ermutigt (wobei der entscheidende Hintergrund dieser Offensive weniger direkt ökonomische Gründe als die gesamt-politischen, sprich revanchistischen sind).

— Die Argumentation ist zutreffend, daß die massive Zufuhr voll ausgebildeter Arbeitskräfte, darunter viele hochqualifizierte, die Forderung rechtfertigt, Bonn solle gegenüber der DDR für einen entsprechenden finanziellen Ausgleich sorgen.

VIII.

Die DDR-Ökonomie befindet sich im Zustand einer offenen Krise. Vieles spricht dafür, daß dieser dramatische Zustand auch entscheidend für das Aufbrechen der politischen Krise war und ist.

Alle diejenigen, die — wie wir selbst — gesagt haben, die DDR-Ökonomie stünde „relativ gut da“, befände sich in einem Zustand „relativer Stabilität“, hatten unrecht, wohl auch dann, wenn das immer in Bezug gesetzt wurde zu anderen RGW-Ländern. Wenn sich dieser Vergleich nicht auf die VR Polen beschränken soll, war auch diese vergleichende Aussage unzutreffend.

Stark verallgemeinernd schält sich hinsichtlich der DDR das folgende Bild heraus (wobei ich auch deshalb verallgemeinere und konkrete Zahlen nur in Einzelfällen anführe, weil mir die gesamte Statistik der DDR gelinde gesagt „problematisch“ erscheint):

— Die DDR-Ökonomie verzeichnete bis Ende der sechziger Jahre eine Periode relativ beschleunigten Wachstums. Sie konnte zu diesem Zeitpunkt Industriezweige vorweisen, die vielfach auf Weltmarktniveau waren.

— Dieses Wachstum war zu einem beachtlichen Teil erreicht worden durch ein Zurückbleiben des Konsumfonds und einen entsprechend geringer gestiegenen materiellen Wohlstand. Die fortgesetzte Konfrontation mit der BRD und der nicht vorhandene Ausgleich dieses Gefälles durch andere „Werte“ (wie direkte Demokratie usw.) führte zur beschriebenen Fluchtbewegung und, nach dem Mauerbau, zu steigenden „Konsumerwartungen“.

— Die Ära Honecker ab Beginn der siebziger Jahre brachte wirtschaftlich insofern eine Wende, als verstärkt versucht wurde, dem Volk das Maul zu stopfen durch eine Ausweitung des Konsumfonds und einen entsprechend steigenden Lebensstandard — als Ersatz für eine Befriedigung der Bedürfnisse nach Demokratie. So sah bereits der erste Fünf-Jahres-Plan unter Honecker (1970-) einen starken Rückgang der Wachstumsraten der industriellen Produktion und der Investitionen und einen entsprechenden Anstieg der Konsumgüterherstellung vor. Die offizielle DDR-Statistik, die dies eher beschönigt, besagt: Während die Investitionen in Bergbau, Energiewirtschaft und das verarbeitende Gewerbe zwischen 1960 und 1970 sich verdoppelten (von 10 Milliarden Mark 1960 auf 21 Milliarden Mark 1970 und im Jahrzehnt bis 1986 noch um gut 50 Prozent anstiegen (auf 34 Milliarden Mark 1980), stiegen sie im bisherigen Verlauf des Jahrzehnts kaum noch an (1986: 36 Milliarden Mark).

— Bereits diese Orientierung bedeutete unter den Bedingungen des Festhaltens an der starren, superzentralisierten und nicht demokratischen Planwirtschaft ein Anwachsen der Krisentendenzen. Vor allem war die Reproduktion (rechtzeitige Erneuerung) des grundlegenden Fonds moderner Produktionsmittel in der zentralen Industrie bedroht. Nach offiziellen Angaben lag die Akkumulation (die Nettoinvestitionen, die zusätzlichen Investitionen für neue Produktionsmittel) gemessen als Rate am gesamten Nationaleinkommen in den Jahren 1970 und 1976 am höchsten. Damals wurden Anteile von 29 Prozent (1970) bzw. 28 Prozent (1976) erreicht. Seither sank dieser Anteil kontinuierlich; für 1986 wurden 21,6 Prozent angegeben. Entsprechend stieg der Anteil der Konsumtion.

— Dies sollte sich ab Mitte der siebziger Jahre und beschleunigt ab 1984ff verschärfen durch den Anstieg der Rohstoffpreise und vor allem durch den dadurch bedingten Anstieg der aus anderen Ländern, vor allem aus der UdSSR, zu importierenden Rohstoffe. Diese Rohstoffe sind in ihrem Preis an die Entwicklung der Weltmarktpreise gekoppelt, wenn auch der entsprechende Preisbestimmungsmechanismus eine Milderung der konjunkturellen Schwankungen vorsieht.

— Schließlich und endlich kombinierte sich all dies Mitte der siebziger Jahre mit den Krisentendenzen im kapitalistischen Westen und mit der verschärften Konkurrenz auf dem Weltmarkt. (Es ist tragisch, aber wahr: Es waren gerade die im RGW-Bereich tonangebenden „marxistischen“ Ökonomen, die diesen



Die westdeutsche Monopolbourgeoisie heizt die nationalistische, teils sogar faschistische Mobilisierung in der DDR an. (Bild: Demonstranten in Leipzig) Inzwischen wurde berichtet, daß bei Faschisten in der DDR Waffen gefunden wurden.

krishenhaften Einbruch im Weltmarktsektor als eine mögliche Entwicklung ausgeschlossen hatten und die Wachstumsraten aus den fünfziger und sechziger Jahren in die Zukunft verlängerten — genauso wie sie im Augenblick der aktuellen langen guten Konjunktur die Stärke des Kapitalismus/Imperialismus lobhudeln ohne ernsthaften Versuch einer Analyse seiner inneren Auszehrung.)

In einem Satz: Mit den wachsenden Schwierigkeiten für „ausreichende“ Exporte in den Westen und mit dem dort beschleunigten und vom Stachel der Konkurrenz und Massenerwerbslosigkeit hervorgebrachten Prozeß der Produktivkraftsteigerung (Rationalisierungs-, Automatisierungswelle; wachsende Flexibilisierung der Arbeitskraft) verschärft sich die Binnenkrise der DDR-Ökonomie. Das Verfluchte dabei: Die Auflösungserscheinungen im RGW-Bereich *beschleunigen* die DDR-Orientierung auf den Weltmarkt: die höheren Preise für UdSSR-Energieimporte führten dazu, daß die DDR veredelte Ölprodukte (chemische Erzeugnisse) verstärkt im Westen zu verkaufen suchte; die Entscheidung der UdSSR, sich primär auf westliche elektronische Erzeugnisse zu stützen, hieß für den im RGW-Bereich führenden DDR-Konzern Robotron, selbst den Gang auf den Weltmarkt anzutreten. Usw.usf. Das heißt, es vollzieht sich ein krisenhafter Prozeß, bei welchem die Vorteile des Eingebundenseins in den RGW-Bereich in Nachteile umschlagen. Die Fakten, die dann im Herbst 1989 im Rahmen der aufgebrochenen politischen Krise bekannt werden, unterstreichen: Die DDR-Ökonomie befindet sich in einer offenen, tiefen Krise, die der Ausgangslage der polnischen Ökonomie 1980/81 entspricht. Und die Regierung Modrow mit ihrer neuen Wirtschaftsministerin Christa Luft hat erst einen Zipfel der Decke gelüftet, die diesen erschreckenden Zustand verdeckt. Welch eine Ironie oder auch welch ein kluger Schachzug: Erstmals steht eine Frau auf wichtigem DDR-Posten, an zentraler Schaltstelle dieser gerontokratisch-machistischen Gesellschaft: Christa Luft. Und dann darf diese den Offenbarungsgeist leisten und von der Arbeiterklasse Opfer verlangen usw. (Ähnlich übrigens hinsichtlich der neuen FDGB-Vorsitzenden!)

Das mindeste was sich hinsichtlich der wirtschaftlichen Wachstumszahlen der letzten fünf Jahre sagen läßt, ist: Die DDR-Wirtschaft stagniert. Von den nominellen Wachstumszahlen müssen die Verfälschungen/Schönrechnereien und die inflationären Tendenzen in Abzug gebracht werden. Das Ergebnis scheint plus minus null zu sein. Die fortwährende Orientierung auf die Hebung oder Aufrechterhaltung des Konsumniveaus unter den Bedingungen der mehrfach beschriebenen politbürokratischen Kommandostruktur führte dazu, daß ein beschleunigter Raubbau an der Natur und an dem entscheidenden Produktionsmittelfonds in der großen Industrie betrieben wurde und betrieben

wird.

Durch letzteres, die fehlende Reproduktion und mangelnde Modernisierung, entstehen der Gesellschaft immer größere *Reparaturkosten* (Resultat nachlassender Qualität in der Fertigung) und wachsende Einnahmeverluste im Exportgeschäft (Rücksendung und Nichtannahme von DDR-Exporten durch die Importländer, u.a. die UdSSR, oder ein durch mangelnde Qualität erzwungener Verkauf unter den Gestehekungskosten). Parallel dazu erfolgte ein Raubbau an der Infrastruktur; um den relativ hohen Konsumtionsfonds halten zu können, wurden notwendige Investitionen in die Infrastruktur vernachlässigt. Beispielsweise ist in den achtziger Jahren die DDR-Fertigung von Eisenbahnwaggons für den Personen- und Güterverkehr stark rückläufig (1981: 6420 Personen- u. Güterwaggons; 1986: 4522), wobei der Schienentransport in der DDR weiterhin entscheidend ist; im Güterverkehr liegt die Transportleistung auf der Schiene vielmals höher als diejenige auf der Straße).

Die Aufrechterhaltung des Status Quo, der Stagnation, erfolgt gleichzeitig *auf Pump*: Die innere und äußere Verschuldung der DDR wächst absolut und relativ. Noch vor wenigen Wochen schrieb Wolfgang Wolf und Thomas Klein, beides Mitglieder der „Vereinigten Linken“, in einem mir ansonsten als profund erscheinenden Aufsatz über „Wirtschaft und Planung in der DDR“ den folgenden Satz: „So konnte die DDR anders als die VR Polen rechtzeitig die katastrophalen Folgen einer Außenwirtschaftsorientierung sozialistischer Länder begrenzen, die vor 74/75 auf zunehmende, zum Teil kreditfinanzierte Technologieimporte aus dem Westen setzte.“ (In: „Kontext — Beiträge aus Kirche & Gesellschaft. Kultur“, Heft 6/89).

Demgegenüber stehen von der neuen DDR-Führung nicht dementierte Meldungen, wonach die reale *Auslandsverschuldung der DDR* im Westen doppelt so hoch sei, als bisher angegeben: bei 21 Milliarden US-Dollar. Die vielfach genannten gegenzurechnenden DDR-Forderungen im Westen entpuppen sich als Forderungen, die fiktiv sind und längst abgeschrieben werden müßten (zum Beispiel Forderungen an Afghanistan und die VR Vietnam für frühere DDR-Kredite oder Warenlieferungen). Sollten diese Zahlen zutreffen — und bisher traf in dieser Hinsicht immer das *Schlimmste* zu — dann wäre die DDR pro Kopf ihrer Bevölkerung im Westen höher verschuldet als die bisher als *trauriger Rekordhalter eingestufte VR Polen*: in der DDR 21 Mrd. US-Dollar Westschuld auf 16 Millionen Einwohner = 1312 US-Dollar Westauslandsschuld je Einwohner. In Polen rund 42 Milliarden Dollar Westschuld auf 35 Millionen Einwohner = 1200 US-Dollar Westschuld je Polin oder Pole. Hinzu kommt eine enorme *Inlandsverschuldung* der DDR, die offensichtlich vor allem aus einem Wohnungsbau (dem zentralen Anliegen der Honecker-Re-

gierungen) resultiert, der weitgehend kreditfinanziert erfolgte. In einer der ersten Mitteilungen des neuen DDR-Finanzministers Ernst Höfner heißt es, die *Inlandsverschuldung der DDR* liege bei rund 130 Milliarden DDR-Mark, wovon allein 55 Milliarden DDR-Mark auf den kreditfinanzierten Wohnungsbau entfielen. Selbst die DDR-Nachrichtagentur ADN meldet hierzu „ungläubiges Staunen“ seitens der DDR-Volkskammer-Abgeordneten, als ihnen diese Zahlen am 13.11.1989 präsentiert wurden.

Hinsichtlich der Westauslandsschuld der DDR hatte es noch bis September geheißen, deren Bedienung (Zahlungen für die Zinsen) erfordere jährlich und hier 1989 einen Betrag von 1 Milliarde US-Dollar. Dies bezog sich allerdings auf einen Betrag von 9,3 Milliarden US-Dollar DDR-Westauslandsschuld. Eine doppelte Höhe dieser Schuld heißt jedoch auch: doppelt so viele Zinszahlungen an die westlichen Banken und Regierungen — also jährlich rund 2 Milliarden US-Dollar.

Bilanziert man die bisher vorliegenden — aufgedeckten — Angaben und Fakten zur DDR-Wirtschaft, dann drängt sich eine erstaunliche Parallele — gerade diejenige, die immer wieder mit Vehemenz bestritten wird — auf: Die DDR-Oberen führten ihre Ökonomie und damit die Grundlage ihrer Gesellschaft mit derselben Methode an den Rand des Abgrunds wie die polnische Führung in den siebziger Jahren unter Giersek: Konsumproduktion ausbauen — Großindustrie und Modernisierung vernachlässigen — und dies alles kreditfinanziert, vor allem durch Westbanken. Es ist zu befürchten, daß die neuen Lösungsmodelle der jetzt offenen Krise — beschleunigte Auslieferung an den Westen — ebenfalls dem polnischen Beispiel folgen. Dafür spricht die innere Dynamik dieser Krise. Dafür sprechen aber auch die spezifischen Bedingungen, unter denen die DDR-Ökonomie existiert.

IX.

Die Westverflechtung der DDR ist grundsätzlich nicht weniger entwickelt als diejenige anderer RGW-Länder. Unter den aktuellen Bedingungen deutet alles darauf hin, daß die offizielle Wirtschaftspolitik noch weniger einen Schutz vor dieser Westabhängigkeit darstellt. Im Gegenteil: „*Reform*“ der DDR-Ökonomie selbst heißt ihr *beschleunigter Ausverkauf*. Hier spielt eine besondere Rolle, daß die DDR wie kein anderes RGW-Land abhängig ist von einem einzelnen OECD-Staat, und hier gleich von der zweitwichtigsten imperialistischen Macht, der BRD. Dies wiederum beschleunigt den Wiedervereinigungstrend unter kapitalistischem Vorzeichen, den „Wirtschafts-Revanchismus“. Nach den offiziellen Angaben wickelt die DDR noch rund 67 Prozent ihres Außenhandels mit den „sozialistischen Ländern“ ab (RGW-Länder und China, Jugoslawien, VR Korea). Dabei ist die Verflechtung mit der UdSSR besonders auffallend: 1986 lag

der Anteil des Außenhandelsumsatzes der DDR am Gesamtaußenhandelsumsatz bei 38,8 Prozent. (Nächstwichtige Ost-Handelspartner sind die CSSR mit einem 7,3-Prozent-Anteil und Polen mit einem 6-Prozent-Anteil). Dies heißt bereits, daß eine Fortdauer und Verschärfung der Krise der sowjetischen Ökonomie nachhaltige negative Auswirkungen auf die DDR haben wird (oder bereits hat — aktuellere Zahlen liegen nur unvollständig vor).

Insgesamt ist *keine wachsende Tendenz* der Integration der DDR in den RGW-Bereich festzustellen: 1973, vor der „Ölkrise“ und vor dem offenen Aufbrechen der Krisentendenzen der imperialistischen Ökonomie, lagen ähnliche Anteile vor. Entsprechend hoch liegt der Anteil des Außenhandels, der auf dem kapitalistischen Weltmarkt realisiert wird: 1986 waren dies 32,6 Prozent. Darin ist der Handel mit kapitalistischen Drittweltländern eingeschlossen. Dieser macht 1986 jedoch lediglich 4,4 Prozent aus; 28,2 Prozent sind Handel mit OECD-Staaten. Bei diesem Handel mit den „industrialisierten westlichen Ländern“ fällt die überragende Stellung der BRD auf. Diese ist der *zweitwichtigste Handelspartner der DDR* überhaupt: 7,2 Prozent des Außenhandelsumsatzes der DDR werden, nach DDR-Angaben, mit der BRD abgewickelt. Nach anderen — westlichen — Angaben fällt diese Abhängigkeit noch bedeutend krasser aus. Danach realisierte die DDR 1988 von den 11,2 Milliarden DM Exporterlösen im gesamten Westhandel allein 7,5 Milliarden DM im Handel mit der BRD, dem sogenannten „innerdeutschen Handel“. 2,7 Milliarden stammten aus dem übrigen Handel mit OECD-Staaten und 1 Milliarde Mark (immer: DM) aus dem Handel mit der kapitalistischen Dritten Welt. Danach würden 67 Prozent des gesamten Westhandels der DDR mit der BRD realisiert (laut offizieller DDR-Statistik sind es „nur“ rund 25 Prozent; die Differenz mag entstehen dadurch, daß größere Teile dieses „innerdeutschen Handels“ sogenannte „graue Exporte“ sind, die via BRD in andere EG-Länder geschleust werden und auf diesem Weg die steuerlichen Vorzüge des innerdeutschen Handels realisieren). Die Abhängigkeit der DDR von der BRD wird noch verstärkt durch massive Sonderzahlungen der BRD an die DDR und Transfers (wie Überweisungen etc. für Geschenke), die sich insgesamt auf weitere vier Milliarden DM hochaddieren.

Welche Zahlen immer man nehmen mag — das Ergebnis ist qualitativ dasselbe: Die DDR ist in starkem Maß vom Weltmarkt abhängig. Dabei ist die Abhängigkeit von der BRD-Wirtschaft vorherrschend. Dies wird verstärkt durch bestehende Kooperationen, anlaufende Ost-West-Zusammenarbeit und joint ventures (gemeinsame Unternehmen von Westkapital und DDR-Firmen) und die vorherrschenden Tendenzen bei den „Reform“-Ökonomen in der DDR. Solche Kooperationen bestehen etwa zwischen Salamander und der DDR (DDR-„Gestaltungsfertigung“ von jährlich 5 Millionen Paar Tretern für den Binnenmarkt) und VW und der DDR (VW-Lizenzfertigung von Viertaktmotoren, die einerseits in Wartburg- und Trabant-Modelle eingebaut, andererseits an VW-Wolfsburg in Form sog. Rumpfmotoren exportiert werden). Sie sollen nach den neuesten Plänen massiv ausgeweitet werden. Bereits im neuen Wirtschaftsabkommen zwischen der DDR und Österreich sind klassische Joint Ventures vorgesehen; am 27. November 1989 präsentierte der Leiter der handelspolitischen Abteilung der Ständigen Vertretung der DDR, Walfried Lange, ähnliche Modelle für gemeinsame BRD-DDR-Unternehmen („49-Prozent-Anteil“ für BRD-Unternehmen).

Nun sind solche „Joint Ventures“ an sich nicht grundsätzlich abzulehnen. (Wenn eingeklagt würde, dies orthodox abzusichern, spränge ein W.I. Lenin listig mit Zitaten in die Bresche.) Entscheidend wird sein, wer die letztendliche Verfügungsgewalt hat, welche Möglichkeiten des realen Wertetransfers und Gewinntransfers bestehen und in welchen wirtschaftlichen Gesamtrahmen diese eingebettet sind.

Und hier sieht es vor allem düster aus: Die hierzu veröffentlichten Beiträge im „Neuen Deutschland“, etwa der des Ökonomen und Professor Karl Morgenstern, Dresden, die Thesen von Manfred von Ardenne, Atomphysiker

und Leiter eines Forschungsinstituts in Dresden, die letzte Wende und die letzten Worte des bisherigen (und nun wohl abgelösten) Chefideologen Otto Reinhold, die Reformskizze des Generaldirektors des Werkzeugmaschinen-Kombinats „7. Oktober“ in Berlin, veröffentlicht in der „Berliner Zeitung“, und schließlich entsprechende Arbeiten und Äußerungen der neuen Wirtschaftsministerin Christa Luft — all dies geht in die Richtung: Mehr „Eigenständigkeit“ der einzelnen Betriebe. Kombinate (einschließlich autonome Entscheidungen hinsichtlich des Außenhandels); Stärkung der Position der Direktoren in diesen; „gegen soziale Gleichmacherei“ und damit für „verstärkte materielle individuelle Anreize“. „Abbau der Subventionen“ und schließlich „Konvertibilität der DDR-Mark“ bis hin zu „Beitritt zum Internationalen Währungsfonds“.

Zusammenfassend heißt dies, man skizziert die „Jugoslawisierung“ der DDR-Ökonomie; man plant dieselbe hoffnungslose „Flucht nach vorn in den Weltmarkt-Abgrund“, die bereits die polnische letzte Regierung unter Rakowski antrat und nun die neue Regierung Polens mit päpstlichem Segen fortsetzt, man ist bereit, dieselben Auflösungs- und Zersetzungserscheinungen zu akzeptieren, die in Ungarn vorherrschen (hier wird derzeit eine Verzehnfachung der offiziellen Arbeitslosenzahl ins Auge gefaßt). Und man will dem demokratiehungrigen Volk das Maul erneut mit mehr Konsum — wohlgebet: als Ersatz für direkte Demokratie — stopfen. Für die DDR wird es einen wichtigen Unterschied geben: Die Kombination dieses „Reform“-Modells fügt sich nahtlos in die Aufkaufspolitik durch das BRD-Kapital; *Ausverkauf und Aufkauf ergänzen sich so*. Es wird zu einer beschleunigten Zerstörung von sinnvollen Resten geplanter Wirtschaft kommen.

Fast völlig fehlt es, soweit mir bekannt und soweit von hier aus erkennbar ist, an kreativem Geist mit der Skizze einer demokratischen, soweit als möglich dezentral kontrollierten, soweit als nötig zentral gesteuerten, aber demokratisch legitimierten Planökonomie. Jürgen Kuczynski, der Nestor der DDR-Ökonomie und 85 Jahre alt, hat eine solche geliefert — und ausdrücklich erwähnt sei, daß er dies vor den dramatischen Ereignissen tat. „Natürlich“, so J. Kuczynski im September 1989 in einem Interview mit der „Wahrheit“, Zeitung der SEW, „müssen wir alles Entscheidende planen.“ Aber — „nach meiner Ansicht planen wir viel zu viel“. Es komme darauf an, nur „die Eckdaten zu setzen“. Es werde in der DDR viel zu wenig der Initiative der Menschen überlassen. „Man kann nicht sagen, daß bei uns die Bevölkerung und die Arbeiter besonders motiviert sind. Sie sind müde von der Bürokratie.“ (Hier nach: „FAZ“ vom 4.9.1989). Nachdem die politische Wende kam und gegen die technokratischen Reformer und deren Forderungen nach „Subventionsabbau“ gerichtet, forderte J. Kuczynski: „Vernünftiger wäre, wenn jeder ein Recht auf eine bestimmte Menge billigen Brots, Stroms, Wasser hätte. Ein sozialistischer Staat muß die ökonomischen Schwächen schützen.“ („Tagesspiegel“ vom 12.11.1989).

Das mag noch lange kein alternatives Programm sein. Ein solches dürfte sich erst in einer breiteren gesellschaftlichen Debatte, orientiert an der Realität der DDR-Ökonomie selbst und vor allem mit den dort Betroffenen, mit den Produzentinnen und Produzenten geführt, entwickeln lassen. Doch diese Worte weisen in die richtige Richtung — und das ist die entgegengesetzte zu dem jetzt von oben eingeschlagenen „Reformkurs“, der in Wirklichkeit ein *Deformkurs* ist, der alle Deformationen verstärkt und in der Kapitulation — möglicherweise unter dem Ansturm des BRD-Kapitals in einem Zusammenbruch — münden wird.

X.

Unter den gegebenen Bedingungen existiert und entwickelt sich ein Sog in Richtung Wiedervereinigung, in Richtung zur Bildung eines gemeinsamen deutschen Staates durch Zusammenlegung der BRD und DDR. Ein solcher Staat ist nur denkbar in Form einer Übernahme der DDR durch die BRD, in Form der Bildung eines nochmals stärkeren imperialistischen deutschen Staats. Dieser wiederum würde ein

Zwischenstadium bilden zu einem neuen großdeutschen Reich; auch für die deutsch-imperialistische Expansion gilt, daß der Appetit mit dem Essen kommt. Die „deutsche (nationale) Frage“ ist fortschrittlich, demokratisch, gar sozialistisch nur zu beantworten in Form einer Gegnerschaft gegen jede Form von Wiedervereinigung, in Form der Anerkennung der bestehenden Grenzen und der Staatsbürgerschaft der DDR.

Die Krise in der DDR, die Führungslosigkeit der demokratischen Massenbewegung und die alte, beschriebene Orientierung des deutschen, seit Ende des Zweiten Weltkriegs auf Westdeutschland beschränkten Großkapitals auf Expansion in Richtung Osten münden in einer umfassenden Kampagne in den bundesdeutschen Medien, orchestriert von Bonner Regierung und BRD-Unternehmervereinigungen für eine „Wiedervereinigung“, subtil umetikettiert in „Neuvereinigung“ durch die Sozialdemokratie. Tatsächlich geht es um „Wiedervereinigung“: ein alter Zustand soll wiederhergestellt werden; deutsch-national-kapitalistisch-imperialistische Verhältnisse sind das Ziel. Kein geringerer als der damals mächtigste BRD-Unternehmer, der Vorstandssprecher der Deutschen Bank Alfred Herrhausen, hat dies verdeutlicht. Gefragt, ob er „schon Pläne für Niederlassungen in der DDR“ habe, antwortete er im „Spiegel“: „Wir haben nachgeschaut, welche Niederlassungen wir früher auf dem Gebiet der heutigen DDR hatten. Es waren dreißig.“ Die Gefahr, daß „die DDR sehr schnell von der westdeutschen Wirtschaft verschlungen“ („Spiegel“) werde, legte er mit der folgenden Begründung ad acta: „Diese Ansicht ist nur solange richtig, wie sie von einer Zweistaatlichkeit ausgeht. Wenn Deutschland wiedervereinigt ist, ist diese Ansicht falsch. Kein Mensch in Nordrhein-Westfalen nimmt Anstoß daran, wenn ein württembergischer Unternehmer in Nordrhein-Westfalen tätig wird.“ Und selbst der vom „Spiegel“ in die Debatte geworfenen Vorstellung, es reiche doch aus, wenn die DDR als eigenständiger Staat, ebenso wie die BRD und eventuell ähnlich wie Ungarn und Polen, sich der EG anschließe und dann beide deutsche Staaten in der EG „aufgehen“ würden, stellt der Herrscher über das größte europäische Banken- und Industriekonglomerat (Deutsche Bank, Daimler-Benz, MTU, Dornier, AEG, MBB usw.) seine knallharte Wiedervereinigungsvorstellung in Form der Übernahme der DDR durch die BRD entgegen: „Polen und Ungarn sind zwei selbständige Staaten, die sich eines Tages an die EG assoziieren können. Die DDR würde im Falle der von mir gewünschten Wiedervereinigung eben kein Staat mehr sein. Die EG würde nicht durch einen weiteren Staat ergänzt. Es würde sich der Gemeinschaft im Fall der Wiedervereinigung kein weiterer Staat anschließen, sondern es würden 16 Millionen zusätzliche Bürger EG-Bürger werden.“ Es würde „nichts weiter passieren, als daß statt 60 Millionen Deutsche 76 Millionen Teil des Binnenmarkts würden.“ („Spiegel“ 47/1989). Diese Aussagen ließen sich durch Dutzende andere von führenden westdeutschen Unternehmern mit ähnlicher Tendenz (u.a. Spethmann, Tyll Nekker) ergänzen; sie mündeten schließlich in dem Stufenplan zu einer „Wiedervereinigung“ mit einer Zwischenstufe „Konföderation“, den Kanzler Kohl Ende November 1989 verkündete und der umgehend zur Bildung einer Nationalen Großen Koalition bestehend aus CSU, CDU, FDP und SPD führte.

Dieses Projekt „Wiedervereinigung“ ist klar, und es steht in einer alten Kontinuität. Bleibt die Frage: Läßt sich die deutsche Frage — eine wie auch immer geartete Form der „Wieder-“ oder „Neu-Vereinigung“ — auch positiv — von demokratischer, sozialistischer oder revolutionärer Seite aus — aufgreifen? Muß sie gar „positiv“ beantwortet werden — aus irgendwelchen „prinzipiellen“ Erwägungen?

Dort, wo dies erfolgt, liegt zumindest einer von nachstehend genannten möglichen falschen Ausgangspunkten zugrunde:

(1) Für Sozialistinnen und Sozialisten existieren keine abstrakten „Prinzipien“ außer denen, daß diese für eine menschliche und solidarische Gesellschaft eintreten und alles tun, um deren Entwicklung zu fördern. Es gibt also nicht ein abstraktes „ja“ oder „nein“

zu einer wie auch immer gearteten „nationalen Frage“, zu einem „Selbstbestimmungsrecht“. Letzten Endes sind auch solche Werte dem genannten grundsätzlichen Ziel einer solidarischen Gesellschaft zugeordnet. Natürlich war die Abtrennung der Saar vom Deutschen Reich nach dem Ersten Weltkrieg ein „Unrecht“, ebenso wie der Überfall des deutschen Imperialismus auf Frankreich im Ersten Weltkrieg ein solches war. Natürlich sprach abstrakt viel dafür, für eine Wiederintegration der Saar in einen deutschen Nationalstaat einzutreten — u.a. die Einsicht, daß die fortgesetzte Trennung der Saar von Deutschland und ihre Integration in den französischen Staat nationalistische Stimmungen fördern müßte (was entscheidend gegen das Ziel einer menschlichen und solidarischen Gesellschaft wirkt). Unter den konkreten Bedingungen jedoch des Dritten Deutschen Reichs, als dieses sich die Saar eizuverleihen drohte und eine Volksabstimmung durchgeführt wurde — plädierten viele demokratische und alle sozialistischen Kräfte dafür, gegen einen Anschluß zu stimmen („Haltet die Saar, Genossen!“). Wer abstrakt von einem „Prinzip nationale Frage“ spricht und behauptet, hierauf gebe es eine allgemein gültige Antwort, der argumentiert eher religiös oder im klassischen Sinn ideologisch denn sozialistisch.

(2) Richtig ist, daß in der sozialistischen Tradition ein grundsätzliches Ja zum Recht auf nationale Selbstbestimmung dann überwiegend vertreten wird, wenn es sich um das Selbstbestimmungsrecht einer unterdrückten Nation handelt. (Daß es auch in diesem Fall zu spannenden und neu aufzuarbeitenden Debatten unter „marxistischer KlassikerInnen“ kam, sei hier nur angemerkt; siehe die Debatte zwischen W.I. Lenin und Rosa Luxemburg in der „polnischen nationalen Frage“). Auch wenn man in solch einem Fall wie Lenin grundsätzlich das Recht auf nationale Selbstbestimmung bejaht und Luxemburgs internationalistisch argumentierenden Standpunkt für falsch hält, so läßt sich dieses mit dem oben genannten Punkt 1 in Einklang bringen: „Nationale Selbstbestimmung“ einer unterdrückten Nation gegen die unterdrückende Nation beinhaltet immer auch einen emanzipatorischen Aspekt, einen Kampf gegen Unterdrückung, für mehr Menschlichkeit und Solidarität. Die Argumentation für eine solche Position lautete, daß erst die Befreiung von dieser ausländischen (imperialistischen) Unterdrückung den Weg frei mache zur Befreiung von der Unterdrückung durch die nationalen herrschenden Klassen. Und umgekehrt: Daß die Beibehaltung dieser imperialistischen Unterdrückung den inneren Nationalismus fördere und hierdurch einen zusätzlichen Beitrag zur Verschleierung der inneren Unterdrückung liefere.

Keiner kann behaupten, im Fall der „nationalen deutschen Frage“ gehe es um die Befreiung einer unterdrückten Nation. Die BRD ist ein in Westeuropa absolut dominierender Nationalstaat; die DDR ein im RGW-Bereich relativ dominierender Nationalstaat.

(3) Wenn heute über die „nationale deutsche Frage“ diskutiert wird, dann wird oft leicht ein falscher Kurzschluß zwischen der Situation nach dem Zweiten Weltkrieg und bis Ende der fünfziger/Anfang der sechziger Jahre und der aktuellen Situation hergestellt. Als nach dem Zweiten Weltkrieg die „nationale deutsche Frage“, die Bildung eines gemeinsamen Staates aus Westzonen und Ostzone oder BRD und DDR aufgeworfen wurde, wurde sie immer aufgeworfen entweder in Form eines national einheitlichen deutschen Staates auf sozialistischer Grundlage oder in Form eines bürgerlich-kapitalistischen deutschen Staates mit neutralem Charakter und ohne Wiederbewaffnung (Modell Österreich). Diese Optionen wurde erklärmaßen — und wie oben zusammengefaßt — von den westdeutschen Regierungen abgelehnt. Diese Optionen stellen sich in der aktuellen Debatte nicht.

(4) Im Fall der „nationalen deutschen Frage“ kommt hinzu, daß eine „Vereinigung“ immer auch meint die Vereinigung zweier grundlegend unterschiedlicher, ja gegensätzlicher Gesellschaften, wobei der stärkere Nationalstaat als Grundlage eine kapitalistische Ökonomie hat und der schwächere eine nichtkapitalistische Ökonomie.

Eine „Vereinigung“ meint also ein Aufgehen zuvor nicht kapitalistischer

Bereiche in kapitalistische, eine Wiedergewinnung von Boden und Menschen für die privatkapitalistische Mehrwertproduktion. Die nationalistische Forderung nach „Wiedervereinigung“ transportiert also die Forderung nach Wiedereingliederung von Gebieten, die der Mehrwertproduktion und Profitmaximierung entzogen wurden, genauer: hinter dieser nationalistischen Forderung verbirgt sich diese klassenpolitische. So ist auch zu verstehen, daß entsprechende nationale Forderungen nicht — noch nicht? — im Rahmen des bestehenden kapitalistischen Westeuropas aufgestellt werden, etwa nicht die Wiedereingliederung von Elsaß-Lothringen in „Deutschland“ oder ein „Anschluß Österreichs“ gefordert wird.

(5) Wer die Forderung nach „Wiedervereinigung“ ausschließlich auf sozialistischer Grundlage vertritt (wie ich sie vertreten habe), muß sich zumindest den Vorwurf gefallen lassen, abstrakte Schreibtisch-Politik zu betreiben. Unter den aktuellen Bedingungen ist auch klar, daß eine solche Position objektiv den revanchistischen Wiedervereinigungsprojekten in die Hände arbeitet. „Wiedervereinigung auf sozialistischer Grundlage“ meint beispielsweise, ein wiedervereinigtes Deutschland, nachdem im Osten (in der DDR) eine sozialistische Demokratie hergestellt und das SED-Einparteiensystem gestürzt sei und nachdem im Westen, in der BRD eine soziale Revolution stattgefunden und eine sozialistische Gesellschaft sich herausgebildet hätte. In diesem Rahmen dieses Prozesses, so argumentieren die Vertreter dieser Position, werde sich die „nationale deutsche Frage“ positiv stellen und beantworten lassen. Eine nochmals weiter entwickelte Position sieht ein solches wiedervereinigtes sozialistische Deutschland als eingebettet in die „Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa“.

Diskutiert man eine solche Position zunächst unter Ausklammerung der aktuellen Situation, dann ist klar, daß eine solche Position eine grundlegende Veränderung des europäischen Kräfteverhältnisses unterstellt. Eine sozialistische Revolution in der BRD würde ganz Europa und vor allem Westeuropa verändern; „Sozialistische Staaten von Europa“ gar hieße, daß weltrevolutionäre Veränderungen stattgefunden hätten (EG, Nato, EVU/WEU, Warschauer Pakt wären nicht mehr). Hier würde sich die Frage anschließen, ob es überhaupt ein emanzipatorisches Ziel sein kann, in einer solchen Situation die Bildung neuer (oder Umbildung alter) Nationalstaaten zu propagieren (BRD-DDR-Nationalstaat), ob nicht grundsätzlich die Forderung nach einem Nationalstaat (einem neuen, einem umgebildeten) in der aktuellen Periode der Geschichte rückschrittlich, jedenfalls niemals fortschrittlich sei.

Eine gewisse Parallele bildet hier die Südtirolfrage. Natürlich war die Einverleibung Südtirols in den österreichischen Nationalstaat ebenso „Unrecht“, wie die vorausgegangenen deutsch-österreichischen Kriegshandlungen gegenüber Italien dies waren. Abstrakt spähe bedeutend mehr für eine Losung „für ein wiedervereinigtes Österreich einschließlich Südtirols auf sozialistischer Grundlage“ als für die Losung „wiedervereinigtes sozialistisches Deutschland“. Wenn bisher weder die deutschsprachige Linke Südtirols noch die Linke Österreichs eine solche Forderung aufstellt, dann zeigt dies, daß diese politischen Instinkte hinsichtlich dieser eigenen Belange haben, das heißt, diese abstrakte Position mit der aktuellen Realität verbinden. Und dieser Realität wirkte jede Forderung Südtirol zurück an Österreich in reaktionärer Richtung.

Nochmals deutlicher wird dies aufgrund der gegensätzlichen Gesellschaftssysteme im Fall der „deutschen Frage“. Diskutiert man die Position „für ein wiedervereinigtes Deutschland auf sozialistischer Grundlage“ angesichts der konkret gegebenen gesellschaftlichen Verhältnisse, dann handelt es sich hierbei um eine völlig abstrakte, von der Realität abgehobene Forderung. Angesichts der gesellschaftlichen Realität und der Kräfteverhältnisse muß eine solche Position (auch entgegen dem möglichen subjektiven Willen derjenigen, die sie vertreten) den Mainstream für eine kapitalistische Wiedervereinigung verstärken: Es ist das kleinere, nicht-kapitalistische Land, das sich in einer tiefen Gesellschaftskrise

befindet; es ist das größere, imperialistische Land, das eine revanchistische Kampagne betreibt, das als Raison d'être, als grundlegende Bestimmung des imperialistischen Daseins den Revanchismus hat.

Es besteht hier kein Raum, keine Zeit, kein Kräfteverhältnis, um eine solche Forderung anders als reaktionär „positiv“ zu beantworten. Eine fortschrittliche Antwort kann also nur lauten: Ja zu den real existierenden Grenzen, ja zur DDR-Staatsbürgerschaft, Engagement für alle fortschrittlichen Bewegungen im jeweils eigenen Land und in Solidarität mit entsprechenden Bewegungen im benachbarten Land, für die Realisierung grundlegender demokratischer Verhältnisse zwischen beiden deutschen Staaten (u.a. Reisefreiheit), für sozialistische Verhältnisse und für sozialistische Demokratie in der BRD und in der DDR.

Selbst das Konzept eines neutralen wiedervereinigten Deutschlands ist abzulehnen. Unter den gegebenen Bedingungen verstärkt es, wenn von „links“ aufgestellt, bereits vorhandene und bald stärker werdende Tendenzen des westdeutschen Kapitals, sich von den USA abzukoppeln, und „nur“ noch das Ziel europäische Hegemonialmacht zu verfolgen (mit neutralem Status, aber eigenen Atomwaffen; eventuell durch eine „Achse“ Paris-Bonn-Großberlin „abgedeckt“).

XI.

Was sind unter den gegebenen Bedingungen Aufgaben von Sozialistinnen und Sozialisten?

— Entscheidend, gewissermaßen der

Lackmus-Test, wird ein Engagement gegen den vorherrschenden Revanchismus und seine Konkretisierungen in Richtung Wiedervereinigung sein. Alle daraus resultierenden Forderungen und Stimmungen sind, übrigens in Ost und West, anzuprangern (siehe auch den neuen Nationalismus in der DDR gegen Polen).

— Diese Orientierung muß für einzelne Bereiche konkretisiert werden. Eine sinnvolle Initiative war beispielsweise der von Teilen der Radikalen Linken eingebrachte Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (u.a. ökosozialistische MdB und Europaparlaments-abgeordnete, DKP/Fülberth, VSP).

— Eine solche antirevanchistische Orientierung muß vor allem auch in der Arbeiterbewegung entwickelt bzw. verstärkt werden. Ziel der gegenwärtigen Kampagne wird sein, SPD und DGB für diese einzuspannen — was teilweise bereits gelungen ist (siehe die erste Zustimmung der SPD zum „Stufenplan“ Kohls für „Konföderation“ und Wiedervereinigung).

So enthalten eine ganze Reihe von Grundsatzklärungen (etwa die des DGB) offen revanchistische Positionen. Initiativen zur Tilgung dieser Positionen und zu einem klaren Ja zur Anerkennung der Eigenstaatlichkeit der DDR sind erforderlich.

— In dieser Richtung sollten wir auch international wirken. Es ist auffallend und problematisch, daß in benachbarten Ländern (wohl vor allem im Westen, aber auch in der CSSR und Polen) Teile der Linken für eine Wiedervereinigung eintreten, obwohl die Linke in der BRD und in der DDR in ihrer großen Mehr-



Widerstand gegen Einverleibung der DDR durch die BRD und Ostexpansion. Bild oben: SED-Demonstration im November. Bild unten: Demonstranten in Leipzig.

heit Position dagegen bezieht.

— Notwendig ist, bei allem Engagement gegen Revanchismus jedes Blockdenken abzulehnen, solidarisch die Diskussionen und Aktivitäten der demokratischen und sozialistischen Bewegung in der DDR zu begleiten und sich an entsprechenden Debatten zu beteiligen. Dies hat unter Respektierung der Eigenständigkeit der entsprechenden Bewegung und Gruppen zu erfolgen und mit der notwendigen Sensibilität, die bisher einem großen Teil der BRD-Linken diesbezüglich zu fehlen scheint (womit deren revolutionärer Messianismus ge-

genüber der jungen DDR-Linken nichts anderes als ein Reflex des BRD-Imperialismus ist).

— Besonders wichtig wäre es, gemeinsam mit der DDR-Linken ein Konzept zu entwickeln, das aktuelle Antworten auf Fragen gibt, die für die DDR lebensbedrohend sind und deren Nichtantwort den Revanchismus bestärken muß (z.B. wie kann die Reisefreiheit finanziert werden?).

— Wir sollten alles tun, damit auch die positiven Seiten der aktuellen Entwicklung in der DDR hierzulande bekannt werden und Menschen daraus

Hoffnung und Kraft schöpfen, ihre eigenen Interessen zu formulieren und sich hierfür zu engagieren. Beispielsweise ist es bezeichnend, daß die DDR fast völlig vom BRD-TV und Rundfunk bestrahlt und beschallt wird — sich aber weigert, das DDR-Fernsehen in das Kabelnetz einzuspeisen. Die aktuelle DDR-Berichterstattung über die gesamtgesellschaftliche Diskussion auch und gerade in den Betrieben ist derzeit vorbildlich und würde sich — wenn hierzulande bekannt — als Bumerang gegen die revanchistische Wiedervereinigungskampagne auswirken.

— Gemeinsame Aktivitäten von BRD-Linker und DDR-Linker, vorzugsweise jeder im eigenen Land, sind angebracht. Beispielsweise anlässlich des Kohl-Besuchs in der DDR und mit der gemeinsamen Stoßrichtung gegen den BRD-Revanchismus (und für einen eigenständigen sozialistischen Weg in der DDR).

— Wir müssen in der BRD verstärkt die Frage der Abrüstung aufwerfen als einen konkreten Beitrag gegen den Revanchismus und unter Ausnutzen der neu entstandenen Situation. Diese Frage kann radikal aufgeworfen werden,

beispielsweise in Anlehnung an die Kampagne in der Schweiz in Form einer Kampagne für eine BRD ohne Armee (einschließlich raus aus der Nato). Bei solchen Abrüstungskampagnen muß die eigene Armee im Vordergrund stehen. Erst in diesem Zusammenhang gewinnen zusätzliche Forderungen wie Abzug ausländischer Truppen aus der BRD, raus aus der Nato das ihnen zustehende richtige Gewicht und wirken einer Forderung nach einem „neutralen“ — neu erstarkten — großdeutschen Reich entgegen.

Winfried Wolf (VS), 6.12.1989

Faschistisches Gedankengut unter Jugendlichen und die Erklärungen bürgerlicher Soziologen

Bei den Wahlen in Westberlin zum Abgeordnetenhaus erhalten die faschistischen Republikaner (REP) 7,5 % der Stimmen. Auffällig hoch ist der Anteil Jugendlicher darunter: 9,1 % der Frauen zwischen 18 und 23 Jahren und sogar 18,8 % der Männer dieses Alters wählte die REPs. Ähnlich bei den Stadtparlamentswahlen in Frankfurt, wo die NPD bei Frauen 5,5 % und bei Männern 13 % erreicht.

Eine Spiegel-Umfrage bestätigt diese Tendenz, der Anteil der REP-Wählerinnen und -SympathisantenInnen von 18-25 Jahren ist überdurchschnittlich.

Noch schlimmer aber ist die hohe Verbreitung faschistoider Ideologie oder einzelner Versatzstücke daraus. Eine Umfrage unter 16jährigen BerufsanfängerInnen in Nordrhein-Westfalen ergibt Zustimmungen bei über 40 % der Jugendlichen für folgende Forderungen:

- Ausgrenzung ausländischer Jugendlicher
- Einführung der Todesstrafe
- härterer Strafvollzug
- Deutschland den Deutschen
- Kanaken raus.

Es ist dringend notwendig, die Ursachen dafür herauszufinden. Daran arbeiten „naturgemäß“ die sogenannten „Jugendforscher“ (das sind Soziologen, die auf Jugendliche spezialisiert sind). Hier wird einerseits wertvolle Arbeit geleistet, die uns weiterhelfen kann. Andererseits stoßen diese sich meist als fortschrittlich begreifenden Jugendforscher nie zur Ursache vor, sondern bleiben immer an der Oberfläche hängen. Das muß gründlich kritisiert werden, zumal diese Jugendforscher z.T. erhebliches Gehör finden, insbesondere in DGB-Jugend-Gruppen scheinen sie angesagt zu sein.

Zwei Beispiele

Dr. Wilhelm Heitmeyer (Fakultät für Pädagogik, Forschungsschwerpunkt Jugendforschung, Universität Bielefeld): „Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen“, in: DGB-Jugend NRW, „Rechtsextremismus“, Köln, April 89.

Heitmeyer geht davon aus, daß die Grundlage dafür, daß Jugendliche rechtsextremes Gedankengut aufnehmen, in ihren Lebensumständen zu suchen ist. Für diese Lebensumstände würden „erklärungskräftig(e) Orientierungsmuster“ gesucht. Dieser Ansatz ist natürlich richtig und macht uns möglich, aus diesen „wissenschaftlichen Erkenntnissen“ zu „schöpfen“. Heitmeyer kommt dabei zu folgenden beiden Hauptgründen:

— Dieser Punkt ließe sich in etwa in Vereinzelung/Individualisierung zusammenfassen: Die Gesellschaft bringe mit sich „ungeheure Mobilität, Ausweitung der Konkurrenzbeziehungen, Veränderungen der Wohnstruktur, Verrechtlichung und v.a. Ökonomisierung aller sozialen Beziehungen...“ In „den Konkurrenzsituationen (kann man) nicht mehr das Gemeinsame betonen“, und das bei ohnehin bestehender Abnahme der Bedeutung „sozialer Gruppierungen (Familie, Arbeitsgruppen in Betrieben, Nachbarschaften)“. Die Identität durch das Gefühl der Zugehörigkeit als Teil von etwas wird unklarer, dies erscheine als Belastung. Stattdessen werden dann andere „Zugehörigkeiten, die einem keinen nehmen kann, ... als Ausgleich für soziale Verluste“ angenommen: Nation und Rasse, in Abgrenzung zu anderen.

Und die Zukunft, durch z.B. hohe

Arbeitslosigkeit und Entwertung der Ausbildung als Zukunftsgarant. „Jugendliche (verlieren) die Kontrolle über ihre eigenen Lebenswege.“ Folge ist die Suche nach „Gewißheiten“: Identifikation mit etwas (Nation), Zugehörigkeit zu Institutionen, „in deren Schutz man dann Stärke und Selbstbewußtsein entwickeln möchte“ (Religionen, nationalistische Parolen).

Über die Hertha-Frösche, ein Fanclub von Hertha BSC Berlin, der durch brutale Schlägereien gegen andere Fans und AusländerInnen auffällt, wo faschistische Parolen im Alkoholnebel leicht Anklang finden. (in: „Nazis, Skins und alte Kameraden“, Hrsg. Biermann und Krischka, Weltkreis-Verlag 1986)

Auch dieser Autor geht von gesellschaftlichen Mißständen aus. „Jugendliche suchen nach kameradschaftlicher Zusammengehörigkeit und Identifikation. Beides bietet ihnen unsere — nach marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten organisierte — Gesellschaft nur in seltenen Fällen.“ Als Beispiele für die Unfähigkeit dieser Gesellschaft, den Bedürfnissen Jugendlicher nachzukommen, werden genannt: zu wenig Geld für Jugendheime, Freizeitangebot besteht überwiegend aus Spielhallen und Videotheken, Notenstreß und Lehrstellensknappheit. „Die Möglichkeiten kreativer Betätigung und der Erprobung eigener Kräfte werden in wachsendem Maße beschnitten.“ Das scheint uns im Prinzip zutreffend, wenn uns auch bestimmt noch etliche andere Punkte einfielen (z.B. daß ein Zusammenkommen der Menschen, also die Entwicklung von Kollektivität, schon durch die grundsätzliche Struktur von Schule, Uni und zunehmend auch Produktion verhindert wird; daß an die Stelle des Kollektivs dann u.a. Fernsehen und Video treten).

Was daraus entsteht, läßt sich auch hier in zwei Hauptgründe fassen:

— Kameradschaft und Zusammengehörigkeitsgefühl. In der Fan-Kurve „kann man sich zugehörig fühlen, kann sich durch Abzeichen und bunte Schals als Gleichgesinnte zu erkennen geben und erlebt ... das berauschte Gefühl der Kameradschaft ... Auch die Neonazis arbeiten mit den gleichen Mitteln, um die Jugendlichen zum Mitmachen zu bewegen: Sie versprechen ihnen, in ihren Organisationen gehe es besonders kameradschaftlich zu.“

— Macht, mensch braucht sich nicht mehr als der letzte Arsch zu fühlen. „In der Masse der Fußballfans merkt man plötzlich, daß die anderen Leute Respekt, vielleicht sogar Angst haben; hier ist man wer. Während man ansonsten — von Eltern, Lehrern, Ausbildern — ziemlich herumgestoßen wird, darf man sich am Nachmittag im Stadion endlich einmal stark fühlen.“ Genau in dieses „Feeling“ hinein arbeiten organisierte Neonazis in den Stadien. „Sie orientieren auf Stärke, ‚deutsches‘ Selbstbewußtsein und militantes Auftreten ... auf der einen Seite die ‚guten‘ Deutschen, die sich gegen ‚Überfremdung‘ und ‚Bolschewismus‘ zur Wehr setzen, auf der anderen Seite die ‚Feinde des Deutschtums‘ ...“

Zusammengefaßt sind laut diesen fortschrittlichen Jugendforschern die Gründe für den Erfolg der Faschisten und faschistischer Parolen bei Jugendlichen folgende:

— Die zunehmende Vereinzelung/Individualisierung, die gesellschaftlich bestimmt ist, sucht nach Ausgleich bzw.

Aufhebung, nach neuen „Kollektiven“. Da haben die Faschisten scheinbar etwas zu bieten: das Zusammengehörigkeitsgefühl in einer Gruppe bzw. das Gefühl, zusammenzugehören durch gemeinsame Abgrenzung gegen andere (z.B. Nation und Rasse).

— Zukunftsangst, natürlich ebenfalls gesellschaftlich bestimmt, durch unsichere Existenz-Sicherung (hohe Arbeitslosigkeit, unstete Jobs etc., Wohnungsnot, hohe Mieten) und Bedrohung durch ökologische Katastrophen und Kriegsgefahr.

— Ohnmachtsgefühl, denn allein ist mensch der letzte Arsch, aber in Gemeinschaft mit anderen entwickelt sich Stärke, die helfen soll, eine schlechte Situation zu verändern. Dabei wird nicht gesehen, daß die Faschisten genau das Gegenteil bewirken.

Das alles sind mit Sicherheit zutreffende Begründungen. Aus einem Interview mit einem ehemaligen ANS-Mitglied:

„Wenn du jetzt zurückblickst, was hat dich — neben der äußerlichen Aufmachung — am meisten an die Gruppe gebunden?“

Das Gefühl der Geborgenheit, das in der Gruppe herrschte. Ich hatte damals keine Freundin, und da war dann eben eine Truppe, zu der man gehörte. In gewissem Sinn war auch Kameradschaft da. Wenn wir gespendet haben, um eine Fahrt zu finanzieren, hat jeder das gegeben, was er für nötig hielt. Man hatte den Eindruck, als ob keiner seinen eigenen Vorteil suchte.

Dann war auch noch dieser Rückhalt in der Gruppe. Wenn wir von Antifaschisten bedrängt wurden, hatten wir das Gefühl, daß wir uns aufeinander verlassen konnten. Man hat gesagt: „Wir stehen einem verletzten Kameraden bei, da haut keiner ab, wir bleiben zusammen.“ Also praktisch das Gefühl: Auch wenn die ganze Welt gegen uns ist und wir an der Wand stehen, wir halten zusammen.“

(Quelle: Nazis, Skins und alte Kameraden, s. oben)

Ganz ähnliche Motivationszusammenhänge ergaben sich in unserer Untersuchung über die Gründe des Zulaufs neofaschistischer Schlägertrupps in der Beilage 1/89: „Die Faschisten gewinnen Leute ... durch ihr Auftreten als schlagkräftige Truppe, da sie damit ‚Kameradschaft‘, also Zusammengehörigkeitsgefühl als Gruppe bieten und Menschen (vor allem Jugendlichen) damit aus ihrer Vereinzelung durch die kapitalistische Gesellschaft scheinbar heraushelfen. Der ‚Führer‘ nimmt dem Einzelnen Verantwortung in einer komplizierten Umwelt ab, man braucht nicht zu denken, es sieht alles so einfach aus.“ (Beilage 1/89: „Militanter Antifaschismus — Teil des antifaschistischen Kampfes“)

Kritik der bürgerlichen Soziologen

Hier endet die Erklärung dieser „fortschrittlichen“ Soziologen und auch das Denken vieler Linker. Bis zu den Ursachen von Zukunftsangst und Vereinzelung wird meist nicht vorgedrungen. Folge davon: Hier schon setzt die Suche nach den Alternativen für Jugendliche an, also wird nicht an die Bekämpfung der grundlegenden Ursachen gegangen, sondern mal wieder nur an den Folgen rumgedoktort.

Entsprechend begrenzt sind dann auch die Schlußfolgerungen der Soziologen, was „wir“ tun können: Sozialarbeit, den Jugendlichen ein heimeliges

Nest bauen. Es brauche Maßnahmen, die „Jugendlichen die Möglichkeit eröffnen, daß sie die Erfahrung gesellschaftlicher Nützlichkeit und sozialer Einbindung machen können. Diese Erfahrung verläuft immer noch in erster Linie über Arbeit und Beruf einerseits und Einbindung in soziale Milieus andererseits.“ (Heitmeyer, in: s.o.)

„Die alltägliche schulische Erfahrung ‚Der Stärkere setzt sich durch‘ ist leicht ausbeutbar durch die Forderung ‚Der Stärkere soll sich durchsetzen‘ ... Pädagogisch gesehen wären also u.a. die schulischen Erfahrungen so zu strukturieren, daß diese leidvollen Erfahrungen nicht überhand nehmen ...“ (Heitmeyer in: „Erziehung und Wissenschaft“)

Die kapitalistische Ausbeutung wird von Heitmeyer und Co. nicht angegriffen. Angestrebt wird von ihnen lediglich eine bessere Abfederung der Folgen dieser Ausbeutung in therapeutischer Manier.

Selbstverständlich ist auch uns klar, daß, so lange dieses System besteht, die Lohnarbeit eine zwingende Notwendigkeit für den Großteil der Bevölkerung ist und daher ein Kampf geführt werden muß gegen die Ausgrenzung eines Teils der Bevölkerung aus der Existenzsicherung per Lohnarbeit. Aber dies als Perspektive zu sehen, um Jugendlichen weiterzuhelfen, denen es mehr oder weniger dreckig geht, anstelle der grundsätzlichen Infragestellung dieses ganzen Systems (auch Lohnarbeit ist menschenverachtend, nicht nur Arbeitslosigkeit), lenkt den notwendigen Kampf in eine falsche Richtung hin zum bloßen Bekämpfen der schlimmsten Auswüchse dieses Systems, ohne eine Perspektive zu bieten, dieses System irgendwann einmal ganz los zu werden.

Dieses „Ergebnis“ greift zu kurz (wo

es nicht letztlich reaktionär wird, durch die prinzipielle Einverständniserklärung mit kapitalistischer Ausbeutung), wie ja die gesamte „Ursachenforschung“ gerne mittendrin aufhört. Sie gehört genau da auf, wo festgestellt wird, warum Faschisten oder faschistische Parolen für Jugendliche Attraktivität haben, d.h. für welche Probleme sie bei den Faschisten Lösungen gefunden zu haben glauben. Diese Beweggründe/Bedürfnisse der Jugendlichen muß mensch kennen, darf es aber nicht dabei bewenden lassen, sondern muß weitergehen zu den Ursachen dieser Bedürfnisse. Also konkret: Was sind die Ursachen von Vereinzelung und schlechten Zukunftsaussichten?

Daß die bürgerlichen ForscherInnen hier nicht weiterkommen, kann ihnen nicht vorgeworfen werden. Im Wege steht ihnen ihre bürgerliche Ideologie, die den nächsten Schritt verhindert; denn der nächste Schritt würde zur Kritik der Strukturen dieser kapitalistischen Gesellschaft führen und entsprechende Konsequenzen verlangen.

Hegel: „Wenn eine Veränderung geschehen soll, so muß etwas verändert werden. Eine so kahle Wahrheit ist darum nötig, gesagt zu werden, weil die Angst, die muß, von dem Mute, der will, dadurch sich unterscheidet, daß die Menschen, die von jener getrieben werden, zwar die Notwendigkeit einer Veränderung wohl fühlen und zugeben, aber wenn ein Anfang gemacht werden soll, doch die Schwachheit zeigen, alles behalten zu wollen, in dessen Besitz sie sich befinden, wie ein Verschwenker, der in der Notwendigkeit ist, seine Ausgaben zu beschränken, aber jeden Artikel seiner bisherigen Bedürfnisse, von dessen Beschneidung man ihm spricht, unentbehrlich findet, nichts aufgeben will, bis ihm endlich sein Unentbehrliches wie das Entbehrliche genommen wird.“ (Hegel: „Schriften zur Tagespolitik und Rechtsphilosophie“, zitiert nach: F. Mehring, Gesammelte Schriften Bd. 13, Berlin 1961, S. 92)

Eine Kritik grundsätzlicher Art der kapitalistischen Gesellschaft kann nur der revolutionäre Sozialismus bieten, nur er kann die bürgerliche Beschränk-



heit, die durch die bürgerliche Ideologie notwendig ist, überschreiten und die Erscheinungen an der Oberfläche der bürgerlichen Gesellschaft auf ihre wahren Ursachen zurückführen und — letzten Endes — überwinden.

Erst wer Ursachen angeht, kann eine Perspektive bieten und Menschen gewinnen. Die Ursachen für die schlechte Lage der Menschen dieser kapitalistischen Gesellschaft angreifen können letztlich nur wir. Was hätte denn das Bürgertum anzubieten? Derzeit können die Faschisten aus verschiedenen Gründen den Anschein erwecken, die Probleme bei der Wurzel zu packen. (Daß sie das nicht wirklich vorhaben und schon gar nicht können, wissen wir, aber nicht ihre jugendlichen AnhängerInnen.)

Die Ursachen

Nun wollen wir nicht über Gebühr langweilen und setzen daher

1. die Ursachen für schlechte Zukunftsperspektiven, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot usw. als unter den LeserInnen der Beilage bekannt voraus: Kapitalismus.

Wesentlich schwerer fällt uns da die Analyse der

2. Isolation und Vereinzelung der Menschen.

Für die Individualisierung der Menschen, also das Auf-sich-allein-gestellt-Sein, den fehlenden Bezug zu einer Gruppe von Menschen (Familie, Klasse, Nachbarschaft), zu der mensch gehört, auf die er/sie zurückgreifen kann, sehen wir in der Hauptsache drei Ursachen, die wir auf ihre ökonomische Grundlage zurückzuführen versuchen werden: 1. Das Klassenkollektiv existiert nicht mehr, 2. die Familie zerbricht, 3. nachbarschaftliche Bezüge lösen sich auf. Was wir dazu geschrieben haben, sind lediglich Ansätze. Wir hatten damit große Schwierigkeiten, zumal es unseres Wissens für die neuere Entwicklung in der BRD keine genügende Analyse vom revolutionären Standpunkt aus dazu gibt.

1. Das Klassenkollektiv existiert nicht mehr

Selbstverständlich gibt es nach wie vor eine ArbeiterInnenklasse (wir definieren diese behelfsmäßig als bestehend aus ArbeiterInnen, gewöhnlichen Angestellten, unteren BeamtenInnen, nebst von deren Erwerb direkt abhängigen Angehörigen, und solchen, die außer Lohn und Brot gesetzt sind — jedoch ist zu unserem großen Glück hier keine gute Klassenanalyse gefragt). Wir gehören nicht zu denen, die behaupten, daß es keine eigentliche ArbeiterInnenklasse mehr gäbe. Was aber nicht mehr — oder kaum noch — existiert, ist das Bewußtsein der Klassenangehörigen, zusammengehören (quasi als erste Stufe des Klassenbewußtseins). Ausdruck davon ist das Schwinden (resp. teilweise Schwinden) von klassenmäßigem Zusammensein z.B. im Wohngebiet, im Sportverein. Die Freizeit scheint aus verschiedenen Gründen weitgehend klassenneutral. Typische Klasseninstitutionen wie z.B. die Gewerkschaften verlieren als Teil der Freizeitgestaltung, kulturell, an Bedeutung, werden zurückgeworfen auf reine ökonomische „Versicherungs- und Absicherungsgesellschaften“. Selbstverständlich unterscheidet sich die Kultur verschiedener gesellschaftlicher Klassen nach wie vor; nur scheinbar tut sie das nicht, weil alles unter dem Vorzeichen scheinbarer Klassenneutralität läuft: Jeder/r kann mitmachen. Extrembeispiel ist das Fernsehen.

Die Gründe liegen in den Produktionsverhältnissen. Die Einführung neuer Technologien macht Flexibilisierungen unterschiedlichster Art erst möglich bzw. aus Sicht des Kapitals nötig. Die Arbeitszeitanforderungen der Kapitalisten an die Beschäftigten verlangen zunehmend Schichtarbeit und eine möglichst lange Maschinenlaufzeit, damit sich die Maschinen erst richtig „lohnen“. In weiten Teilen der Industrie findet eine Zentralisierung der Produktion statt, weil es effektiver ist. Das verlangt eine zunehmende Bereitschaft, seinen Wohnort nach dem Arbeitsort zu bestimmen.

Zum anderen gibt es in etlichen Bereichen eine gegenläufige Tendenz, nämlich die, Produktionseinheiten zu verkleinern. EDV schafft dafür die Möglichkeiten. Die Produktion ist nicht mehr kollektiv (oder weniger). Das Extrem davon ist die Zunahme von Heimarbeit, völlig isoliert von anderen KollegInnen.

Individuelles handwerkliches Können

verliert an Bedeutung. Viel Produktion läuft in genormten Bahnen. Maschinen ersetzen wesentliche Funktionen, wo früher eine fundierte Ausbildung nötig war. Das macht den/die Einzelne/n austauschbarer, mit der Folge höherer Fluktuation (und Lohnrückerei). Wer arbeitet heutzutage noch sein halbes Arbeitsleben an ein und demselben Arbeitsplatz?

Tendenziell werden viele Tätigkeiten so vereinfacht, daß die Qualifikation des/der Beschäftigten nicht mehr so hoch sein braucht. Zwar steigen in einigen Bereichen die Anforderungen an die Qualifikation (im wesentlichen EDV usw.), dafür wird die Qualifikationsanforderung bei der Masse der FacharbeiterInnen-Arbeitsplätze gesenkt: Tendenziell übernimmt die Maschine vieles. Die Zahl der FacharbeiterInnen-Arbeitsplätze wird sinken. Heute ist das noch nicht in seiner vollen Auswirkung zu sehen; die neue „Maschinengeneration“ ist noch im Anfangsstadium mit den dazugehörigen Schwierigkeiten. Z.B. haben Druckmaschinen Einrichtungen, daß die Maschinen entsprechend ihrer Programmierung die Farbgebung selbstständig einstellen und kontrollieren. Es dauert daher nicht mehr lange, daß an einer Druckmaschine nur noch jemand stehen braucht, der das Papier vorstapelt und Kontrollbogen auf das Kontrollpult legt. Dann wird vielleicht nur noch ein/e (hochqualifizierte/r) DruckerIn für einen ganzen Maschinensaal gebraucht. Einstweilen sind die Maschinen aber noch nicht perfekt genug, aber das ist nur eine Frage der Zeit.

Diese Entqualifizierung vieler wird zweifellos zu Angriffen auf die Ausbildungszeiten und die Tarife führen und tut es auch jetzt schon: In der Druckindustrie soll ein Zusatzberuf für Bereiche der Formherstellung eingeführt werden mit nur noch zweijähriger Ausbildungszeit, also einer Art Halb-FacharbeiterInnen-Status. Im Hafen soll die Tätigkeit des Hafenfacharbeiters aufgliedert werden in Packer und qualifizierte Gerätebediener (Kranfahrer, Schwerstaplerfahrer usw.)

„Alle werden als ‚Hafenarbeiter für alle anfallenden Arbeiten‘ eingestellt. Das haben die Hafenbetriebe früher so gemacht, um den Arbeitseinsatz flexibel zu gestalten. Die Hafenarbeiter haben das genutzt, um eine einigermaßen gerechte Verteilung der Arbeit zu erreichen und um Bevorzugungen durch Zuteilung von guten Arbeiten zu verhindern. Seit zwei Jahren versuchen die Hafenkapitalisten deshalb, einen Hafenarbeiter zweiter Klasse tariflich einzuführen. Für Containerpacken wollen sie nur noch ungelernete Arbeiter einsetzen, und zwar mit einem KAPOVAZ-System.“ (Aus der Broschüre: „800 Jahre Hafen — 800 Jahre Grund zum Widerstand“, GNN-Verlag, Hamburg 1989)

Diese ganze Entwicklung geht dahin, die ArbeiterInnenklasse in sich noch weiter zu differenzieren, was dem Entstehen von Solidarität (z.B. in Arbeitskämpfen) entgegenwirkt.

Auf Dauer wird auch das Prämien- und das Akkordsystem weiter ausgebaut werden, denn: Ist die Arbeit individueller (Extrem: Heimarbeit), kann sie auch besser individuell bewertet werden. Zum anderen schafft die moderne Datenverarbeitung ungeahnte Möglichkeiten der Leistungskontrolle der/des Einzelnen. Dies verschärft einen Konkurrenzdruck untereinander, denn wer „zu langsam“ ist, fliegt / wird finanziell herabgestuft.

Wo die geforderten Fähigkeiten weniger individuell sind, sondern eher genormte Ansprüche an die Arbeitskräfte bestehen, kann besonders gut mit befristeten Verträgen und Leiharbeit geplant werden. Engpässe durch viele Aufträge, Urlaub oder Krankheiten können so ausgeglichen werden, so daß der Stamm der dauerhaft Beschäftigten verringert werden kann. Überhaupt nehmen entgeltgarantierte Arbeitsplätze zu; Aushilfskräfte sind das ganze Jahr über im Betrieb, nicht nur in „Stoßzeiten“. Es bestehen mehrere verschiedene Vertragsarten in einem Betrieb. Datenverarbeitung erlaubt auch einen noch weiter durchrationalisierten Arbeitsplatz, die Taylorisierung wird weiter voranschreiten.

Aus all dem folgt:

Stärkere Differenzierung innerhalb der Klasse, die Unterschiede werden größer. Das Gefühl, sich in ein und derselben Lage zu befinden, wird geringer, Solidarität erschwert.

Stärkere Konkurrenz untereinander. Hier kann dann gut das Prinzip „Jeder gegen Jeden“ greifen, das von der Schule her eingetrichtert wird. Das Zu-

sammensein vieler Menschen tagtäglich in der Produktion wird wesentlich unkontinuierlicher. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit mit den KollegInnen, das aus täglicher Erfahrung erwächst, kann so wesentlich schwerer entstehen (die KollegInnen wechseln häufig bzw. mensch sieht sich seltener).

Und hier muß zumindest noch ein außerökonomischer Grund genannt werden: die Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung durch den Faschismus; die Ermordung vieler klassenbewußter Menschen.

2. Die Familie zerbricht

Eigentlich ja nichts Schlechtes, hat doch die zumindest teilweise Aufhebung der Knechtung in der bürgerlichen Familie insbesondere für Frauen und Kinder Vorteile (wenn mensch dies nicht überschätzen darf, betrachtet mensch die hohe Zahl von Kindesmißhandlungen, geschlagenen Ehefrauen und Vergewaltigungen). Es liegt uns völlig fern, in irgendeiner Weise für das Fortbestehen der autoritären Familienstrukturen einzutreten. Allerdings muß mensch schon sehen, was anstelle der Familie kommt.



Was nämlich wegfällt (und das ist das Schlimme: ohne Ersatz!), ist das Aufgehobensein in der Familie, die sog. „Geborgenheit“, d.h. es sind Menschen da, an die mensch sich wenden kann (trotz aller Verstrickungen in den zwischenmenschlichen Beziehungen in einer Familie), mensch ist nicht allein.

Daß die Familie tatsächlich als gesellschaftliche Grundstruktur an Bedeutung verliert, tendenziell eben zerfällt, sollen folgende Zahlen belegen:

	Scheidungen	
1982		119 000
1983		121 000
1984		131 000
1985		128 000
1986		122 000

(und in den letzten Jahren wiederum steigend). Wobei das eine Tendenz ist, die auf etliche westliche Staaten zutrifft: Schon Mitte der 70er Jahre „enden ... junge Ehen zu 50 % in einer (frühen) Scheidung“ in den USA. (Nach: H. Schweizer, Familie im Wandel, Herder, Freiburg 1982)

Zahl der Privathaushalte in der BRD in Tausend (nach Stat. Jahrbüchern)

	gesamt	Menschen	5 u.m. Pers.	1 Pers.	2 Pers.
1950	16 650	49 850	2 687	3 229	4 209
1961	19 460	56 012	2 787	4 010	5 156
1970	21 991	60 176	2 839	5 527	5 959
1986	26 739	61 357	1 596	9 177	7 886
1987	27 006	61 456	1 562	9 354	8 012

Diese Entwicklung vollzieht sich besonders in den Städten, zunehmend aber auch auf dem Land.

War mensch „früher“ permanent in der Familie aufgehoben (Kindheit, Schulzeit, Lehre, JungarbeiterInnenzeit, mit dem Auszug gleich in eine neue, „eigene“ Familie), so steigt die Zahl der Alleinlebenden kontinuierlich, und das Heiratsdurchschnittsalter ist wesentlich gestiegen.

Es scheint sich um eine Art zweiter „Familienrevolution“ zu handeln. Die erste machte mit der Entstehung der Großfamilie zugunsten der Kleinfamilie ein Ende, und jetzt zerfällt auch diese.

Auch hierfür sehen wir die Ursachen in der ökonomischen Entwicklung. In erster Linie ist wichtig, daß Frauen im Zuge des sog. „Wirtschaftswunders“ und der Ausweitung des Dienstleistungssektors (was einen Arbeitskräftemangel mit sich brachte) verstärkt in die Produktion integriert wurden und (im Gegensatz zur Weimarer Republik) teilweise auch in qualifiziertere Beru-

gelangten, wenn ihnen auch hauptsächlich die minderqualifizierten Tätigkeiten blieben.

Aus eigenständigem Erwerb ergeben sich Ansprüche und Möglichkeiten. Ansprüche an ein eigenes Leben, orientiert an den eigenen Interessen, soweit das der Kapitalismus zuläßt, und nicht mehr Unterwerfung unter die Bedürfnisse des Mannes, der die kraft seiner Erwerbstätigkeit bisher gegebene Rolle des „Ernährers“ verliert — und damit ein erhebliches Machtmittel zur Unterdrückung der Frau. Nach Schweizer (s.o.) standen 1980 40 % aller bundesdeutschen Mütter im Erwerbsleben.

Die traditionelle „Lösung“ von Meinungsverschiedenheiten und Problemen in der Ehe — der Mann entscheidet und weiß diese Entscheidung mit unterschiedlichen Machtmitteln gestützt auf seine materielle Macht auch durchzusetzen — geht verloren. Seither wird es üblicher, sich zu trennen bzw. ganz allein zu leben. „Selbstverwirklichung“ der Frau ist zwar ein Modewort aus der bürgerlichen Frauenbewegung und übersieht, daß diese nicht nur beim Mann auf Grenzen stößt, sondern schon

durch den Produktionszwang für Arbeiterinnen eingeschränkt ist, zeigt aber gleichzeitig, daß Frauen heute Ansprüche an ihr Leben stellen.

Dazu gehört auch der Wunsch nach weniger Kindern als früher üblich — oder nach gar keinen, was durch die Erfindung der „Pille“ sehr viel einfacher geworden ist.

Beim Zerfall der männlichen Autorität (als Tendenz — erreicht ist das natürlich bei weitem noch nicht) und der damit einhergehenden Zunahme der Ehescheidungen kommt ein weiteres Moment neben der Anspruchsbildung hinzu, nämlich die Möglichkeiten, die durch die Erwerbsarbeit der Frauen erst entstehen: Alleinleben, Sich-vom-Mann-Trennen ist durch das eigene Einkommen erst möglich geworden. Auch die gesellschaftliche Akzeptanz der Selbstständigkeit kann jetzt erst entstehen und damit einhergehend die relative materielle Absicherung (Sozialhilfe, Kindergeld). Durch die Berufstätigkeit von Frauen werden Reproduktionsaufgaben z.T. vergesellschaftet: Kindergärten,

Kindertageshime, Kantinenessen, Fast-Food-„Restaurants“, und zu einem anderen Teil erleichtert/verschleunert: Fertigerichte, Dosenessen, die eigene Waschmaschine in der Wohnung. Dies ergibt eine weitere Ausweitung des Dienstleistungssektors.

Also: durch die verstärkte Berufstätigkeit von Frauen entstehen Ansprüche an und Möglichkeiten für ein eigenständigeres Leben, die Familie mit Kindern ist nicht mehr gesellschaftliche Norm bzw. ist nicht mehr so langlebig wie ehemals.

Unterstützt wird diese gesellschaftliche Tendenz noch durch weitere Faktoren:

— Die Ausweitung des TV-, Video- usw. Unterhaltungssektors (und zwar individueller Unterhaltung, nicht kollektiver wie etwa bei Spielen oder Sport) macht das Alleinleben scheinbar erträglicher, denn die negative Seite des Alleinlebens, sich ständig um soziale Kontakte bemühen zu müssen, da sie nicht in derselben Wohnung „automa-

tisch“ da sind, oder einsam zu sein, wird so zwar nicht ausgeschaltet, aber zumindest ist sie zeitweise leichter zu verdrängen. (Siehe dazu auch Beilage 2/88: GJA/R, „Was tun — nix tun — no future. Die Krise der radikalen Linken.“ „Die Ware hat nicht nur eine Funktion in der Produktion und verschwindet, sobald sie dem Kapitalisten zum Mehrwert verholfen hat. Die heutzutage und hierzulande riesige Menge an verschiedensten Waren ermöglicht, daß mensch sich damit andauernd, permanent befällt, damit und wodurch keine Zeit bleibt, die eigene Situation zu spüren geschweige denn zu reflektieren.“)

— Flexibilisierungen aller Varianten, unstete Arbeit(zeiten), Schichtarbeit usw. (s. Abschnitt „Das Klassenkollektiv existiert nicht mehr“), bei Mann und Frau zunehmend, erschweren das „Familienleben“.

3. Nachbarschaftliche Bezüge lösen sich auf

Eine ehemals bedeutsame „Institution“ menschlichen Zusammenseins, der Gemeinsamkeit unterschiedlicher Menschen v.a. am Feierabend ist in den Städten schon weitgehend in dieser Bedeutung verschwunden: die Nachbarschaft.

Ursachen sind zum einen die Punkte, die wir auch schon unter den beiden ersten Abschnitten angeführt hatten: Flexibilisierungen der Arbeit(zeiten), Schichtarbeit und örtliche Fluktuation, da auch hier ein hoher Grad an „Mobilität“ von den ArbeitnehmerInnen gefordert wird, führen alle dazu, daß die Menschen zu unterschiedlichen Zeiten an ihrem Wohnort sind und so die Möglichkeiten des Sich-Kennen-Lernens erschwert werden. Auch hier wirkt die massenmediale Unterhaltungs- und „Betäubungs“-industrie, die den Wunsch (oder auch den Zwang) zum Zusammenkommen mit anderen Menschen verdrängt.

Zum anderen gibt es aber auch Gründe für das Auflösen von „guten“ Nachbarschaften, die spezieller sind. Als im Zuge des sog. „Wirtschaftswunders“ in den 50er und 60er Jahren immer mehr Menschen in die Städte zogen (erst vom Land, später ausländische Arbeitskräfte), fehlte Wohnraum, der schnell hochgezogen wurde. Es entstanden die typischen Hochhauswohnungen, häufig am Stadtrand. Häuserzeilen, ja ganze Stadtviertel sind so gebaut worden, daß — besonders unter den vorgenannten Bedingungen — Nachbarschaft sich nur sehr schwer entwickeln kann. Das liegt an der Anonymität solcher Bauten — dort leben so viele Menschen, daß sie sich gar nicht alle kennen können und damit ein Nicht-Kennen der Nachbarn etwas Selbstverständliches wird. Typische „Begegnungs- und Kommunikationsstätten“ fehlen weitgehend: kleine Läden, Spielplätze, Parkanlagen, Kneipen. Was da ist, ist auf Massennutzung und Massenabfertigung angelegt, was besonders augenfällig durch die Supermärkte als einzige Einkaufsmöglichkeit wird.

Diese Wohnanlagen haben auch noch einen von der herrschenden Klasse durchaus erwünschten Nebeneffekt: Bei fehlenden Kommunikationsmöglichkeiten entwickelt sich auch sehr viel schwerer Solidarität und kollektiver Kampf. Insofern haben diese „Wohnghettos“ auch Präventivcharakter in bezug auf Widerstand. In die Richtung zielt auch eine neuere „Entdeckung“ der Stadtplaner, die „soziale Mischung“, d.h. Hochhäuser für die Armen wechseln sich in einer Siedlung ab mit Reihenhäuser-Eigentumswohnung. Ebenfalls verschwunden sind die Siedlungen/Wohngegenden, wo sich die Menschen kannten, weil sie aus einem Betrieb kamen. Dies ist eine Auswirkung der „sozialen Mischung“, die sich im Laufe der Zeit durchgesetzt hat.

GJA/R-Hamburg



REP-Anhänger: eher festgefügtes reaktionäres Weltbild als protestbewegte Wechselwähler

Nach den Europawahlen im Juni war von vielen vertreten worden, daß die REP-Partei sich vor allem aus sozialen Protestbewegungen ärmerer Schichten in der BRD speise. Dieser Eindruck, der dann in entsprechende Strategien umgesetzt wurde — „Abholen“ von solchen Wählern und Umlernen ihres Protestes —, stützte sich auf gewisse Anhaltspunkte in der Wahlstatistik: Die REP erreichten vor allem in den großen Städten beachtliche Stimmprozente, sie erreichten sie dort wiederum in solchen Wohngebieten, die die Statistik mit dem Attribut unterer Status versieht.

Inzwischen hat mit den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg im Oktober eine weitere Wahl stattgefunden, bei der die REP-Partei ihre bei den Europawahlen erzielten Stimmergebnisse halten, zum Teil noch verbessern konnte. Eine Besonderheit des Kommunalwahlrechts in Baden-Württemberg ist die Möglichkeit, auf der gewählten Parteiliste Kandidaten aus anderen Parteien hinzuschreiben zu können, sie zu „panaschieren“. Verschiedene Gemeinden haben inzwischen die Statistiken veröffentlicht, die Auskunft geben, wie Wähler der einen Partei ihre Sympathie anderen Parteien zukommen lassen, bzw. umgekehrt, woher verschiedene Parteien außer ihren engeren Parteiwählern

Sympathisanten finden.

Wir haben im folgenden für Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe dargestellt:

— in den mit a) bezeichneten Tabellen die Stimmergebnisse insgesamt; — In den mit b) und c) bezeichneten Tabellen die Stimmverluste, die die Parteien durch Panaschieren an andere hatten. Diese Tabelle geben aufgliederung, einmal für die linken Parteien, einmal für die rechten Parteien, Auskunft, bei welchen anderen Parteien z.B. ein REP-Wähler Kandidaten findet, die ihm in seine politische Richtung passen.

— In den mit d) und e) bezeichneten Tabellen finden sich die Stimmgewinne, die rechte bzw. linke Kandidaten dadurch erzielen konnten, daß sie bei anderen Parteien dazugeschrieben wurden.

— Für Freiburg konnten wir, da dort die vollständigen Daten noch nicht veröffentlicht sind, nur darstellen, bei welchen anderen Parteien die gewählten Kandidaten von den rechten bzw. linken Parteien Stimmen holen konnten.

Sicher muß eine solche statistische Betrachtung immer mit gewisser Vorsicht gemacht werden; das „Panaschieren“ hat ein starkes Moment der Persönlichkeitswahl, und es mag schon sein, daß ein bekannter DKP-Stadtrat, weil er etwas für Mieter von städtischen

Wohnungen durchgesetzt hat, unabhängig von Parteipräferenzen gewählt wird. Dennoch finden sich übereinstimmende Fakten:

Die REP-Partei verfügt mehr als andere Parteien über eine feste Anhänger-schaft. In allen untersuchten Städten ist der Anteil von Stimmen, die anderen Parteien gegeben wurden, vergleichsweise deutlich niedriger; selbst in Orten, wo die REP nicht mit vollständigen Listen antreten konnte, wie in Karlsruhe, wählt der REP-Anhänger nicht leicht was anderes. Soweit aber panaschiert wurde auf den REP-Listen, finden sich überwiegend Kandidaten aus dem rechten Lager; selbst in Mannheim, wo immerhin ein Prozent der REP-Stimmen an die DKP-Liste gingen, ging weit mehr als die Hälfte aller Stimmverluste an CDU, NPD oder die rechte Mannheimer Liste.

Umgekehrt, sofern die REP-Partei Stimmen bei anderen Parteien sammeln kann — auch das geschieht in den untersuchten Fällen eher unterdurchschnittlich —, finden sie solche Wähler überwiegend bei ideologisch nahestehenden Listen. Die vorhandene Überschneidung von REP-Partei mit SPD-Wählern, die in allen Orten festzustellen ist, weist vielleicht darauf hin, daß rechte SPD-Politik Anhänger schafft, die für das autoritäre Staatsbild der REP Sympathie entwickeln können.

Betrachtet man, wie die verschiedenen linken Bündnislisten, die Grünen oder die DKP sich mit anderen politischen Kräften überschneiden, findet man: Wenn Stimmen abgegeben werden, gehen diese vorwiegend an andere Kräfte der Linken, wobei hier linke SPD-Kandidaten ein Reservoir außerhalb ihrer Partei finden. Soweit Stim-

men außerhalb der eigenen Partei gesammelt werden, stammten sie ebenfalls überwiegend von anderen Kräften der Linken.

Man könnte vielleicht noch anfügen, daß auch die Lebenserfahrung dem entspricht. REP-Anhänger und Linke treffen kaum freiwillig kaum aufeinander. Die Rechten zieht es in autoritär strukturierte Vereine, in denen es ein Linker nicht aushalten wird — warum soll er nun auf einmal einen wählen, denn er sonst meidet? Das Wahlverhalten orientiert sich an aus sozialen Gegensätzen entwickelten Weltanschauungen eher als an momentanen Verärgerungen. Den Protestwähler gibt es sicher, aber er ist nicht entscheidend. Nach den vorliegenden Ergebnissen scheint uns vielmehr schlüssig, daß man von relativ festgefügten Lagern ausgehen muß.

alk (BWK)

REP — Protestwahl oder rechte Formierung?

Kaum Rechts-/Linksüberschneidungen in Stuttgart

Das Kommunalwahlrecht in Baden-Württemberg ermöglicht dem Wähler, auf die gewählte Parteiliste noch Kandidaten aus anderen Parteien zu schreiben, zu „panaschieren“. In Stuttgart wurden ca. 11,5 Prozent der Stimmen auf diesem Wege vergeben. Die Überschneidungen von politischen Richtungen, die sich daraus ergeben, können Licht auf ein aktuelles Problem werfen.

Zur Erklärung der Wahlerfolge der Rechten, besonders der REP, tauchte in letzter Zeit immer häufiger die Meinung auf, die Rechten würden sich aus einer allgemeinen, politisch unbestimmten Protesthaltung speisen, die von irgendwelchen rechten Parteiführern ausgenutzt werde. Es käme, so hieß es dann weiter, darauf an, diesen verständlichen Protest in andere Kanäle zu lenken. So oder so ähnlich hört man es aus der SPD, aber auch der DKP und der MLPD.

Gäbe es ein Protestwähler-Reservoir, aus dem sich Rechts und Links bedienen können, wären beim Panaschieren in großem Umfang Rechts-/Links-Überschneidungen zu erwarten.

Wir haben als linke Parteien die Grünen, die ALL und die MLPD betrachtet. Die Wähler dieser Parteien haben

jeweils so um die 11% Kandidaten anderer Parteien hinzu „panaschiert“. Die Statistik weist aus, woher sie ihre Zusatz- und Wunschkandidaten holten (siehe Tabelle 2).

Hieraus folgern wir, daß die Wähler dieser drei Parteien keineswegs aus einer ideologieübergreifenden Verdrossenheit oder Protesthaltung heraus wählten, sondern um linke politische Zielsetzungen zu stärken. Nur einem sehr niedrigen Anteil waren die Ziele so gleichgültig, daß z.B. ALL und REP gleichzeitig unterstützt werden sollten.

Wenn dies auch — wie wir meinen kaum bestreitbar — feststeht, wäre doch noch eine andere Variante denkbar: Es könnten die Wähler der ÖDP, der REP, der NPD und der FAP Kandidaten von Links hinzupanaschiert haben. Wie diese Rechnung aussieht, zeigt Tabelle 3.

Auch auf den Parteilisten der Rechten wurden nur in wenigen Fällen Kandidaten der Linken hinzupanaschiert.

Die Wähler beider Richtungen hängen in ihrem Wahlverhalten kaum zusammen.

Eine Brücke zwischen diesen beiden ziemlich klar getrennten Lagern wird nur durch den ÖDP-Ökologismus geschlagen, der linke Inhalte vortäuschen

kann und deswegen aus dem linken Wählerkreis begünstigt wird. Auf die rechten Listen hingegen werden ÖDP-ler seltener panaschiert.

Wer glaubt, daß die REP sich aus einem ideologisch unbestimmten Protestgefühl heraus speisen, muß sich sagen lassen, daß sowohl die REP wie die NPD außergewöhnlich geschlossen gewählt wurden. Sie bilden ein eher scharf abgegrenztes Lager. Die FAP, die mit hohen Prozentsätzen aus dem Rahmen fällt, trat nicht mit einer vollen Liste an und erzielte insgesamt nicht viele Stimmen. — (alk, maff/Kommunale Berichte Stuttgart)

Anmerkungen zu den Ergebnissen Stuttgart: ALL: Alternative Linke Liste (Wahlbündnis aus BWK, DKP, Volksfront und VSP), FWV/UBL: Freie Wählervereinigung/Unabhängige Bürgerliste. ÖDP und MLPD hatten nur 20 Kandidaten (maximal 60 möglich, wobei der Wähler einem Bewerber bis zu drei Stimmen geben konnte) aufgestellt, die FAP nur 15.

Tabelle 1 a: Stimmverteilung Kommunalwahl Stuttgart 1989
Jeder Wähler hat 60 Stimmen

Liste	Stimmen	%
ALL	117924	1,0
FDP/DVP	1245030	10,2
SPD	3445952	28,3
Grüne	1514058	12,4
CDU	3804770	31,2
FWV/UBL	660517	5,4
ÖDP	122698	1,0
MLPD	19581	0,2
REP	1152940	9,5
FAP	5469	0,0
NPD	91369	0,8
Zusammen	12180308	100,0

Tab. 1 b: Stimmverluste an andere Listen bei ALL, Grünen und MLPD in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	ALL	Grüne	MLPD
an ALL	—	1,2	3,1
an FDP/DVP	0,4	1,2	0,6
an SPD	2,9	5,7	1,8
an Grüne	6,4	—	2,8
an CDU	0,3	0,8	0,5
an FWV/UBL	0,4	0,7	0,8
an ÖDP	0,3	0,7	0,5
an MLPD	0,4	0,1	—
an REP	0,3	0,2	0,6
an FAP	0,0	0,0	0,2
an NPD	0,1	0,0	0,2
an andere insg.	11,3	10,6	11,0

Tab. 1 c: Stimmverluste an andere Listen bei ÖDP, REP, FAP und NPD in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	ÖDP	REP	FAP	NPD
an ALL	0,6	0,1	0,7	0,1
an FDP/DVP	3,0	0,7	4,3	0,4
an SPD	4,9	1,1	3,9	0,2
an Grüne	5,5	0,4	3,1	0,1
an CDU	3,5	1,7	8,1	0,8
an FWV/UBL	2,4	1,0	4,4	0,6
an ÖDP	—	0,2	1,3	0,2
an MLPD	0,1	0,0	0,1	0,0
an REP	1,0	—	6,6	3,7
an FAP	0,1	0,1	—	0,2
an NPD	0,2	0,9	6,7	—
insg.	21,2	6,2	39,4	6,3

Tab. 1 d: Stimmgewinne v. anderen Listen bei ALL, Grünen und MLPD in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	ALL	Grüne	MLPD
von ALL	—	0,5	2,3
von FDP/DVP	1,1	1,7	0,4
von SPD	9,4	10,3	6,8
von Grüne	15,3	—	6,9
von CDU	1,7	2,1	0,6
von FWV/UBL	0,8	0,7	0,4
von ÖDP	0,7	0,4	0,5
von MLPD	0,5	0,0	—
von REP	0,9	0,3	1,2
von FAP	0,0	0,0	0,0
von NPD	0,1	0,0	0,1
von anderen insg.	30,3	16,1	19,3

Tab. 1 e: Stimmgewinne v. anderen Listen bei ÖDP, REP, FAP und NPD in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	ÖDP	REP	FAP	NPD
von ALL	0,3	0,0	0,7	0,1
von FDP/DVP	4,1	0,6	2,6	0,6
von SPD	7,8	1,6	8,4	1,3
von Grüne	8,1	0,3	1,2	0,2
von CDU	6,1	3,4	10,2	3,0
von FWV/UBL	2,6	0,7	5,8	1,0
von ÖDP	—	0,2	1,4	0,2
von MLPD	0,1	0,0	0,6	0,0
von REP	1,8	—	18,5	11,4
von FAP	0,1	0,0	—	0,4
von NPD	0,1	0,3	3,7	—
insg.	31,1	7,1	53,1	18,3

Freiburg: Linke Liste kaum von REP gewählt

Umgekehrt ebenso: Kaum linke Stimmen für REP

Tab. 4 a: Stimmgewinne v. anderen bei Gemeinderäten der LL/F und Grünen in % aller Stimmen

Gemeinderäte der	LL/F	Grüne
von LL/F	—	2,51
von SPD	18,7	14,26
von CDU	1,7	2,22
von REP	0,3	0,36
von Grüne	47,2	—
von FDP	1,1	0,98
von FWV	1,1	0,87
von LD	0,2	0,08
von ÖDP	1,0	0,94
v. anderen insg.	71,3	22,22

Tab. 4 b: Stimmgewinne v. anderen bei Gemeinderäten der REP in % aller Stimmen

Gemeinderäte	REP
von LL/F	0,07
von SPD	5,18
von CDU	9,02
von REP	—
von Grüne	1,23
von FDP	1,05
von FWV	2,92
von LD	0,08
von ÖDP	0,57
insgesamt	20,12

LL/F = Linke Liste/Friedensliste; FWV = Freie Wählervereinigung; LD = Liberale Demokraten

Die Tabellen zeigen die Zusammensetzung der für die gewählten Gemeinderäte der Linken Liste/Friedensliste (1) und GRÜNEN (10) bzw. der „Republika ner“ (3) in Freiburg abgegebenen Stimmen, die für diese Gemeinderäte auf Stimmzetteln der anderen Parteien panaschiert wurden. Beispiel: 18,7% der Stimmen für die Gemeinderätin der LL/F Ute Guzzoni stammen von SPD-Wählern, d.h. Wählern, die einen Stimmzettel der SPD abgaben, auf dem sie auch Ute Guzzoni Stimmen gaben.

Das Ergebnis läßt — obwohl es sich nur auf die gewählten Gemeinderäte bezieht — die Aussage zu, daß es sich bei den REP-Wählern nicht um Protestwähler handelt: Lediglich 0,07% der Wähler, die einen Stimmzettel der LL/F abgaben, gaben auf diesen Stimmzetteln auch REP-Kandidaten Stimmen. Umgekehrt: Nur 0,3% der Wähler, die einen Stimmzettel der REP abgaben, gaben darauf auch Ute Guzzoni eine Stimme. Bei den GRÜNEN lauten die entsprechenden Zahlen: 1,23% und 0,4%.

Quelle: Amt für Statistik und Einwohnerwesen der Stadt Freiburg. Wahlen der Gemeinderäte am 22.10.89. Gewählte Bewerber nach Herkunft ihrer Stimmen (51289) — (alk, Kommunale Berichte Freiburg/Emmendingen)

Ergebnisse Mannheim

Anmerkungen: ML = Mannheimer Linke, reaktionäre und ausländerfeindliche Wählervereinigung. Die DKP war und bleibt im Gemeinderat mit einem Vertreter.

Quelle: Stadt Mannheim, Amt für Statistik und Wahlen, Kontrollblatt für panaschierte Stimmen; eigene Rechnung

Tabelle 2 a: Stimmverteilung Kommunalwahl Mannheim 1989
Jeder Wähler hat 48 Stimmen

Wahlvorschlag	Stimmen	%
SPD	1727444	33,2
CDU	1393108	26,7
FDP	244283	4,7
Grüne	568850	10,9
DKP	166520	3,2
ML	618345	11,9
REP	458996	8,8
NPD	26762	0,5
pl.Eng.	6625	0,1
Zusammen	5210933	100,0

Tab. 2 b: Stimmverluste an andere Listen bei DKP und Grünen in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	DKP	Grüne
an SPD	1,5	4,1
an CDU	0,3	1,2
an FDP	0,4	2,1
an Grüne	2,4	—
an DKP	—	2,7
an ML	0,7	2,3
an REP	1,0	0,3
an NPD	0,2	0,0
an pl.Eng.	0,1	0,2
an andere insgesamt	6,6	12,8

Tab. 2 c: Stimmverluste an andere Listen bei REP, ML und NPD in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	REP	ML	NPD
an SPD	1,2	2,4	0,9
an CDU	1,4	4,4	1,0
an FDP	0,4	2,7	0,3
an Grüne	0,6	1,9	0,5
an DKP	0,9	0,8	0,8
an ML	1,8	—	1,5
an REP	—	1,1	4,4
an NPD	1,0	0,1	—
an pl.Eng.	0,1	0,2	0,2
an andere insges.	7,5	13,6	9,5

Tab. 2 d: Stimmgewinne v. anderen Listen bei DKP und Grünen in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	DKP	Grüne
von SPD	14,6	7,3
von CDU	2,0	1,6
von FDP	0,6	0,9
von Grüne	9,1	—
von DKP	—	0,7
von ML	3,0	2,1
von REP	2,5	0,5
von NPD	0,1	0,0
von pl.Eng.	0,6	0,4
v. anderen insgesamt	32,6	13,5

Tab. 2 e: Stimmgewinne v. anderen Listen bei REP, ML und NPD in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	REP	ML	NPD
von SPD	1,8	5,4	2,6
von CDU	1,8	8,4	2,6
von FDP	0,2	1,6	0,2
von Grüne	0,4	2,1	0,5
von DKP	0,4	0,2	1,0
von ML	1,4	—	2,3
von REP	—	1,4	17,4
von NPD	0,3	0,1	—
von pl.Eng.	0,1	0,4	0,6
v. anderen insges.	6,4	19,6	27,2

Karlsruhe: Diskussion um Wahlergebnis

Verführter sozialer Protest oder rechtes Lager?

Auf dem antifaschistischen Forum, das das Bündnis gegen Neofaschismus am 11.11.1989 erstmals durchführte, war u.a. die Beurteilung der Wahlerfolge der Faschisten Gegenstand der Diskussion — siehe dazu im folgenden aus der Beilage zur Sozialistischen Zeitung der VSP Karlsruhe. Strittig war u.a. auch, ob sich die Wähler der Republikaner, wie teilweise angenommen, durch die Lösung sozialer Fragen (z.B. Wohnungsbau) aus dem rechten bzw. faschistischen Lager herauslösen lassen. Sind also die Anliegen dieser Wähler berechtigt und laufen sie nur den „Falschen“ hinterher, sind es „Verführte“ oder Protestwähler?

Zu Anfang wurde im Plenum das Kommunalwahlergebnis in Karlsruhe erörtert. Dabei strich der Referent heraus, daß der „rechte Block“ (darunter fielen nach seiner Meinung: CDU, FDP, Reps, ÖDP, NPd, div. freie Wählerlisten) gegenüber dem „linken Block“ (SPD, GL, DKP) in absoluten, relativen Zahlen und Mandaten gegenüber 1984 zugelegt hätte. Zusätzlich brachte ein Vertreter der „Volksfront“ die These ein, daß es eine solide Basis faschistischer Gesinnung gäbe, die auf der kapitalistischen Gesellschaft beruhe. Es beträfe Schichten, die eine Deklassierung fürchteten, hier v.a.

Selbständige, Intelligenzler, Akademiker, die im Produktionsprozeß ihre Qualifikation verlieren — also die Mittelschichten —, sowie diejenigen, die sozial „unten“ stünden, obwohl sie das Leistungsprinzip verinnerlicht hätten und sich nun den faschistischen Organisationen zuwendeten, weil die ihnen die Schuldigen an ihrem „Mißerfolg“ lieferten — die Ausländer, der schwache Staat etc. Von Protestwählern zu sprechen, sei deswegen falsch. Anhand der Analyse der panaschierten Stimmen in der Kommunalwahl stellte der Vertreter dar, daß erkennbar in den „Blöcken“ rechts (CDU, NPd, Rep) oder innerhalb „links“ (SPD, GL, KL, DKP) panaschiert worden sei. Bei typischen Protestwahlen würde sich das auf rechts und links verteilen.

Die Diskussion darum war lebhaft. Es wurde davor gewarnt, Statistik als Verlängerung der Wahlpolitik zu betrachten. Die so getroffene Einschätzung rechter und linker Block sei so nicht aufrecht zu erhalten (Bsp.: viele CDU/SPD/FDP-Abstimmungen im Gemeinderat). Aufgabe von Antifaschistinnen und Antifaschisten müsse es auch sein, Sozialpolitik zu problematisieren. Außerdem müsse auch die Wahlbeteiligung mit in die Analyse einbezogen werden . . .

(aus: Lokalberichte Karlsruhe, 8.12.)

Tabelle 3 a: Stimmverteilung Kommunalwahl Karlsruhe 1989
Jeder Wähler hat 60 Stimmen

Wahlvorschlag	Stimmen	%
CDU	2028429	37,34
SPD	1680316	30,93
ÖDP	109037	2,01
KL	171393	3,15
FDP	457193	8,42
NPD	26535	0,49
GL	585201	10,77
FWK	61722	1,14
REP	280100	5,16
FVP/FWK	17007	0,31
DKP	15801	0,29
Zusammen	5432734	100,00

Anmerkungen zu dem Wahlergebnis Karlsruhe: Jeder Wähler hatte 60 Stimmen, davon 53 im Stadtkreis Karlsruhe, die anderen sieben waren auf verschiedene Ortschaftsräte zu verteilen. Komplette Listen (also 53 Kandidaten im Stadtkreis Karlsruhe) hatten CDU, SPD, ÖDP, Karlsruher Liste (KL), FDP, Grüne Liste (GL), Freie Wähler Karlsruhe e.V. (FWK). Die NPd trat mit 20 Kandidaten an, die Republikaner mit 19, Freiheitliche Volkspartei/Freie Wähler (FVP/FWK) mit 28. Die DKP kandidierte mit 31 Kandidaten. Sitzverteilung im neuen Gemeinderat: CDU 27, SPD 22, ÖDP 1, KL 2, FDP 6, GL 7 und REP 3.

Tab. 3 b: Stimmverluste an andere Listen bei GL und DKP
in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	GL	DKP
an CDU	0,7	1,3
an SPD	4,2	3,7
an ÖDP	1,0	0,6
an KL	2,9	2,0
an FDP	1,0	0,8
an NPd	0,0	0,2
an GL	—	5,5
an FWK	0,3	0,1
an REP	0,1	0,3
an FVP/FWK	0,1	0,1
an DKP	0,4	—
an andere insgesamt	10,6	14,4

Tab. 3 d: Stimmgewinne v. anderen Listen bei GL und DKP
in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	GL	DKP
von CDU	1,3	1,3
von SPD	7,2	11,1
von ÖDP	0,5	0,7
von KL	1,4	2,0
von FDP	0,8	0,7
von NPd	0,0	0,2
von GL	—	13,9
von FWK	0,1	0,2
von REP	0,3	1,7
von FVP/FWK	0,0	0,1
von DKP	0,2	—
v. anderen insgesamt	11,9	31,9

Tab. 3 c: Stimmverluste an andere Listen bei ÖDP, NPd, REP, FVP
in Prozent aller Stimmen der Liste

von Liste	ÖDP	NPd	REP	FVP
an CDU	2,0	1,6	2,5	4,3
an SPD	3,0	1,2	1,6	3,3
an ÖDP	—	0,4	0,4	1,1
an KL	2,1	0,6	0,5	1,9
an FDP	1,7	0,7	0,8	2,5
an NPd	0,0	—	1,2	0,2
an GL	2,9	0,4	0,5	0,8
an FWK	0,5	0,4	0,5	1,8
an REP	0,3	6,3	—	1,6
an FVP/FWK	0,1	0,4	0,4	—
an DKP	0,1	0,1	0,1	0,1
an andere insg.	12,6	12,1	8,3	17,6

Tab. 3 e: Stimmgewinne v. anderen Listen bei ÖDP, NPd, REP, FVP
in Prozent aller Stimmen der Liste

für Liste	ÖDP	NPd	REP	FVP
von CDU	6,6	3,7	4,1	20,1
von SPD	8,1	1,4	1,9	8,9
von ÖDP	—	0,1	0,1	0,7
von KL	2,0	0,2	0,2	1,5
von FDP	2,4	0,5	0,4	5,7
von NPd	0,1	—	0,6	0,7
von GL	5,6	0,4	0,3	1,6
von FWK	0,4	0,1	0,2	1,6
von REP	1,0	11,3	—	6,4
von FVP/FWK	0,2	0,1	0,1	—
von DKP	0,1	0,1	0,0	0,1
v. anderen insg.	26,3	18,0	7,9	47,2

Verschärfung des § 218 in Bayern

Anhörung der Grünen im Landtag

Seit den Memminger Verfahren gibt es im BWK Auseinandersetzungen um die Politik im Kampf gegen den § 218. In der Beilage vom 22.6.89 kritisiert bar in einem Leserbrief die Festlegungen der DK der Frühjahrskonferenz des BWK, abgedruckt in der Beilage vom 16.3.89, dahingehend, sie bewegten sich in eine „bedenklich legalistische und reformistische Richtung. Sie ließen sich ohne weiteres mit „Keine Verschärfung des § 218 — Rettet die Notlagenindikation“ überschreiben. Aber von einer Organisation mit revolutionär-sozialistischem Anspruch darf man wohl mehr erwarten.“

Die Festlegungen wurden als konkrete Richtlinien in einer konkreten Situation getroffen. Diese ist dadurch gekennzeichnet, daß von seiten der Reaktion, allen voran der CSU und der Bayerischen Staatsregierung, die Notlagenindikation ausgehebelt wird. Ein Hebel sind die Memminger Verfahren, ein anderer ist das Vorhaben der Staatsregierung, Anfang 1990 vor dem Bundesverfassungsgericht eine Normenkontrollklage gegen die gültige Handhabung des § 218 vorzubringen. Die Gegner des § 218, zu denen auch der BWK zu zählen ist, haben dieses Vorgehen bisher nicht aufhalten können. Die Verurteilung von Dr. Theissen konnte nicht verhindert werden, trotz eklatanter Rechtsbrüche durch das Memminger Gericht. In einer solchen Situation ist es doch Aufgabe auch einer revolutionär-sozialistischen Organisation, sich Gedanken darüber zu machen, welche konkreten Schritte gegen die oben genannten reaktionären Vorhaben Erfolg haben könnten, damit tatsächlich die Notlagenindikation „gerettet“ werden kann. Dem sollten die Festlegungen der Frühjahr-DK des BWK dienen. Wo hier ein Gegensatz zu der Forderung nach Abschaffung des § 218 bestehen soll, mußte erst einmal bewiesen werden. Im übrigen sei auf unsere programmatischen Festlegungen verwiesen: „Wir treten der Unterdrückung und Entmündigung der Frauen durch die Anwendung und geplante Verschärfung des § 218 entgegen; wir sind für die ersatzlose Streichung des § 218“. Antrag zur Auflösung des BWK und zur Verschmelzung mit FAU/R und VSP, abgedruckt in „Ergebnisse der Herbstkonferenz 1989 der 9. o. BDK des BWK“.

Die Situation stellt sich für die Gegner des § 218 alles andere als rosig dar. Dies zeigte sich auch bei der Anhörung der bayerischen Landtagsfraktion der Grünen am 27.11.89 zur Situation in Bayern nach der Verurteilung des Frau-

enarztes Dr. Theissen. Ärzte, Juristen und in den Beratungsstellen Tätige sowie betroffene Frauen berichteten über ihre Erfahrungen.

Erfahrungen der Beratungsstellen

Zugenommen hat der sog. „Abtreibungstourismus“ insbesondere nach Hessen. Waren es 1986 noch ca. 6 000 Frauen aus Bayern und Baden-Württemberg, so seit 1988 ca. 15 000 Frauen bei leicht sinkender Zahl der Abbrüche insgesamt bundesweit. Immer noch ist für Bayern der Münchner Raum fast das einzige Gebiet, in dem Schwangerschaftsabbrüche nach der Notlagenindikation durchgeführt werden. Da Abbrüche in Bayern ambulant nicht zugelassen sind, finden sie in Kliniken statt.

In den kommunalen Krankenhäusern Münchens müssen sich die Frauen, die schon eine Notlagenindikation bescheinigt haben, noch einmal einer Befragung durch ein Ärztegremium aussetzen, z.T. bezeichnet als „Indikationsrunde“. Diese fällt noch einmal erneut eine Entscheidung, ob der Abbruch durchgeführt wird. Darüber hinaus gibt es eine Reihe von Privatkliniken, die Abbrüche durchführen. Diese steigen aber zunehmend um auf Untersuchung und Behandlung von ungewollter Kinderlosigkeit, weil lukrativer.

Das Bedürfnis der Frauen, die sich in der Notlage einer ungewollten Schwangerschaft befinden, nach einer diskreten und schonenden ärztlichen Behandlung läßt sich demgegenüber nach aller Erfahrung in ambulanten Einrichtungen besser erfüllen. Bundesweit werden über drei Viertel der Schwangerschaftsabbrüche in Praxen durchgeführt. Die Komplikationsrate ist in den ambulanten Einrichtungen wesentlich niedriger als in den Krankenhäusern, wo die Frauen bis zu fünf Tagen bleiben müssen. Denn der Eingriff wird bei einem stationären Aufenthalt in der Regel in Vollnarkose durchgeführt, obwohl das medizinisch nicht notwendig ist.

Ärzterschaft

Von seiten der Ärzteschaft wurde über Auseinandersetzungen in den Ständesgremien berichtet, die auf eine Unterstützung der in Not geratenen Frauen und eine Änderung der Standesordnung abzielen. Wie schon andernorts berichtet, hat die hessische Landesärztekammer auf Antrag der Liste Demokratischer Ärzte ihre Berufsordnung geändert. Wie in den anderen Bundesländern hieß es bisher auch in Hessen: „Kein Arzt darf gegen sein Gewissen gezwungen werden, . . . einen Schwangerschaftsabbruch durch ihren.“ Dies

wurde in Hessen nun durch den Halbsatz ergänzt: „ . . . noch ihn zu unterlassen, sofern er nach den gesetzlichen Bestimmungen handelt.“

Delegierte der Demokratischen Ärzte in Bayern brachten auf dem bayerischen Ärztetag im Oktober 1989 einen Antrag ein, der auf eine flächendeckende Versorgung mit Beratungseinrichtungen und Abbruchmöglichkeiten hinzielt. Zwar wurden die Antragsteller von anderen Delegierten beschimpft als Menschen, die „psychopathologisch . . . Lust am Töten“ hätten, der bayerische Ärztetag mußte sich aber von solchen Äußerungen distanzieren. Dennoch wurde der Antrag durch Nichtbefassung abgelehnt.

Es hat sich also über den Schwangerschaftsabbruch eine Auseinandersetzung unter den Ärzten entwickelt. In dieser Situation ist es hilfreicher, das Richtige zu unterstützen, was von seiten der Ärzteschaft kommt, damit der Druck, der gegenwärtig auf die fortschrittlichen Ärzte ausgeübt wird, etwas nachläßt, statt, wie im Leserbrief von bar beklagt, die „mangelnde Solidarität und unterstützenden Stellungnahmen gerade aus der Ärzteschaft“ zu beklagen. Man muß allerdings sagen, daß diese Stellungnahmen zu dem Zeitpunkt noch nicht vorlagen, als bar den Leserbrief geschrieben hat. Sie werden auch jetzt noch von der bürgerlichen Presse weitgehend unterdrückt.

Juristisches

Einer der Anwälte berichtete vom gegenwärtigen Stand des Theissen-Prozesses. Seit Anfang Oktober liegt das Urteil gegen Dr. Theissen schriftlich vor. Aus dem Urteil geht hervor, daß Theissen in 20 Fällen wegen Verstoßes gegen den § 218b (Schwangerschaftsabbruch ohne vorhergehende Beratung) und § 219 (Abbruch ohne Indikationsstellung durch einen anderen Arzt) verurteilt wurde, obwohl diese Fälle bereits verjährt waren. Das Strafmaß beläuft sich auf zweieinhalb Jahre Haft und drei Jahre Berufsverbot als Frauenarzt.

Das Oberlandesgericht München hat das Berufsverbot gegen Dr. Theissen aufgehoben. Bis zur Rechtskraft des Urteils darf Dr. Theissen als Frauenarzt weiter praktizieren. Er sah sich allerdings mittlerweile gezwungen, Bayern zu verlassen, da die Regierung von Schwaben als zuständige Behörde ein Verfahren mit dem Ziel eingeleitet hat, ihm die Approbation als Arzt zu entziehen.

Die Anwälte haben aus diesen und vielen anderen Gründen Revision ein-

gelegt. Im Laufe des Frühjahrs wird mit der zweitinstanzlichen Aufnahme des Verfahrens gerechnet.

In der politischen Auseinandersetzung sehen die Anwälte zwei wesentliche Punkte als hilfreich an, die ohne große Gesetzesänderungen bereits auf der Ebene des Strafprozeßrechts geändert werden können und sollten:

1. Frauen dürfen in solchen Prozessen nicht gezwungen werden, Zeuginnen zu sein.
2. Die Patientenkartei muß tabu sein. Es muß grundsätzlich ein Beschlagnahm- und Durchsuchungsverbot für Patientenkarteen durchgesetzt werden.

Die Durchsetzung dieser beiden Forderungen würde die Chancen, den Prozeß zu gewinnen, erheblich vergrößern und den Einschüchterungseffekt, der schon jetzt von ihm ausgeht, zunichtemachen.

Vorhaben

Aus der Anhörung lassen sich eine ganze Reihe von Aufgaben festhalten: Notwendig ist die verstärkte Auseinandersetzung mit Positionen der Kirchen und die Zurückweisung der Einmischung der Kirchen in das öffentliche Leben. Die katholische Kirche plant, am 28.12.89, dem „Tag der unschuldigen Kindlein“, bundesweit gegen den „Mord am Ungeborenen“ die Glocken läuten zu lassen.

Die bayerische Staatsregierung hat Mitte November 89 die Staatskanzlei beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Regensburger Prof. Udo Steiner eine endgültige Klagschrift gegen die Fi-

nanzierung der Abtreibung auf Krankenschein und gegen das Beratungs- und Indikationsfeststellungsverfahren für den Schwangerschaftsabbruch beim Bundesverfassungsgericht vorzulegen. Steiner ist Dekan in Regensburg und Professor für öffentliches Recht, besonders für deutsches und bayerisches Verfassungsrecht. Zwar hat die Bundesregierung aufgrund von Meinungsverschiedenheiten insbesondere zwischen FDP und CSU keine Einigung über das geplante Beratungsgesetz herstellen können; die bayerische Staatsregierung geht aber davon aus, daß ihre Klage Erfolg haben kann.

Es ist eine gefährliche Fehleinschätzung, wie sie mehrmals bei der Anhörung geäußert wurde, die übergroße Mehrheit der Menschen in der BRD und insbesondere der Frauen sei gegen den § 218. Eine ideologische Auseinandersetzung mit den Lebensschützern sei deshalb nicht erforderlich. Dabei findet doch gerade augenblicklich allerorten auch in der Frauenbewegung, und in der Medizin, eine umfassende Diskussion darüber statt, was eigentlich „Leben“ bedeutet (etwa in der Debatte um den Embryonenschutz oder um die Genetik). Nächstes Ziel in der Auseinandersetzung um Memminger ist: Der Prozeß gegen Dr. Theissen muß gewonnen werden. Die Normenkontrollklage der bayerischen Staatsregierung vor dem Bundesverfassungsgericht darf keinen Erfolg haben. Dahingehend müssen die ideologischen und die konkreten Auseinandersetzungen geführt werden.

elf (BWK)



Demonstration in Memmingen

Vor der 4. Auflage des Schmücker-Verfahrens

Geheimdienst-Manipulationen ohne Ende?

Interview mit Bernd Häusler, Verteidiger im Schmücker-Prozeß

Das längste Strafverfahren in der Bundesrepublik, der Schmücker-Prozeß, steht im Frühjahr vor seiner 4. Auflage. Dreimal führte ein durch behördlich unterstützte und gerichtlich geduldete Geheimdienst-Manipulationen bestimmter und gesteuerter Prozeßverlauf zu Verurteilungen, dreimal mußten diese Urteile durch den Bundesgerichtshof aufgehoben werden. Die Verwicklung des Westberliner Landesamtes für Verfassungsschutz wurden schließlich im Laufe der 15 Jahre Schmücker-Prozeß derart handfest, daß selbst der Bundesgerichtshof die Notwendigkeit der

Aufklärung dieser Verwicklungen als Revisionsgrund anerkennen mußte.

Aus Anlaß der bevorstehenden Eröffnung der 4. Auflage des Schmücker-Prozesses fanden in Nürnberg und Würzburg Veranstaltungen statt, auf denen Bernd Häusler, Verteidiger im Schmücker-Prozeß und Autor des Buches „Der unendliche Kronzeuge“, über diesen Prozeß informierte. Das folgende Interview entstand im Anschluß an diese Veranstaltungen.

haj (Volksfront)

Die ersten drei Verfahren des Schmücker-Prozesses haben jetzt 15 Jahre gedauert. Damit umfaßt dieses Verfahren bisher einen bedeutenden Zeitabschnitt der BRD-Entwicklung. Welche Eindrücke hat man als Verteidiger in einem solchen Strafprozeß von der Entwicklung der Strafprozeßordnung?

Bernd Häusler: Das ist eine Frage, die ich jetzt gar nicht vollständig beantworten kann. Die erste einschneidende Veränderung der Strafprozeßordnung erfolgte Ende 74, dem Jahr der Tat. Nicht wegen dieser Tat. Es waren auch andere Sachen noch vorangegangen. Aber da war die erste einschneidende Veränderung: Verbot der Mehrfach-Verteidigung z.B. Und von diesem Zeitpunkt an hat es fast jährlich Veränderungen in der Strafprozeßordnung gegeben, Kontaktsperregezet, Trennscheibe — nur einmal, um ein paar Veränderungen schlaglichtartig zu benennen. Es hat auch viele kleinere Veränderungen gegeben, die nicht so in der Öffentlichkeit bekannt wurden. Z.B. die Einschränkung, präsenzte Zeugen zu stellen. Früher konnten die Verteidiger selber Zeugen laden, und das Gericht mußte sie hören. Heute kann die Verteidigung selber Zeugen laden, aber das Gericht muß sie nicht hören, kann sie vor der Tür stehen lassen, wie das hier in diesem Prozeß der Fall gewesen ist. Die Verteidigung lud einen Zeugen, als ihr bekannt wurde, daß dieser gelogen hatte bei seiner Vernehmung. Die Verteidigung hatte auch Beweismittel dafür, daß er gelogen hatte. Er stand also draußen vor dem Gerichtssaal, das Gericht hat ihn nicht hereingelassen, wollte nicht zur Kenntnis nehmen, daß er gelogen hat. Da hat sich eine völlig kleine Veränderung der Strafprozeßordnung, die auch in der Öffentlichkeit so gut wie unbemerkt blieb, ganz drastisch ausgewirkt.

Die vielen Veränderungen, die die Strafprozeßordnung mitmachte in der Zeit, haben nun einen vorläufigen Abschluß gefunden in der Kronzeugenregelung.

In der Veranstaltung hattest Du daraufhin gewiesen, daß diese Regelung z.B. den Rechtsgrundsätzen des Allgemeinen

Preußischen Landrechts von 1795 nicht standhält. Wie ist das zu verstehen?

Bernd Häusler: Im Allgemeinen Preußischen Landrecht war eine Beweisregel enthalten, die bestimmte, daß allein auf eine Selbstbeschuldigung hin eine Verurteilung nicht erfolgen darf. Ein Kronzeuge macht ja immer auch eine Selbstbeschuldigung. Das ist ja gerade der Kern des Kronzeugen, daß er sagt: Ich war dabei, ich habe es mit getan, ich war an der Tat beteiligt, und ich packe jetzt aus.

Das Allgemeine Preußische Landrecht sagte: Es reicht nicht aus, wenn einer sich selbst beschuldigt, es müssen weitere Beweisanzeichen hinzukommen. Auch in den meisten US-Staaten, die eine gesetzliche Kronzeugenregelung haben, ist es auch so, daß ausdrücklich gefordert wird, neben der Beschuldigung des Kronzeugen müssen objektifizierbare Beweisanzeichen gegeben sein. Dieser Riegel im Allgemeinen Preußischen Landrecht oder in den in anderen Ländern geltenden Gesetzen ist in der Bundesrepublik fallengelassen worden, und das macht diese Regelung auch so verdächtig.

Das Schmücker-Verfahren begann, als diese Regelung noch kein Teil der Strafprozeßordnung war. Wurde sie in diesem Verfahren schon vorweggenommen?

Bernd Häusler: Die Diskussion um die Kronzeugen-Regelung ist ja alt. Sie begann schon Anfang der 70er Jahre. In den Diskussionen damals, ob man eine Kronzeugenregelung macht oder nicht, ist auch immer darüber gesprochen worden, daß man sie schon damals praktiziert hat. Im Schmücker-Verfahren gibt es sehr starke Anzeichen dafür, daß man mit Jürgen Bodeux eine solche Kronzeugen-Absprache getroffen hat: nämlich für einen Mord eine nur wenige Jahre umfassende Freiheitsstrafe, danach eine neue Identität als Zusagen des Staates für eine entsprechende Aussage, die zu einer Verurteilung führte.

Angenommen, diese Absprache wäre beweisbar und müßte vom Gericht zur Kenntnis genommen werden. Was hätte

das für Auswirkungen auf den Prozeß?

Bernd Häusler: Das ist schwer einzuschätzen, weil nach unserem geltenden Prozeßrecht natürlich auch eine rechtswidrige Absprache nicht dem entgegensteht, daß der Kronzeuge trotzdem die Wahrheit sagt. Da es an Beweisregeln in unserem Strafrecht fehlt, kann ich auch die freie Überzeugung gewinnen: Da ist zwar letztlich hier und dort gelogen worden, es sind rechtswidrige Absprachen getroffen worden. Aber im Kerngehalt sagt dieser Kronzeuge doch die Wahrheit. Weil die Rechtslage so ist, ist es natürlich schwer zu beurteilen, welche Folgen es hat, wenn jetzt der Nachweis einer solchen Absprache erbracht würde.

Ich denke: wenn man noch einen Kern von Anstand hat, könnte man — wenn jetzt so etwas bekannt würde — einem solchen Zeugen nicht mehr trauen. Da kommt auch noch so ein rechts-hygienischer Aspekt dazu, der von unseren Richtern überhaupt nicht gesehen wird. Das spielt in den angelsächsischen Ländern eine Rolle. Da sind die Beweis- und Verwertungsverbote viel schärfer. Es gibt im Angelsächsischen die Theorie „poisoned fruits of a poisoned tree“ — die vergifteten Früchte eines vergifteten Baums: Ist überhaupt irgendwann mal ein Beweismittel mit unerlaubten Methoden gewonnen worden, sind alle sich daraus ergebenden Beweishandlungen, selbst wenn sie für sich genommen rechtmäßig wären, „vergiftet“. Ist der Zeuge — wie hier im Falle Bodeux — mit falschen Versprechungen zu ersten Aussagen bewegt worden, ist seine Aussage — auch seine spätere Aussage —, mag sie noch so richtig sein und rechtmäßig zustande gekommen sein, einfach verboten. Das gibt es jedoch bei uns nicht.

Man sagt immer, man muß sehen, wie weit die Täuschungssituation später noch anhält. Und wenn sie nicht mehr andauert, ist es verwertbar. Daß die Angelsachsen z.B. viel weiter gehen, hat seine Bewandnis auch in so einem rechts-hygienischen Standpunkt. Man kann doch mit unserer Rechtspraxis keinem Ermittlungsbeamten mehr verdanken, wenn er sich sagt: „Ich täusche den erstmal, halte ihn an, daß er es mir

sagt, und dann werden sich schon Wege finden, das alles in rechtmäßige Bahnen zu leiten.“ Gerade um so ein Denken zu verhindern, sind die angelsächsischen Beweisregeln so rigoros. Und das ist etwas, was unserem Rechtsdenken so völlig fehlt.

Kann man sagen, daß eine Überprüfung, eine Objektivierung der Aussage des Kronzeugen Bodeux in den ersten drei Verfahren verhindert wurde? Wie wird dies jetzt im vierten Verfahren aussehen?

Bernd Häusler: Ab einem bestimmten Zeitpunkt ist das bei allen anderen Gerichten verhindert worden, ja. Das kann man wohl sagen. Das kann man auch belegen. Das betrifft z.B. die vor Gericht bestrittene neue Identität und anderes.

Das Gericht hat jetzt im vierten Durchgang ein anderes Problem, selbst wenn Bodeux aussagt und einen überzeugenden Eindruck macht. Nachdem nun bekannt wurde, Weingraber war V-Mann des Verfassungsschutzes, ist es Aufgabe des Gerichts, die Verwicklung des Landesamtes für Verfassungsschutz aufzuklären. Und wenn das Gericht diese Verpflichtung ernst nimmt, die dort vom Bundesgerichtshof aufgegeben wurde, dann dürfte eine Verurteilung nicht erfolgen, wenn Weingraber als Zeuge nicht zur Verfügung steht und wenn auch das Landesamt alle Möglichkeiten verhindert, seine eigene Beteiligung an diesen Vorgängen aufzuklären.

Man muß auch damit leben, daß in einem Prozeß — nicht nur in einem politischen —, in jedem Rechtsstreit ist es so, daß er eine eigene Dynamik entfalten kann. Das, was heute so ist, muß noch lange nicht morgen oder am Ende des Prozesses so sein. Das ist gerade eine Erfahrung aus den vorangegangenen drei Prozessen. Man konnte sehen, wie sich auch die Gerichtsvorsitzenden verändern.

Man könnte erwarten: nach 15 Jahren Prozeßdauer ist inzwischen Gras darüber gewachsen, keiner fragt mehr. Es ist aber das Gegenteil zu beobachten. Die Presse berichtet, und auch das Abgeordnetenhaus beschäftigt sich jetzt durch einen Untersuchungsausschuß damit. Wie ist das zu erklären?

Bernd Häusler: Ich denke, daß sich im Zusammenhang mit dem dritten Urteil 1986 Ereignisse zugetragen haben, die so skandalös waren, daß auch eine bürgerlich-liberale Öffentlichkeit daran nicht vorbeigehen konnte. Nach 5 Jahren und zwei Monaten beriet die Strafkammer ein Urteil in 20 Minuten. Überraschend und ohne Vorankündigung wurde den Angeklagten das Schlußwort erteilt. Das Gericht verurteilte nach einem mehr oder weniger nicht aufgeklärten Sachverhalt, und sechs Wochen später entschied der Bundesgerichtshof konträr dazu, daß das Landesamt für Verfassungsschutz zu unrecht die angeforderten Akten der Strafkammer vorenthalten hatte. Das entwertete einfach das Urteil, und von diesem Zeitpunkt an setzte auch eine größere Öffentlichkeit ein, beobachtete diesen Prozeß in den Medien intensiver.

Dann kam hinzu, daß wohl offensichtlich das Landesamt selbst in die Offensive gehen wollte und Erkenntnisse durchsickern ließ, deren Wahrheitsgehalt ich in Zweifel ziehen möchte. Da war dann plötzlich die Rede davon, daß man die Tatwaffe ja habe. Vielleicht wollte man damit suggerieren: „Na ja, vielleicht war das nicht schön mit dieser Verurteilung, aber es hat ja nicht die Falschen getroffen.“

Diese Vorgehensweise hat sich dann aber wiederum gegen das Landesamt gewandt, da es bedarf wohl mehr als

nur einer kargen Erklärung, warum ein so wichtiges Beweismittel wie die Tatwaffe von Anfang an den Ermittlungsbehörden entzogen wurde und nun nach 15 Jahren eine Aufklärung anhand dieser Tatwaffe nicht mehr möglich ist.

Es gibt einen Untersuchungsausschuß im Abgeordnetenhaus. Welche Bedeutung hat dieser für die Verteidigung?

Bernd Häusler: Die Verteidigung ist an dem Untersuchungsausschuß nicht beteiligt. Die Mitglieder des Ausschusses sind jeweils von den Fraktionen gestellt. Theoretisch wäre eine Anhörung der Verteidiger im Ausschuß möglich, aber dem steht natürlich in gewisser Weise entgegen, daß wir als Verteidiger eine Verschwiegenheitspflicht haben, die natürlich auch so ein Untersuchungsausschuß nicht aufbrechen kann, sonst könnte man ja immer einfach einen Untersuchungsausschuß machen, um an das Verteidigergeheimnis heranzukommen.

Da liegt aber auch eine ganz andere Problematik. Dieser Untersuchungsausschuß soll nämlich untersuchen, ob es Fehlentwicklungen im Landesamt für Verfassungsschutz gegeben hat im Zusammenhang mit diesem Verfahren. Und nun war überall zu lesen, daß die Verteidiger in diesem Verfahren abgehört worden sind und daß auch ein V-Mann in die Praxis eines Verteidigers lanciert worden war.

Da sind wir natürlich gefordert. Obwohl wir einerseits Aufklärung wollen, müssen wir andererseits darauf bestehen, daß die Aufklärung nicht darin besteht, daß unser Mandatsgeheimnis nun ausgebreitet wird. Wir sind da in einer äußersten Zwickmühle. Nicht so sehr rechtlich, weil ganz klar ist: vom Gesetz her sind wir verpflichtet, zum Schutz unserer Mandanten und auch aus grundsätzlichen Erwägungen zu sagen: „Ihr dürft nur Beweis erheben im Ausschuß darüber, ob wir ausgespäht sind, aber Ihr dürft nicht Beweis darüber erheben, was ausgespäht worden ist.“ Damit stehen wir natürlich ein bißchen — scheinbar — im Widerspruch zu unserer sonstigen Forderung: Es muß alles auf den Tisch.

Die Zwickmühle besteht für uns in der Vermittlung in der Öffentlichkeit, daß das im Grunde kein Widerspruch ist. Weil anders ein ganz zentraler Punkt in einem demokratischen Rechtsstaat, nämlich die Verschwiegenheit, die Vertraulichkeit mit dem Verteidiger, dadurch ausgehebelt würde.

Es gibt nun einen Vorbericht aus dem Innenamt, von dem z.B. in der Westberliner „Morgenpost“ zu lesen war, daß das Landesamt dadurch entlastet sei.

Bernd Häusler: Dieser Vorbericht ist von einer Kommission geschaffen worden, die man nicht verwechseln darf mit dem Ausschuß. Die Kommission bestand aus fünf Mitgliedern. Mitglied war der Justiziar des Verfassungsschutzes — mir scheint, man hat den Bock zum Gärtner gemacht. Die Kommissionsmitglieder sind auch nicht an alle Vorgänge herangekommen. So haben sie schön einen Bericht gefertigt. Und als der Bericht noch verschlossen im Safe des Innenministers lag, wurde dem Innenminister durch eine Indiskretion von anderer Seite bekannt, daß operative Maßnahmen von Seiten des Verfassungsschutzes gegen die Hauptangeklagte geführt werden. Der fiel aus allen Wolken. Da war diese Kommission nun extra eingerichtet, um Klarheit zu schaffen, was gespielt wird, und gerade diesen Punkt hat der Kommissionsbericht nicht erwähnt, nicht erwähnen können, weil z.B. auch dies der Kommission verheimlicht worden ist. Und an diesem Vorfall, denke ich, sieht man am deutlichsten, wie wertlos dieser Bericht ist. Man darf natürlich nicht unterschätzen, daß Funktion dieses Berichtes ist, den Verfassungsschutz reinzuwaschen, und weniger, aufzuklären.

Eine wesentliche Kritik der bisherigen drei Schmücker-Verfahren lautete: es gab aufgrund der Einmischungen der Geheimdienste und der diese Einmischungen akzeptierenden Gerichtspraxis keinen „fairen Prozeß“. Wie sind die Startbedingungen für die „vierte Auflage“?

Bernd Häusler: Es ist eine unveränderte Situation. Wir haben auf unserer Gutachten-Seite ein paar Punkte gemacht, es



Die Info-Veranstaltung „Geheimdienst-Prozeß — 4. Auflage“ mit dem Westberliner Verteidiger im Schmücker-Prozeß Bernd Häusler als Referent fand in Würzburg am 8. Dezember im Rahmen des Semesterprogramms der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) statt. Am Nachmittag wurde der ESG mitgeteilt, daß zwei Vertreter der Kriminalpolizei während der Veranstaltung zugegen sein würden. Auch das zwei Tage später im Autonomen Kulturzentrum Würzburg stattfindende Benefiz-Fest zugunsten Ilse Schwippers versuchte die Kriminalpolizei direkt zu kontrollieren. Teilnehmer verwehrten den Eintritt. Nach wiederholtem Versuch zog sich die Kripo schließlich zurück. — Foto: Jens Kunze



Krumme Lanke, 5. Juni 1974

Bernd Häusler
Der unendliche Kronzeuge
Szenen aus dem Schmücker-Prozeß

Verlag: TRANSIT, Westberlin

ist aber auch mit anderen Eingriffen zu rechnen, die unsere Situation wieder verschlechtern. Jetzt ist angekündigt, daß bisher zurückgehaltene Beweismittel auf den Tisch kommen. Man weiß natürlich nicht, was in den Paketen, die noch verschnürt sind, drin sein wird. Da sind Ungewißheiten drin. Man muß weiter berücksichtigen, daß über den Justitiar des Verfassungsschutzes versucht wurde, mit sehr massiven Mitteln auf einen Verteidiger Einfluß zu nehmen, die Hauptangeklagte zu einem Geständnis zu bewegen. Da zeigt sich ein ganz starkes Energiepotential von der Gegenseite, auf den Prozeß weiterhin manipulierend einzuwirken. Und zwar in einer völlig neuen Form, die für uns bisher völlig unbekannt war: daß mit „sexuellen Enthüllungen“ sogar gedroht wird.

Umgekehrt positiv zu verbuchen ist, daß die gesamte Öffentlichkeit mehr Anteil an diesem Prozeß nimmt. Aufgrund dieser stärkeren öffentlichen Teilnahme konnten auch schon wesentlich mehr Unregelmäßigkeiten ausgegraben werden, die den Anklagevorwurf erheblich in Zweifel stellen.

Was sind zentrale Punkte, nach denen die Verteidigung die Möglichkeiten der Prozeßführung beurteilt?

Bernd Häusler: Ich denke, der wesentlichste Punkt ist, daß erst einmal alle Akten lückenlos und vorbehaltlos auf den Tisch kommen. Das sind in erster Linie die Akten im Landesamt für Ver-

fassungsschutz, Jürgen Bodeux, Ulrich Schmücker und Götz Tilgner betreffend. Das ist angekündigt worden. Ob es wirklich eintritt, ist jedoch fraglich. Ein Mitverteidiger hat bereits Einblick bekommen in seine Akten über sich selbst, die ja diesen Vorfall mit betrafen — ich meine die Bespitzelung des Anwaltsbüros — und da waren die Akten auch nicht vollständig, da sind von 200 Seiten 60 Seiten zurückgehalten worden mit der Bemerkung, daß das Landesamt nicht nicht darüber Verfügungsbefugt sei. Das ist ein Indiz dafür, daß zu befürchten ist, daß auch jetzt wieder nicht

alle Sachen auf den Tisch kommen.

Das zeigt die Ungewißheiten. Wie das nun bewertet werden wird, ist ebenfalls ungewiß. Die Gegenseite wird natürlich versuchen, Sachen auf den Tisch zu bringen, die für die Mandanten nachteilig sein werden, und Dinge zurückhalten, die entlastend sind. Nun ist die Frage: Wird das so auch gewertet werden, daß man mit so einem manipulierten Vorwurf, für den man nur Teile hinlegt und nicht alles, auch ankommt? Wird das ausreichen für eine Verurteilung, oder wird sich das Gericht gegen so eine Manipulation diesmal wehren?

Spendenaufzuruf

Um in dem 15jährigen Schmücker-Prozeß Geheimdienstmachenschaften zu beweisen oder sich gegen die Prozeß-Manipulierung durch den Verfassungsschutz (Zurückhaltung von Beweismaterial und Zeugen u.a.) zu wehren, wurden zahlreiche Nebenprozesse nötig. Soweit diese von Ilse Schwipper vor den Verwaltungsgerichten angestrengt wurden, bekam sie als Untersuchungsgefängene und später als Sozialhilfeempfängerin zwar Prozeßkostenhilfe. Diese deckt jedoch nicht die Anwaltskosten der Gegenseite. Und die BRD und das Land Westberlin ließen sich Anwälte etwas kosten. Soweit diese Prozesse nicht mit einem rechtlichen Erfolg endeten, haben sich daraus inzwischen Zahlungsbescheide von mehreren Tausend DM ergeben, die jetzt nach und nach von Ilse Schwipper bezahlt werden müssen, wenn sie nicht Gefahr laufen will, nach dem Justizvollzug nun auch noch dem Gerichtsvollzieher ausgeliefert zu sein. Von Sozialhilfe dies zu zahlen, ist unmöglich. Deshalb rufen wir zu Spenden auf!

Unter Kennwort-Angabe bitte auf folgendes Konto einzahlen:
Käthe Lieder — Sonderkonto — 8759 Hösbach
PGiroA Ffm 1442 99 — 605 BLZ 500 100 60
Kennwort: „Ilse / VerwG-K“

So nicht und nie wieder!

In der gemeinsamen Beilage 2/89 vom 22. Juni schreibt „maf (BWK)“ in einem Beitrag „Probleme des Klassenkampfes — Antworten der Stalinisten“ auf S. 8 bzw. S. 9 folgendes:

„Jedenfalls war der Stalinismus eine reale politische Bewegung, in der sehr viele den Kampf gegen Faschismus und Imperialismus führten, während die trotzkistische Kritik an dieser Bewegung über das Stadium der Nörgelei eigentlich nirgendwann oder -wo hinausgekommen ist.“

„Die stalinistische Bewegung warf den Faschismus nieder und schuf bewußt wesentliche Voraussetzung für ihre Selbstaufhebung. Unterschiedlich zu ihren trotzkistischen Kritikern bewiesen die Stalinisten bei dem einen Mut und Selbstlosigkeit und bei dem anderen revolutionäre Zielsetzung.“

In aller Bescheidenheit betrachte ich diese Sätze als eine Ehrabschneidung, die wie durch ein Brennglas alle Schwäche, alle Überheblichkeit, alle Unfähigkeit zu Solidarität und daher auch zu politischem Verstand in unserem kleinen linken Flohmarkt auf einen Punkt konzentriert. Was nützt es angesichts solcher Sätze, die Menschen zu nennen, die wegen ihrer „Nörgelei“ von den stalinistischen Trägern des guten Namens „Kommunismus“ umgebracht worden sind. Ich rufe die Erinnerung an einige der vielen Opfer des Faschismus wach.

— Pantelis Pouliopoulos, der „Das Kapital“ ins Griechische übersetzte, Delegierter der griechischen KP auf dem V. Kominternkongreß, Sekretär der griechischen KP 1925, 1927 wegen „Trotzkismus“ aus der KP ausgeschlossen, 1939 von den italienischen Faschisten verhaftet, von faschistischen Offizieren 1943 erschossen, nachdem er zuvor die Soldaten des Erschießungskommandos durch Agitation zur Befehlsverweigerung gebracht hatte.

— Paul Widelin, der 1939 der linken Opposition beitrug, Herausgeber der Zeitung „Arbeiter und Soldat“ zur Verbrüderung mit den deutschen Soldaten und zur Zersetzung der Nazi-Reichswehr in Frankreich, von der Gestapo erschossen.

— Jean Meichler, Herausgeber des deutschsprachigen trotzkistischen Emigrationsorgans „Unser Wort“, deswegen im besetzten Frankreich als Geisel verhaftet und hingerichtet.

— Léon Lesoil, Gründungsmitglied der belgischen KP, ab 1923 Mitglied ihres Zentralkomitees, Gründungsmitglied der belgischen trotzkistischen Organisation, führend am Bergarbeiterstreik 1932 in Charleroi beteiligt, 1941 von den Nazis verhaftet, tot im KZ Neuengamme 1942.

— Abraham Léon, Autor von „Die materialistische Konzeption der Judenfrage“, Mitglied der belgischen trotzkistischen Organisation und des europäischen Sekretariats der Vierten Internationale, im Juni 1944 verhaftet, starb im September 1944 im KZ Auschwitz.

— Marcel Hic, 1933 der Vierten Internationale in Frankreich beigetreten, Herausgeber des Organs ihrer französischen Sektion „La Vérité“ seit August 1940, Mitglied des europäischen Sekretariats, 1943 verhaftet, starb im KZ Dora.

— Nicola di Bartolomeo, italienischer kommunistischer Arbeiter, während des Faschismus nach Frankreich exiliert, Trotzkist, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, zurück in Frankreich den italienischen Faschisten ausgeliefert, von ihnen in ein Lager gesteckt, bei Kriegsende befreit, so geschwächt, daß er 1946 im Alter von 44 Jahren stirbt.

Das sind nur einige wenige der vielen Mitglieder der trotzkistischen Linksoption und der Vierten Internationale, die der faschistischen und nazistischen Repression zum Opfer fielen, die das „Glück“ hatten, daß Stalins Schergen nicht denen Hitlers und Mussolinis zuvorkamen.

Es handelt sich nicht um eine abstrakte, angemaßte Vergangenheit, in deren Namen ich das Gedächtnis dieser Menschen verteidige. Die politische, organisatorische und persönliche Kontinuität bis zur Gegenwart ist zu offensichtlich. Mit Georg Jungclas, dem führenden Mitglied der deutschen Linksoption und dann der deutschen Sektion der Vierten Internationale seit ihren Anfängen, waren viele der ehemaligen GIM-Mitglieder und heutigen Mitglieder der VSP und der Vierten Internationale bis zu seinem Tod jahrelang in der gleichen Organisation. Zu ihnen gehört seine Witwe Leni Jungclas, die heute in den Reihen der VSP und der Vierten Internationale kämpft. Schorsch Jungclas war als Widerstandskämpfer von den Nazis verhaftet und ins Zuchthaus gesteckt worden. Auf den Papieren, die die Nazis ihm ausstellten, stand, er solle — nicht als antistalinistischer Nörgler — sondern als „unverbesserlicher Kommunist“ beim geringsten Fluchtversuch erschossen werden. Unser Genosse Ernest Mandel, führendes und wohl bekanntestes Mitglied der Vierten Internationale, war ebenfalls in einem NaziKZ.

Nun könnten Neunmalklugen kommen und sagen, es seien die meisten Kommunistinnen und Kommunisten, die von den Nazis ermordet oder im spanischen Bürgerkrieg gefallen oder von Mussolinis Schwarzhemden umgebracht wur-

den, eben nicht trotzkistisch, sondern der stalinistischen Führung ergeben gewesen. Die „Trotzkisten“ sollen das endlich zugeben. Sie wissen und sagen es aber wie alle, und nicht das ist es, was die kommunistische Überlieferung verschüttet hat, sondern den Blutzoll der scheinbar so unterlegenen oppositionellen Kommunistinnen und Kommunisten. Deshalb sind Bemerkungen wie die von „maf“ unerträglich. Sie „zitieren“ sozusagen die staatsamtliche stalinistische Verleumdung von den Kritikerinnen und Kritikern, die mit ihrer „Nörgelei“ nur das Spiel des Klassenfeinds spielen, womit ihre Liquidierung gerechtfertigt wurde.

(maf) hat, das ist wahr, und ich finde, er sollte dies auch schreiben, in einer Diskussion auf meine Frage hin gesagt, es liege ihm fern, das Gedächtnis der von mir genannten Opfer des Faschismus zu mißachten. Allerdings, so meine er, würden sich vielleicht heute einige dieser Menschen nachdenklich am Kopf kratzen und überlegen, ob es nicht ein Fehler gewesen sei, der bürgerlichen Propaganda nachgegeben zu haben.

In Wirklichkeit ist es so gewesen, daß die linke Opposition und die Vierte Internationale deshalb so klein, so ohnmächtig blieben in dieser schwarzen Zeit, weil sie zusammen mit ihrer radi-

kalen Stalinismus-Kritik richtigerweise und gegen den Strom an der Verteidigung der Sowjetunion gegen Imperialismus und Restauration immer festhielten. Und — bis 1933 — an der kommunistischen Internationale als ihrer Organisation, obwohl sie mit deren Führung und Politik nicht einverstanden waren und daran gehindert wurden, diese Kritik in den Reihen dieser Internationale und ihrer Sektionen zu äußern, obwohl sie verfolgt wurden. Die vergleichsweise vielen Linken, die zwischen Sozialdemokratie und stalinistisch geführter kommunistischer Bewegung standen, wurden dadurch abgestoßen, ebenso viele Linke, denen zwar gute Ideale vorschwebten, die aber die schwierige Wahrheit nicht verstanden, die auch heute eine vom SWAPO-Apparat unter der Anschuldigung der Spionage gefolterte Genossin in einem Interview sagen läßt, daß sie weiter in den Reihen der SWAPO kämpft. Das sollten diejenigen bedenken, die sich immer noch über die geringe Zahl der Anhängerinnen und Anhänger des Trotzkismus damals mokieren, ohne es sich nehmen zu lassen, die Frage aufzuwerfen, ob dieser Trotzkismus nicht zu sehr der bürgerlichen Propaganda nachgegeben habe.

Es tut weh, macht bitter, ermüdet, daß noch heute revolutionäre Sozialistinnen und Sozialisten glauben, einen

Rest an Rechtfertigung der stalinistischen Greuel, des stalinistischen Abfalls vom Marxismus, von der sozialistischen Weltrevolution, der stalinistischen Diskreditierung des Sozialismus leisten zu müssen. Der Zusammenbruch dieser Kartenhäuser zeugt dann in der Regel den Abfall vom Marxismus, von den revolutionär-sozialistischen Überzeugungen überhaupt. Bevor die Rote Armee die Nazi-Armee geschlagen hatte, kam Hitler in Deutschland an die Macht, ohne daß auch nur ein Gewehrschuß viel. Wäre die kommunistische Bewegung den politischen „Nörgeleien“ der kommunistischen linken Opposition gefolgt — Einheitsfrontpolitik statt „Sozialfaschismustheorie“, Begreifen der Gefahr statt „nach Hitler kommen wir“, wäre die braune Bestie nicht so leicht an die Macht gekommen, vielleicht gar nicht.

Über die politischen Einschätzungen und Vorschläge kann gestritten werden, erst recht über die Lehren aus der Vergangenheit. Der Anspruch, für die Einheit der revolutionären Linken zu stehen, aber kann nicht glaubwürdig sein, wenn Strömungen der revolutionären Linken in der Weise mißachtet und ausgegrenzt werden, wie es mir aus den eingangs zitierten Sätzen deutlich zu werden schien.

Manuel Kellner (VSP)



Belgische Partisanenverbände 1944. Viele fielen im Kampf gegen den Faschismus

Stalin — ein Kind des Leninismus

Diskussionsbeitrag zu Fragen des Stalinismus

In seinem Aufsatz „Probleme des Klassenkampfes — Antworten der Stalinisten“ bezieht sich der Autor einleitend auf die Konfrontation zwischen der Sowjetunion und dem deutschen Imperialismus. Das ist insofern richtig, als es diese Gegnerschaft gab, taugt aber in der Diskussion darüber, was stalinistische Politik ausmacht und welche Bestimmungen sie enthält, überhaupt nichts. Aus der historischen Tatsache des Sieges der Roten Armee über die faschistischen Heere und die damit einhergehende Eindämmung imperialer Machtentfaltung des deutschen Imperialismus läßt sich eben gerade nicht herleiten, welche Sache da gesiegt hat und ob überhaupt. Aber darüber soll ja gerade diskutiert werden. Es würde dem Autor ja auch sicher nicht einfallen, aus der bloßen Tatsache des militärischen Mitsiegens der USA im Rahmen der Antihitlerkoalition einen antiimperialistischen Charakter dieser Weltmacht ableiten zu wollen. In bezug auf die USA sticht die Haltlosigkeit dieser Argumentationsweise sofort ins Auge, bezuglich der Sowjetunion zieht sie ihre Plausibilität nur dar aus, daß schon unterstellt ist, daß die Politik der KPdSU in den 20er und 30er Jahren die einzig denkbare und richtige *kommunistische* Politik war und sein konnte. Aber gerade da über muß eine Diskussion handeln, wenn eine Auseinandersetzung mit der Politik der KPdSU unter Leitung Stalins überhaupt Sinn machen soll.

Es nützt auch nichts, unter Hinweis auf die revanchistische Politik des bundesdeutschen Imperialismus und seine Annexionsziele im Osten davon zu sprechen, daß diesem „zur Legitimation dieser Politik (...) die Kritik des Stalinismus unerlässlich“ sei. Kritik unterstellt Wissenschaft — dies sollte man mit den aus der imperialistischen Feindschaft wachsenden Ideologiegebäuden, die zur Erklärung einer Sache nie etwas taugen, zur Verfolgung bürgerlicher Zwecke aber sehr viel, nicht verwechseln. Wie auch immer, ob gewollt oder ungewollt: Das In-die-Nähe-Rücken der Kritik stalinistischer Politik zu den imperialistischen Absichten, die mit der Totalitarismustheorie verfolgt werden, ist zutiefst antikritisch. Es erinnert darüber hinaus an die antikommunistische Art, wie jede Kritik an der politischen Theorie und Praxis der KPdSU innerhalb wie außerhalb ihrer selbst — dabei kommt es nicht darauf an, ob die Kritik richtig oder falsch war — mit dem *Verdacht* objektiver oder, was noch schlimmer war, subjektiv gewußter Hilfestellung für den Imperialismus oder Faschismus verunglimpft wurde, ohne auch nur ein Argument der Kritiker widerlegt zu haben (was nicht heißen soll, daß sie recht hatten). Nicht wenigen Mitgliedern der KPdSU hat dieser Diskussionsstil das Leben gekostet.

Unter den Zwischenüberschriften „Entwicklung durch Zentralismus“, „Bündnis von Arbeitern und Bauern“, „Räte und Partei“ sowie „Stalinismus und Staatsterror“ setzt sich der Genosse maf mit den wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sowjetunion zu Stalins Zeit auseinander. Dabei fällt auf, daß der Autor unterstellt, mit dem Sieg der Oktoberrevolution und dem Beginn der Kollektivierung der Landwirtschaft und der Industrialisierung, also mit Beendigung der NÖP, wäre in der Sowjetunion eine sozialistische Planwirtschaft, d.h. eine nach rationalen Gesichtspunkten in Gang gesetzte Produktion von *Gebrauchswerten*, gestützt auf die Freiheiten, die die proletarische Revolution den Kommunisten verliehen hatte, in die Welt gebracht worden. Dies war mitnichten so. Stalin nutzte zwar die Freiheit der revolutionären Gewalt, die sich alle gesellschaftlichen Verhältnisse verfügbar gemacht hatte, um die NÖP zu beenden, die Geschäftemacher und Spekulanten und Kulaken zu enteignen, ohne jedoch die Absicht zu verfolgen, an die Stelle der NÖP einen schlüssigen Bedarfsplan zu setzen, mit diesem die optimale Teilung und Verteilung der notwendigen Arbeit zu errechnen, um darüber eine gesamtgesellschaftliche Kooperation ins Werk zu setzen. Der Aufbauplan, den das Kommando der Partei in Gang setzte, beruhte nur ganz

im allgemeinen auf der Vorstellung, daß große landwirtschaftliche Güter produktiver sein müßten als viele kleine Höfe; und daß ein fortschrittliches Land als erstes eine Industrie zur Produktion von Industrieeinrichtungen brauche. Die oberste Planungsbehörde „Gosplan“ hatte mit verfügbaren Finanzmitteln zu rechnen, versuchte sich in einer Globalsteuerung per Anweisung von Finanzmitteln an die Betriebe und per Preisgestaltung und lud damit den einzelnen (Groß-)Betrieben die Aufgabe auf, mit den verfügbar gemachten Geldern ein Gewerbe aufzuziehen, in dem dann die Technik und Bedienungsmannschaften, Rohstoffnachschub und Betriebsmittel sachlich zusammenstimmen mußten. Daß die Betriebe einander zu arbeiten sollten und für den Unterhalt der Arbeiter auch das *Nötige* bereitstand, war zwar im Prinzip auch vorgeschrieben und geplant, in der tatsächlichen Durchführung aber Sache der betrieblichen „Eigeninitiative“ und der Einteilung und Verwendung ihrer zugewiesenen oder aus dem Güterverkauf zu erlösenden Gelder. Dabei stand die Geldverwendung vor allem unter dem Diktat einer „wirtschaftlichen Rechnungsführung“, also der Vorschrift, aus der Produktion und dem Verkauf zu den staatlich administrierten Preisen einen laufenden Überschuß an abzuliefernden Finanzmitteln herauszuwirtschaften. Es wurde erstmals in großem Stil der Widerspruch wahrgemacht, *mit Geld zu planen*; gerade so, als wäre ein zugewiesener Fonds an schönen neuen „roten“ Rubeln schon dasselbe wie die Produktionsmittel, die ein Betrieb sich damit beschaffen sollte; als wären Produktionsmittel und Arbeitskräfte schon dasselbe wie Verkaufserlöse, aus denen sich betriebliche wie staatliche Fonds wie von selbst erneuern und ausweiten müßten; und als müßte sich der von Gosplan projektierte und staatlich befohlene arbeitsteilige Gesamtzusammenhang der gesellschaftlichen Produktion über Geldgrößen und den Zwang zur Gewinnerwirtschaftung ganz automatisch herstellen.

Das tatsächliche Ergebnis war eine gigantische Aufbauleistung, die durch die „Planung“ mit Finanzmassen statt mit den richtigen Gebrauchswerten an sämtlichen Nahtstellen zwischen den Betrieben und Branchen durch Mangel behindert wurde und nur deswegen zustande kam, weil es *einen* kostenmäßig höchst flexiblen Produktionsfaktor gab, über den die vorgeschriebene „Rechnungsführung“ trotz allem immer wieder dazu gebracht werden konnte, aufzuziehen: die Arbeitskraft und ihre Entlohnung. Die reinsten Nutznießer des Aufbauwerkes wurden zuerst einmal zu dessen Lückenbüßern, und das keineswegs freiwillig. Ein System von Prämien und Strafen — bis hin zu unbezahlter Zwangsarbeit — machte den sozialistischen Betrieben Arbeit in der Form verfügbar, wie sie es zur Erfüllung der vorgegebenen Finanz- und Produktionspläne brauchten: als *Kompensationsmittel* für fehlende Produktionsmittel einerseits, als flexible Restgröße in der „ökonomischen“ Kalkulation andererseits. Die Opfer und Taten dieser realsozialistischen „Planung“ als Dünger für die irgendwann einmal lichte Zukunft — eine ziemlich antikommunistische Sache.

Es gehört zum eisernen Vorrat an antikommunistischen Beweisführungen, die Härten des von Stalin herbeikommandierten Wirtschaftsaufbaus als notwendige Folgen eines typisch planwirtschaftlichen „Voluntarismus“ zu geißeln; wohlwollender volkswirtschaftlicher Sachverstand pflegt anschließend das Kompliment nachzureichen, immerhin hätte Rußland so dann doch die „ursprüngliche Akkumulation“ mit ihren unumgänglichen Entbehrungen nachgeholt (die linke Variante dieses Zynismus ist, den stalinistischen Weg als einzig denkbare Form des Sozialismus in einem Land wie die Sowjetunion zu apostrophieren). Beides ist ein Hohn. Die Brutalitäten der Stalinschen Kommandowirtschaft gehen restlos darauf zurück, daß die „Sprache“ des Kommandos *das Geld* war. *Damit* wurde an sämtlichen materiellen technischen Erfordernissen einer schlüssigen Arbeitsteilung entschlossen und unver-

rückbar *vorbei* „geplant“; *damit* war die Arbeitskraft von vorneherein als diejenige Größe festgelegt, auf deren Kosten diese „Planung“ dann doch irgendwie im Sinne der Gewinnvorschriften aufging; *damit* wurde konsequenterweise das Maß an Terrorisierung der Arbeitskräfte nötig, das die heuchlerischen Freunde einer kapitalistischen Ausbeutung Stalin so freudig erregt vorwerfen. Der Musterfall antikommunistischer Hetze wg. Stalin, die Kollektivierung der Landwirtschaft unter dem Druck der Sowjetmacht, offenbart genau diesen „marktwirtschaftlichen“ Geburtsfehler des sowjetischen Sozialismus sehr deutlich: Es wurde gerade keine Integration der Bauern in eine technisch und güterwirtschaftlich durchgeplante neue Arbeitsteilung — im ganzen wie vor Ort — organisiert; *statt dessen* herrschte das „Vertrauen“, die Konzentration der paar für die Landwirtschaft flüssig gemachten Finanzmittel auf die sozialistischen Großgüter würde dort schon ihr Werk tun. Natürlich geschah das nicht; ein extremes Gegenteil zu einem technisch zweckmäßigen Aufbau agrarischer Großproduktion war kaum herzukriegen, da halfen auch die staatlichen Traktorenstationen nur bedingt weiter. So blieb die rein *negative* Seite des sozialistischen Aufbaus, die Enteignung als einziger „Hebel“ übrig — und unwirksam, weil Erpressung mit Not eine denkbar schlechte Produktivkraft ist.

Wenn also etwas an dem von Stalin befohlenen sozialistischen Aufbau den Vorwurf des „Voluntarismus“ verdient, dann ganz sicher nicht der Entschluß als solcher, eine Industrie und eine quasi-industrielle Landwirtschaft „aus dem Boden zu stampfen“; erst recht nicht die darin eingeschlossene Entscheidung, dafür nicht auf ausländische Kredithilfe zu warten; und auch nicht der Standpunkt „Kommunisten ist *alles* möglich!“, mit dem damals ganze Mannschaften von agitierten Arbeitern begeistert in die „Aufbauschlacht“ gezogen sind — das war allemal noch ein Echo des revolutionären Sieges über die „Sachzwänge“, welchen Geld und Geschäft die produktive Arbeit unterwerfen. „Voluntaristisch“ im schlechtesten Sinne war Stalins stillschweigende Voraussetzung — an der seine Partei nie gezweifelt hat —, das obrigkeitliche Herumwirtschaften mit Finanzmassen nach Kenngrößen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wäre der angemessene Weg, einen in sich zusammenhängenden Aufbau der Produktion herbeizuzaubern.

Die KPdSU hat ihren sozialistischen Staat nie anders aufbauen können als unter Kriegsbedingungen, die mit enormen Rüstungsanstrengungen zu beantworten waren, und sie hatten Hitler zu widerstehen. Das ist eine Sache. Eine ganz andere Sache ist, daß sie beim Aufbau des Sozialismus ausgerechnet auf den *Tauschwert* und seine „Gesetze“ als *unfehlbaren Wegbereiter einer Gebrauchswertproduktion* gesetzt haben. Und dies eben gerade nicht als ein aus der Not geborener Umweg — wie auch? —, sondern aus allgemein philosophischen Abwägungen zu dem Problem, ob sozialistisches Wirtschaften überhaupt und grundsätzlich als Vollzug vorgegebener objektiver Gesetzmäßigkeiten aufzufassen sei. Zu dieser geschichtsteleologischen Sichtweise hat Stalin uferlos ja gesagt, und seine Begründungen sind danach: „Die Gesetze der politischen Ökonomie im Sozialismus sind somit objektive Gesetze, die die Gesetzmäßigkeit der sich unabhängig von unserem Willen vollziehenden Prozesse des ökonomischen Lebens widerspiegeln. Wer diesen Leitsatz verneint, verneint im Grunde genommen die Wissenschaft, wer aber die Wissenschaft verneint, verneint damit auch die Möglichkeit jeglicher Voraussicht — verneint folglich die Möglichkeit, das wirtschaftliche Leben zu leiten.“ (Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, S.9; Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking 1972)

„Was Marx am Kapitalismus kritisiert hat: die scheinbare Dinglichkeit der in der Produktion eingegangenen gesellschaftlichen Verhältnisse, die der Ausbeutung den Charakter eines sachlichen Erfordernisses verleiht — genau das er-

hebt Stalin zur letzten Wahrheit auch über die Produktionsweise, die er selbst mit seinem machtvollen Kommando über Arbeiter, Bauern und Eigentum ins Werk gesetzt hat. Damit hat dieser seltsame Kommunist den Standpunkt der revolutionären Freiheit bei der Schaffung von Produktionsverhältnissen nach Kräften *dementiert*. Geradezu methodisch wird mit der Formulierung dieses Pseudogesetzes der *Wille* verlaublich, die eigene Kommandotätigkeit als Quasi-Naturnotwendigkeit auszugeben, und es ist darin das Prinzip des bolschewistischen Glaubens zusammengefaßt, mit dem eigenen umstürzlerischen Programm nur einen geschichtlichen Sachzwang zu exekutieren. Hegel so auf die Füße zu stellen, beseitigt dessen Fehler gerade nicht. Man mag das zwar für eine Kleinigkeit halten — aber es macht schon einen Unterschied, ob die arbeitenden Klassen das Mittel einer Revolution zu sein haben, die einen historischen Zweck voranbringt, oder ob Klassenkampf und Revolution die Mittel der Arbeiterklasse zu ihrer Emanzipation sind. Zur ersten Ansicht gehört der stalinistische Sozialismus und alle anderen Sozialismusvorstellungen, die eher säkularisierten Formen der Caritas entsprechen, während letztere Sicht dem Kommunismus entspricht, was er seinem Begriffe nach ist — entfesselter Materialismus der arbeitenden Menschen. Daß Kommunisten sich um den Materialismus ihrer Leute und ihren eigenen zu kümmern haben und um sonst nichts, und daß dazu eine von den Zwängen des Kapitals befreite Planwirtschaft genau das richtige ist, war und ist allerdings für eine Partei wie die KPdSU ein ziemlicher Unsinn, für die Sozialismus/Kommunismus von Anfang an immer *mehr* war als das, insbesondere die *Verwirklichung* aller bürgerlichen und humanistischen Idealen *und* die Verwirklichung der gesellschaftlichen Tagesordnung.

Es war dann nur konsequent, daß unterhalb dieses „Grundgesetzes der sozialistischen Ökonomie“ insbesondere das „Wertgesetz“ des Kapitalismus samt einer Theorie, die den Wert der Ware Arbeitskraft in den Rang eines energetisch definierten Existenzminimums zurückstufte, seine Wiederaufstehung feierte — fast so, als hätte da der Sachverstand bürgerlicher Volkswirte seine elementaren Dogmen über korrektes Wirtschaften zu Protokoll gegeben:

„Aber die Wirkungen des Wertgesetzes sind nicht auf die Sphäre der Warenzirkulation beschränkt. Sie erstrecken sich auch auf die Produktion. Allerdings hat das Wertgesetz in unserer sozialistischen Produktion keine regulierende Bedeutung, aber es wirkt dennoch auf die Produktion ein, und das darf bei der Leitung der Produktion nicht außer acht gelassen werden. Es ist so, daß die Konsumgüter, die für die *Deckung des Aufwands an Arbeitskraft* (Hervorh. d. Autors) im Produktionsprozeß notwendig sind, bei uns als Waren erzeugt und realisiert werden, die der Wirkung des Wertgesetzes unterliegen. Hier gerade zeigt sich die Einwirkung des Wertgesetzes auf die Produktion. Im Zusammenhang damit haben in unseren Betrieben solche Fragen wie die wirtschaftliche Rechnungsführung und die Rentabilität, die Selbstkosten, die Preise und dergleichen aktuelle Bedeutung. Darum können und dürfen unsere Betriebe das Wertgesetz nicht außer acht lassen.“

Ist das gut? Es ist nicht schlecht. Bei unseren gegenwärtigen Verhältnissen ist es tatsächlich nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler im Geiste der rationellen Betriebsführung erzieht und sie zur Disziplin anhält. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die Produktionsgrößen zu berechnen, sie genau zu berechnen und ebenso genau die realen Dinge in der Produktion in Rechnung zu stellen, anstatt sich mit Geschwätz über aus der Luft gegriffene „schätzungsweise Angaben“ zu befassen. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand unsere Wirtschaftler lehrt, die in der Produktion verborgenen Reserven zu suchen, ausfindig zu machen und auszunutzen, anstatt sie mit Füßen zu treten. Es ist nicht schlecht, da dieser Umstand

unsere Wirtschaftler lehrt, systematisch die Produktionsmethoden zu verbessern, die Selbstkosten der Produktion zu senken, die wirtschaftliche Rechnungsführung zu verwirklichen und die Rentabilität der Betriebe zu erzielen. Schlimm ist nicht, daß das Wertgesetz bei uns auf die Produktion einwirkt. Schlimm ist, daß unsere Wirtschaftler und Planer, mit wenigen Ausnahmen die Wirkungen des Wertgesetzes schlecht kennen, sie nicht studieren und nicht verstehen, sie in ihren Berechnungen zu berücksichtigen. Daraus erklären sich dann auch das Durcheinander, dabei uns immer noch in der Frage der Preispolitik herrscht.“ (ebda S. 21ff)

Lenin wollte seine Kader — zur besseren Verwirklichung der NÖP — noch bei wirklichen Kapitalisten in die Lehre schicken. Stalin hatte die Kapitalisten abgeschafft — und wollte seine Planer gleich „das Wertgesetz“ höchstpersönlich studieren lassen; gerade so, als hätte dieser Zwangszusammenhang des Austauschs der Ergebnisse kapitalistischer Privatproduktion, *Inbegriff* gesellschaftlicher Arbeitsteilung *ohne Plan*, seine Gültigkeit nicht bloß behalten, sondern erst durch die Abschaffung der Konkurrenz die Chance zu voller Entfaltung erhalten. Der von Stalin aufgemachte Widerspruch von „wirken“ und „berücksichtigen“ erweist „das Wertgesetz“ als einen programmatisch *selbstgeschaffenen Fetisch* der „sozialistischen Ökonomie“ — und gerade so wollte Stalin es haben. So „hinter dem Rücken“ wollte er die Rentabilität zum obersten Imperativ einer „rationalen Betriebsführung“ machen. Stalin vertrat damit einen Sozialismus, in dem die Produzenten ihre gesellschaftlichen Beziehungen nicht selber einrichten, sondern wie im Kapitalismus als „selbständige Kraft“ wirken lassen sollten — auch dies eine eher konterrevolutionäre Geschichte.

Inzwischen gibt es ganze Bibliotheken über die „Rolle“ jeder einzelnen „Kategorie der politischen Ökonomie des Sozialismus“, die die Fruchtbarkeit der stalinistischen Dogmen von der volkswirtschaftlichen *Eigengesetzlichkeit* des sozialistischen Planungsgeheißes bezeugen. Diesem Überbau entspricht eine wirtschaftspolitische Basis im entstanzisierten Sowjetland, die Stalins Erfindung, die Steuerung einer Wirtschaft ohne Privateigentum mit Geld und Gewinn von Staats wegen, aus den rohen Anfangsformen — als die Leiter unrentabler Betriebe noch erschossen wurden und die „Lohnendifferenzierung“ vom Arbeitslager bis zu Stachanow-Prämien reichte — zu einem wahrhaft „komplexen“ System der „Planung und Leitung“ fortentwickelt hat. Die sowjetische Industrie haben staatlich gelenkte Arbeiter und Ingenieure geschaffen; die seltsame Produktionsweise, die sie gelenkt und ihnen das Leben schwer gemacht hat, ist Stalins Werk. Er hat mit aller Gewalt aus der bolschewistischen Kapitalismuskritik, die so wenig wirkliche Absage an die kapitalistische Produktionsweise enthielt und ihr trotzdem den Boden entzog, einen realsozialistischen Staat gemacht. *Daß* der klappt, stört die bürgerlichen Gegner und den Imperialismus. Daß die Sache *nicht besser* klappt, ärgert die realsozialistischen Reformer seit Stalins Tod bis hin zu Gorbatschow. *Wie* diese einzig praktisch *wahrgewordene falsche Kritik* der bürgerlichen Welt funktioniert und auf wessen Kosten, das stört die Kommunisten.

Man kommt den Widersprüchen der stalinistischen Ökonomie keinen Schritt näher, wenn man — um wieder zum Artikel „Antworten der Stalinisten“ zurückzukommen — versucht, die Fragen anhand *politischer Organisationsformen* zu behandeln. Etwa, wie der Autor dies tut, in dem mehr Initiativ- und Beschlußrechte der Räte im Gegensatz zu den Parteigremien der KPdSU oder die Einrichtung kommunaler Wirtschaftseinheiten mit politischer Autonomie gefordert werden. Einmal ganz abgesehen davon, daß nicht einzusehen ist, weshalb Arbeiter nicht an dem *Fleck* der Erde, an dem sie sich per Revolution die Freiheit geschaffen haben, *eine* ihnen nützliche Planwirtschaft aufzubauen und sie die Frage der *Verteilung* der Produktionsstätten der *einzelnen* Güter ausschließlich nach *produktions-* und *transporttechnischen Gesichtspunkten* und eines eventuell drohenden Krieges entscheiden die Vorteile einer gesamtgesellschaftlichen Kooperation in Planung nutzen sollen — ist *doch klar*, womit es die Räte oder *Kommunen* zu tun bekommen hätten: Sie hätten sich

mit denselben Widersprüchen und Ungeheimheiten dieser seltsamen Produktionsweise herumschlagen müssen, wie dies die kommunistischen Kader der KPdSU ihr Lebtage getan haben. Es ist ihnen nicht die Demokratie, an der es der Sowjetunion gefehlt hat, sondern an Kommunismus. Die Vorstellung, Räte und selbstwirtschaftende Kommunen wären die Lösung des Problems, ist deshalb eine demokratieidealistische Mystifikation.

Den Kult um die Person Stalins verachtete der Genosse maf aus dessen Funktion als oberstem Befehlshaber der Roten Armee im militärischen Konflikt mit dem deutschen Faschismus herzuleiten. Auch dies ist ein bloß methodisches Argument. Zum fraglichen Zeitpunkt war Stalin längst mythologisiert. Sein Wort zählte unumschränkt — nicht weil er recht hatte (das kam auch vor), sondern weil es von ihm kam. Sein Wirken im Zweiten Weltkrieg basierte also zu einem Gutteil auf seiner so geformten Autorität, kann ihre Entstehung durch dieses Wirken im Krieg gerade nicht erklären. Wie es zur Mystifizierung kommunistischer Führer kommen konnte, muß also andere Gründe haben.

Stalin hat, fast möchte man sagen gut katholisch, Lenin schon bald nach dessen Tod ein Mausoleum bauen lassen. Das war für eine Partei, die zusammen mit der Zarenherrschaft ja den ganzen religiös-moralischen Plunder abgeräumt hatte, schon ein ziemlicher Widerspruch. Der Sache ist nämlich von vornherein anzumerken, daß es sich hierbei nicht um die Wertschätzung für einen kommunistischen Führer handelt, mit dessen politischen Urteilsvermögen man genügend gute Erfahrungen gemacht hat, um an dem Zweck, den er verfolgt hat, festzuhalten. Die Zurschaustellung eines einbalsamierten Leichnams in feierlicher Umgebung dient einem ganz anderen Zweck. Mit dem Aufbahren eines Leichnams sollte ein Verhältnis der *Treue* hergestellt werden, ein Verhältnis, das den Standpunkt des Beratschlagens und Beschließens aus geteilter Einsicht in die Mittel, um den gemeinsam verfolgten Zweck erfolgreich zu verfolgen, von vornherein durch *Unterwerfung* ersetzt. Dabei kann es gar nicht der Tote sein, dem diese Treue gilt; denn der ist ja tot. Es geht um die Sache, für die der Aufbehalter sich zu Lebzeiten eingesetzt hatte. Zu der paßt ein Autoritätsverhältnis bzw. Unterwerfungsverhältnis aber schon gleich nicht: Schließlich handelt es sich da um den gemeinsamen revolutionären Zweck, die die Parteimitglieder sich setzen müssen. Und dieser Zweck ist nun einmal so beschaffen, daß er nichts gewinnen kann durch die Erinnerung an Leute, die ihn auch schon geteilt haben: Die Kritik des Kapitalismus und die Methoden seiner Abschaffung begreift man dadurch kein bißchen besser.

Stalin hat sicher selbst nicht gemeint, mit einem Mausoleum und Lenin-Denkmalern wäre irgendwer für den Kommunismus zu agitieren. Umgekehrt zeigt die Abzweigung von knappem Baumaterial für solche Standbilder, was für eine Sorte Eindruck der Generalsekretär dieser kommunistischen Partei den Leuten im allgemeinen und seinen Genossen im besonderen machen wollte.

Vom Volk verlangte Stalin auf diesem Wege *Respekt*, und zwar für die herrschende Macht, die mit solchen Devotionalien ihren *Gründen*, also in dessen Feier sich selber ehrt. Zwar ist solcher Respekt allemal nur so wirksam wie die Macht, der er beeindruckte Untertan ohnehin gehorchen muß. Im Respekt vor der gestorbenen Größe wird der Gehorsam aber mit dem *Trost* versehen, nicht einfach der Macht, sondern den Idealen und der lebenswürdigen Persönlichkeit ihres Begründers zu gelten. Insoweit war Stalins Initiative für eine nationale Lenin-Verehrung eine nach Form und Inhalt antirevolutionäre Spekulation auf die Tradition einer antirevolutionären Untertanengesinnung.

Für die Partei bedeutete die Einführung eines *ideologischen Treueverhältnisses* zum Führer der Revolution ein *Disziplinierungsmittel*, wobei die Denkmäler eine weit weniger wichtige Rolle spielten als die Technik — die nicht bloß Stalin beherrschte —, die *Berufung* auf Lenin wie ein Argument zu handhaben. Dabei ging es nicht um Disziplin im Sinne der unerläßlichen funktionalen Tugend des — revolutionären — Kampfes, die auf dem Standpunkt der engagierten Mannschaft selbst beruht, daß sie ihren Erfolg nicht von den Leuten ihrer Mitglieder abhängig machen darf.

Auch dieser Standpunkt gewinnt nichts durch lebende oder tote Vorbilder; wo Vorbilder etwas bewirken (sollen), da geht es um etwas anderes. Nämlich um eine *Identifizierung* mit der durchs Vorbild verkörperten Sache, die sich von deren Billigung aus Wissen und Willen gerade unabhängig macht.

Daß Stalin auf diese Weise unter den Bolschewiki *Unterwürfigkeit* als Parteitugend institutionalisiert hat, wird ihm rückblickend gern als Machenschaft eines berechnenden Machtstrebens angekreidet. Dieser hochanständige Vorwurf läßt bezeichnenderweise außer acht, daß dazu immer auch eine Partei gehört, der eine solche Haltung als Tugend einleuchtet — womit übrigens die Stoßrichtung dieses Vorwurfs kenntlich wird: Im Grunde soll immer nur gesagt sein, daß der *Falsche* die Partei unter seine Kontrolle gebracht hätte. Dabei war es im Falle der bolschewistischen Partei immerhin ein Widerspruch — ganz anders als bei demokratischen Wahlvereinen oder bei einer faschistischen Bewegung, die je auf ihre Weise nichts als erfolgreiche *Führung* fordern —, wenn da blinde Gefolgschaft verlangt wird, um die aus Opportunismus und Moral ertragene Gewalt der Klassengesellschaft durch etwas Gescheites zu ersetzen. Diesen Widerspruch hätte Stalin nie schaffen können, wenn dieser nicht sowieso das Selbstbewußtsein der Partei — und auch das seine — geprägt hätte.

Weshalb Lenin — als Devotionalie oder als Zitat — zum antirevolutionären Disziplinierungsmittel werden konnte, ist so gesehen kein Geheimnis. Er selbst war es, der den Geschichtsmoralismus in die Welt gebracht hat (einer der Kardinalfehler des Leninismus; wie überhaupt augenfällig ist, daß Lenin in vielen Fragen, von der Imperialismustheorie bis hin zur Sexualität, an die Stelle wissenschaftlicher Kritik die Moral gesetzt hat). Daß Kommunisten sich selbst als Werkzeug im historischen Prozeß zu benutzen haben, um diesen voranzutreiben, dieser Fetisch war das Credo des Bolschewismus seit seinen Anfängen. Deshalb nahmen die Diskussionen innerhalb der KPdSU die eigentümlichen Formen an, die sie hatten. Nie ging es dort einfach nur darum, Gegner und Hindernisse zu identifizieren und sich auf die besten Methoden zu deren Beseitigung zu einigen. Sie waren auch *dabei* beseelt von dem Bewußtsein, einen gerechten Streit gegen Kräfte zu führen, die zum *Untergang* verurteilt wären, und wählten sich dabei — nein, nicht im Einklang mit den arbeitenden Klassen — sondern mit den Entwicklungsgesetzen der Geschichte. Ihren revolutionären Kampf führten sie — paradox genug — nach Maßgabe der Vorstellung, daß ihr Vorhaben unendlich gut, dabei aber in seiner praktischen Gültigkeit durch die geschichtliche Situation diktiert und gerechtfertigt, also auch von seinen Erfolgsbedingungen *abhängig* sei.

In dieser moralisch-geschichtsteologischen Beleuchtung waren Siege und Niederlagen der Partei nie bloß Siege und Niederlagen sondern immer gleich *Anlaß zu ideologischen Fragen*. Erfolge „bewiesen“ allen Ernstes die historische Gerechtigkeit der eigenen Sache und stellten den prognostischen Fähigkeiten der Partei und ihrer Leitung ein gutes Zeugnis aus. Mißerfolge warfen Zweifel auf, ob die Verantwortlichen sich nicht in der geschichtlichen „Tagesordnung“ vergriffen hätten; das war entweder durch eine Revision der parteiamtlichen „Einschätzung“ der historischen Situation zu bereinigen — oder man mußte folgern, daß da gegen die durchaus korrekte Parteilinie gesündigt worden war.

Nun hatte Lenin gewiß *nicht* deshalb Erfolg gehabt, weil er sich von der Einsicht in objektive Gesetze des Geschichtsverlaufs abhängig gemacht hätte — eher schon deshalb, weil solche Theorien ihm im entscheidenden Moment egal waren. Für die Partei machte die siegreiche Revolution deren Anführer zum Inbegriff der revolutionären Geschichtswissenschaft und der einzigen korrekten Parteilinie; genau das hat sich Stalin gemerkt. (Diese Unart hat sich bis in die 80er Jahre erhalten und liegt bei der MLPD in klassischer Form vor: Eine Broschüre zum siebzigsten Jahrestag der russischen Oktoberrevolution hatte sie wie folgt betitelt — „Lenin, der geniale Führer des Proletariats“. Lenins Charakter wurde in den edelsten Farben ausgemalt, und selbst seiner Mutter, ebenso edel wie er, war ein Kapitel gewidmet. Es fehlte nur noch, daß sie ihn unbefleckt empfingen

hätte.) Umgekehrt ging beim Aufbau der Parteiherrschaft über Rußland vieles schief, aber ganz sicher nie deswegen, weil die Deduktion der Partei über das historisch Gebotene mißachtet worden wäre — eher schon aus Respekt vor solchen imaginären Gesetzen. Für die Partei stellten sich Fehler oder Mißerfolge jedoch allemal als Abweichung vom objektiv vorgezeichneten Erfolgsweg dar; Abweichungen, denen man durchaus keine Gutwilligkeit zugute halten durfte, weil das Parteiwissen ums Unausweichliche ja vorhanden war. Das hat Stalin erst recht eingeleuchtet. Aus diesem guten bolschewistischen Geist heraus wollte er Lenins Partei weiterführen. Und Lenin? Wie eine christliche Reliquie nicht sterben zu dürfen — so zynisch hat sich der von ihm selbst in die Welt gesetzte Geschichtsfetischismus an ihm gerächt.

Genau so und nur deshalb hat die Moral des *Verdachts* in die Partei der Bolschewiki Einzug gehalten. Stalin hat sie zur vollen Blüte entfaltet. Er hat sich alle Mühe gegeben, in die Rolle Lenins hineinzuwachsen. Er hat sich redlich angestrengt, alles, was er politisch notwendig hielt zur Rettung und Sicherung der Sowjetmacht, auch noch als geschichtlich geboten nachzuweisen. Statt einfach dafür zu werben, die Partei solle sich lieber heute als morgen zum sozialistischen Aufbau im eigenen Lande *entschließen*, hat er unter lauter Leuten, denen das Eindruck gemacht hat, mit Lenin-Zitaten die Überzeugung durchsetzen wollen, „Sozialismus in einem Lande“ sei in Anbetracht aller ehernen Gesetze der Geschichte und ihres Stundenplanes sogar 1926 in Rußland *möglich*. Den Kulaken, also den „reichen Bauern“, ist er ab 1927 an den Kragen gegangen, weil er der Gefahr einer widererstarrenden Privatmacht des Grundeigentums und Lebensmittelhandelskapitals entgegenwirken wollte; aber er hat seine Partei nicht einfach für dieses Ziel mobilisiert, sondern für die „Theorie“ gewinnen wollen, eine „Verschärfung des Klassenkampfes“ gerade bei zunehmenden Erfolgen des sozialistischen Wirtschaftsaufbaus sei geschichtsgesetzlich *notwendig*, und *dieser* „einfachen und offenkundigen Wahrheit“ müßte die Partei sich stellen, mit aller notwendigen Härte, versteht sich.

Daß diesen „theoretischen Fortentwicklungen des Leninismus“ ihr Charakter als ad hoc konstruierte Ideologien zum politischen Beschluß deutlich anzumerken ist, stellt Stalins politischem Urteilsvermögen ein gutes Zeugnis aus: So wenig wie Lenin beim Machen der Revolution hat er sich in seinem Aufbauprogramm vom Fetischismus einer geschichtlichen „Tagesordnung“ *abhängig* gemacht. Das ist aber nur die eine Seite. Stalin hat zugleich diese Manier des Wahrheitsbeweises für seine Politik, hauptsächlich aus den entsprechend vergoldeten Worten des toten Lenin, sehr ernst genommen und sich *darin* mit seiner Partei ganz einig gewußt. Deswegen und nicht aus zynischer Berechnung hat er sie dermaßen perfektioniert, daß er die ZK- und Parteitage über die wichtigsten Entscheidungen mehr noch als mit politischen Lagebestimmungen mit Hilfe atemberaubender Wortklaubereien und rechthaberischer Interpretationsstücke bestritten hat. Wiederum lag es wohl kaum an der Überzeugungskraft seiner mühseligen Ableitungen, daß die Partei ihm in den wichtigsten Entscheidungen gefolgt ist; und erst recht nicht, daß sie sich in der eigenen Gesellschaft und gegen die angegriffenen „Klassen“ durchgesetzt hat. Im Lichte des Geschichtsbildes dieser Partei gerieten solche Erfolge Stalins aber automatisch zu dem Beweis, daß seine Ideologien ihn als intimen Kenner des von „der Wirklichkeit“ Gebotenen und Fälligen auswiesen, daß er die Übereinstimmung der Parteilinie mit ihren Erfolgsbedingungen und -garantien buchstäblich verkörperte, daß also die Partei in ihm ihren neuen Lenin — den „*Lenin unserer Tage*“ — gefunden hatte.

Im gleichen Geist führte Stalin zum anderen den Streit mit Vertretern einer abweichenden Parteilinie. Die Alternativen klarstellen; falschen Radikalismus und Kompromißlertum kritisieren; die zu überwindenden Hindernisse auf den Begriff bringen; gemeinsame Einsichten und Konsens über eine gewählte Vorgehensweise herstellen: Das war — oder besser: das wäre dem Generalsekretär entschieden zu wenig gewesen. Den Kampf um die Mehrheit für seine Linie hat Stalin immer mit den Waffen des Geschichtsmoralismus bestritten,

der in seiner Partei als „Marxismus-Leninismus“ galt: Gegner wurden als Abweichler vom Revolutionsauftrag der Weltgeschichte in ihrem momentanen Stadium hingestellt — der Nachweis dafür wurde zunächst mit Vorliebe anhand wirklicher oder vermeintlicher Unstimmigkeiten zwischen ihren Auffassungen und Lenin-Zitaten geführt — und unter den Verdacht gestellt, den guten Zweck der Partei in Wahrheit gar nicht zu teilen. Mit den Entscheidungen der Partei waren solche Auseinandersetzungen nicht etwa beendet, sondern die unterlegenen Gegner *historisch ins Unrecht* gesetzt und eines der Parteilinien widersprechenden, also parteischädlichen Standpunktes überführt. Das Vernichtende an diesem Verdikt lag darin, daß es in den allermeisten Fällen gar keinen wirklichen „bösen“ Willen zur Sabotage am sozialistischen Aufbau traf, sondern lauter gute Leninisten, die genauso wie Stalin nach der einzig korrekten Antwort auf die historische Auftragslage suchten — und sich durch Stalins Erfolg *tatsächlich* ins Unrecht gesetzt sahen. Dabei waren sie selbst, wiederum genau wie ihr Generalsekretär, nicht in der Lage, zwischen Irrtum — (wenn es denn schon letztlich um eine falsche Geschichtsauffassung gehen sollte) — und Verstoß — (nämlich gegen die richtige Auffassung der Partei) — zu unterscheiden. Daß sie sich unter Selbstbeziehung von ihrem parteiwidrigen Standpunkt lossagen mußten oder der Ächtung als Parteifeinde verfielen und ausgeschlossen wurden, gehörte somit zur moralischen Kultur des Bolschewismus, die kein Stalin-Kontrahent je kritisiert hat.

Stalins ganz eigene Leistung war es, die Dialektik des moralischen Verdachts bis zum Ende durchzuexerzieren. Denn darauf mußte er als konsequenter Hüter der Parteilinie ja früher oder später verfallen, daß die innerparteilichen Streitigkeiten mit Unterwerfungserklärungen der Unterlegenen noch immer keinen befriedigenden Abschluß gefunden hatten. Wo einmal der Verdacht aufkommen war, ein Genosse würde den Zweck der Partei gar nicht wirklich und ehrlich teilen, da mußte seine nachträgliche Zustimmung zur durchgesetzten Politik auch den Zweifel auf sich ziehen, ob sie denn nun ehrlich war oder nur aus Opportunismus abgegeben, so daß die nächste Abweichung schon vorprogrammiert war, oder sogar in der Berechnung, der Partei weiterhin von innen her schaden zu können. Überall witterte der Chef Verrat. Nachdem einmal der Vorwurf „Doppelzüngler“ ins Parteileben eingeführt war, ließ sich überhaupt kein Unterwerfungsakt mehr moralisch halten: Je gründlicher er ausfiel, um so gewisser war der Heucheleiverdacht. Die Überprüfung der Zuverlässigkeit der Parteimitglieder trennte sich auf diese Weise völlig ab vom Streit über Alternativen des sozialistischen Aufbaus; Stalin als dem Inbegriff der korrekten Linie fiel die unangenehme Aufgabe zu, letztlich nach der Stellung der Genossen zu ihm darüber zu entscheiden, wo ein Verdacht auf Unzuverlässigkeit am Platz war. Der antirevolutionäre Drang, das Treiben der Partei an vorgestellten objektiven Gesetzmäßigkeiten der Geschichte zu messen, schlug so am Ende konsequenterweise um in die persönliche Willkür dessen, den die Folgsamkeit und die Erfolge seiner Partei als den „genialen“ Kenner besagter Gesetzmäßigkeit auswiesen. Sein moralisches Urteil wurde dann liebevoll zu ganzen Verschwörungstheorien ausgewalzt, in denen dann das imperialistische Ausland regelmäßig als Auftraggeber auftauchte. Mancher Angeklagte glaubte am Ende zum Teil selber daran. Bisweilen bekannten sie sich auch ohne Überzeugung öffentlich zu ihnen, um ihrer Partei — gute Leninisten die sie waren — einen (letzten) Dienst zu erweisen. (Peter Sloterdijk hat in diesem Zusammenhang, von den philosophischen Schnörkeleien einmal abgesehen, nicht ganz unrecht, wenn er schreibt: Den philosophischen bedeutungsvollen Gipfel dieser raffinierten Selbstverdinglichung erstiegen jene tapferen alten Kommunisten, die in den Moskauer Schauprozessen angesichts des sicheren Todes falsch gestanden, gegen die Revolution konspiriert zu haben — ein Geständnis, das nicht bloß erpreßt war, sondern insofern einen Aspekt von Freiheit besaß, als die Angeklagten mit ihren Geständnissen von der Revolution größeren Schaden abwenden wollten als den, der ihr durch Anklage und Hinrichtung ohnehin zugefügt wurde. Mit

herkömmlichen Konzepten von „Trajik“ ist die Subtilität dieser Verdoppelung von Justizmorden durch Selbstmorde nicht zu erfassen. Es sind Morde, bei denen nur noch im biologischen Sinne klar ist, wer wen in Wahrheit umbringt. Es sind Morde und Selbstmorde innerhalb einer schizophrenden Struktur, wo sich das Ich, das tötet, von dem Ich, das getötet wird, nicht mehr klar unterscheiden läßt. Sicher ist nur, daß am Ende die Leichen intelligenter Menschen am Boden liegen, erwürgt, erschossen, erschlagen ... um nicht zu reden von den Millionen, die ums Leben kamen, ohne genau zu wissen, was sie eigentlich mit dieser Revolution zu tun hatten — außer dem vielleicht, daß das, was sie tötet, nicht ganz das Wahre sein kann.“ Peter Sloterdijk, *Kritik der Zynischen Vernunft*, S. 195f; Büchergilde Gutenberg)

Dieser Fortschritt vom moralisch geführten Linienstreit zur immer haltloseren Parteiaübung wurde dadurch entschieden gefördert, daß die praktischen Probleme des stürmischen sozialistischen Aufbaus auch dann keineswegs aufhörten, sondern erst richtig schmerzhaft wurden, als die Partei sich ansonsten vollständig und mit stehenden Ovationen um ihren Generalsekretär geschart hatte. Zweifel an der Absurdität, die sozialistische Planung unter das Diktat der Finanzen und ihrer Mehrheit zu stellen, wurden nicht mehr laut; um so klarer schien der „Schluß“ auf Sabotage, wenn es mit dem Hand in Hand Arbeiten der Betriebe und Branchen vorn und hinten nicht klappte: Als Häupter der aufbaufindlichen Verschwörung standen je schon die Genossen fest, die irgendwann einmal am „Sozialismus in einem Lande“ oder sonst einer Doktrin gezweifelt hatten und davon — „offenbar!“ — nie losgekommen waren. Da Unterwerfung kein Vertrauen mehr schaffen konnte, blieb, auch das moralisch konsequent gedacht, nur noch die Liquidierung der treulosen Genossen übrig — auch das wieder eine „historisch notwendige“ Fortentwicklung der Parteilinie, an der sich fortan die verlangte Parteitue beweisen mußte. Logischerweise blieben auch die Genossen nicht verschont, die überhaupt nie eine inhaltliche Abweichung hatten erkennen lassen: Von den 1966 Delegierten des XVII. Parteitage, die 1934 dem totalen Sieg der Linie Stalins einmütig zugejubelt hatten, wurden nach Angaben Chruschtschows bis zum XVIII. Parteitag 1938 immerhin 1106 verhaftet, von den dort gewählten 139 Mitgliedern des Zentralkomitees 98 liquidiert.

Die Kultur des Verdachts machte vor den parteilosen Massen nicht halt. Stalin leistete sich den Widerspruch, auch von Leuten, die seine Partei gar nicht für den Kommunismus gewonnen hatte, die bedingungslose Anerkennung der Partei und ihres Chefs als Garanten für ein sicheres Fortschreiten zum Kommunismus zu verlangen. Er folgte damit dem hochmoralischen, aber leider völlig antiagitorischen Selbstbewußtsein seiner Partei, die ihre Sache für die objektiv höchste Pflicht aller anständigen Zeitgenossen hielt, auch ohne daß die Guten erst etwas davon begreifen mußten, einfach auf Grund der durch „die Geschichte“ verbürgten Fälligkeit des Übergangs zum Sozialismus. Jedermann wurde am Maßstab rückhaltloser Treue zur Partei Lenins und zum „Lenin unserer Tage“ gemessen, auch wenn er sich nie überlegt hatte, ob ihm deren Zweck überhaupt recht war; gerechterweise fiel die Messung immerhin weniger streng aus als bei Parteikadern, stets in Entsprechung zur persönlichen Verantwortung für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die Chance, das Verhältnis zwischen Partei und Massen jemals in der Identität des von der Gesellschaft bewußt verfolgten Zwecks aufzulösen, wurde als in moralischer Hinsicht je schon gegebene Sachlage hingestellt — und damit gründlich begraben. So verhalf Stalin dem bolschewistischen Revolutionsmoralismus zu seiner Karriere als Ideologie einer Staatsgewalt, der *dieser* Kommunist am Ende gar kein „allmähliches Absterben“ mehr prophezeien mochte.

thk (BWK)

Quellen: Stalin — wer war das?, MSZ 12/87; J.W. Stalin, Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1972; Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (Bolschewiki), Kurzer Lehrgang, Verlag Neuer Weg Stuttgart; Peter Sloterdijk, Kritik der Zynischen Vernunft, Büchergilde Gutenberg

Standpunkte, Zielsetzungen, Vorschläge der Volksfront

im Kampf gegen Faschismus, Imperialismus, Nationalismus und Rassismus — für Arbeiterinteressen und Werktätigenrechte

Vorbemerkung: Der 6. o. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg hat

a) die folgende EntschlieÙung insgesamt als Grundlage der weiteren Diskussion gebilligt,

b) bestimmte Abschnitte als Grundlage der weiteren Arbeit beschlossen.

Diese beschlossenen Abschnitte sind jeweils kursiv gedruckt.

I. Wahlerfolge der Faschisten — Ergebnis jahrelanger Politik von Kapital und Reaktion

Mit den Wahlen zur Bremer Bürgerschaft und zum Westberliner Senat, den Europawahlen, den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg und NRW hat sich der Faschismus in der BRD und Westberlin neuerlich als parlamentarische Fraktion und gesellschaftliche Richtung etabliert. Was wir in der EntschlieÙung des 5. o. Bundeskongresses von 1987 befürchtet hatten ist eingetreten und konnte von den Antifaschisten der verschiedensten gesellschaftlichen Richtungen nicht verhindert werden: „... die verschiedenen Parlaments- und Kommunalwahlen (sind) ein zentrales Instrument der reaktionären und faschistischen Sammlungsbewegung und Formierung und der ideologischen und politischen Niederhaltung und Zersplitterung der Werktätigen ...“ geworden. Es nützt nichts und schadet nur der Klärung der weiteren Aufgaben, diesen Tatbestand durch Neudefinitionen von Faschismus oder Theorien über den angeblich „normalen“ Gang der kapitalistischen, imperialistischen, eben der heutigen bürgerlichen Gesellschaft irgendwie „theoretisch“ beseitigen zu wollen, wo er doch tatsächlich eine zusätzliche und drückende Last für die Vertretung von Werktätigeninteressen und die Verwirklichung der Emanzipationsbestrebungen der arbeitenden Klassen in der BRD und Westberlin ist.

Faschisten in Gemeinderäten, in Europaparlament und Bundestag?

Gesellschaftliche Normen, gesetzliche Schranken und materielle Errungenschaften der Kämpfe von antifaschistischer, demokratischer und Gewerkschaftsbewegung konnten durch die herrschende Klasse eingerissen und beseitigt, faschistische Organisationen als Sprachrohr und gesellschaftlich wirksame Interessenorganisation für menschenverachtende, imperialistische Ausbeuter- und Monopolinteressen etabliert werden. Arbeiter und Werktätige ausländischer Nationalität werden nicht nur gesetzlich besonderer Unterdrückung, Rechtslosigkeit und Ausbeutung unterworfen, ihre Unterdrückung, Rechtslosigkeit und besondere Ausbeutung wollen Faschisten auch noch parlamentarisch sanktioniert rassistisch, nationalistisch und chauvinistisch legitimieren. Brutale Konzerninteressen werden frei von jedweder Rücksicht auf den Anspruch von „Sozialpartnerschaft“ und „Pluralismus“ ihre unverhüllte öffentliche Interessenspropaganda erhalten: schrankenlose Konkurrenz, ein Funktionsprinzip des Kapitals, der imperialistischen Monopole und Staaten soll zum „natürlichen“ Ausleseprozeß zwischen Menschen im „Wettbewerb der Leistungswilligen aller Arbeits- und Lebensbereiche zum Wohle der Gemeinschaft“ (Programm der REP) als naturnotwendiger „Lebenskampf“ durchgesetzt werden. Die Solidarität der Lohnabhängigen und des gewerkschaftlichen Kampfes, die dieser Konkurrenz Schranken setzt, sei „Ausseren von Einzel- und Gruppeninteressen“ (REP), das dem „Gemeinwohl“ der „Volksgemeinschaft“ entgegensteht. Die Solidarität der Lohnabhängigen und des gewerkschaftlichen Kampfes propagandistisch und organisatorisch niederzumachen ist die Vortruppaufgabe der Faschisten, damit die Konzernvertreter dann um so leichter ihr inzwischen öffentliche vertretenes Projekt verfolgen können, gewerkschaftlichen Kampf als „verfassungswidrig“ auszuschalten. Die Niederwerfung des Hitlerfaschismus durch den antifaschistischen Kampf der arbeitenden Klassen der europäischen Völker, der Völker der Sowjetunion und des östlichen Europas und der Siegermächte des 2. Weltkriegs soll als „illegale, unnatürliche und gewaltsame Zerstückelung des deutschen Volkes“ (REP) in einem grenzenlosen BRD-Imperialismus der „staatlichen und nationalen Einheit Deutschlands“ (REP) endgültig revidiert werden. Widerstand gegen diese Interessen und Politik ist mit der „Durchsetzung von Recht und Ordnung“ unter dem Kapitel „Terrorismusbekämpfung“ zu

erledigen, darüber beabsichtigen Faschisten in der BRD in Zukunft parlamentarisch zu wachen, denn „Gesetzgeber, Regierung und Exekutivbehörden (Sicherheitsorgane, Staatsanwaltschaften und Gerichte) haben den zweifelsfreien Willen zu beweisen, diesen Auftrag zu erfüllen“ (REP). Die Ansicht, daß die Entfesselung der imperialistischen Marktwirtschaft mit den Restformen bürgerlicher Demokratie, mit Öffentlichkeit und bürgerlichem Parlament nicht so recht zusammenpaßt, daß diktatorische Maßnahmen eine echte Alternative für das imperialistische Kapital seien — diese Ansicht wird in den Konzernetagen seit langem gepflegt (Siemens-Stiftung, Thyssen-Stiftung etc.) und immer offener publiziert: im Januar 89 schreibt der Herausgeber der „Wirtschaftswoche“ in seinem Leitkommentar: „Die Herrschaft der Mehrheit, die Demokratie, tendiert deshalb dazu, den Reichen ihre Güter zu nehmen und sie an die Armen zu verteilen. Das muß die Marktwirtschaft ruinieren ... Die Informedia-Stiftung hat dieser Kontroverse (Marktwirtschaft und/oder Demokratie, d. Verf.) eine eindrucksvolle Tagung gewidmet ... Von der These, daß die Demokratie der Marktwirtschaft förderlich sei, blieb dabei wenig übrig.“ (Wirtschaftswoche Nr. 5/89, S. 110) Mit den Wahlergebnissen der Faschisten erhalten die herrschenden Kapitalinteressen eine weitere Option, solche Projekte auch parlamentarisch wirksamen werden zu lassen.

REP: Programm für faschistische Durchsetzung aktueller Interessen des BRD-Imperialismus

Anders als beim Einzug der NPD in Länderparlamente in den 60er Jahren ist der Parlamenteinzug der Republikaner bis hinein in die Zusammensetzung der Kandidaten, der Wähler und des Programms keine einfache Reorganisation des NSDAP-Faschismus unter BRD-Verhältnissen. Vielmehr ist es Faschisten und Reaktion unter Einsatz ihrer einschlägig bekannten und einschlagend tätigen Publizisten von Nation Europa bis FAZ, von Mohler, Schrenk-Notzing, Wilms, Schlee, Hepp, Rohrmoser und Konsorten bis Fromme (FAZ), Verlagen und Verlegern, Vertretern in CSU und CDU, Richtern, Staatsanwälten, Polizeipräsidenten usw. usf. gelungen, ein faschistisches Programm zur Verteidigung von und auf dem Boden der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ entstehen zu lassen, das eine den heutigen Verhältnissen in der BRD entsprechende Verschmelzung von Konservatismus und Faschismus programmatisch faßt. Unter dem Schlagwort „Intelktualisierung“ der REP soll dieses Programm für die Bundestagswahlen seinen letzten Schliff erhalten.

In der EntschlieÙung des 5. o. Bundeskongresses der Volksfront hatten wir festgestellt: „Rehabilitierung des Faschismus — Die Reaktion will aufräumen mit dem historisch begründeten Antifaschismus. Dazu ehrt Kohl SS-Gräber in Bitburg oder erklärt Strauß: „Die Deutschen müssen wieder so normal werden, wie es die anderen Völker Europas sind.“ Eine Funktion des „Historikerstreits“ ist die Herstellung dieser „Normalität“. Sie begründen den deutschen Faschismus als historisch notwendig und von außen, vor allem von der UdSSR aufgezwungen.“ (EntschlieÙung) Abgesehen von der Beleidigung der „anderen Völker Europas“, jetzt erklärt Regierungssprecher und Propagandaminister Klein die faschistischen Mord-Kommandos der SS zum Teil der regulären Truppen, und der REP-Vorsitzende Schönhuber verbreitet: „Endlich kam der Einberufungsbehl. Darauf stand der Zielort Berlin-Lichterfelde, der Name der Truppe: Leibstandarte SS Adolf Hitler. Ich konnte es kaum fassen. Das war für mich die Elite der Elite. Das Tragen des Ärmelstreifens Leibstandarte SS Adolf Hitler (Hervorhebung im Orig.) war der sichtbare Ausweis, daß man zur Garde gehört, ein Prätorianer geworden ist.“ (Schönhuber. „Ich war da-

bei“)

Drei wesentliche Erfolge haben Reaktion und Faschisten über die letzten Wahlen erreicht: erstens wurde mit dem Programm der Republikaner ein den heutigen Interessen des BRD-Imperialismus entsprechendes faschistisches Programm geschaffen. Die führenden faschistischen Publizisten quittieren dieses Ergebnis durch die Beendigung der Suche nach einer Einigungsplattform für die Faschisten und durch den Anschluß an die Republikaner. Zweitens glauben sie damit ein wesentliches Rekrutierungsproblem gelöst zu haben: Zustimmung und Unterstützung für Faschismus soll sich nicht mehr historisch rechtfertigen müssen, sondern nur noch aus den aktuellen Verhältnissen begründen lassen. Drittens aber bestehen die beiden anderen Hauptrichtungen des Faschismus weiter und sollen in scheinbarer Konkurrenz mit den Republikanern ihren Zweck erfüllen: die Faschisten der nationalen Revolution (FAP, Kampfsportgruppen etc.) und die Faschisten der militaristischen Traditionsverbände und der NPD (DVU/NPD, Liste D etc.).

Daraus folgt unserer Meinung nach:

* Die Antifaschisten müssen neue Anstrengungen zur Kritik des Programms der Republikaner als aktuelles Programm faschistischer Durchsetzung der Interessen des BRD-Imperialismus unternehmen und diese Kritik aus der Kritik an der aktuellen Politik des BRD-Imperialismus und seiner herrschenden Klasse begründen.

* Die vorgeblichen Differenzen zwischen verschiedenen faschistischen Richtungen sind weder Hoffnung noch Ansatzpunkt für antifaschistische Politik, sondern Bestandteil reaktionärer und faschistischer Formierungs-, Mobilisierungs- und „Bündnispolitik“. Statt über Differenzierungen im faschistischen Lager zu theoretisieren („Rechtspopulismus“ oder „Rechtsextremismus“ (Glotz)) müssen die Antifaschisten vielmehr den weiteren Angleichungs- und Verschmelzungsprozeß zwischen Faschismus und Konservatismus—Wirtschafts-/Nationalliberalismus bekämpfen, stören, unterbinden und alle Momente der programmatischen Kritik und Abgrenzung in allen gesellschaftlichen Richtungen, Parteien, Organisationen dagegen bestärken.

„Kapitalismus führt zum Faschismus ...“ — Klasseninteressen und soziale Basis der Faschisten

Wer heute glaubt, die Faschisten würden wie angeblich „Ende der 60er Jahre einfach“ wieder „verschwinden“ der irrt doppelt. Erstens sind die Verhältnisse heute anders, der BRD-Imperialismus hat die Reichweite seiner Expansions- und Aggressionspolitik bedeutend ausweiten können, und zweitens und vor allem ist die NPD damals nicht „einfach“ wieder aus den Landesparlamenten verschwunden. Ein wesentliches Bildungselement der sozialen und politischen Bewegung Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre war der Antifaschismus und die Kritik der CDU/CSU-Wiedereroberungspolitik. „Schluß mit der Vorherrschaft der alten Nazis in Staat, Gesellschaft und öffentlichem Leben und Anerkennung der DDR und der Ergebnisse des 2. Weltkrieges“ waren zwei fundamentale Kritikpositionen, um die überall — im öffentlichen, wie im privaten, persönlichen Leben — die Auseinandersetzung geführt wurde. Und wenn auch unter der Flagge der SPD viele emanzipatorischen Bestrebungen, Positionen und Forderungen sich zum Slogan „mehr Demokratie wagen“ verflüchtigten, ein weiterer, von vielen unterstützter Konsens war der des Antikapitalismus. Ähnlich wie nach 1945 hatte auch in der Bewegung Ende der 60er Jahre der antikapitalistisch begründete Antifaschismus einen bestimmenden Einfluß. „Kapitalismus führt zum Faschismus, Kapitalismus muß weg“ — das war damals eine verbreitete Demonstrationsparole. Heute ist dieser antikapitalistische Konsens in der antifaschistischen Bewegung umstritten. Die Volksfront sieht es als eine ihrer Aufgaben an, dazu beizutragen, ihn erneut zu bestärken.

Programme und Politik der Faschisten sind das Produkt von handelnden Klasseninteressen unter bestimmten materiellen Verhältnissen. Faschistische Ansichten sind keine Hirnspinnerei, sondern können ihre Bestätigung in bestimmten Tatsachen finden. Sonst erhielten sie keinen Anhang. Sie werden entwickelt und vertreten von und für bestimmte Personen mit bestimm-

ten sozialen Interessen:

— Im fundamentalen Gegensatz zu allen fortschrittlichen gesellschaftlichen Richtungen sind die Menschen in Programm und Politik der Faschisten stets Mittel zum Zweck. Dieser höhere Zweck, das Ziel faschistischer Politik ist immer die Verwirklichung der Interessen „der Nation“, „des deutschen Volkes“, „des Gemeinwohls“ usw. usf., denen „der Mensch“ zu dienen habe. Die Menschen sind Material zur Verwirklichung imperialistischer Ausbeuter- und Konzerninteressen. Die Strategie „Entrechtung und Verbilligung von Menschen für die Ausbeutung durch andere Menschen“ und der Schlachtruf „Entfesselung der Marktkräfte“, „Leistung muß sich wieder lohnen“, „das soziale Netz ist keine Hängematte“ — das war und ist CDU/CSU/FDP-Regierungspolitik. Die zynischen, „versachlichten“ Begriffe für diese Politik heißen: „Angebotspolitik“ (das „Angebot“ an Produktionsfaktoren muß verbilligt werden) und „Deregulierung“ (die gesetzlichen Schranken und „Regulierungen“ der schrankenlosen Kapitalinteressen müssen „dereguliert“, also abgeschafft werden.) Diese Politik schafft mit ständig steigenden Unternehmerprofiten und Einkünften aus Vermögen, mit sinkendem Reallohn, millionenfacher Arbeitslosigkeit, mit Verelendung und Brutalisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse und der Beseitigung von kollektiven Schutzrechten (Koalitions- und Streikrechte, Krankenkassen, Renten) ständig neue materielle Belege für faschistische Ideologie.

— Die rassistische Propaganda und Politik der Faschisten gegen die Werktätigen ausländischer Nationalität bis hin zu Überfällen faschistischer Banden findet die Ergebnisse der amtlichen CDU/CSU/FDP Ausländerpolitik und -propaganda vor, knüpft an sie an, nimmt sie beim Wort und erklärt sie zum Naturprinzip. Diskriminierung und besondere Ausbeutung durch die kapitalistische Produktion, den imperialistischen Arbeitsmarkt und die Gesetze und Maßnahmen der Regierungspolitik werden zum Beleg für die zutiefst reaktionäre und faschistische Idee von der Ungleichheit der Menschen, von unterschiedlichen menschlichen „Rassen“ und zur ideologischen Basis für weiteren Diskriminierungsgesetze und -maßnahmen. Der Grundsatz gleicher sozialer und politischer Rechte für alle wird fortgesetzt untergraben und zerstört und ersetzt durch besondere Diskriminierung, besondere Entrechtung, Sonderrechte- und -unrechte für jede Klasse, für jede soziale Schicht, für jede soziale Lage: für die „Eliten“ und den „Rest“, für die „Leistungsstarken“ und die „Leistungsschwachen“, für die Ausländer und die „Deutschen“, für die Gesunden und die Kranken, für die Alten und die Jungen usw. usf. — in der faschistischen Ideologie heißt das „Jedem das Seine“.

— Der imperialistische, völkische Nationalismus ist Grundbestandteil jeder faschistischen Ideologie. Im Unterschied zu allen anderen imperialistischen Ländern können Faschisten in der BRD als wahre Vollstrecker des im Grundgesetz verankerten Expansions-, Annektions- und Kolonisierungsauftrags der herrschenden Klasse Anhang sammeln.

— Das Programm der Republikaner vertritt Konzern- und Kapitalinteressen, aber es zielt auf die faschistische Mobilisierung

bestimmter sozialer Interessen außerhalb der Konzernzentralen, wo sonst. Die sozialen Interessen von Programm und Politik der Republikaner können nicht zuerst an einzelnen Ergebnissen faschistischer Demagogie beurteilt werden, also danach, wer sie auch noch wählt, sondern müssen zuallererst nach den sozialen Inhalten des Programms, nach den Trägern dieser Politik, nach der sozialen Basis, die um dieses Programm gesammelt werden soll, aufgeklärt werden. Die Träger dieses Programms sind Leute mit Laufbahn und kleinem Eigentum, die glauben, durch gnadenlose Konkurrenz gegen andere etwas zu gewinnen oder befürchten, durch genau diese Konkurrenz etwas zu verlieren. „Elite“ und „Volksgemeinschaft“, verbunden durch die völkische „Leistungsgemeinschaft“ bieten die Republikaner hier an naturmäßig begründetes Recht zum Treten von anderen und nationalistisch und chauvinistisch begründeter Schutzbund gegen Konkurrenzdruck durch andere. „Die Volksgemeinschaft soll soziale Schutzfunktionen übernehmen und versucht somit, auch an den Widerstand gegen die Verschlechterung der sozialen Bedingungen vieler Lohnabhängiger anzusetzen. Die Volksgemeinschaft soll einen neuen Standard der sozialen Sicherung setzen. Die Republikaner werden deshalb auch Stimmen von hart arbeitenden und armen Leuten bekommen haben. Diese Leute sind ein großer Teil der Bevölkerung, die aber nur in geringem Umfang Republikaner wählen und keineswegs die Träger der Politik der Republikaner sind.“ (Broschüre Republikaner in Köln, Antifaschistisches Forum Köln).

Unserer Meinung nach folgt daraus:

* Die Faschisten verfolgen Klasseninteressen von Kapital, Konzernen und Reaktion. Antifaschistischer Widerstand gegen diese Interessen und Politik muß also für Arbeiterinteressen und soziale und politische Werktätigenrechte eintreten, wenn er der faschistischen Mobilisierung und Formierung erfolgreich entgegenzutreten will.

* Faschistische Ideologie reklamiert die vollständige Einlösung reaktionärer Versprechen für den faschistischen Anhang („Leistung muß sich lohnen“, „der Stärkere setzt sich durch“, usw.). Kampf gegen faschistische Ideologie, Politik und Formierung erfordert also auch Kritik der bürgerlichen Reaktion, kapitalistischer und imperialistischer Interessen und Politik, Kritik des Konservatismus und Liberalismus.

* Wer faschistische Ideologie und Politik bekämpfen will, muß die materiellen Verhältnisse bekämpfen, aus denen ständig neue faschistische Anschauungen und Ziele begründet werden. Die antifaschistische Bewegung wird aus einem Sammelpunkt bestehenden Widerstandes nur dann zu einer gesellschaftlich wirksamen Gegenbewegung gegen Reaktion, Faschismus und Krieg werden können, wenn sie für die „Emanzipationsinteressen der Werktätigen“ (EntschlieÙung 5.o. Bundeskongreß der VF) eintritt, wenn sie sich von der fundamentalen Gegenposition zu Faschismus und Reaktion leiten läßt, und die ist, dafür einzutreten: „... alle Verhältnisse umwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ (Karl Marx, Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie)

II. Antifaschistische Front- und Bündnispolitik gegen die weitere faschistische Mobilisierung und Formierung unabdingbar — Auseinandersetzung mit falschen Beurteilungen der Erfolge der Faschisten notwendig

— Die Wahlerfolge der faschistischen Parteien haben konservativen Kräften nochmals Raum gegeben, sich weiter gegenüber faschistischer Ideologie und Politik zu öffnen. CDU und CSU reagierten mit einem deutlichen Rechtsaußenruck in Sachen Ausländerwahlrecht und Ausländergesetz-Vorhaben und einer bisher beispiellosen Kampagne mit offen nationalistischen Tönen, dreisten imperialistischen und revanchistischen Ansprüchen gegenüber der DDR und anderen Ostblockstaaten. Offen traten CDU- und CSU-Politiker für Koalitionen mit den Republikanern ein: es hauptsächlich wahltaktischem Kalkül ist es

zuzuschreiben, daß die offizielle Haltung der CDU/CSU zunächst nur Koalitionen auf kommunaler und noch nicht auf Landes- oder Bundesebene zuläßt. Kommunen würden den REPs nicht politischen Einfluß und Handlungsmöglichkeiten verschaffen. Die Zusammenarbeit konservativer und faschistischer Ideologen, bisher eher in der sog. „Braunzone“ praktiziert, wird jetzt zunehmend offen vollzogen. Neben konservativen Kräften beteiligen sich der intellektuellen und programmatischen Aufrüstung der REPs mit dem Ziel, erfolgreich in die nächsten Landtags-

führen und 1991 in den Bundestag zu bringen.

Der antifaschistische Widerstand steht der schwierigen Aufgabe gegenüber, unterschiedlich erscheinende Aufgaben unter gleicher Zielsetzung gemeinsam mit anderen zu betreiben, wenn aus dem zersplitterten antifaschistische Widerstand eine antifaschistische Bewegung werden soll. Unserer Meinung nach ist es notwendig, die folgenden Aufgaben zu verbinden:

- antikapitalistischen, an Arbeiter- und Werktätigeninteressen orientierten Antifaschismus zu stärken,
- antifaschistische, antikapitalistische, antimperialistische Einigungsbestrebungen unter der Linken zu unterstützen,
- antifaschistische Bündnispolitik bis hin in das bürgerliche Lager zu entwickeln,
- die Verschmelzung von Konservatismus und Wirtschafts-/Nationalliberalismus mit dem Faschismus zu bekämpfen, zu stören, zu unterbinden.

Die einseitige Fixierung auf einer dieser Aufgaben und der dabei zu lösenden Probleme, der Versuch, eine dieser Aufgaben für alleinigen zu erklären, führt zu Schwierigkeiten im Bündnis und zur Schwächung im Kampf gegen Faschismus und Reaktion. Nur durch die Berücksichtigung dieser Aufgaben in ihrer Gesamtheit kann eine breite, gesellschaftlich wirksame antifaschistische Front-Bündnispolitik entwickelt werden.

Das heißt: Eine wirksame Frontbildung gegen Faschismus und Reaktion erfordert, daß die Antifaschisten darauf hinwirken, daß alle gesellschaftlichen Richtungen zu einer programmatischen Abgrenzung von faschistischer Ideologie und zur gesellschaftlichen Achtung des Faschismus beitragen: seien es sozialdemokratische, christliche, liberale, grüne, autonome, sozialistische, kommunistische Kräfte. Unser Politik muß es sein, alle Ansätze zu unterstützen, die sich gegen faschistische Ideologie und reaktionäre Politik richten.

Unterschiedliche und gleichermaßen wichtige Beiträge zur Abgrenzung von faschistischer Ideologie sehen wir z.B. in:

— gewerkschaftlichen Beschlüssen, die von der Unvereinbarkeit faschistischer Ideologie und Arbeiterinteressen ausgehen, das Verbot faschistischer Organisationen aufgrund Art. 139 GG fordern und Faschismus als Politik unmenschlichster und menschenverachtendster Ausbeutung kritisieren — wie dies zunehmend in der gewerkschaftlichen Diskussion auch stattfindet —; die das Interesse der Konzerne an der Ausbreitung einer Ideologie thematisieren, die brutalisierten Konkurrenzkampf und schrankenlose Durchsetzung von Konzerninteressen bedeutet; die sich dagegen wenden, daß Ausländerinnen und Ausländer als Bestandteil der werktätigen Klasse als besonderer Ausbeutung unterworfenen Verschleißmaterial ohne jegliche politische und soziale Absicherung und Rechte behandelt werden,

— allen jenen Standpunkten innerhalb sozialdemokratischer, grüner oder anderer Organisationen, die vom Grundsatz der sozialen und politischen Gleichheit der Menschen ausgehen und sich deshalb gegen die Ungleichbehandlung von Ausländern und Rassismus wenden, gegen völkische und nationalistische Forderungen nach privilegierten Rechten für „Deutsche“; die vom Grundsatz der friedlichen Koexistenz ausgehen und sich deshalb gegen revanchistische „Wiedervereinigungsansprüche“ und imperialistische Expansionspolitik wenden; die ausgehend von der Tradition des Schwures von Buchenwald „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ dagegen sind, faschistische Ideologie zu verharmlosen und faschistische Organisationen zu dulden und deshalb z.B. gegen die Einreihung der REP ins „normale“ Parteienspektrum sind.

— Stellungnahmen solcher Kräfte in christdemokratischen Parteien oder kirchlichen Verbänden, die aus dem Gesichtspunkt der Gleichheit aller Menschen gegen Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen aufgrund Staatsangehörigkeit, Rasse, Religion sind und sich deshalb gegen diskriminierende, rassistische Politik und Parolen wenden: die Faschismus als Menschenrechtsverbrechen begreifen und deshalb Koalitionen mit und Anbiederung an Parteien wie die Republikaner grundsätzlich ablehnen; die aus humanistischen Prinzipien heraus die Schaffung eines Klimas der Intoleranz gegenüber Andersdenkenden und von „law and order“-Methoden ablehnen;

— allen solchen Positionen grüner Politik oder anderer Kräfte, die antifaschistische Grundsätze und Bündnispolitik unterstützen; die gegen eine reaktionäre Regierungspolitik auftreten, die die faschistische Sammlungsbewegung erst möglich und ihr Kräfte verschafft hat; die dafür eintreten, daß Faschismus nicht wählbar sein darf und keinen Platz in den Parlamenten haben

darf; die antikapitalistisch und an den Interessen der sozial Benachteiligten orientiert sind.

* Eine Aufgabe antifaschistischer Bündnispolitik muß es sein, diese Standpunkte und Bestrebungen zu bestärken und zu unterstützen, und zwar durch gemeinsame Kritik an und Politik gegen Faschismus und Reaktion (s. hierzu Entschließung 5.o. Bundeskongreß „III. Stärkung des Antifaschismus als gesellschaftlich wirksame Kraft“). Ziel antifaschistischer Bündnispolitik kann nicht sein, daß die verschiedenen Kräfte des Antifaschismus ihre gesellschaftliche Parteirichtung verlassen sollen, um „außerhalb“ derselben zusammenzuströmen. Gemeinsames Ziel muß vielmehr sein, daß die verschiedenen Richtungen des Antifaschismus ihre Positionen innerhalb ihrer jeweiligen Parteirichtung begründen und festigen und gemeinsam in der Frontbildung gegen Faschismus und Reaktion weiterentwickeln.

Um dazu beizutragen müssen wir aber auch die Auseinandersetzung mit verschiedenen Positionen führen, die sich unter dem Druck der reaktionären und faschistischen Formierung als falsche Beurteilung der Erfolge der Faschisten entwickelt haben, zu falschen Konsequenzen für den antifaschistischen Kampf führen und die die Entfaltung einer antifaschistischen Frontbildung und Bündnispolitik behindern.

— Nach der erfolgreichen Etablierung einer faschistischen Partei in Form der Republikaner erfolgten sofort von verschiedenen Seiten Bemühungen, sie zu verharmlosen, ihren faschistischen Charakter zu vernebeln oder zu leugnen und sie mit Begriffen wie „rechtspopulistisch“ hoffähig zu machen. Innerhalb der CDU/CSU gibt es starke Kräfte, die auf die Wahlerfolge der REP mit einer Politik der Anbiederung und Übernahme ihrer rassistischen und nationalen Parolen reagierten, ja, sie teilweise rechts zu überholen und in einen national-konservativen Block einzugemeinden versuchen. Aber auch auf der Seite der SPD gibt es rechte Strategien, die die Republikaner ausdrücklich vom Vorwurf des Faschismus reinwaschen wollen, sie als Diskussionspartner für gemeinsame, weil „deutsche“ Probleme akzeptieren und sie als willkommene wahltaktische Manövierrasse einplanen, um der CDU Mehrheiten streitig zu machen. Positionen innerhalb der Grünen — aber auch der SPD —, die das wachsende Potential faschistischer Kräfte als „westeuropäische Normalität“ verharmlosen, bestreiten nicht nur den faschistischen Charakter der REP (der hinter einer Nebelwand von Begrifflichkeiten wie „neuer rechter Fundamentalismus“ etc. verschwinden soll), sondern bestreiten auch die Notwendigkeit antifaschistischer Politik und antifaschistischer Bündnisse. Der von ihnen propagierte freizügige Liberalismus, der den REP und anderen faschistischen Organisationen die gleichen demokratischen und politischen Rechte wie bürgerlichen Parteien zubilligt, trägt nicht zu einer Abgrenzung von faschistischer Ideologie bei, sondern duldet und beschönigt sie.

— Wähleranalysen sind nützlich, weil es nicht gleichgültig ist, über welche Motive faschistische Anhangbildung in dieser Gesellschaft sich bilden kann. Motivforschung, die Wähler als individuelle Opfer von Umständen, als Verführte sieht, greift nicht. Die Auffassung, es handle sich bei REP-Wählern im wesentlichen um „Protestwähler“, läßt sich aufgrund des in mehreren Wahlen ähnlich gebliebenen Anteils der REP nicht halten. Man muß also schon davon ausgehen, daß es handfeste soziale Interessen sind, die zur Stimmabgabe für die REP motivieren.

Feststellbar ist, daß die REP eine besonders starke Klientel im öffentlichen Dienst und dort vor allem bei der Polizei haben. Auch die Wähleranalysen haben alle im wesentlichen ergeben, daß das Wählerpotential der Faschisten nicht etwa, wie häufig behauptet, bei den ärmsten und gedrücktesten Schichten und auch nicht vorwiegend bei Jugendlichen suchen ist. Einiges spricht dafür, daß sich ein größeres Potential der Wähler aus Mittelschichten, die Deklassierung und De-Privilegierung befürchten, rekrutiert: „Gestoppte Aufsteiger“, die im Konkurrenzkampf auf der Strecke zu bleiben drohen oder auf Kosten anderer eigene Erfolge erhoffen. Die Frage nach den Wählern faschistischer Organisationen muß weiter untersucht werden. Auch eine im Oktober vom Informationsdienst der SPD herausgegebene Wahluntersuchung spricht davon, daß „ein wesentliches ideologisches Muster in der Anhängerschaft der Republikaner ein ausgeprägter bundesrepublikanischer „Wohlstands-Chauvinismus“ (ist), der den Anspruch auf die Früchte des Wohlstands ausschließlich den Deutschen in der Bundesrepublik vorenthalten will“.

Solchen Wählerschichten kann man nicht mit einer Politik begegnen, die davon ausgeht, daß man irgendwelche „irregelteite-

ten“ Wähler „irgendwie“ wieder auf den richtigen Weg bringen könnte, z.B. nach dem Motto „Wohnungsbauprogramme für Deutsche“ und Schaffung von weiteren Privilegien für Deutsche, statt eine Auseinandersetzung darum zu führen, wer die politische und soziale Entwicklung in der BRD verursacht hat, zu wessen Profit und Nutzen sie ist und wer dabei auf der Strecke bleibt.

Die Betrachtung der Wähler ersetzt eben nicht die Kritik an den Ursachen der Wahlerfolge der Faschisten, nämlich die Kritik an Zielen und Programmen der Faschisten und die Kritik an ihren Wegbereitern, der konservativ-reaktionären Regierungsparteien und ihrer Ideologen. Eine interessierte Wähleranalyse, die das Problem ausschließlich in den Köpfen der Leute und ihrer angeblichen latenten Anfälligkeit für faschistische Parolen sieht, ist kein Ersatz für die Auseinandersetzung mit den politischen Ursachen, nämlich den politischen und sozialen Verhältnisse. Und eine Änderung der politischen und sozialen Verhältnisse muß an der Kritik dieser Verhältnisse ansetzen.

— Unter dem Eindruck, daß bisherige antifaschistische Politik es nicht vermocht hat, die erfolgreiche Herausbildung einer neuen faschistischen Sammlungspartei zu verhindern und auch unter dem Druck, den die reaktionäre Entwicklung auf antifaschistische Positionen entwickelt (so wurde das Ziel der gesellschaftlichen Achtung in Form des Verbots faschistischer Parteien durch den Verfassungsschutz in Niedersachsen bereits als verfassungsrechtlich bedenklich angegriffen), ist eine Diskussion um die Notwendigkeit „moderner Antifaschismuskonzeptionen“ in Gang gekommen. Dabei gibt es Tendenzen, antikapitalistische Ansätze aus antifaschistischer Politik zu eliminieren — meist verbunden mit heftigen Attacken auf den „versteinerten traditionellen Antifaschismus“ — und antifaschistische Politik zu einer moralisierenden Reformer-Bewegung, die man sich als eine neue „Soziale Bewegung“ enträumt ähnlich wie die Friedens- und Anti-AKW-Bewegung, umzumodeln. Gleichzeitig gibt es die Meinung, antifaschistische Bündnispolitik ließe sich auf breiter Basis dadurch entwickeln, daß der inhaltlichen Auseinandersetzung um die Aufgaben antifaschistischer Politik ausgewichen wird und der Appell an Gefühle, über die Auseinandersetzung schwierig und deren Tragfähigkeit mehr als fragwürdig ist, zur Grundlage des Bündnisses gemacht wird. Die Losung: „Leben und Lieben — Dem Haß keine Chance“ mag ja einigen am Herzen liegen oder aus demselben sprechen, aber mit moralisierenden Appellen allein lassen sich unserer Meinung nach die Aufgaben und die Frontstellung gegen Faschismus, Reaktion und Krieg nicht ausreichend ausdrücken. Die Forderung nach einem Verbot faschistischer Organisationen aufgrund Art. 139 GG, für die im Laufe der letzten Jahre einige Fortschritte erreicht wurden, wird zur Disposition gestellt, weil sie bei diesem Verständnis von Bündnispolitik Schwierigkeiten impliziert.

* Bestandteil antifaschistischer Front- und Bündnispolitik muß also auch die Kritik an und die Auseinandersetzung mit falschen Standpunkten innerhalb der Bündniskräfte sein, nur so kann überhaupt ein tragfähiges Bündnis sich gegenseitig respektierender unterschiedlicher Richtungen und Kräfte entwickelt werden. Gleichzeitig treten wir dafür ein, die Auseinandersetzung innerhalb antifaschistischer Bündnisse nicht gegen die Unterstützung unterschiedlicher vorhandener Beiträge auszuspielen.

* Die herrschende Reaktion betreibt eine Angleichung von Faschismus und Konservatismus. Unsere Aufgabe muß es sein, alle diejenigen Standpunkte zu unterstützen und ihnen Raum zu verschaffen, die sich gegen faschistische Ideologie, gegen die Übernahme von Versatzstücken dieser Ideologie in bürgerlich-konservative Politik, gegen die Integration faschistischer Parteien in die bundesrepublikanische „Normalität“ wenden.

— Die Kritik an den faschistischen Inhalten der Republikaner und anderer faschistischer Organisationen ist unbedingt notwendig. Es macht einen Unterschied für die Anhangbildung der REP bei CDU, CSU und FDP, ob das REP-Programm als nachgewiesenermaßen faschistisch in der breiten Öffentlichkeit angesehen wird oder nur als eine etwas weitergehende Ausformulierung von CDU-Programmielen. Es bedeutet eine Erschwerung für Koalitionsbildungen mit den Republikanern, ob sich CDU, CSU und FDP öffentlich mit dem Argument auseinandersetzen müssen, daß sie mit Faschisten und nicht irgendwelchen, vielleicht etwas exotischen Rechtsaußen koalieren.

* Antifaschistische Front- und Bündnispolitik, für die die Volksfront eintritt, kritisiert jegliches „wahltaktische“ Verhalten gegenüber den Faschisten zum angeblichen Nutzen irgendeiner Parteirichtung. Eine

solche antifaschistische Bündnispolitik hat ihre eindeutige Zielrichtung in der Frontstellung gegen faschistische Ideologie und Politik und tritt dafür ein, Auseinandersetzungen zwischen antifaschistischen Richtungen mit dem Ziel der Klärung der Aufgaben in der Frontstellung gegen Faschismus, Imperialismus und Reaktion zu führen. Politische, wissenschaftliche, publizistische Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Richtungen müssen sich an den Hauptfrontstellungen in der Gesellschaft orientieren, sonst bleiben sie ohne politischen Nutzen und

III. Gegen die aktuelle Programmatik und Politik der Faschisten muß die antifaschistische Bewegung gemeinsame Gegenpositionen entwickeln

Seit der Niederlage des Hitlerfaschismus haben Reaktionäre und Faschisten versucht, den antifaschistischen Widerstand zu bekämpfen, ob unter der Flagge des „Antitotalitarismus“ (gegen „Rechts und Links“), des Antikommunismus oder der „Terrorismusbekämpfung“.

* Gegen diese Politik, die ergänzt wird durch offizielle reaktionäre Schul- und Bildungspolitik und die mitbeteiligt ist am Aufkommen von NPD, DVU, Republikanern, mußte das, was als „antifaschistischer Konsens“ bezeichnet werden kann, stets neu in der aktuellen Kritik von Faschismus und Reaktion und der Verfechtung von Arbeiter- und Werktätigeninteressen entwickelt werden. Vor dieser Aufgabe stehen wir auch jetzt. Bei der Klärung dieser gemeinsamen antifaschistischen Gegenpositionen in der Front- und Bündnispolitik gegen Faschismus und Reaktion kann die antifaschistische Bewegung antifaschistische Elemente in bestehenden Gesetzen und Normen nutzen, aber mehr auch nicht. Die herrschenden Normen und Gesetze in der BRD und Westberlin sind nicht die des Antifaschismus. Aber das Ziel der antifaschistischen Bewegung muß es sein, Grundpositionen antifaschistischer Werktätigeninteressen zu gesellschaftlichen Normen und also auch zu allgemeinen Gesetzen zu machen.

* Die Unterschiedlinie — und damit der weitestgehende Bezugspunkt antifaschistischer Bündnispolitik — zwischen Faschismus und Konservatismus, zwischen Faschismus und Wirtschafts-/Nationalliberalismus ist immer ideologisch und politisch unkämpft und theoretisch und wissenschaftlich im Wortsinne „umstritten“. Die antifaschistische Bewegung muß in den verschiedenen aktuellen Auseinandersetzungen und durch ihre Publizistik und organisierende Öffentlichkeitsarbeit den Kampf um die gesellschaftliche Isolierung faschistischer Ansichten, Theorien, Positionen führen. Nur so kann sie auch die Bedingungen für deren gesellschaftliche Ablehnung und Achtung verbessern, bzw. dazu beitragen, diese Bedingungen zu schaffen.

Den folgenden Abschnitt sehen wir als einen Beitrag zur Klärung solcher Grundpositionen, auf die wir in der Arbeit der Volksfront und Zusammenarbeit mit anderen gestoßen sind. Die Klärung solcher antifaschistischer Grundpositionen soll auch dazu beitragen, daß alle Mitglieder der Volksfront, ganz gleich wo sie arbeiten und politisch tätig sind, besser in die Lage versetzt werden, antifaschistischen Widerstand zu unterstützen und kooperativ mit anderen dafür zu arbeiten.

1) „Jeder Mensch hat das Recht auf menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen!“

Ein solcher Grundsatz ist gerichtet gegen alle Bestrebungen der Kapitalisten, allen voran der großen Konzerne, den Menschen, sofern lohnabhängig beschäftigt, zunehmend als Sache zu behandeln und uneingeschränkt rund um die Uhr zu vernutzen, unter gesundheitsschädigenden unmenschlichen Arbeitsbedingungen und für immer weniger Lohn, was nur durch wachsende gewerkschaftliche und politische Entrechtung im Betrieb durchgesetzt werden kann bzw. auf der vollständigen Entrechtung der Arbeiter nichtdeutscher Staatszugehörigkeit basiert. (Ausführliche Anregungen zu diesem Gesichtspunkt finden sich in der Broschüre „Europäische Großraumwirtschaft“).

Es käme entscheidend darauf an, den faschistischen Kern einer solchen Politik des Kapitals verstärkt in der Öffentlichkeit nachzuweisen und gezielt zum Gegenstand und Maßstab bündnispolitischer Zusammenarbeit zu machen, auch in den Gewerkschaften, gegenüber der SPD und den Grünen.

2) „Alle Menschen sind gleich! Gegen Rassismus, für gleiche soziale und politische Rechte! Gegen ElitEZüchtung — für

verstellen sich selbst den erkenntnistmäßigen Zugang zu den anstehenden Aufgaben.

* Jede soziale und politische Bewegung, jede Partei — einschließlich der bürgerlichen — die Kritik an und Frontstellung gegen den Faschismus aufgibt, verliert mittel- oder unmittelbar an die Faschisten und Reaktionäre. Fortschritte sind nur mit Abgrenzung, Kritik und durch den Kampf um die politische Isolierung des Faschismus zu erreichen — das haben nicht zuletzt die Kommunalwahlen in Baden-Württemberg gezeigt, wo die Volksfront an antifaschistischen Bündniskandidaturen mitgewirkt hat.

Gleichmacherei!“

Dieser Grundsatz richtet sich gegen jegliche Ungleich- und Sonderbehandlung. Gegen eine biologistische Begründung der Stellung der Frau in der Gesellschaft, die über ihre biologische Funktion der Fähigkeit zum Gebären definiert wird und worauf faschistische Frauen- und Familienpolitik sich gründet. Gegen biologistische, auf Begabungstheorien beruhende Rechtfertigung der bestehenden gesellschaftlichen Ungleichheit, gegen Förderung von Aufstiegs- und Elitedenken, insbesondere auch gegen wirtschaftliche, politische oder rechtliche Diskriminierung von Nicht-Staatsangehörigen in der BRD. Auf dem CDU-Landesparteitag Baden-Württemberg wurde z.B. von Lothar Späth und anderen gegen eher christlich motivierte Bedenken für weitere Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge als Argument angeführt: ein Asylantraher keine Zeitung lesen, er verstehe ja sowieso kein Deutsch! Der Landesrechnungshof erklärt neuerdings, „Asylbewerber seien zu teuer untergebracht“, und spricht sich eindeutig gegen Unterbringung in Wohnungen und für Ausbau von menschenunwürdigen Sammelunterkünften aus. Solch faschistoid-Propaganda und Politik gerät an bestimmten Punkten in Widerspruch zum christlichen Menschenbild, was wir untersuchen und beachten sollten.

3) Gegen Volks- und Betriebsgemeinschaft: Kampf um soziale Mindeststandards und für Arbeiterrechte! Für Organisations-, Koalitions- und Streikrecht!

Was derzeit über Gesetze und Tarifpolitik seitens der Kapitalisten an Vernichtung von erkämpften Positionen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung betrieben wird, leistet der faschistischen Formierung bedrohlich Vorschub. Jeder Lohnabhängige soll auf das „Wohl seines Betriebes“ und dessen Stellung auf dem Weltmarkt eingeschworen werden und sich in den Konkurrenzkämpfen der Kapitalisten gegen die Lohnabhängigen anderer Betriebe, Branchen oder Länder ausspielen und verschleien lassen. Daß Kampf gegen Wochenendarbeit „verfassungswidrig“ sei, ist hier nur der jüngste Vorstoß zur direkten Illegalisierung gewerkschaftlichen Widerstands. Auch in diesem Zusammenhang muß die rassistische Diskriminierung von Lohnabhängigen nicht-deutscher Staatszugehörigkeit im Arbeits-, Sozial- und Steuerrecht sowie ihr Ausschluß vom allgemeinen Wahlrecht angegriffen werden.

4) Gegen Unterwerfung aller Lebensbereiche unter Monopolinteressen — Für Entfaltung einer antifaschistischen Kommunalpolitik!

Das Eintreten für Verbot faschistischer Organisationen und für Verweigerung jeglicher Versammlungsmöglichkeit sowie für Achtung faschistischer Ideologie kann und muß derzeit vor allem auf kommunaler Ebene verstärkt werden. Der Einzug insbesondere der Republikaner in die Kommunalparlamente macht die maximale politische Isolierung der Faschisten dringend erforderlich. Eine solche antifaschistische Kommunalpolitik muß danach trachten, die Anhangbildung bis in die Reihen der bürgerlichen Parteien hinein zu erschweren und zu stören insbesondere auf folgenden Feldern: „In der Kommune entscheidbar und beeinflussbar ist . . ., welchen Klassen die Versorgungspolitik der Kommune dienen soll; ob die Reproduktionssicherung der Lohnabhängigen verbessert wird oder aber die Produktionsbedingungen der Konzerne Ziel der kommunalen Politik sein sollen. Ob Wirtschaftsförderung und „Standortförderung“ bis hin zu Prunkprojekten und einer Kulturpolitik für Reiche betrieben werden, oder aber eine Sozial- und Leistungs- politik, die die Lage aller Lohnabhängigen, die in der Stadt arbeiten oder leben, real verbessert.“ (Aus: Entschließung „Für antifaschistische Kommunalpolitik“ Landes-MV Bad.-Württemberg).

5) Gegen die Entfesselung der Exekutive — für Öffentlichkeit und Kontrolle der Konzern- und Regierungspolitik, für demokratische Rechte der Werktätigen:

a) Gegen die faschistische Formierung im Staatsapparat durch zunehmende Ausschaltung parlamentarischer Kontrolle:

Auf kommunaler, Landes- und Bundesebene schaffen sich die Kapitalisten, allen voran die großen Konzerne, zunehmend politische Strukturen zur Durchsetzung ihrer Ausbeutungs- und verbesserten Konkurrenzbedingungen, die jeglicher Kontrolle durch Parlamente entzogen werden und auf Grund ihrer menschenverachtenden Prinzipien auch im Widerspruch zu einer solchen Kontrolle stehen. Entwickelt wurden und werden solche „übergesetzlichen“ Staatsmaßnahmen in Konzernstiftungen von Siemens und Thyssen zum Beispiel. Dagegen müssen wir sehr wohl die Rechte der Parlamente verteidigen und den Kampf um Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten führen.

b) Vernichtung des politischen Gegners ist völkerrechtlich verboten und steht in faschistischer Tradition:

Dieses Argument richtet sich gegen die stattfindende Entfesselung der Rechtssprechung und Exekutive gegen jegliche Opposition, deren zugespitztester Ausdruck die Vernichtungshaft ist. Das Verbot der Vernichtung oder Folter des politischen Gegners ist im Völkerrecht verankert. Historisch steht die Einhaltung wenigstens von Mindeststandards menschlicher Behandlung in der Tradition der Aufklärung und bürgerlichen Revolution, denen sich zumindest der liberale Rechtsstaat noch verpflichtet fühlte. Die heutige Praxis der BRD steht eindeutig in der Tradition der faschistischen Vernichtungsstrategie des Gegners ab 1933.

Das gilt auch für die Kurdenverfolgung durch den BRD-Staat und die angestrebte Aburteilung und Unterdrückung des kurdischen Befreiungskampfes durch die BRD-Justiz (OLG-Verfahren in Düsseldorf), wo aktuell Maßstäbe gesetzt werden, die selbst mit bürgerlich-rechtsstaatlichen, geschweige denn völkerrechtlichen Prinzipien nichts mehr zu tun haben.

c) Für allgemeine und gesetzlich garantierte Informations-, Presse-, Versammlungs-, Organisations-, Demonstrationsrechte der Werktätigen, für Koalitions- und Streikrecht — gleiches und allgemeines Wahlrecht für alle Einwohner der BRD.

Unter dem Vorwand, für allerlei „Menschen- und Bürgerrechte“ in aller Welt, insbesondere in den Ländern des östlichen Europa und in der DDR einzutreten, betreibt der westdeutsche Imperialismus Aggressions- und Annektionspolitik. Aufgabe der Antifaschisten ist, diese grundlegenden Rechte in der BRD für alle Werktätigen zu erkämpfen und zu verteidigen. Bestimmte dieser Rechte hier lebenden Menschen zu entziehen und zu „Deutschenrechten“ zu erklären, muß als reaktionär, historisch durch und durch rückschrittlich kritisiert, abgelehnt und rechtswirksam abgeschafft werden.

6) Die Verbrechen des faschistischen Deutschland sind weltweit geächtet und völkerrechtlich eindeutig verurteilt worden in den Nürnberger Prozessen und zahlreichen daran anknüpfenden UNO-Resolutionen. Die stattfindende Geschichtsfälschung und Umdeutung muß daher als Mobilmachung für den nächsten Waffengang angegriffen werden!

In den historischen wie aktuellen faschistischen Programmen haben Rechtfertigung und Verherrlichung faschistischer Kriegsführung, von Wehrmacht und Waffen-SS ihren festen Platz. Ihre Rechtfertigung ist spätestens seit dem Bitburg-Gang Kohls (und der sog. Historikerdebatte) offizielle Regierungspolitik. Jetzt beginnt Regierungssprecher Klein die Debatte um die Gesamtrehabilitation der Waffen-SS, die keine Verbrechen, sondern „kämpfende Truppe“ gewesen sei (in Nürnberg als Kriegsverbrecherorganisation eindeutig verurteilt im Gegensatz zur Wehrmacht). Nicht nur aus Anlaß der Jahrestage des 2. Weltkrieges in diesem und den nächsten Jahren, sondern insbesondere auch, weil mit dieser Politik Anhangbildung für den nächsten imperialistischen Waffengang betrieben werden soll, ist eine antifaschistische Kritik dieser reaktionären Geschichtsfälschung von großer Bedeutung. Entscheidend dabei ist, die Urheber und Hauptbetreiber dieses Krieges in den Konzernmetagen aufzudecken und anzugreifen. Desweiteren sollten wir nicht zulassen, daß ein Großteil der männlichen Bevölkerung der Kriegsgeneration von der Reaktion als Re-

sourcen für ihre Wehrmachtsrehabilitation einverleibt werden (sowohl DUV wie Republikaner brüsten sich mit besonderen Wahlerfolgen bei den Männern über 60 Jahre). Stattdessen müssen wir das terroristische Prinzip jeder imperialistischen Armee angreifen, nämlich mit dem Erschießungskommando im Rücken der Front eine solche Armee zusammenzuhalten (50.000 Todesurteile in der Wehrmacht!). Die Faschisten sind heute wieder Vorreiter in der Forderung nach Kriegsgeschichtsbearbeitung, und die CDU hat seit Jahren die entsprechenden Gesetze in den Schubladen und läßt jedes Jahr hunderte von Kriegsrichter proben!

7) Gegen Nationalismus, gegen jede Art von großdeutschem völkischen Revanchismus und Rassismus, gegen die als „Wiedervereinigung“ getarnte Annektionspolitik, gegen den „Verfassungsrevanchismus“ — für friedliche Koexistenz mit Staaten anderer Gesellschaftsordnung und für Völkerverständigung.

Es wird immer dringender, gegen bestimmte Eckpfeiler reaktionärer Programmatik, um die sich insbesondere auch die Faschisten formieren, wie eben die Wiedervereinigungs-Präambel oder den § 116 (Deutschenrechte) des Grundgesetzes eine gezielte längerfristige Kampagne auf Streichung zu entfalten. (siehe dazu auch die Broschüre: „40 Jahre Grundgesetz — 40 Jahre Revanchismus“ aus Niedersachsen). Die Kritik an diesen „Verfassungsgrundsätzen“ ist ja bereits fester Bestandteil unserer Propaganda gegen die Revanchisten. Klar ist auch, daß damit die „Verfassungsdebatte“ in der Volksfront bei weitem nicht abgeschlossen ist. Aber vielleicht ließe sich ja trotzdem rascher klären, (wie beim Art. 139 mit positivem Bezug), welche Elemente auf jeden Fall und als allererstes gestrichen werden müßten!

Eine solche Kampagne wäre auch gut geeignet zur Kritik der Allparteienkoalition in Sachen Deutschlandpolitik und zur Bekräftigung der Forderung nach Anerkennung der bestehenden Grenzen und völkerrechtlicher Anerkennung der DDR sowie Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft. Der seit Monaten jetzt laufenden Kampagne zur politischen Isolierung und Zermürbung der DDR und für Wiedervereinigung, an der sich viele Teile der SPD und der Grünen schwungvoll beteiligen, müssen wir mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln entgegensetzen:

Das deutsche Reich, Ausgangspunkt zweier Weltkriege, ist 1945 endgültig untergegangen. Jeder Versuch seiner Wiederherstellung führt unvermeidlich zur Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder und zur Wiederaufnahme kolonialistischer und nationalistischer Tradition. In der Bündnispolitik müssen wir jedwede Abgrenzung gegen Nationalismus und „Aufwerfen der deutschen Frage“ befördern und unterstützen.

8) Gegen Kriegsvorbereitung und Militarismus: Für Verweigerung aller sachlichen und personellen Reserven der Kriegsführung!

Hier müßten wir unsere Kritik und Bündnispolitik insbesondere in zwei Richtungen verbessern: erstens müssen die ständig sich ausweitenden Kriegsvorbereitungen des BRD-Imperialismus angegriffen werden, auch wenn sie noch so „friedlich“ als Bau des „gemeinsamen Hauses Europa“, als „UNO-Friedenstruppen“, als „Null-Lösung“ und „Abrüstungs“-Debatte daher kommen. Dabei wäre ein Eckpunkt antifaschistischer Politik, daß jeglicher Militarismus und jegliche Einmischung in die Angelegenheiten anderer Länder abzulehnen ist.

Zweitens muß die verstärkte Militarisierung aller gesellschaftlichen Bereiche (wie mit der vorgelegten Katastrophenschutz-Gesetzesnovelle) und der verstärkte Druck auf die Kriegsdienstverweigerer bekämpft werden. Alle Bestrebungen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr, den imperialistischen Kriegsvorbereitungen die sachlichen und personellen Reserven zu verweigern, müssen wir unterstützen. Dazu gehört auch der Kampf um mehr Rechte für die Soldaten. Gleichzeitig sollten wir prüfen, was wir gegenüber den bewaffneten Formationen, also Polizei, Bundesgrenzschutz und Bundeswehr unternehmen können, um der Anhangbildung der Faschisten auch dort entgegenzutreten. Es gibt jedenfalls, auch im Umfeld der Volksfront, sehr wohl Kräfte aus diesem Apparat, die eine solche Tätigkeit als dringend nötige Unterstützung begrüßen würden! Die Gewerkschaft der Polizei hat ebenfalls Kritikpunkte am Programm der Republikaner vorgelegt, die man daraufhin überprüfen sollte.

IV. Aktuelle Fragen und Aufgaben antifaschistischer Front- und Bündnispolitik

In der Entschließung des letzten Bundeskongresses hatten wir u.a. festgestellt: „Wie aus diesen Punkten hervorgeht (den vorgenannten Aufgaben, d.Red.) muß eine Unterstützung der Zusammenarbeit dieser Organisationen und Richtungen dazu beitragen, die gegenwärtige Tendenz zur „Spartenbildung“ unter den Antifaschisten und in der Linken zu überwinden. (Hier Anti-Nato, hier 8. Mai, dort Arbeitsloseninitiative, usw.)“ Diese Aufgabe, die gemeinsamen antifaschistischen Zielsetzungen zu verbinden, antifaschistische Front- und Bündnispolitik auszuweiten und Tendenzen zum Rückzug vor Faschisten und Reaktion in sektiererische Abkapselung zu überwinden, besteht nach wie vor, ist eher noch dringlicher geworden. Es kann nicht angehen, daß gleichzeitig und am gleichen Ort z.B. die Ausländerinitiative versucht, gegen reaktionäre und faschistische Ausländerpolitik vorzugehen, in der örtlichen Antifa-Initiative diese Aufgabe keine Rolle spielt, und antifaschistische Parteien im Gemeinderat keine Politik gegen die Unterbringung von Menschen ausländischer Nationalität in örtlichen Containern unternehmen.

* Was aktuelle Aufgaben und Fragen antifaschistischer Bündnispolitik sind, ist umstritten. Wir sind der Auffassung, daß antifaschistische Politik Interessen, Forderungen und Bestrebungen der Arbeiter und Werktätigen gegen Faschismus und Reaktion unterstützen und vertreten muß und sich vor allem gegen die Angriffspunkte von Kapital und Reaktion wenden muß, an denen faschistische Mobilisierung und Formierung gegen Arbeiter- und Werktätigeninteressen stattfindet.

Unserer Meinung nach stellen sich der antifaschistischen Bewegung hierbei folgende ersichtliche Schwerpunkte in der nächsten Zeit:

* Durch die Festigung der EG und der WEU unter maßgeblicher Vorherrschaft der BRD hat sich der Spielraum der Konzerne und der Revanchisten wesentlich erweitert. Dieser Spielraum soll größer werden durch die zunehmende Zersetzungs-, Wühl- und Destabilisierungspolitik gegen die Länder des östlichen Europas, mit der der BRD-Imperialismus in die dort stattfindenden Auseinandersetzungen eingreift. Fest steht, daß in der BRD revanchistische Kräfte versuchen, aus den teils fortschrittlichen, teils gegen die Interessen der Werktätigen gerichteten Veränderungen in Osteuropa Nutzen zu ziehen. Durch Bündnisarbeit muß versucht werden, den Interessen der Konzerne und Revanchisten entgegenzuwirken.

* Angesichts der Auswirkungen des EG-Binnenmarktes ist in Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlichen Bewegung und den Gewerkschaften als Hauptschwerpunkt unbestreitbar der Kampf um die sozialen Interessen der Lohnabhängigen zu sehen. Der EG-Binnenmarkt wird von den Interessen der Banken und Konzerne bestimmt, der EG-Binnenmarkt ist aber unvereinbar mit den Interessen der Lohnabhängigen und Werktätigen. In dieser Hinsicht muß aber auch die politische Auseinandersetzung mit den Vorstellungen von einem sogenannten „sozialen Europa“ gesucht werden.

* Die Ausländerpolitik der Herrschenden ist nicht nur durch und durch reaktionär, sondern ansatzweise auch offen rassistisch. Eine der wichtigsten Aufgaben ist der Kampf für die volle soziale und politische Gleichberechtigung aller in der BRD lebenden Menschen. Ein Schwerpunkt der zu suchenden Auseinandersetzungen mit der Reaktion wird der Kampf um das kommunale Wahlrecht für Alle sein. Das Recht auf Asyl ist ein unveräußerliches Menschenrecht. Alle Verfolgten haben das Recht auf Zuflucht in ein Land ihrer Wahl. Asylsuchende sind keine Almosenempfänger, ungeachtet des Anspruchs auf vollen Sozialhilfesatz haben sie das Recht, in der BRD ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen.

* Insbesondere Kurden, die in der BRD leben und arbeiten, sind jetzt zur Zielscheibe

der Angriffe der Bundesanwaltschaft geworden, getroffen werden soll der kurdische Befreiungskampf. Es muß versucht werden, die ERNK als legitime Befreiungsorganisation bekanntzumachen. Von der Bundesregierung fordern wir die Einhaltung der UN-Resolution 2621 (XXV) von 1970, in der ausdrücklich das Recht der kolonialisierten Völker anerkannt wurde, „mit allen Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, gegen Kolonialmächte zu kämpfen, die ihre Bestrebungen nach Freiheit und Unabhängigkeit unterdrücken“.

* Völkerrecht und UN-Resolutionen sind auch eine wichtige Grundlage zur Untermauerung der Forderungen der politischen Gefangenen in der BRD nach Abschaffung der Isolationshaft und Zusammenlegung. Die Verbesserung der Haftbedingungen politischer und sozialer Gefangener darf nicht an der Gesinnung festgemacht werden, sondern ist ein Menschenrecht.

* Unter dem Schlagtruf: „Für Innere Sicherheit“ und „Gegen Terrorismus“ findet eine Vielzahl von einzelnen Angriffen gegen emanzipatorische Bewegungen und gegen Werktätigeninteressen statt. Es wird versucht, ein Aufstandsbekämpfungskonzept durchzusetzen, mit dem Ziel, jegliche systemkritische und oppositionelle Bewegung bereits im Keim zu erstickern. Damit einhergehend werden Restelemente bürgerlicher Rechte abgeschafft und eingeschränkt. Antifaschisten müssen sich darüber verständigen, wie und mit welcher Zielsetzung dieser Politik der „Inneren Sicherheit“ wirksam entgegengetreten werden kann.

* Antifaschismus heißt auch Antimilitarismus, deshalb, und auch wenn die Friedensbewegung keine Bewegung mehr ist, darf die Antimilitarismus-Arbeit nicht vernachlässigt werden. Antimilitarismus muß als Teil des antifaschistischen Kampfes eine selbständige Perspektive erhalten, noch arbeitende Gruppen der Friedensbewegung können für eine Zusammenarbeit angesprochen werden. Viele Gruppen der Friedensbewegung erweitern jetzt ihr unmittelbares Aufgabenfeld und suchen Bündnispartner. Die BRD ist in Westeuropa die bestimmende Militär- und Wirtschaftsmacht, gleichzeitig erhebt sie Gebietsansprüche gegen andere Länder. Die Ergebnisse des II. Weltkrieges müssen anerkannt werden, das deutsche Reich ist untergegangen, insbesondere muß gerade jetzt die Anerkennung der DDR als Staat gefordert werden.

* Antifaschistischer Kampf muß auch auf kommunaler Ebene geführt werden, daß heißt konkret Unterstützung und Stärkung der Kommunen gegen die Interessen der Konzerne und Revanchisten, die die Rechte der Kommunen gegenüber dem Zentralstaat und Ausbau der demokratischen Rechte der Einwohner der Kommune. Im Kampf gegen Faschismus und Reaktion müssen kommunale Rechte zur Unterbindung der Politik der Faschisten gefordert und durchgesetzt werden.

Gerade weil die Konzerne die Kommunen als eine Art Dienstleistungsunternehmen für die Förderung ihrer Profitinteressen betrachten, sind ihre Rechte und finanziellen Möglichkeiten äußerst beschränkt und werden weiter eingeschränkt. Wir sind dafür, daß die Kommunen zu Verwaltungseinheiten werden, in denen die ansässige Bevölkerung ihre Angelegenheiten in Selbstverwaltung regelt.

* Die Kampagne um Ächtung und Verbot faschistischer, rassistischer und militaristischer Propaganda und Organisationen muß sowohl in der öffentlichen Auseinandersetzung als auch mit allen verfügbaren Rechtsmitteln geführt werden. Es muß ein breites Bündnis unter Einschluss von allen antifaschistischen Kräften gegen das öffentliche Auftreten von Faschisten gebildet werden. Ziel ist es nicht, von einer faschistischen Veranstaltung zu einer anderen zu hetzen und sich das Gebot des Handelns und die Art der Auseinandersetzung von den Faschisten bestimmen zu lassen. Ziel ist es aber, ihnen auf den verschiedensten Ebenen immer wieder entgegenzutreten und ihre Inhalte zum Gegenstand öffentlicher Kritik zu machen.

V. Nächste Organisationsaufgaben der Volksfront

Die Volksfront hat — wie alle antifaschistischen Organisationen in jeweils unterschiedlichem Ausmaß — begrenzte Möglichkeiten und Erfahrungen, mit denen sie versucht, einen bestimmten Beitrag im antifaschistischen Kampf zu leisten.

Als solche Beiträge im antifaschistischen Kampf und für die Unterstützung antifaschistischer Bündnisse setzen wir uns zum Ziel:

* Wir wollen einen entscheidenden

Schwergewicht unserer Arbeit in den nächsten Monaten in die Auseinandersetzung um den Kampf für das kommunale Wahlrecht für Einwohner ausländischer Nationalität in der BRD und Westberlin setzen. (s. Antrag dazu)

* Wir müssen gegen den großdeutschen Chauvinismus und Nationalismus, gegen die Aggressionspolitik gegen Osteuropa und die Annexionspolitik gegen die DDR eine Kampagne führen mit der Forderung

nach völkerrechtlicher Anerkennung der DDR, Anerkennung der DDR-Grenze und der polnischen und sowjetischen Grenze für Streichung der Präambel und des Artikels 116 Grundgesetz, und den Nachweis führen, daß das deutsche Reich ein für allemal untergegangen ist.

* Im Erfolg des Kampfes gegen die Illegalisierung kurdischer Organisationen sehen wir eine entscheidende Auseinandersetzung im Kampf gegen die Illegalisierung jugoslawischer revolutionärer und antifaschistischer Bewegung in der BRD und im Kampf gegen den BRD-Imperialismus als Weltpolizist-macht. (s. Antrag)

* Die Bundestagswahlen 1990 werden Reaktion und Faschisten zur Festigung und zum weiteren Ausbau ihrer bisherigen Formierungs- und Mobilisierungserfolge zu nutzen versuchen.

Wir setzen uns zum Ziel:

— die weitere Formierung faschistischer Organisationen zu bekämpfen und antifaschistisches Bewußtsein und Organisation zu verbreiten,
— die Bundestagswahlen zu einer Kritik-kampagne am Programm der Faschisten und insbesondere am Programm der REP zu nutzen.

— Forderungen und Positionen für Arbeiterinteressen und Werktätigenrecht in den Bundestagswahlen zu stärken,
— die Bundestagswahlen für Fortschritte im Kampf:

* gegen die reaktionäre und faschistische Ausländerpolitik,
* gegen Nationalismus und für Anerkennung der Ergebnisse des 2. Weltkrieges und für Anerkennung der DDR,
* für die Sicherung sozialer und politischer Mindeststandards für alle Werktätigen zu nutzen.

Für diese Ziele setzen wir uns in den örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen ein.

Wir sollten auf dem Bundeskongreß klären, ob ein Kongreß im Herbst 1990 vor den Bundestagswahlen zur Unterstützung dieser Aufgaben zweckmäßig ist.

* Wir sehen in den örtlichen, kommunalen und regionalen Bündnissen einen entscheidenden Sammelpunkt für antifaschistischen Widerstand und für die Entwicklung einer antifaschistischen Bewegung in der BRD und Westberlin.

Die Ortsgruppen und die Mitglieder der Volksfront müssen Voraussetzungen vorfinden, die es ihnen ermöglichen, auf Orts- und regionaler Ebene stabile Diskussions- und Organisationszusammenhänge der antikapitalistisch, antiimperialistisch, antinationalistisch und an Arbeiterinteressen orientierten Kräfte aufzubauen. Die publizistische Tätigkeit der Volksfront muß so erweitert und weiterentwickelt werden, daß die Herausgabe von örtlichen Zeitungen durch Kräfte verschiedener antifaschistischer Organisationen und Richtungen wirksam unterstützt wird. Erste Erfahrungen zeigen, daß solche Zeitungen unerläßliche Mittel für Fortschritte in der Bündnispolitik am Ort sind.

* Eine weitere wichtige Aufgabe antifaschistischer Politik sehen wir in antifaschistischer Bildungs-, Veranstaltungs-, Schulungstätigkeit, die so angelegt sein sollte, daß sie gemeinsam mit anderen Organisationen durchgeführt werden kann und die Arbeit der Mitglieder der Volksfront und anderer antifaschistischer interessierter und tätiger Leute am Ort bzw. in der Region praktisch unterstützt. (s. Antrag)

* Im Beschluß des letzten Bundeskongresses zu den Beitragsmitteln heißt es: „Die Mitgliederinteressen werden in ihrer Vielfalt nicht durch den Vorstand repräsentiert, sondern am besten durch die Mitglieder selbst. Es ist daher vor allem die selbständige Praxis der Mitglieder zu sichern. Konkret geht es nach wie vor um die Sicherung einer entwickelten Praxis der Orts- und Landesverbände ...“ Das ganze Gewicht der Organisationsfähigkeit muß auf die Erhaltung und den weiteren Ausbau der eigenständigen Tätigkeit der Ortsgruppen, der einzelnen Mitglieder und der Landesverbände gelegt werden und dabei auch die antifaschistische Organisation von Nicht-Mitgliedern der Volksfront fördern und unterstützen. Die zentralen Einrichtungen der Volksfront, der zentrale Vorstand, die Bundesgeschäftsstelle und — wenn möglich — der Aufbau weiterer Geschäftsstellen, die zentralen Arbeitsgruppen und die Arbeit der Landes- und Ortsvorstände muß noch als bisher zu Dienstleistungszwecken für die Unterstützung und Entwicklung der selbständigen Tätigkeit der Mitglieder entwickelt werden.

Der 6. o. Bundeskongreß soll u.a. zur ausführlichen Diskussion der Anforderungen der Mitglieder an diese Einrichtungen genutzt werden. Der geschäftsführende Ausschuß des zentralen Vorstandes soll dazu einen Bericht zur Diskussion in den Kongreßarbeitsgruppen — Organisations- und Finanz- Publizistik, Verlag — vorlegen.